

Deutschland, beruhige dich – sie wird nicht kommen, die Revolution. Es wird alles beim alten bleiben. Diese Seiten werden vergilben, wie Manifeste und Pamphlete vor diesen.

Darum widmet der Autor es auch gleich den Leuten, die dem Todestrieb unserer Zivilisation mit soviel naiver Emsigkeit und durchtriebener Schläue dienen : *den Hausbesitzern in Deutschland und anderswo.*

Alexander Mitscherlich

Die Unwirtlichkeit unserer Städte / Anstiftung zum Unfrieden
Geschrieben 1965.



Paris 1940lr1.jpg / 123movies.info
400 x 282 - Westfeldzug 1940 –
Paris unter deutscher Besatzung

Zusätzliche Literatur, denn angegebene wurde nicht gesichtet, dsgl. thematische Archivforschung nicht betrieben. Die Edition "Süsterfeldsiedlung 1932–1982 ...", '83, zeigt keinen Bezug auf staatliche Archive & vernachlässigte den republikweiten Aspekt adaequat zu gewichten, zugunsten einer Darstellung des Geschehens mehrerer lokaler Ereignisse, ohne d. Zentrum Berlin bsplsw. oder die weitere Verbreitung entsprechend zu würdigen. Die "Festschrift ..." versuchte die histor. Dimension zu erfassen : was aber nur mäßig gelingt & unter struktureller Ausblendung der Zeit 1933 / '45 & der Frage wieweit "der Protestantismus", Movens oder Spiegel der Verleugnung & verkannte dsgl. & mehr noch den "reichsweiten" Aspekt. Die Ed. prägte zumindest eine Gruppe, mittlerer Größe. In die Kompilation wurden längere 3w.-Einträge kopiert, auch ein "Der Spiegel"-Art. [Anhg.], wo Verweis auf die Adresse hinreichend gewesen wäre, wurde die ausführlichere Zitatensform, trotz Anspruchs an Textkomprimierung, bevorzugt. Auch besteht kein subjektives wie kompensatorisches Erfordernis, durch Verriß d. Broschüre eines Dorfpfarrers aus 1957, ein Erfolgserlebnis zu generieren oder sonstwie, mittels schematisch gebetsmühlenartiger Repetition akzeptierter Sprachmuster Wahrheitsgehalte. Darstellung des Texts versäumte bewußt das normativ, bürokratische Schema "wissenschaftlicher" Literatur, auch ein Rezeptionsproblem, Lesbarkeit halber : bereits an den universitären Texten & Dissertationen der frühen Neuzeit nachweisbar und daran teils in noch aufgelockerterer Form, gegen wieder mal anziehende oder seit 33/45 in Teilen schon gar nicht mehr nachgelassen habende Rigidität, jetzt bereits Jahrzehnte wieder. Spez. Formalismen, legislative Akte & Traditionen – bestätigend. Der Hadis-Eintrag enthält einmal festgeschriebene Zensuraspekte ...

[Beständeübersicht](#) - [Bundesarchiv](#)

Kontext des Findbuchs: **5.1.1.4. Organisationen** →

DY 14 Verband d. Kleingärtner, Siedler u. Kleintierzüchter ... &

Treffer in Bestandsbeschreibungen folgender Archive

1 [StadtA KS :: Stadtarchiv Kassel](#) / A 0. OBR 7



Treffer in Stückbeschreibungen folgender Bestände

[StadtA KS \ S 5 A :: Stadtbild, Bevölkerung](#)

<u>3</u>	357	S♦sterfeld/Helleb♦hn	♦	▶
	56	S♦sterfeld, Kulturhalle	♦	▶
	56	Kulturhalle S♦sterfeld		

StadtA KS \ A 0 :: Stadtverordnetenversammlung

- 2 1655 Bd. 1 2000-2003 ▶
**Benutzung aus rechtlichen Gründen bis Ende 2033
eingeschränkt.**
- 1656 Bd. 2 2000-2003 ▶
**Benutzung aus rechtlichen Gründen bis Ende 2033
eingeschränkt.**

INN \ 1 :: Dokumentenarchiv

- 2 10727 Günther Müller : Unterhaltung mit Georg
Merle über Siedlungsbau Sosterfeld und
Erlenfeld ▶
- 2961 Herbert Pinno: Auszüge aus einem 1982 ▶
Gespräch mit Georg Schmidt am
08.09.1982

StadtA KS \ A 3.32 HB :: Einwohnermeldeamt: Hausstandsbücher

- 1 35 Bahnsteig Kirchditmold, Bahnwächterhaus / Main-Weser-Bahn,
Bahnwächterhaus / Sosterfeld, Bantzerstrasse 1-20 und
Barthstrasse 1-8

HStAM \ 401/13 Acc. 1991/1 :: Luftbilddaufnahmen

- 1 175/68- Kassel: Kirche Sosterfeld 1968
176/68

StadtA KS \ S 5 Q :: Religion und Kirche

- 1 37 Sosterfeld, Kirche

StadtA KS \ S 5 G :: Wohnungs- und Siedlungswesen, Bauwesen

- 1 44 Sosterfeld-Siedlung

StadtA KS \ A 0 .OBR 5 :: Ortsbeirat Wilhelmshöhe-Wahlershausen

- 1 54 Sitzungen vom 08.05., 11.06., 29.08., 2002 ▶
11.09.2002
**Benutzung aus rechtlichen Gründen bis Ende 2032
eingeschränkt.**

StadtA KS \ S 5 L :: Erziehung, Bildung und Schulwesen

- 1 7 Sosterfeld/Helleböhn, Schulen

StadtA KS \ A 3 .32 :: Ordnungsamt

- 1 1153 Schankwirtschaft im Hause Ziegelweg, Ecke 1932-1947
Straße D Nr. 1-3, zum Sosterfeld, später 2.
Sosterfeldweg 27

In Archivalien im Hinblick auf Bezug, Agieren & Auslegung der NS Staatsverwaltung der Brüning'schen Bauverordnungen in bez. Beständen / Bundesarchiv, u. : Hess. StaA. Mrbrg. wurde dsgl. nicht recherchiert.

Im 16. Und 17. Jhd., als der Index der verbotenen Bücher erfunden und die römische Zensurkongregation gegründet wurden, gehörte Zensur als << geplante und vollzogene, autoritäre Kontrolle von allen denkbaren Kommunikationsformen mit dem Ziel, eine öffentliche Wirkung unerwünschter Meinungen zu verhindern >>, zu den selbstverständlichen und kaum hinterfragten Instrumenten staatlicher und kirchlicher Ordnungspolitik. Der französische König nahm diese Recht genauso anstandslos für sich in Anspruch wie der Kaiser des Heiligen Römischen Reichs, die Fakultäten der Universitäten wie evangelische Kirchenbehörden, katholische Bischöfe genauso wie die Römische Kurie. In den europäischen Gesellschaften der Frühen Neuzeit wurde Zensur auch von Intellektuellen überwiegend << positiv beurteilt >>, da sie durchaus auch die << notwendige moralische Korrektur eines irregeleiteten Autors >> bedeuten konnte. Zensur stellte im frühneuzeitlichen Europa somit den << Normalzustand >> dar.

Erst im Kontext der Aufklärung bekam Zensur einen eindeutig negativen Klang. Gegen eine kirchliche und staatliche Kontrolle des Wissens im Interesse einer Systemstabilisierung ging es jetzt um Presse- und Meinungsfreiheit als Grundrecht der einzelnen Bürger . . . Und in der Tat dauerte es in Mitteleuropa bis weit in die zweite Hälfte des 20.Jhdts., bis Zensur schließlich allgemein abgeschafft wurde. Die Bücherverbrennungen der Nationalsozialisten sind nur ein Beispiel für viele. Und in vielen totalitären Systemen der Welt gehört Zensur nach wie vor zur täglichen geübten Praxis. Angesichts der Darstellung von Enthauptungen von Geiseln durch Terroristen im Internet wird derzeit in den westlichen Demokratien über eine rigidere Zensur dieses neuen Mediums nachgedacht. Damit steht das Thema Zensur wieder auf der Agenda . . . Das frühe Christentum kannte Zensur schon von Anfang an [H.Wolf, Index, Der Vatikan und die verbotenen Bücher, M., 2006 / p. 14]. Zensur gehörte i. d. frühen Neuzeit bis zur Aufklärungsepoche u.d. Französischen Revolution v. 1789 mit ihrer Erklärung der Menschenrechte zu den selbstverständlichen und zumeist unhinterfragten Instrumenten staatlicher und kirchlicher Ordnungspolitik. Druckerlaubnisse als Vorzensur, Bücherverbote oder Indizierungen als Nachzensur waren sozusagen der << Normalzustand >>, im Frankreich des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. und im England Heinrichs VIII., genauso wie in den verschiedenen Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Universitäten und Fakultäten unterzogen Druckwerke einem genauso strengen Examen wie evangelische Konsistorien und Oberkirchenräte oder katholische Bischöfe und ihre Ordinariate. Verbote als gefährlich angesehener Bücher gehörten zum Alltag von der Re-formationszeit bis weit ins 19.Jhd. hinein, wie die berühmten << Karlsbader Beschlüsse >> und das Zensursystem Metternichs klar belegen . . . [a.a.O., 19 sq.]

1959 geb. Autor, Prof. f. katholische Kirchengeschichte d. Univers. Münster führt seinerseits unter anscheinend besten Absichten der Aufklärung zuzuarbeiten – zum Komplex verdeckter Formen der Zensur Quellen nicht an. Für einen häufig ausgeblendeten & weiter verfehnten, Autor kann hier der mit zuerst auf NS-Scheiterhaufen gelandete S. Freud angesehen werden. Seitens fascistoider, reflexologisch-verhaltenspsychologisch/pädagogischen Ansätze [K.Lorenz bis P.Watzlawik & Piaget, sqq. & e.a.], werden – Freudianer – gern schon mal als “Tiefenheini’s“ diskriminiert. Dem werkgeschichtlich Modell mehrmals veränderter topischer Repräsentanz / Es – Ich – Überich / korrelieren hier aktive [Verleugnung] und mehr passive Prozesse des Verblässens von Erinnerung [Verdrängung] : von sozialisationsprozessspezifischen & weiteren Internalisierungen gesellschaftl. Umfelds, auch der Substitutionsvorgänge d. “Super-Egoinstanzen“ durch staatliche Herrschaftsformen im Adoleszenzvorgang, &c. Hiernach ist möglich, Situationen zu definieren, exogener Repression, die durch entsprechende Internalisierungsvorgänge & Informationsmangel d. Wahrnehmung entzogen blieben: je autoritärerer Form & ohne Korrektiv – um so wirksamer – zentral dem manipulativ-autoritären Komplex der Werbung – vergangen, auch Einflüsse d. NS-PROMI. Eine aktuelle Description zum Zensur-Komplex liegt mit W. Fuld’s, “~~DAS BUCH DER VERBOTENEN BÜCHER~~“ / > Universalgeschichte des Verfolgten und Verfehnten v. d. Antike bis heute, B., 2012 vor. Dem Problem der Unmöglichkeit universalhistorischer Descriptivität nach, prompt auch d. 2-maligen von Deutschen verursachten Abbrand der Bibliothek Louvain/Löwen, versäumend. “Am Erntedank-Sonntag des Jahres 1965“, heißt es aber, p.178,sq., “brannte Nabokovs *Lolita* auf einem deutschen Scheiterhaufen. Die Aktion fand am Düsseldorfer Rheinufer statt, und erfreute sich der offiziellen Genehmigung des städtischen Ordnungsamtes. Der **>> Jugendbund f. Entschiedenes Christentum <<** [Hervorhbg., h.g.] hatte einige Wochen zuvor brav um d. Erlaubnis zur Verbrennung v. >> Schundliteratur << auf dem Karlplatz in d. Nähe des Regierungsviertels nachgesucht. Das Ordnungsamt hatte lediglich technische Einwände : man befürchte eine Verkehrsgefährdung durch umherfliegende Funken und verwies die Entschiedenen Christen auf das weniger gefährliche Rheinufer.

Zusammen mit *Lolita* landeten auch E.Kästners *Herz auf Taille*, Günter Grass’ *Blechtrommel*, Albert Camus’ *Der Fall* u. François Sagans *In einem Monat, in einem Jahr* in d. Flammen. Dazu sangen die 25 Jungen und Mädchen samt zwei Diakonissen zur Klampfenbegleitung das Lied “Wir jungen Christen tragen / ins dunkle deutsche Land / ein Licht in schweren Tagen / als Fackel in der Hand ... 1881 als Ableger v. US-CVJM gegr. Kampftruppe A.Comstock, gingen in ihrem Düssel-

dorfer Jugendhaus zahlreiche anonyme Telefonanrufe ein, die Glückwünsche zur Bücherverbrennung – als Akt christlicher Notwehr definiert – mit antisemitischen Schmähungen verbanden. [Zit., formal gering modifiziert, h.g.]

Von 215 Einträgen “Süsterfeld“ / FR-Archiv, verweisen 211 auf Fußball & Sporttermine. Andere “Informationen“ gibt es 3 [wovon 2 annähernd identisch], mit Bezug auf Räumung einer neuen Form “wildes Siedeln“ – durch Besetzung städtischer Grundstücke mit Bauwagen. Am 05.04.2005 wurde Duldung avisiert: “Stadt will vorerst nicht räumen“. Am 11./12.4.2005 wird nach Kasseler Landrecht, zur Räumung aufgefordert. Eine Arbeit zu dieser Lebensform entstand an d. KS-Gesamthochschule, mit ‘Betreuung‘ eines d. Autoren der Süsterfeldschrift aus 1983, inzw. Prof. an der GHK :

<http://www.wagendorf.de/studien/Schoenfeld-Pralle/Wohnen-ohne-Fundament.htm>

Annika Schönfeld & Tobias Pralle / Wohnen ohne Fundament / Handlungsmöglichkeiten von Politik u. Stadtplanung im Umgang mit Wagenplätzen / Studienarbeit am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Universität Gesamthochschule Kassel (GhK)

Betreuung: Prof. Christian Kopetzki / Sommersemester 2000.

Der erste archivierte Eintrag / FR berichtet aus 1998, zum 8.Kasseler Kulturfest “Internationalen Tag d. Erde“, d. Aktionsgemeinschaft “Tag der Erde“, 15. 04. 1998. Finden sich unter den Wohnwagensiedlern in Großstädten, Studenten & so bez. “Aussteiger“. Die Struktur einiger grüner Gruppierungen zeigt auch rechtsradikale Tendenzen.

Das FAZ-Archiv hat zum Stichwort “Süsterfeld“, 83 Treffer, ausschließlich unter: >Fußball am Wochenende< & >Oberliga<. Rainer Blasius behauptete, FAZ, Nr.134, 12. 6. 12, in einer Grußadresse z. 60. Geburtstag des Bundesarchivs, unter Auslassung korrekter Darstellung der v. Bundesarchiv selbst hrg. Broschüre “Das Bundesarchiv / Dienstleister f. Forschung, Öffentlichkeit u. Verwaltung,“, Kblz., 2002“, p. 23, das Gründungsdatum 1952 implizite als Anfang der Aufnahme der Arbeit des Archivs, ohne darauf zu verweisen, dass “das bei Kriegsende seitens der alliierten Besatzungsmächte beschlagnahmte Schriftgut von Behörden, militärischen Dienststellen u. Parteieinrichtungen d. NSDAP auch v. Unternehmen u. Privatpersonen, das geeignet schien, als Beweismaterial in Prozessen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen zu dienen, aus sowjetischem Gewahrsam, Anfang, aus den Vereinigten Staaten u. Großbritannien Ende der 1950er Jahre zurückgeführt / wurde.“ [p. 17, a.a.O.]. Bzgl. heute gültigen “Archivgesetzes“ berichtet er, dass “der vierte Mann an d. Spitze des Barchivs. d. Rheinländer Hans Booms, schon als junger Archivrat versuchte, 1960 Bundestagsabgeordnete für ein Gesetz zu gewinnen, das erst 1988 seine Laufbahn krönen sollte“- wozu inhaltlich nicht weiter informiert wird. Subj. wird für scandalös wahrgenommen, aufgrund gesetzlicher Regelung der alten BRD für geschlossen anzusehen sein könnende, zusammengehörige Bestände, werden nach “Territorialitätsprinzip“ diversifiziert & umgeordnet darunter NSDAP-Materialien über Archive verstreut, anstelle einer möglichen Zusammenfassung. Hier würde der Einwand, Zentralismus könne fascistoide Tendenzen zeitigen, für verfehlt angesehen .

Schrebervereine, nach dem Leipziger Arzt ⇒ Schreber (s. d.) benannte Vereine zur Förderung der Jugendpflege, des Familienlebens, der Volkserziehung und Volksgesundung. Der erste Schreberverein, 1864 in Leipzig gegründet, legte 1865 einen Spielplatz an mit Kinderbeeten an den Seiten, und aus letzteren entwickelten sich bald Familiengärten (Schrebergärten), die auch in andern Städten Nachahmung fanden. Die Leipziger S. pflegen zurzeit das Jugendspiel, das Wandern und Baden der Jugend, sie besitzen Milchkolonien für arme schwächliche Kinder, und einzelne Vereine errichten auch Eisbahnen und haben Kindergärten, Kindervorträge, Handfertigkeitsunterricht und Leseabende. Die elf Vereine des Leipziger Verbandes zählten 1906 auf ihren Spielplätzen 390,104 spielende Kinder, führten 304 Wanderungen aus, verpflegten 2449 Kinder in Milchkolonien und gaben für Jugendpflege 36,668 Mk. aus. Vgl. »Der Freund der S.« (Monatsschrift, Leipz., seit 1905). Lexikon: Schrebervereine. Meyers Großes Konversations-Lexikon (1905), S.177638 (vgl. Meyer Bd.18, S.33)]

Der lexikal. Eintrag Brockhaus, 1970, konstatiert :“**Kleinsiedlung, Stadtrandsiedlung**, eine Form der Nebenerwerbssiedlung für bescheidene Ansprüche [auch mit Einliegerwohnung,] in offener Bauweise am Stadtrand. Kennzeichnend ist die Zuteilung von größeren Parzellen – je nach Bodenart – 600 bis 1000 m² je Haus [vor 1965 war die Anfügung von Kleinviehställen an die Häuser zwingend], wodurch die teilweise ernährungswissenschaftliche Selbstversorgung als eine fühlbare Einkommensergänzung des Siedlers und damit eine gewisse Krisenfestigkeit gesichert werden sollte.

K. wurden bes. nach 1918 und dann in der Wirtschaftskrise nach 1930, als Arbeitslosen, später Kurzarbeitersiedlung [3. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v. 6.10. 1931] und nach 1945 zur Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus stärker mit öffentlichen Mitteln gefördert als die übrigen Wohnformen. Auf Grund des gestiegenen Lebensstandarts, aber auch wegen des hohen Flächenbedarfs haben die K. viel von ihrer früheren Bedeutung verloren und werden heute nur noch als Heimstätte ausgegeben. Unter den 1953 bis 1967 mit öffentl. Mitteln geförderten 983.123 Ein- und Zweifamilienhäusern waren 123.982 K. [12,6 %]. – Siedlungsträger sind Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und Organe staatl.

Wohnungspolitik. [Ohne Quellenverweise / Literaturangaben, der Begriff "Flächenbedarf" signalisiert die positivistische Auslegung, incl. Dimensionenfehler.]

1.] Gesamt wurden auf Suchbegriff **> Stadtrandsiedlung <** 61 Titel ausgewiesen, daraus erschienen

bis 1933	: oo/ Ed. & Flugschriften	/	oo/ Ztschrftn.
1933 /'45 & zuvor	: 1o Ed. & Flugschriften	/	2 Ztschrftn.
ab 1945	: 41 Editionen	/	oo/ Ztschrftn., darunter

Bei 77 Titeln 3 Nennungen v. "Körperschaften" [nicht in der Zählung]

Die kurze zusammenfassende Auflistung dtchspr. Ed., im Suchvorgang auch internationale Probleme behandelnde Literatur, stellt einen repräsentativen Ausschnitt nicht dar. NS-kritische Editionen scheinen weniger repräsentiert.

2.] Suchbegriff **> Kleinsiedler <** ergab 8o Treffer, zu edierten Buchveröffentlichungen, Jahrbüchern & Zeitschriftenreihen. Die Editionen zumeist, Umfang nach Broschüren & Flugschriften, unter inhaltl. Varianz, von sachzogenen & allgem. Ratgebern, juristischen Kompendien bis zu einem Gedichtband :

bis 1933	: 12 Ed. & Flugschriften	/	5 Ztschrftn .
1933 /'45 & zuvor	: 18 Ed. & Flugschriften	/	34 Ztschrftn.
ab 1945	: / 00	/	8 Ztschrftn., darunter
			1 X 1936 bis 1974

Gesamt : 77 Editionen 1 X 19o2 bis 1949

Stichwortsuche / google: "Kleinsiedlerprojekte", ergab am : 7. 5. 12 : 5 Ergebnisse (0,28 Sekunden)
http://www.mykath.de/topic/27337-umverteilen-ohne-zu-enteignen/page_st_100

Umverteilen ohne zu Enteignen. Thema bewerten: ☆ ☆ ☆ ☆ ☆

#101 **Inge**



Katholikenverstherin /    / Gruppe: Moderatoren / Beiträge: 28.876 /
Registriert : 29-Dezember 03 / Geschrieben 01 März 2011 - 11:54

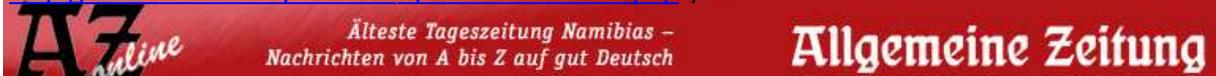
Flo77 sagte am 01. 03. 2011, 11:15: Wieso gibt es heute eigentlich keine Kleinsiedlerprojekte mehr wie weiland 1950-60?

Ja, das frage ich mich auch. Irgendwie scheint die Genossenschaftsidee unsexy geworden zu sein. Ich meine in Niedersachsen/Schleswig-Holstein gäbes es die noch hin und wieder.

1 Besucher lesen dieses Thema / Mitglieder: 0, Gäste: 1, unsichtbare Mitglieder: 0

> blog < nicht weiter rezipiert oder analysiert. Fragen & Kritik möglicher Verbindungen zu > Volksgemeinschaftsresiduen < bleiben wohl ungeklärt - auch verfehlt der zeitliche Ansatz das Entstehen, nach WKI & für die Thematik anscheinend kein größeres Interesse.

<http://www.az.com.na/wirtschaft/index-3-2003-21.php/>



Die AZ wurde 1916 gegründet; sie erscheint Mo. bis Fr. mit einer Tagesauflage von ca. 5500 Exemplaren sowie einmal monatlich mit Journal „Tourismus Namibia“ (ca. 10000 Stück); Druck: Newsprint Namibia, Windhoek. Mitglied im Editor's Forum of Namibia (EFN) und in d. AG Internationale Medienhilfe (IMH), Köln. / **Online-Vermarktung / netpoint media** qmbh / rheinallee 60 / 55283 nierstein

Ongopolo erntet Lob

Tsumeb - Die Ongopolo Bergbaugesellschaft von Tsumeb hat gestern d. Lob Präsident Nujomas erhalten, dass sie durch ihr **Kleinsiedlerprojekt** von Ondundu den Beweis erbringe, dass die Tage vorüber seien, als Gesellschaften lediglich Rohstoffe abbauten, ohne der umliegenden Gemeinschaft etwas zurückzugeben.

Die Ongopolo Mine verfügt über Ländereien im Umkreis von Tsumeb, die noch aus dem ursprünglichen Nachlass der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft, Omeg, stammen. Seit letztem Jahr ist ein gemeinschaftliches Farmprojekt angelaufen, bei dem die Neusiedler durch Garten- und Ackerbau bereits Kartoffeln, Süßkartoffeln, Zwiebeln, grünen und roten Paprika sowie Kürbisse anbauen und auch Heu zum Verkauf an Viehfarmer ernten.

Das Projekt wird nicht allein durch Ongopolo finanziert, sondern hat die Aufmerksamkeit der Bank Windhoek, der Standard Bank und der Shell Oil Gesellschaft von Namibia auf sich gezogen, die wesentliche Beiträge dazu geliefert haben. Inzwischen sind auch die diplomatischen Vertretungen von Britannien und den Niederlanden mit finanzieller Unterstützung eingestiegen.

Präsident Nujoma ermunterte die Ondundu-Gemeinschaft gestern, sich durch Fortbildung im Gartenbau und der Kleinfarmerei eine gesicherte Existenzgrundlage aufzubauen. [23.5.2003 - Windhoek, kopiert: 7. 5.2012].

Gesch. d. Otavi Minen – Ges. : <http://www.otavi.de/de/geschichte.html>

Möglich erscheint ähnlich Projekten d. 30-Jahre, Einräumen eines Kompromiss, mittels Konzessionen an die Organisationsform "Subsistentwirtschaft" & gegen "Fordistische Überproduktionsweisen": Konflikt auch d. "Automobilisierungsanstrengungen" der 20-Jahre europ. "Marktsituation". Die namibische Zeitung trägt im Kopf, Bezeichnung der Vorläuferausgabe des "Völkischen Beobachters" - dsbzgl. Nachfrage blieb unbeantwortet.

Der aktuelle bibliographische Überblick anhand der Inventarisate der "Deutschen Nationalbibliothek" ermöglicht den Schluß, mit Darstellung des Zusammenhangs, anhand nachzuweisender Editionen : Maximum & auffällige "Häufigkeit" sowohl bei den Editionen / Broschüren, wie für Zeitschriften, bildet sich nach 1933 ab, gegenüber vorausgegangener Epoche, eine annähernde, numerische Ver siebenfachung. Zu qualitativ-inhaltl. Informationen ist nachbibliographischer Faktizität & "Sachlage", derart keine Repräsentanz möglich. Dennoch wird der Häufung im 2. Vorgang nach, für Editionen während d. deutschen Militärdiktatur, die Bewertung dieser Form der Staatsverwaltung sichtbar & möglich, dezidiert, ideologischen Einfluß auf diese Bevölkerungsgruppen zu nehmen : zur "Integration".

Die erste, ernstzunehmende Edition, immerhin aus 1983, erklärt den Anspruch, nicht speziell von NS-Zusammenhängen & "der Zeit des sogenannten Dritten Reiches" zu berichten. Die Apostrophierung : "sogenanntes Drittes Reich" auf die währenddessen standartgemäße Relativierung noch existierender DDR in der "Springer-Presse": bei gerade bestehendem Erfordernis der Aufklärung der Vorgeschichte der BRD – unter Bezug auf den NS – formulierte immerhin einen konfrontativen Neutralitätsaspekt, kritischer Tendenz. Eine Art "Umkehr" des Vorgangs ist für die Zeit nach 1989/90 zu beobachten & erst anfangs der 80-jahre beginnen die Universitäten / West, verstärkt ihre & die allgemeine NS-Geschichte, immerhin partiell, "aufzuarbeiten".

Süsterfeldsiedlung 1932-1982 / Zur Geschichte einer Stadtrandsiedlung f. Erwerbslose in Kassel.

Gesamthochschule Kassel GhK, Nr. 3 der Schriftenreihe des Fachbereichs Stadtplanung, Landschaftsplanung.

Kommentiertes Excerpt der vorwiegenden "ns" - Bezüge



Den Namen trägt die Siedlung nach Bezeichnung eines Feldbaches der "Süster" [p.91]. 1901 war die Gemarkung im Besitz des Preussischen Staates, mit landwirtschaftlicher Nutzung [p.91]. Die 100 Siedlerstellen werden nach der Brüningschen Notverordnung erstellt[p.92]. Erste Erweiterung erfolgt 1933-'35, zweite 1949-'57. Zum 25. Jubiläum erschien die: " **Festschrift anlässlich der Feier des fünf- undzwanzigjhrn. Bestehens der Stadtrandsiedlung Kassel-Süsterfeld / Kassel-Süsterfeld : Siedlergemeinschaft Kassel-Süsterfeld, 1957**". 1982 feierten die Anwohner das 50jhrn. Jubiläum ihrer Siedlung [p. 117; Süsterfeldsiedlung 1932-1982, GHK, 1983].

Die Einleitung des Texts erläuterte noch 1983: . . .“ *Über die Zeit des sogenannten Dritten Reiches war wenig zu erfahren. Aus unserer vorrangigen Interessenlage als Planer und Architekten ergab sich hier auch keine zwingende Notwendigkeit, weiter nachzuforschen, da sich der Bestand der Siedlung in dieser Zeit kaum veränderte. Zwar gab es 1935 eine erste Erweiterung, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Siedlung durch mehrere Ergänzungen aus der ursprünglichen von den Initiatoren gewollten städtebaulichen Isolierung befreit.*“ [p.7]

Kap.2./“Siedlung Süsterfeld – wie es dazu kam“, berichtet das “Reichsgesetzblatt / 1931“ zitierend, vorwiegend zur Projektentwicklung & Stand des Jahres 1932, unter Reproduktion einiger, undatierter Abb. Benannt werden ähnliche Unternehmen “Versuchshäuser“, in Mainz, Berlin-Falkensee & Falkenberg, Düsseldorf-Golzheimer Heide[bekannt aus dem Schlageter-Komplex, h.g.], Hamburg-Stadtrand-siedlung Kurt Platen, Groß Borstel & das Projekt “Einsiedel“ in Bergisch-Gladbach-Rheydt-Rheindahlen. Überregionale Verbreitung & mit hoher Intensität wurden nicht hinreichend gewichtet. “Vorausgegangener Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die soziale Situation, mit steigender Zahl von Exmittierungen, Wohnraumleerständen & Rückzug staatl. und kommunaler Stellen aus der Finanzierung “ sozialer Bauprojekte“ nach, entstanden in den Stadtrandbereichen [a. a.O., p.26] zahlreiche “wilde Siedlungen“. Der intendierte Effekt der Bindung von Randgruppen an Systemstrukturen, incl. Autarkietendenz, erfolgte wohl erst mit Verzögerung & durch Beteiligungen der Planübergänge in NS-Projekte, unter verbreiteterer Umsetzung der Volksgemeinschaftskonstruktion, von einer großen Anzahl wohl unbefangenen akzeptiert. Ähnliche Vorgänge sind für Österreich nachzuweisen. Für höhere soziale Schichten, errichteten in d. 20-Jahren Bauhausarchitekten Siedlungen.

> Bereits im März 1931 beginnt man in Brandenburg mit dem Bau von 98 Siedlungen einer Erwerbslosen-Selbsthilfe-Siedlung, wobei Haustyp und / Grundstücksgröße für Kurzarbeiter entwickelt worden sind [ebda., p. 26/28] <. Wie benannt wurde die übergreifende Verbreitung des Modells nicht hinreichend motiviert : einfache Suche ergab weitere Informationen: “**Die Stadtrandsiedlung Berlin – Malchow** wurde zwischen 1936 und 1938 auf ehemaligen Rieselfeldern etwa einen Kilometer südwestl. des alten Dorfkerns von Malchow gebaut. Ihre Straßen sind nach Figuren und Orten aus der nordischen Mythologie benannt. [Wikipedia > Stadtrandsiedlung Berlin-Malchow / 2.4.12 <] . . . “**1935**, der 1931 begonnene Bau der Stadtrandsiedlung findet seinen Abschluß. Das Sachsenwerk Radeberg nimmt im Zuge der Wiederbewaffnung Deutschlands seine Arbeit wieder auf. Granaten, Zünder, Nachrichtengeräte und Steuergeräte für Waffen dokumentieren den materiellen Teil der Kriegsvorbereitung. Im Selbstverständnis der “Volksgemeinschaft“ werden alle Betriebe zu “Betriebsgemeinschaften“ erklärt, dem Sachsenwerk fällt dabei die Rolle zu, als einer von 200 Musterbetrieben im Reich zu fungieren.“ [Incl. Productplacement: http://www.bierstadt-radeberg.de/_Stadtgeschichte/Ue/ab_1900.htm, daraus : “ab 1900“ / Chronikalische Verzeichnung, ab 1219].“ . . . “Die Stadtrandsiedlung Buch ist eine Ortslage im Berliner Ortsteil Karow. Ihren Namen erhielt die Siedlung vom benachbarten Dorf Buch, das genauso wie Karow Ortsteil des Bezirks Pankow war. Für die Jahre 1986 bis 2000 gehörte der Ortsteil Karow mit der Stadtrandsiedlung zum Bezirk Weißensee. Nach der Erschließung 1932 wurde das Areal überwiegend mit Doppelhäusern bebaut. Eine Schule und verschiedene Ladengeschäfte bildeten die Infrastruktur einer eigenständigen Siedlung. Das Dorfzentrum und der Bahnhof liegen ein bzw. drei Kilometer entfernt. Wurden die Straßen anfangs noch nach den örtlichen Gegebenheiten (wie *Zum Kappgraben*) oder nach verschiedenen Hühnerrassen benannt, änderte man ab 1934 diese teilweise in Namen aus der germanischen Mythologie (wie *Nerthus-* und *Haduweg*). Neue Straßen erhielten ebenfalls entsprechende Namen.“ [Wikipedia, 2.4.'12/ > Stadtrandsiedlung / Ungefähr 664.000 Ergebnisse <]. Weitere, vide : Anhang

Für Gesamtkosten nicht über RM 3.000.- ergingen Ende 1931 Richtlinien zum Ausbau v. Siedlungen für Erwerbslose, in Ausnahmefällen unter Bürgschaften des Reichsfinanzministerium zu Baukosten

von RM 2.000.- und allgem. Darlehensgewährung an Kleinsiedler* v. RM 2.500.- auf Grundstücken aus öffentlichem Besitz. Über lokale Bedingungen informierte das Kasseler Tageblatt, 10. 11. 1931 [a.a.O., "Süsterfeld...", p. 31]. Baubeginn war Herbst 1931 / Frühjahr 1932. [p. 32]. Im Darlehn enthalten & zur Grundaustattung gehörig, waren Anschaffungskosten für ein Ferkel & eine Ziege [p.73, Text z. Abb. Nr. 92/93]. Pflicht war den Garten mit Gemüse zu bestellen und Vieh zu halten, denn wir sollten uns selbst ernähren [ebd.,].

* Hierzu, auch weiter unten.

"Die Kleinsiedlungsprogramme werden in ihren Grundzügen nach der Machtübernahme Hitlers im Jan. 1933 von den Nationalsozialisten weitergeführt. Die ursprünglich mehr unter der Zielsetzung der Existenzhilfe und der Arbeitsbeschaffung durchgeführten Siedlungsprojekte werden ideologisch umgedeutet und härtere Auswahlkriterien für die einzelnen Siedler angelegt, Parteimitglieder der NSDAP, bevorzugt. >> Die Wirkungen d. Entwurzelung eines großen Teils der Industriearbeiterschaft mußten wir bitter erfahren und in den Wohnhöhlen der Großstädte (Kasseler Altstadt!) haben wir die Brutstätten marxistischer Verhetzung vor Augen. Die Siedlung ist berufen, die Menschen herauszuholen aus diesen freudlosen Quartieren, ihnen eine bodenverbundene Arbeit auf der eigenen Scholle**krisenfest zu machen. Der Arbeiter der Zukunft soll den Segen der Arbeit auf seinem kleinen Besitz verspüren und aus ihm Kräfte ziehen zu volkverbundenem Denken und Handeln und zur Erziehung einer körperlich, geistig und seelisch gesunden / Nachkommenschaft [Zit.⁵, Kasseler Post, 24.11. 1935, 'Arbeiter auf eigener Scholle'.] << / Der nahtlose Übergang der Siedlungspolitik wird zusätzlich durch Parteiübertritte in die NSDAP gewährleistet. So tritt Anfang 1933 der Reichsarbeitsminister Seldte zu den Nationalsozialisten über. In seinem Ministerium sind wesentliche Inhalte der Siedlungsprogramme entwickelt worden [a.a.O., pp.36/37]. Zu Verteilung & Fluktuation d. NSDAP-Mitgliedschaften wird der Nachweis nicht geführt. Der Übertritt Minister Seldtes zur NSDAP scheint für die politische Einstellung 'arbeitsloser' Kleinsiedler nicht gerade typisch, verweist hingegen zeitspezifisch auf Muster & Modell allgemeiner "Befehlsnotstandsargumentation" zur Exculpation von der protestantischen Repression der "Kollektivschuldkonstruktion" & auf ein völliges Mißverstehen des Mottos Büchners "Hessischen Landboten's": aber Anwendung "dialektischer Modifikation" unter Ausblendung histor. & weiterer Bedingungen. Rekurs hingegen auf Mystifikation, Motivation & Schema, agitatorischer Desinformation vor & während des NS, zu "Befreiungskriegen" & pervertiertem "Freiheitsbegriff" : befreite der Führer von "Fremdherrschaft & Versailler Vertrag", die Aliierten eine angeblich verführte Volksgemeinschaft vom [Schiller'schen] "Thyrantentypus" & wurden die Großen gehenkt, sollen die Kleinen nun endlich verschont werden. Auch Grass "Linie" des Verschweigens seiner [HJ] SS-Mitgliedschaft [Ersterer Projektionsfolie, die Figur des Trommlers Oskar, der Scheiben aus Protest zersingt & nicht wie die SA, 1938 & zuvor, einwirft – der Romanerfolg mit "Umkehrschluss", möglicherweise auch Motiv 'des Schweigens'], da zu verorten. Zur "Literarischen Abarbeitung" in Form des Kriegsromans war dessen SS-Rolle zu kurz & Dwinger sei auch davor. "Der berühmteste unter jenen austretenden Affekten" [p. 31 (sqq.) / K.Briegleb, Mißachtung & Tabu ... Wie antisemitisch war d. Gruppe 47./B.-Wien, 2003], ist aggressiv beherrschende Rechthaberei in jüdischen Angelegenheiten (vor allem seit der Staatsgründung Palästinas), im Kern aber handelt es sich bei solchen Affekten gegenüber akuten Empfindungen der Partner um "zornige Gleichgültigkeit" – eine Formulierung von Yoram Kaniuk nach einem Gespräch mit Günter Grass in Berlin am 7. März 1991, als Israel sich von irakischen Raketen bedroht sah, deren Bewaffnung mit aus Deutschland geliefertem Gas vermutet werden mußte." Eklat, medial & Grass am Thema bleibend, 21 Jahre danach 2012, in einer Variante .

**/ Analoge Orientierung: "Schrebergärten."



Ksrl. Totenkopf-husaren



[detail / solothurnerzeitung.ch](http://detail/solothurnerzeitung.ch)

463 x 347 - Blick auf das Konzentrationslager in Bozen, (Archiv)



Schrebergarten.jpg

[johannes-becher.de /](http://johannes-becher.de/) 400 x 299 – Mit inzw. 'boomender' Rückgabe pro Jahr

“Die Gemeinde verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß dem Siedler die Stelle auf Antrag zu Eigentum oder im Erbbaurecht nach den Siedlungsvorschriften übertragen wird, sofern der Siedler die ihm nach diesen Vorschriften obliegenden Vorschriften erfüllt und seine oder seiner Familienangehörigen Eignung für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Stelle bewiesen hat [¹⁰, Vertrag zw. d. Gemeinde Niederzwehren u. d. Siedler H. Rölke, Niederzwehren, o1.o2.1934, wie weiter u.] Umwandlung der einfachen Pachtverträge in Erbbauverträge ist mit der Überprüfung d. Bewohner und dem Zustand der Siedlerstellen verbunden. Sie wird von Vertretern der Gemeinde und Mitarbeitern des Gauheimstättenamts Kurhessen vorgenommen. Bei positivem Entscheid wird vom Gauheimstättenamt Kurhessen ein Eignungsschein für Kleinsiedler (gleichzeitig Gesundheitsbescheinigung) ausgestellt.

Der Erbbauvertrag [meist in d. Jahren 1938 und 1939 abgeschlossen] legt ein Nutzungsrecht auf 61 Jahre fest. Die Gebäude mit den darauf lastenden Darlehen gehen in das Eigentum der Siedler über... Die Siedler verpflichten sich, bei verbesserten Einkommensverhältnissen eine beschleunigte Tilgung der Darlehen vorzunehmen, die Stellen ordnungsgemäß als Kleinsiedlung zu bewirtschaften und selbst zu bewohnen. Die Stadt behält sich u.a. ein Besichtigungsrecht, eine Mitsprache bei der Gestaltung der Vorgärten und das Recht, den Vertrag auf andere zu übertragen oder selbst wahrzunehmen, vor wenn :

- der Vertrag nicht eingehalten wird,
- die Siedler „sich als ungeeignet zu Kleinsiedlern oder unwürdig erweist [¹¹, Erbbauvertrag zw. der Stadt Kassel und Herrn Rölke, Kassel, 19.11.1938, a.a.O., p. 119, Anm.] oder
- in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

„Die Siedler übernehmen sämtliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag als Gesamtschuldner mit der Maßgabe, daß Tatsachen, die auch nur hinsichtlich eines der Gesamtschuldner vorliegen oder eintreten, für oder gegen jeden von ihnen wirken.“ [¹², wie¹¹, S.119] Die harten Arbeitsbedingungen, die in den ersten Jahren rechtlich unsichere Situation der Siedler und die strengen Vertragsbestimmungen führen dazu, daß in den Anfangsjahren einige Siedler aufgeben und ihre Siedlerstellen verlieren.

[Formuliert in der immer noch üblich, juristisch-klerikalen ausschließlichen Verantwortlichkeitszuweisung, monokausal-versubjektivierter Verursachung: “selbstverursacht“ - eine schöne, repressive Dummheit / Kursiv, h.g.]

Nicht weiter belegt & unter Darstellung pauschaler Exculpation inakzeptabel. Denn keineswegs bedeutete die SPD-Mitgliedschaft gleichzeitig & “automatisch“ -andauernde- Anti-NS-Einstellung. Ehemaligen SPD-Mitgliedern mit >politischen Unbedenklichkeitsnachweisen< wg. Funktion im Sinn des NS, stehen solche mit Karrierehemmung wg. ehem. SPD-Mitgliedschaften und Aufnahmeabweisungen i.d. NSDAP gegenüber. Archivalien ehem. MfS nach, war bsplsw. Fritz Erler Arisierer einer jüdischen Berliner Gummiwaren-Fabrik, erhielt eine polit. Unbedenklichkeitsbescheinigung, obwohl abgelehnter Parteimitgliedschaftsantrag, wegen Engagements für d. NS, mit Aufbau einer NSV-OG. : ob aber als Widerstandshandlung anzusehen – geht aus den Archivalien nicht hervor. Unter familial & polit. gegenteiliger Darstellung: als harter Widerstandskämpfer. Wehrmachtsthrough bis Stalingrad, hätte bei allen diesen besonderen Widerstandsformen &-kämpfern sowenig erfolgen sollen, wie 1 Attentat zuvor uneingeschränkt kriegsbereiter NS-Offiziere am > 20.07.1944 < so spät, wie erfolglos endete. Ebenso erscheinen Selbstmystifizierungen & Uminterpretationen v. Wahlniederlagen zu Erfolgen bei den Parteien der Mitte, nicht gerade von einer >Erinnerungskultur < an das fatale Wirken des NS “PROMI“ geprägt. / h.g.]

Berlin, den 18. 5. 1965
 3 Expl. / 3. Ausf. / Sz
Streng geheim !



> Bericht < / Einschätzung des vorliegenden Materials gegen den heutigen stellvertretenden
Vorsitzenden der SPD in Westdeutschland, Fritz Erler

Anfangs werden 13 Akten des ehem. Volksgerichtshofes / Oberreichsanwalt benannt : Strafsache "Gruppe Neubeginn " ; ggn. Schmidt; Vollstreckungsband Erler; Vollstreckungsbd. Umrath; Vollstreckungsbd. & Akte Schmidt, Kurt; Vollstreckungsbd. Kürschner; Gnadenheft i. d. Strafsache ggn. Schmidt; Gnadenheft Umrath, Oskar; Strafsache ggn. Frau John; Akte d. ORA Strafsache ggn. Newitt, Hilary; Sonderbd. in der Strafsache ggn. Schmidt, Erich; Akte Strafsache ggn. Karp; Akte ggn. Dr. Jurkat, Ernst und Dorothea.

Diese Akten des ehem. VGH sind beim Institut für Marxismus-Leninismus d. ZK d. SED (Sperrablage) archiviert. Der Bericht fährt mit Darstellung fort, der "Umstände, die zur Festnahme Erlers führten" und stellt weiter dar : " Im Verlauf des Jahres 1936 kam Erler durch Hans Braun, der 1937 ebenfalls emigrierte, in Berlin mit der Gruppe "Neubeginn" in Verbindung, die später von Kurt Schmidt geleitet wurde. Diese Gruppe unterhielt Verbindungen nach Prag und Paris zum Mitglied der Emigrantenleitung der SPD Dr. Hertz und zum Leiter der [p.3 / Orig. pag.] "Neubeginnen"-Organisation im Ausland, Dr. Frank. Wie aus dem Schlußbericht des Geheimen Gestapoamts Berlin, Dienststelle II A2, vom 6.12.1938 hervorgeht, konnte die Gestapo am 14.9.1938 bei einem Adressenverleger eine illegale Flugschrift "Freiheit" beschlagnahmen und feststellen, daß der frühere thüringische Staatsbeamte Dr. jur. Hermann Brill und der frühere SPD-Funktionär und Reichstagsmitgl. Otto Brass an der Ausarbeitung und Verbreitung dieser Schrift beteiligt waren. Im Verlauf der Ermittlungen gelang es der Gestapo, weiter in die illegale Tätigkeit der "Deutschen Volksfront" einzudringen, Verhaftungen vorzunehmen und die illegale Leitung im Ausland festzustellen" . . . "Infolge der Aussagen des Schmidt – seinerseits denunziert – wurde Erler zur Festnahme ausgeschrieben und am 3.11.1938 in der Kaserne d. 23. Nachrichtenabteilung in Potsdam, wo er sich zu einer Reserveausbildung befand, festgenommen. . . Am 7. 11. 1938 erfolgte eine erneute Befragung des Erler durch den Kriminalsekretär Müller im Krankenhaus zu seiner illegalen Tätigkeit. Ohne jeden Vorbehalt machte er im Verlauf dieser Befragung Angaben über seine illegale Tätigkeit und Verbindungen zu dem Leiter der Gruppe "Neubeginnen", Kurt Schmidt. Erler erklärte sich auch bereit, 450.- RM illegale Gelder, die auf seinem Konto bei der Stadtbank Berlin verwaltet werden, dort von seiner Ehefrau abheben zu lassen und der Gestapo zu übergeben. Ohne erneut vernommen worden zu sein, legte Erler in einer 9 Seiten umfassenden handschriftlichen Selbstäußerung vom 13. 11. 1938 ein Geständnis über die Organisation "Neubeginnen" und die ihm bekanntgewordenen illegal tätigen Personen ab. Darüber hinaus schrieb Erler über seine Einstellungen zum " III. Reich " : „ Ich beschloß aber, mich zusammenzureißen und mit allen Kräften die NSDAP zu unterstützen, um gutzumachen, was ich vielleicht versäumte. Seit 1. April 1935 war ich als NSV-Blockwarter tätig. Wegen meiner gewissenhaften Arbeit wurde ich am 1. Oktober 1936 mit der Leitung einer Zelle betraut. Die NSV schlug mich ein Jahr darauf zur Aufnahme in d. Partei vor. Nach Abbruch meiner Beziehungen zu Schmidt und seinem Kreis, ging ich zur Ortsgruppe Nordland der NSDAP, zum Ortsgruppenleiter Neubauer, und betrieb einfriger meine Parteaufnahme. Vor allem widmete ich mich aber d. Ausbau meiner NSV-Zelle. Ich vergrößerte den Mitarbeiterstab und führte auch der Ortsgruppe neue Mitglieder zu. Von meinen 11 Blockwaltern hatte ich selbst 10 als Mitarbeiter ausgewählt, geworben und eingearbeitet. Der Ortsgruppenkurier und ein WHW-Karteiführer sind durch mich zur Mitarbeit gekommen. Mit großem Eifer bereiteten wir noch während des WHW die Frühjahrswerbung vor, die uns dann auch den stolzen Erfolg einer Verdopplung der Mitgliederzahl in der Zelle auf fast 100 [bei nur 350 Haushalten in einem armen Laubenkoloniegebiet] brachte.

Zur Volksabstimmung nach dem Anschluß der Ostmark stellte ich mich als Wahlhelfer zur Verfügung. Ich habe nicht nur Schlepperdienste gemacht, sondern darüber hinaus nachts den Leuchtschmuck der Geschäftsstelle bewacht. Im Mai oder Juni erhielt ich die Gaukarte als Parteanwärter . . . [p.6] / . . . " Ich habe mich mit großem Fleiß bemüht, das vordem in jüdischen Händen befindliche Werk wieder hochzubringen. Dies ist mir in Zusammenarbeit mit allen meinen Arbeitskameraden in den kurzen Monaten meiner Tätigkeit auch wirklich gelungen . . . p. 9 / Vernehmung v. 17.11.1938/ BStU – Zentralarchiv /SV 8/76 Bd.1/ aus Nrn. 83-85 & 89]. Bei dem arisierten Betrieb handelte es sich um die "Mariendorfer Gummiwaren GmbH, jetzt Mariendorfer Gummiwarenfabrik Dr. Fritz Blüthgen [BStU-pag. 90].

Ausgehend von den gemachten Angaben Erlers über seine "rückhaltlose Tätigkeit für den Nationalsozialismus" sieht sich der Oberreichsanwalt am 28. 3. 1939 gezwungen, die Gestapo zu beauftragen, die Angaben Erlers zu seiner nationalsozialistischen Tätigkeit zu überprüfen. Am 21. 7. 1939 schreibt die Geheime Staatspolizei, geh. Staatspolizeiamt, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 8, Az. II A 2 – 1607/38, an den Oberreichsanwalt beim Volksgericht, daß d. Ermittlungen ergeben haben, daß Erler tatsächlich ab 1.5. 1935 der NSV angehörte u. als Block- bzw. Zellenwarter ehrenamtlich mitarbeitete. Seine Aufnahme in die NSDAP sei allerdings vom zuständigen

Parteigericht abgelehnt worden. Seine Tätigkeit in d. Mariendorfer Gummiwarenfabrik GmbH wird günstig beurteilt. Er genoß hier uneingeschränktes Vertrauen und Ansehen. Dieses Schreiben wurde vom leitenden Mitarbeiter der Gestapo Berlin, Kriminalrat Sattler, der auch – wie aus den Akten ersichtlich – die Aufsicht über die Untersuchung führte unterschrieben.

In der Hauptverhandlung vom 14. und 15. Sept. 1939 erfolgte durch den Volksgerichtshof, 2.Senat, die Verurteilung des Erler zu 10 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren wegen "Vorbereitung zum Hochverrat". Bis dahin erlittene Untersuchungshaft wurde Erler voll angerechnet. Nach der Verurteilung erfolgte am 10.10.1939 d. Überführung vom Untersuchungsgefängnis Berlin Moabit in das Zuchthaus Brandenburg. [a.a.o., BStU, pag. 91] Auf Grund einer Verfügung des Generalstaatsanwaltes bei dem Kammergericht v. 8. 1. 1940 wurde Erler am 15. 1. 1940 in das Strafgefängnislager II, Aschendorf / Emsland verlegt. Am 2. 12. 1940 wurde er zur weiteren Strafverbüßung in das Gefängnislager Rodgau I, Lager Dieburg / Hessen und am 10. 2. 1941 wieder in das Zuchthaus Kassel-Wehlheiden eingeliefert. Über die weitere Strafverbüßung sind keine Unterlagen vorhanden. In einer Beurteilung des Vorstehers des Strafgefängnislagers II, Aschendorfer Moor, vom 6. 1. 1941 wird gesagt, daß Erler sich in jeder Hinsicht tadelfrei betragen hat und daß durch sein einsichtiges und scheinbar reuevolles Auftreten bei ihm ein "innerer Wandel" zu erwarten ist. [BStU, a.a.O., n. pag. 92]

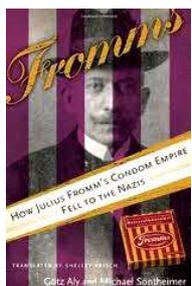
Unter 3 folgende 2 "Vorschläge zur weiteren Auswertung des Materials gegen Erler" konstatierten, dass a) strafrechtlich relevantes Material nicht gegeben sei, wollen weitere Gestapo- und Justiz-Akten beschaffen, Aufenthalt der Personen aus Anlage 1 ermitteln & kompromittierendes Material ggn. Erler und noch lebende Personen zu politisch-operativen Zwecken zusammenstellen, und b) Weitere Ermittlungen über die in der Anlage 2 genannten Gestapo-Angehörigen zu führen, sie evtl. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuklären und festzunehmen und zu den von ihnen bearbeiteten Vorgängen gegen d. SPD sowie d. "Volksfront" zu vernehmen. Dadurch könnten die von ihnen angeworbenen und gesteuerten Spitzel in der Arbeiterbewegung aufgeklärt werden. Der im Bericht genannte Kriminalrat Sattler, damals Referatsleiter des Amtes IV beim Reichssicherheitshauptamt, wurde bereits wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom Landgericht Greifswald zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt und sitzt in der Strafvollzugsanstalt in Brandenburg-Görden ein.

Mit dessen Vernehmung könnten neben dem bereits vorliegenden und noch zu beschaffenden Aktenmaterial weitere Zusammenhänge geklärt und wirksames Material gegen Erler erarbeitet werden. Unter Verweis auf bdn. Anlagen paraphierte > Oberstleutnant Stolze < .

Aus Anlage 1 geht hervor ..." daß der Generalstaatsanwalt der DDR entsprechend einer abgestimmten Maßnahme mit Schreiben vom 31. 5. 1965 dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt das gegen Erler vorliegende Material zur Einsichtnahme angeboten und diesen Vorschlag im Schreiben vom 30.6. 1965 unter gleichzeitiger Übersendung des fotokopierten handschriftlichen Geständnisses von Fritz Erler vom 13.11.1938 wiederholt ... habe. Auch die im Sept. 1976 nochmals geführten Überprüfungen erbrachten keinerlei Hinweise, daß Fritz Erler, geb. am 14.7.1913 in Berlin, nach seinem Verrat und seiner Verurteilung aktiv für d. Gestapo tätig war. [a.a.O., 119] Durch die in den Jahren von 1955 bis 1967 erfolgten Befragungen des ehemaligen Kriminalrates Sattler, Bruno konnten ebenfalls keine weiteren Hinweise erarbeitet werden. Aus den vorliegenden Gestapo-Unterlagen geht jedoch hervor, daß ein > Erler, Friedrich / geb. am 29. 8. 1906 < in München, als V-Mann S 21 für d. Kriminalrat Sattler tätig war. Dieser Erler war der Sohn eines Münchner Professors und in den Jahren von 1936 bis 1938 vorwiegend in Paris tätig. Er wurde im Oktober 1938 in Paris verhaftet, am 25. 4. 1940 vom II. Pariser Militärgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt und am 7. 6. 1940 erschossen. Erler, Friedrich arbeitete während seines Einsatzes in Paris mit der berühmten Carmen Mory [V-Mann S 11] und dem Schauspieler Peters, Hans zusammen. Diese V-Leute waren hauptsächlich gegen die illegale sozialdemokratische Emigration eingesetzt. [Anlage II. – nicht mehr vorhanden.] Fritz Erler [MdL / MdB.], ist zwischenzeitlich 1967 verstorben.

Carmen Mory - V-Mann S 11 & Erler, Friedrich – S 21, mit weiteren im "Marxismus-Dezernat" aus 26 Personen, vide : Siegfried Grundmann, Die V-Leute des Gestapo-Kommissars Sattler, B., 2010, p. 69. Mory : 202 sqq. C. Mory & F. Erler, Porzellanfachmann, Sohn eines Kunstmales & Profs. lernten sich 1932 in München kennen, zogen im Herbst nach Berlin und ca. 1937 verlegte Carmen Mory, eine zwielichtige Person, ihr Tätigkeitsfeld nach Paris. Zum Tode verurteilt, seit 4. 9. 1939 außer Haft gesetzt, im KL Ravensbrück interniert & am 3. Febr. 1947 in Hamburg erneut zum Tode verurteilt. Mindestens in 60 Fällen eigenhändig Lagerinsassen mit Injektionen getötet, hat sie sich am 9. Apr. '47, 7 Jahre nach dem französ. Todesurteil, selbst umgebracht. [n. : S. Grundmann, a. a. O., p. 225]. **Arisierung d. Berliner Gummiwarenfabrik Fromms, bei : Aly / Sontheimer, "Fromms", Wie der jüdische Kondomfabrikant Julius F. unter die deutschen Räuber fiel, Ffm., 2007. [Andere Fabrik, den durch Erler arisierte ...]**

Im Herbst 1938 . . . waren von ehemals 100.000 Betrieben nur noch etwa 40.000 in jüdischem Besitz, von 50.000 Einzelhandelsbetrieben, 9.000. 1933 wurde Jüdisches Vermögen auf rund 12. Mrd. RM geschätzt, im April 1938 auf weniger als die Hälfte. Nach : p. 128 / Von Arisierung bis Zwangsarbeit, Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr - Ulrich Sander, 2012, Köln



Sign. S1 913, e. schmales Konvolut "Fritz Erler", Stadt-Arch., 2 Zeitungsausschnitte, Hess. Allgem., 14.07.1973, " Als Brotschneider in Wehlheiden" & FR, 28.02.1981, "Zwei Bleistifte durfte er noch behalten / In einem Bonner Archiv liegen die Akten über KZ Häftling Fritz Erler". Die Mappe enthält weiter das Anschreiben zur Abgabe an d. Archiv abgebildeter "Kopie, 09.08. 1946", v. 24. 09. 2003, d. Tochter Pfarrer Dörmers, einer Volks- & Realschullehrerin – die Bezug darin auf die ehem. "F.-Erler-Kaserne" nimmt, als Motiv möglichen Interesses des Archivs am "Persilschein". "Erler hatte in Berlin Flugblätter verteilt und saß hier ein, mein Vater hat uns nach dem Krieg von Ihm erzählt. Ich habe seinem Sohn Gernot (MdB) auch eine Kopie geschickt", heißt es im Brief, aus d. Nachlass Frau U. Dörmers Vaters, der 1937 - 1967 "Strafanstaltspfarrer" war. Calvinismus / Protestantismus immer nah : offenbar hin & wieder auch unter Verletzung d. Schweigepflicht. Anhand der weiteren Archivalien erscheinen die Gründe Erlers Verhaftung anders, denn vom Anstaltspfarrer kolportiert, der aber Anschein nach & Wunsch des Schreibens gemäß, seine Aufgabe bis 1967 wahrnehmen konnte ... Ehem. F.-Erler-Kaserne [158 ha, Militär Nutzung, bis 2008], in > Fuldataal <, La.-Kr. KS, wird unter Kostenbeteiligung der EU, zum Gewerbe-Park umgestaltet / "Gewerbepark Fitz Erler Anlage / Konversion des Militärgeländes", HNA, 29. 10. 2011. Nach Materialien, StdArch. saß F. E. bis zur Befreiung in Kassel-Wehlhd. ein.

Fritz Erler

ABSCHRIFT

Staatssekretariat fuer das franzoesisch besetzte Gebiet von Wuerttemberg und Hohenzollerns.

Tuebingen, 9.8. 1946
Nauklerstrasse 47

Direktorialamt.

B E S C H E I N I G U N G

Der Unterzeichnete, Landrat im Staatssekretariat fuer das franzoesisch besetzte Gebiet Wuerttemberg und Hohenzollerns, erklart hiermit Folgendes an eidesstatt:

Ich bin wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Volksgerichtshof zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden und habe einen Teil dieser Strafe in den Jahren 1941-45 im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden verbuesst.

In dieser Zeit lernte ich den Pfarrer Doermer kennen. Herr Pfarrer Doermer hat in den letzten schweren Jahren des dritten Reiches so manchen politischen Gefangenen wieder aufgerichtet und vor dem inneren Zusammenbruch bewahrt. Er war uns allen eine Ruecksicht auf Konfession oder politische Einstellung ein Freund und Helfer. Es war ein offenes Geheimnis, dass Pfarrer Doermer nicht als Nationalsozialist galt. In ganzes Wesen und Verhalten widersprach vollkommen der nationalsozialistischen Lehre.

Die ehemaligen politischen Gefangenen aus Kassel-Wehlheiden koennen nur hoffen zu wuenschen, dass Herr Pfarrer Doermer noch lange seine seelsorgerischen und menschlichen Erfahrungen in den Dienst des deutschen Strafvollzugs stellen moege.

Gezeichnet:

Erler, Landrat.

Die Uebereinstimmung dieser Abschrift mit der mir vorgelegten Urschrift beglaubige ich mit Unterschrift und Amtssiegel

den 23. 10. 1946



Doermer
Pfarrer

“Da die große Mehrzahl der Siedler politisch den großen Arbeiterparteien (SPD, KPD) nahesteht, ergibt sich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten für sie eine besonder heikle Situation : die tendenziell einseitigen, harten Vertragsbedingungen erlauben den kommunalen und staatlichen Behörden, politischen Druck auszuüben. Das gilt vor allem in Zusammenhang mit den, Eignungsüberprüfungen’ der Siedler im Jahr 1937 u. der Kontrolle der Häuser und Grundstücke.“ . . . Vom Stadtbauamt wurden zu Beginn des Jahres 1932 Kurse angeboten, „in denen planmäßig über Erdbearbeitung, Aufteilung des Gartens, Düngerlehre, Obstanbau, Gartenbau, Schweine-, Ziegen- u. Hühnerhaltung gesprochen“ [¹⁹ Kasseler Tageblatt vom 29.12.1931, “Die Praxis der Stadtrandsiedlung.“] wurde.“ [p. 69, a.a.O.] Jede Siedlerfamilie hatte Kleinvieh. In den Ställen standen meist ein oder zwei Ziegen; außerdem gab es hier Enten, Gänse, Hühner und Kaninchen“ [a.a.O.,p.74].

Zur Kleinviehzucht rekurrierte auch das OKW in einer Broschüre zur Kleingartengestaltung / Kriegswirtschaft [Der Kleingarten – Landwirtschaftlicher Sonderlehrgang 1./2. Teil, 1942-41. Schriftenreihe „Soldatenbriefe z. Berufsförderung], bei seinen ‘Empfehlungen’ zur Ernährungssicherung der Zivilbevölkerung. “Während das Gemeinschaftsleben in der Siedlung vor Ausbruch des Krieges auf das Nötigste, wie etwa gemeinsame Einkäufe reduziert geblieben war, trugen die Kriegereignisse zu einer weiteren Festigung d. Gemeinschaft bei. Die Einleitung der Edition ordnete an: . . .“ Die Jugend wird im Kleingarten nicht nur in ihrer Gesundheit, sondern auch in ihrem Empfinden gefestigt und den Gefahren der Großstadt sowie der Verstädterung entzogen. Eine in den Kleingärten heranwachsende gesunde männliche Jugend stellt einen nicht zu unterschätzenden Wert für d. wehrhafte Ertüchtigung dar, eine gesunde weibliche Jugend bietet die Grundlage für die Bildung der erbgesunden Familie. Die Liebe zum Boden ist im neuen Deutschland dadurch gefestigt worden, das das kleingärtnerisch genutzte Land soweit wie möglich erhalten bleibt. Bereits bestehende Anlagen und neu erschlossene Gebiete wurden zu Dauerkleingartenanlagen erklärt und Umsiedlungen von bestehenden Kleingärten auf Ersatzland nur dann vorgenommen, wenn zufolge öffentlichen Interesses eine solche Maßnahme unumgänglich schien. Die Regierungstellen und Stadtverwaltungen sind sich darüber klar, daß auch hinsichtlich der Auflockerung der Städte für eine zweckmäßige Ausweitung von Dauerkleingartenanlagen gesorgt werden muß. Erfahrungsgemäß wird es aus mancherlei Gründen immer Mietwohnungen für einen Teil der Arbeiterschaft, für Wehrmatsangehörige, für Angestellte, für Beamte und in freien Berufen Tätige geben müssen. Ihnen muß zusätzlich zu den Mietwohnungen die Möglichkeit gegeben werden, einen Kleingarten zu pachten, um sich in ihm betätigen zu können. Bei der Ausweisung von Dauerkleingärten ist heute der Stadtplan vom wehrtechnischen Standpunkt aus gesehen, wesentlich beeinflusst. Das Auflockern und Trennen großer Häuserblocks voneinander durch sogenannte Brandschneisen bildet die Grundlage, Städte luftunempfindlich [sic!] zu machen oder doch vor den Wirkungen der Luftangriffe weitgehend zu schützen. Diese Schneisen sollen zu Freiflächen erklärt werden, da sie sich gut für Dauerkleingärten eignen. [8] Der Kleingärtner als Träger des Blut- und Bodengedankens in der Stadt weiß heute, daß das von ihm kleingärtnerisch genutzte Land auch erhalten bleibt. Er kann nun auf seiner gesicherten Scholle säen u. ernten. Als ein Vorbild für der Allgemeinheit zugängliche, wahrhaft soziale Anlagen können daher Dauerkleingärten inmitten von städtischen Parkanlagen mit vollem Recht angesehen werden. An Hand von zweckmäßigen Plänen, die in Verbindung mit den städtischen Gartenämtern aufgestellt wurden, sind bereits schöne Erfolge erzielt worden. Der langgehegte Wunsch gartennutzender Stadtmenschen, nahe der Stadtwohnung, in Kinderwagennähe, ihre Kleingärten zu bestellen, geht somit in Erfüllung.“ [Der Kleingarten, p.7] — **Divide & impera** : Vergünstigungen für >Kleinsiedler<, korrespondierte die Reichsfluchtsteuer: “Die Reichsfluchtsteuer war keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern schon Ende 1931 von der Regierung Brüning eingeführt. [p. 67, Martin Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung, B., 2008,].“ Ebenso die Kleinsiedlerverordnung — Für das Errichten und Ausgestalten von Dauerkleingartenanlagen werden überdies von Reichs wegen langfristige, zinslose Darlehen gewährt. Das Kleingartenwesen wird in Anbetracht seiner Bedeutung für die nächsten Jahrzehnte im Vordergrund der Sozialpolitik stehen. [p.7,sq., ‘Der Kleingarten I.’] Die Edition zielt ein Emblem einer gebundenen Weizengarbe mit Schwert, grün. [Abb., unten] . . . > Der Landwirtschaftliche Sonderlehrgang “Der Kleingarten“ <, erklärte das Vorwort, < will den in der Wehrmacht stehenden Kleingärtnern Gelegenheit geben, sich in der Freizeit mit Gartenfragen zu beschäftigen. Er soll nicht nur allgemeine Kenntnisse für die Sicherstellung der deutschen Ernährung vermitteln, sondern will auch dem

einzelnen durch theoretische Unterweisung und praktische Winke dazu verhelfen, seinen Garten zweckmäßig und schön zu gestalten, geeignete Arten u. Sorten, richtige Anbauweise u. bewährte Pflegemaßnahmen zu wählen [a.a.O., p.4].“

HERAUSGEGEBEN VOM OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT ABT. I/W / IN VERBINDUNG MIT DEM REICHSBUND DEUTSCHER KLEINGÄRTNERE. V. NUR FÜR DEN GEBRAUCH INNERHALB DER WEHRMACHT! 1942

Cover, Ausschnitt, ca. 1/2 reale Größe. / [eig. Abb.]



Im Zusammenhang weiter informierend durch Unterweisung der > Deutschen Hausfrau < zur Verarbeitung der Kleingartenenernten, mit Einkochratschlägen, &c.: Broschüren des "Werberats d. Deutschen Wirtschaft"; im Zusammenhang mit d. Reichspropagandaministerium hrg. & anderen NS-Ministerien, wie OKW, variierten die Thematik. Die "Kleinsiedlerlösung / via Notverordnungen – formaliter ein früherer Ansatz >Mitte< zu organisieren

SD-Berichte, SS-Reichsicherheitshauptamts, "Selbstversorgung, Kleintierhaltung", umfassen d. Zeitraum Nov. 1939 bis Febr. 1944 - & reichen von der "Aufnahme des Erlass über gewerbliche Zulagen für Selbstversorger, 30. 06. 1942", "Meldungen über Aufnahme und *stimmungsmäßige* Auswirkungen der Neuregelung von Hausschlachtungen, Dec. 1940", bis zum "Verbot der Schlachtung v. Schweinen, die nicht auf eigener Futtermittelbasis aufgezogen wurden, Oct. 1940". "Anhaltende Klagen über die Versorgung mit Eiern, Oct. 1941", wurden registriert, mit Berichten zur Brotversorgung, wie "Meldungen über den Verbleib von Käse, Oct. 1942", auch e. Bericht, z. "Einschränkung der Kleintierhaltung, 1942, Mai" und "Anordnung über die Einschränkung d. Kleintierhaltung, v. 28. 3. 1944". [FB - R 58, pp. 374-377 & 443-445, & weitere] enthält der Bestand. Zeichen, aufmerksamer Beobachtung & Kontrolle realer Vorgänge durch die NS-Staatsverwaltung; dsgl. Motiv zu Konstruktionen vielfältiger heldischer 'Widerstandshandlungen', nach 1945. [FB = Findbuch {22} / R 58 : Reichsicherheitshauptamt / RSH]

Auch die Siedlung Süsterfeld war von den Luftangriffen auf Kassel nicht verschont geblieben – etwa die Hälfte der Häuser war zerstört oder stark beschädigt, und man war auf gegenseitige Hilfe bei der Beseitigung der Kriegsschäden angewiesen. Einhergehend mit der gemeinsamen Wiederaufbauarbeit intensivierte sich das Gemeinschaftsleben: es entstanden eine Frauengruppe, eine Jugendgruppe, ein Altclub und es wurde ein Fußballverein gegründet. [a.a.O., 85] Der gemeinschaftlich durchgeführte Bau der Siedlung und auch die gemeinsame Betroffenheit – Arbeitslosigkeit – schufen bereits vor dem Bezug der Häuser gute Voraussetzungen für die Manifestation der Siedlungsgemeinschaft. Eine Siedlerfrau drückt den Zusammenhalt für die damalige Zeit treffend aus: „*Wir waren hier alle ein Herz und eine Seele, weil wir alle arm waren.*“ [p. 83]. An der Darstellung der "Intensivierung des Gemeinschaftslebens . . . durch Wiederaufbauarbeit" dürfen dsgl. Zweifel, verabsolutiert-ns-unkontaminierten "Neubeginn" bestehen. Alle Organisationsformen, vor allem die ns Volksgemeinschaft – waren beim Wiederaufbau, auch nach bereits bestehenden Planungen, in umfassender "conspiration du silence", schnell als Topoi entsorgt, viele Editionen "Mein Kampf" aus Hochzeitsgaben der Standesämter & von diesen zu erwerben*, nun in endständiger Bücherverbrennung, im kalten Hunger-Winter 1946, verheizt. [M. Kampf als Hochzeitsgeschenk : p. 434*, Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers "Mein Kampf", M., 2011]

Dsgl. unbelegt fragwürdig erscheint, unter Darstellung eines reduzierten Ansatz mit Vorgabe, als lägen empirische Daten vor :... "einige Siedler *geben auf* und verlieren ihre Siedlerstellen". Bestand eine Mehrheit der Siedler aus "linken Gruppierungen - SPD & KPD", im NS-Verwaltungsjargon & zuvor bereits, pauschal "Kommunisten", hätte danach die Mehrheit den Siedlungsanspruch verlieren können, außer dem durch NSDAP-Beitritte zu begegnen. Auch an anderer Stelle wird die polit. Struktur als vorwiegend SPD-nah bezeichnet [p.84]. Auch wird, wie exklusiv, ein "freiwilliger Arbeitsdienst des CVJM" beim Ausbau der Straße angeführt [p.78], ohne exakte Definitionen der Eingrenzung der Zeit nach '33 oder gegen/mit/ zur Geschichte "Deutscher Christen" in Übereinstimmung zu bringen oder auch kontrovers zu stellen. Ohne empirischen Nachweis, bleibt ein Diskurs gemeinhin ebenso spekulativ, wie mystifikatorisch – letzteres aber "axiomatisches Element" aller religiösen Konstruktionen. "In Berlin & anderswo hatten Anstrengungen begonnen, zur Bewältigung der deutschen Wirtschaftsnot sich mit im Auslande anscheinend bewährten Organisationsformen vertraut zu machen. Wir meinen die Diskussion über die Fragen eines freiwilligen Arbeitsdienstes. Alle Gespräche litten von vornherein daran, daß die Bünde und Gruppen, die sich – oft aus rein politischen Gründen – dieses Gedankens bemächtigt hatten, mit den Auffassungen der obersten Reichsbehörden kollidierten, welche den "Arbeitsdienst" fast ausschließlich gegen das Anschwellen d. Arbeitslosenziffer [sic!] ansahen. Das sog. "Ideengut" war schon früh an Ministerien herangetragen worden; seit den 20er Jahren wurden Broschüren durch Private und Verbände überreicht, die auf bulgarische und andere außerdeutsche Vorbilder verwiesen und vor allem die Arbeitspflicht in d. Dienst gewisser Vorstellungen gerückt wissen wollten, sei es die körperliche Ertüchtigung, die Wehrhaftmachung, das erzieherische Moment oder gar die Verbindung mit dem Siedlungswesen" [Quellenanbe., Potsdam (ehm.) DZA, Rmdl, Bd. 25372]. Es erscheint müßig feststellen zu wollen von welcher Seite am frühesten derartige Überlegungen angestellt worden sind; das Gespenst der Arbeitslosigkeit wirkte nun einmal in allen Lagern beschleunigend. In kurzer Zeit wurde die Zahl der "Propaganda-Vereine", "Reichsausschüsse" und regionalen Arbeitsdienstkomitees unübersehbar. . . Schon im Juli 1930 hatte die Reichsregierung eine Kommission unter dem Vorsitz des früheren Reichsministers Dr. Brauns [sic] beauftragt, über das Problem der Arbeitslosigkeit ein Gutachten zu erstatten. Zu den vielen Vorschlägen, die in diesem / Gremium entstanden, gehörte auch derjenige, einen "freiwilligen Arbeitsdienst" einzuführen . . . Anfang Juni wurden durch Notverordnung die Voraussetzungen für einen freiwilligen Arbeitsdienst geschaffen, wobei der Gedanke der Dezentralisation sowie die Überlassung der organisatorischen Aufgaben an die 'Träger der Arbeit' eine besondere Rolle spielten. [Schulthess' Europ. Gesch., Kal. 1931, bes. s. 122]. Es konnte nicht ausbleiben, dass die Nationalsozialisten alle Regelungen des 'Systems' ablehnten und mit eigenen Konzeptionen aufwarteten . . . welche die Arbeitsdienstpflicht als 'Ehrenpflicht der Jugend' und 'Dienst am Volke' ansahen [K.Hierl, Ausgew. Schriften u. Reden, Bd.2, M., 194]. Trotz aller Polemik beteiligte sich jedoch die NSDAP seit 1931 an den Versuchen, im Rahmen der Regierungsbestimmungen die ersten Lager einzurichten und zu erproben . . . Auf dem hinterpommerschen Gelände des Truppenübungsplatzes Hammerstein entstand eines der ersten Lehr- u. Versuchslager des späteren Nationalsozialistischen Arbeitsdienstes [a.a.O., Hierl, Im Dienst f. Dtlnd., p. 71].“ / [nach : Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat u. NSDAP, 1962, p.121 / sq. / & Amerkungen - Vogelsang].

Bereits die Weimarer Justiz- & Staatsverwaltung bediente sich eines umfangreichen Netzes von Spitzeln, anhand deren Informationen zahlreiche "Hochverratsprozesse" geführt wurden, aus Aktivitäten, 1923 Hamburger Aufstand, folgend – auch waren bewaffnete Aktionen gegen d. Fascismus geplant, die im Vorfeld bereits unterbunden wurden. Anschließend Orientierung auf agitatorische Aktivitäten aber wurde auch durch Denunziationen aufmerksamer Nachbarn 'gemeldet', mit Folgen landesweiter Duchsuchungen v. Wohnungen & Buchhandlungen. Die "Aufklärung" auch aus der Ber-

liner Russ. Botschaft unterstützter Aktivitäten wurden a. Leipziger Reichsgericht & Oberster Reichsanwaltschaft zusammengeführt: Ergebniss, zahllose Hochverratsprozesse. Auch hier knüpften die Juristen der NS-Staats- u. Justizverwaltung nur an bereits bestehende Erfahrungen an, unter schwindendem Einfluß des Reichgerichts. Anhand "K. H. Roth, Facetten des Terrors / Der > Geheimdienst d. Deutschen Arbeitsfront < und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933-1938, HBremen, 2000", wird Umfang der Informationen deutlich, den NS-Insitutionen zur Bekämpfung subversiver Aktivitäten parat. Die Archivalie : Arbeitsniederlegungen in Betrieben, Bericht d. Amts Information der DAF / Folge I und Anlage 1 ohne Datum [ca. Januar 1937], enthält ausser dem : ... " Lagebericht des ersten Vierteljahres 1936, der allen Amtsleitern d. Deutschen Arbeitsfront, den Leitern d. Reichsbetriebsgemeinschaften und d. Gauobmännern zuzuging, hat das Amt Information auf p. 2 bis 10 die von Dimitroff während des 7. Weltkongress der Dritten Internationale herausgegebenen Richtlinien zur Zersetzung der Betriebe und der Deutschen Arbeitsfron[t] eingehend behandelt . . . Das hierbei von der Komintern und Emigranten empfohlene Verfahren, das Dimitroff als die >> Methode des trojanischen Pferdes << bezeichnete, gipfelt im wesentliche[n] darin, alle politische Gegenarbeit hinter wirtschaftlichen und materiellen Motiven zu verstecken . [a.a.O.,Roth, p. 157]. Absatz > F. Grundsätze zur Verhinderung solcher Vorkommnisse ", mit dem Hinweis : "zu 1. Angreifende Kräfte a) ehemalige Schutzhäftlinge. Diese sind in den letzten zwei Jahren zumeist wieder in irgendeinem Betrieb untergekommen. Ein großer Teil von Ihnen hat aber die Einstellung zum Nationalsozialismus nicht geändert."

Beispiele :

1. Ein Fall dieser Art ist die Arbeitsniederlegung auf der Heeresbaustelle Flugplatz Hess. Lichtenau b. Kassel. Hier stellte sich heraus, daß unter den zugewiesenen ehemaligen Wohlfahrtserwerbslosen ein gut Teil ehemaliger Zuchthäusler und Kommunisten sich befand, die als Rädelsführer auftraten. Neun von Ihnen mußten in Schutzhaft genommen und in ein Konzentrationslager verbracht werden
2. Bei einer Arbeitsniederlegung auf der Domäne Frankenhausen b. Hofgeismar, ebenfalls im Gau Kurhessen, wurde eine Verhetzung unter den Wanderarbeitern durch einen früheren KPD-Mann festgestellt." [p. 162, a.a.o., Roth]

Aus d. "Zusammenfassung",[p. 165], geht hervor : DAF-Dienststellen , die von derartigen Vorkommnissen Nachricht erhalten, haben künftig in jedem Falle, in dem auch nur der leiseste Verdacht von Umtrieben im Betriebe besteht, die für ihren Gau zuständige Abteilung Information sofort nach Bekanntwerden des Ereignisses zu benachrichtigen. Diese unterrichtet wiederum unverzüglich den Sicherheitsdienst des RFSS, die geheime Staatspolizei und das Amt Information, damit die für diese unbedingt erforderlichen Ermittlungen ohne Versäumnis eingeleitet werden können. In Eilfällen ist die zuständige Polizeibehörde gemäss diess. Rundschreiben vom 21.11.1936 durch den Kreisobmann unmittelbar zu benachrichtigen und dem Gau-I-Referenten ebenfalls sofort Bescheid zu geben. [p.165, a.a.O., Roth]

Anlage 1 : " Liste der Arbeitsniederlegungen bis Ende Nov. 1936, benennt :

Nr. 9 / 11. 6. 36 – Hess.-Lichtenau / Flugplatz / rund 100 Streikende / Komunistische Verhetzung - unberechtigte Forderungen

Nr. 18 / 17.7.36 / Frankenhausen / Kassel / Staatl. Domäne / von 60, 23 Streikende / Verhetzung Wanderarbeiter / durch KPD

mehrere Fälle

Nr. 91 / RAB Kassel / [RAB = Reichsautobahn] / von 34 - 8 Streikende / Tariftstreitigkeiten

D. NS- Anlage / Auflistung benannte 96 'reichsweite' Vorkommnisse aus 1936.

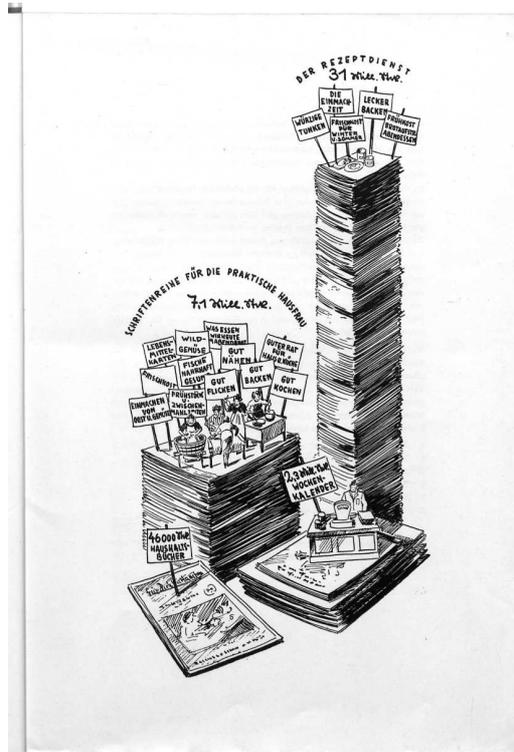
Die DAF war, mit allen Beamten der Gauverwaltungen, wie denen der AO - ein der NSDAP angeschlossener Verband – der Deutsche Gemeindetag zählte mit den "Amtsträgern" unter die von d. "NSDAP betreuten" Organisationen. Auf diese Art funktionaler Sozialkontrolle zur Realisierung der völkisch-rassereinen Gemeinschaft, bis in die "Gestaltung der Vorgärten" der Kleinsiedlerhäuser verwaltungsmäßig, wie Nachbarschaftskontrollkriterien nach, nahmen die städt.-staatl. Verwaltungsorganisationen Einfluss, im Übergang des Radikalisierungsprozess zur breiteren Akzeptanz des NS, mittels Gliederungen & Organisationen. Die DAF organisierte mehr Mitglieder, denn die NSDAP.

Gemäß Ausblendung annähernd aller möglichen Informationen aus 1933- 1945, finden nach der Festschrift : "25 –Jahre Süsterfeld ..." - Informationen zu Widerstandshandlungen nicht statt. In "M.Kampf" hatte A.Hitler geschrieben : "Indem ich mich des Juden erwehre, erfülle ich das Werk des Herren." Die Berufung A. Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurde von der Mehrheit der Christen als "Rettung des Vaterlandes" begrüßt. [Wikipedia / Kirchenkampf, 19.04.'12]. Sowohl katholische, mit einer Reihe Autoren der protestantischen Institutionen, können auf weit zurückreichende antisemitische Traditionen blicken. Reduktionistisches vordergründig Stellen und Orientieren auf lokales Geschehen – verfälschte die Darstellung Pf. Kraut's gerade zentral dem Informationspool des Siedlungsprojekts - durch klerikalistisch dominierte Darstellung, in Richtung eines Mikro-Lokalpatriotismus. Abb. 51 [Verweis "Privatbesitz", Bewohner d. Siedlung Süsterfeld, a.a.O., p. 120], p. 45, zeigt unter verwaltungstechnischer Zuständigkeit > kurhessischen Gaustättenheimwerks in der Dtn. Arbeitsfront / KS, Akazienweg 22 <, einen "Eignungsschein für Kleinsiedler" [Abb.: 51, Kraut, 1957]:

		<p>Tor, KL Buchenwald (FINN, GERHARD/ Buchenwald - 1936-1950. Abb.: google - bilder</p>
	<p>Barettabzeichen, deutsche Feldjäger/[aktuell] Abb.: google-bilder</p>	

P. 61 reproduziert eine Quittung, 24. März 1933, über Ratenzahlung von Mehrkosten für eine vom Standart abweichende Kellerdecke über RM 1,00 - . Gesamtkosten v. RM 36,00 durften in wöchentlichen Raten an die >Hessische Heimstätte < abbezahlt werden. Aus Zeitzeugeninterviews auch

diese Information [a.a.O., p. 62] : ...“ Am Anfang waren wir Aussätzige, man nannte unseren Siedlungsteil das ‚Negerdörfchen‘. Die Häuser [Holzhäuser & Fachwerk, h.g.] waren erst schwarz gestrichen und in 1936 haben wir sie weiß gestrichen. Wir haben uns zusammengesetzt und die Farbe beim Farbenhändler Hartung gekauft und mit 1.- RM die Woche abbezahlt“, dsgl., bspw., Erwerb von 4 Obstbäumen zu je RM 1,75.- in einer nahegelegenen Baumschule, 26. März 1935, am 29. Juni 1935, abbezahlt.“ Eine einfache Welt .



Kopie aus dem Bundesarchiv

“Geschäftsbericht des Werberats der Deutschen Wirtschaft, 1940“ / Abb. p. 13 & unten, 21, i. p.:

f) Aufklärung über vermehrte Haltung von Kaninchen

Die vom Reichsausschuß betreute Gemeinschaftswerbung Hut und Mütze wurde im Einverständnis mit den an dieser Werbung beteiligten Wirtschaftskreisen auf eine Aufklärung über eine vermehrte Haltung von Kaninchen umgestellt. Zur Verwendung gelangte in der Hauptsache eine kleine Aufklärungsschrift „50 Pfund Fleisch mehr im Jahr“, um die Umworbener für die Kaninchenhaltung zu gewinnen und auf diese Weise eine vermehrte Produktion von Hasen- und Kaninchenhaaren zu erzielen und so etwaigen Rohstoffschwierigkeiten in der Hutindustrie vorzubeugen. Die

21

Illustration, Angaben zu den Auflgn. / folgend :

k) Aufklärung durch den „Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienst“

Im Zusammenhang mit der notwendigen kriegswirtschaftlichen Aufklärung wurde der „Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst“ auf wöchentlich zweimaliges Erscheinen umgestellt. Auf diese Weise konnten aktuelle Tagesfragen sofort behandelt werden. Aufgabe des „Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes“ war es, bei allen Dingen mitzuwirken, die mit der Umstellung der Friedenswirtschaft auf den Krieg in Zusammenhang standen. So wurden nicht nur die erwähnten großen Aufklärungsaktionen durch laufende Presseartikel unterstützt, sondern auch alle Maßnahmen, die zur sparsamen Verwendung von kriegsnotwendigen Materialien aufordern. Insbesondere mußten taktische Wege und Mittel aufgezeigt werden, um Verknappungen verschiedener Art auszuweichen oder sie durch Austauschstoffe auszugleichen. Auf dem Gebiet der Volksernährung wurde eine zweimal erscheinende Frauenbeilage geschaffen. Die Besonderheit dieser Aufklärung liegt darin, daß nicht nur die allgemeinen Entwicklungslinien gezeichnet werden, sondern daß hier mit praktischen Winken an Verbraucher und Interessenten herangetreten wird.

zupassen. Die ersten 5 Hefte, die sich mit der wirtschaftlichen Haushaltsführung beschäftigen und sozusagen die Grundhefte der Schriftenreihe bilden, wurden nach Kriegsausbruch überarbeitet und den veränderten Verhältnissen angepaßt. Sie erreichten bisher folgende Auflagen:

Nr. 1	„Gut kochen — gut wirtschaften“	850 000	Stück
„ 2	„Gut backen im eigenen Herd“	900 000	„
„ 3	„Gut nähen für den Hausgebrauch“	600 000	„
„ 4	„Gut flicken — gut stopfen“	450 000	„
„ 5	„Guter Rat für Haus und Küche“	550 000	„

Die bereits vor dem Kriege herausgegebenen Hefte Nr. 6—10, die sich vorwiegend mit den Fragen der vom Reichsernährungsministerium bzw. dem Reichsnährstand betriebenen Verbrauchslenkung beschäftigen, wurden umgearbeitet und ergänzt und erreichten folgende Auflagen:

Nr. 6	„Was essen wir heute zum Abendbrot?“	650 000	Stück
„ 7	„Einmachen von Obst und Gemüse“	800 000	„
„ 8	„Frühstück und Zwischenmahlzeiten“	400 000	„
„ 9	„Frischkost an jedem Tag — eine gesunde Bereicherung unserer Ernährung“	300 000	„
„ 10	„Fische — nahrhaft und gesund“	250 000	„

Als weiteres Heft wurde bei Beginn des Krieges die Schrift

Nr. 11 „Wildgemüse, Wildkräuter, Wildfrüchte, deutsche Hausteepflanzen“ in die Schriftenreihe neu aufgenommen. Das Heft bringt Anleitungen zum Sammeln der bisher wenig beachteten Wildpflanzen mit Abbildungen und Pflanzenbeschreibungen sowie eine große Auswahl von Rezepten für richtige Zubereitung. Das Heft erreichte bisher eine Auflage von 150 000 Stück; es hat besonders großen Anklang und überall Eingang gefunden. In diesem Zusammenhang hat der Werberat auch der Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft für Ernährung aus dem Wald Unterstützung zuteil werden lassen.

Um die durch die Zuteilung von Lebensmitteln bedingte Umstellung der Haushalte zu erleichtern, wurde ein Sonderheft der Schriftenreihe „Lebensmittelkarten und richtige Ernährung“ mit einer bisherigen Ge-

12

Kopien, Bundesarchiv / Bibliothek

Eintrag „Deut. Siedlerbund“, wikipedia, 31.3.‘12, ohne explizite auf die Kontinuität zu verweisen :

Verband Wohneigentum / [Logo](#) des Verbandes Wohneigentum.



Der **Verband Wohneigentum e. V.** (bis 2005: *Deutscher Siedlerbund e. V.* - Gesamtverband für Haus- und Wohneigentum) ist ein Interessenverband zur Förderung des Baues und Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum.

Das Ziel ist dabei eine Unterstützung bei der Schaffung eines familiengerechten und gesunden Lebensraumes. Mit 18 Landes- und Regionalverbänden sind ca. 370.000 Mitgliedsfamilien (Stand Juli 2006) im Verband Wohneigentum e. V. organisiert. Der örtliche Zusammenschluss der Mitgliedsfamilien ist die [Siedlergemeinschaft](#). Geschichte [\[Bearbeiten\]](#)

Die am 10. Mai 1919 gegründete *Freie Arbeitergemeinschaft für Kriegersiedlung e. V. Sitz Dresden* bezweckte Kriegsteilnehmern, deren Hinterbliebenen usw. die Möglichkeit des Siedelns zu schaffen. Der Verband wurde am 27. Januar 1923 umbenannt in *Allgemeiner Sächsischer Siedlerverband e. V. Dresden* und am 2. Juli 1933 in der Jahreshauptversammlung abermals geändert in *Deutscher Siedlerbund e. V. Sitz Dresden*.

Der *Verband Wohneigentum e.V./Deutscher Siedlerbund e.V.* ist verbunden mit den [Kleinsiedlungen](#) und der [Organisierten Gruppenselbsthilfe](#) in Deutschland. / [<http://www.verband-wohneigentum.de/bv/on690> / <http://www.verband-wohneigentum.de/bv/on23305>]

Klarheit im Versuch der mikrosoziologischen Analyse, der doch sehr merkwürdig umschriebenen politischen Fluktuation, & mögl. Substitution durch NSDAP-Mitglieder eingessener SPD- & KPD-Genossen, könnte nur eine "Scalierung zu NSDAP & Gliederungs-Mitgliedschaften", anhand der existierenden Materialien / Archivalien herstellen.

Auch die spärlichen Angaben ermöglichen den Schluß : für die Einstellung der Mitglieder des Siedlungsprojekts kann mehrheitlich zumindest Ablehnung der Versailler Verträge – mit Tendenz, späterer militärischer Revision, Zeitströmung nach, zu akzeptieren, vorausgesetzt werden – gesamtgesellschaftlicher, medial-agitatorisch evozierter Trend der Zeit.

Die ns-kritische Edition >Von d. "Heimstätte" zur WOHNSTADT ...", university-press, Ks, **2008**, berichtet, p. 64: 'Siedlungsbau und Altstadtsanierung in der Rüstungsstadt Kassel' / Nach dem Machtwechsel 1933 wurde die bereits vorhandene einseitige Profilierung Kassels als Standort der Rüstungs- u. Schwerindustrie weiter vorangetrieben. Dazu gehörte die Vergrößerung des räumlichen Einflusses der Stadt. Schon 1935 lag ein "Wirtschaftsplan" mit einer Nutzungsausweisung der städtischen Flächen vor, der *Prognosen* für die Stadtentwicklung bis **1980** mit einer zu erreichenden Einwohnerzahl v. 280.000 bis 300.000 berücksichtigte. (1939 : 225.000 / *). **P a r a l l e l** dazu entstand ein "Wirtschaftsplan Fuldabecken". 1936 war ein großflächiges Eingemeindungskonzept vollendet, so dass die Ansiedlung neuer Produktionsbetriebe in und um Kassel (Fieseler, Henschel Motorenwerke) erfolgen konnte. Der Ausbau der Rüstungsindustrie, aber auch der forcierte Ausbau der Wehr- und Luftmacht sowie der Reichsautobahnbau führte zu einem großen Wohnungsbedarf, dem mit dem Bau von großen Vorstädten für die bis zu 12.000 Einwohner begegnet werden sollte. An der Entwicklung dieser Standorte hatte die Hessische Heimstädte einen maßgeblichen Anteil. In Mattenberg und Ochsenhausen kamen die Bauarbeiten im Krieg zum Erliegen, wurden aber auf der Grundlage der bestehenden Planungen in der Nachkriegszeit fortgeführt." Mit der verhalten formulierten "einseitigen Profilierung" als Standort der Rüstungsindustrie ist vorwiegend auf die Lastwagenproduktion Henschel hingewiesen & Panzerbau Fa. "Wegmann" .

<http://www.stadt-kassel.de/prokassel/praevention/>



... „Wir wollen, dass Fälle, in denen Menschen in der Öffentlichkeit Opfer von Gewalttaten wurden und kein Passant Hilfe geleistet hat, endgültig der Vergangenheit angehören. Gemäß den Worten Martin Niemüllers „Zuschauen und nichts tun, das ist die eigentliche Sünde“ wollen wir Menschen ermutigen, sich für andere einzusetzen und gemeinsam Verantwortung für ein gewaltfreies Miteinander zu übernehmen. Wenn wir uns gegenseitig beistehen, wird die Gewalt alleine dastehen“, betonte der Innenminister.“ Begonnen hat die Kampagne „Gewalt - Sehen - Helfen!“ mit einer großen Plakataktion in 2001. Danach folgten die Kasseler Präventionstage.

Ohne, sei hier angemerkt Einfluß oder Folgen für die Entwicklung rechtsradikalen Terrors.

Gegensätzlich, Organisationsformen anderer Städte, in denen sich unter Bezug auf den Namen der Stadt, bsplsw. "Köln", Parteien gründeten unter dem attributiven Präfix- >Pro<, erledigt das Kassel wie immer den Entwicklungen voraus, bereits präventiv auf seiner stadteigenen erstellten 3w.-p. Einwohneranzahl / 195.530, kreisfreie Stadt
Landkreis Kassel / 236.986, bde. 31.12. 2010.

Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ist der europäische Marktführer für gepanzerte Ketten- und Radfahrzeuge in Europa. Das Unternehmen hat eine lange Tradition im Panzerbau. Aktuelle Produkte:

- Kampfpanzer (LEOPARD 1 und LEOPARD 2)
- Artillerie (Panzerhaubitze 2000 / Raketenwerfer MARS/MLRS)
- Flugabwehr (FlakPanzer GEPARD / Leichte Flugabwehr LeFlaSys)
- Schützenpanzer (PUMA)
- Radfahrzeuge (BOXER, FENNEK, DINGO, MUNGO)

- Panzerschutz (Fahrzeug-Schutzausstattung)
- Pioniergeräte (Panzerschnellbrücke, LEGUAN, FSG)
- Training & Simulation
- ILS Planung und Durchführung der Systemunterstützung
- EMV (Elektromagnetische Verträglichkeit)
- Kabelsysteme

**CAUTION : kein Pro-
ductsplacement**



[Krauss-Maffei Wegmann Firmenprofil + Adresse](#)

<http://www.wer-zu-wem.de/firma/krauss-maffei.html>

Das Unternehmen hat eine lange Tradition im **Panzerbau** . . .

Die Produktionsformen, seit 1872 tragen einiges z. Erklärung regionalen autoritären Klima's bei.

“ Die Oberste Heeresleitung verlegte 1918 ihren Sitz n. Wilhelmshöhe, wo der umfangreiche Befehlsapparat im Schloßhotel Quartier nahm. Mitte November 1918 traf Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit seinem Stab, darunter Generalquartiermeister General Gröner und Kriegsminister General Scheüch ein, um den Rückmarsch und die Demobilisierung einzuleiten“ / [<http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Kasernen/Wehrkreis09/KasernenKassel-R.htm>]. Kassel war 1918, Sitz der Obersten Heeresleitung. [v.: Reichswehr & Politik / F.L. Carsten, 1964/’66, B.,p.30]. Von Jan. bis zu deren Auflösung, Juli 1919 agierte die Oberste Heeresleitung, mit Paul v. Hindenburg u. Wilh. Groener, in Kolberg.

Zur Genossenschaftsgründung berichtet die > 25-Jahr / Festschrift . . . < , Pfarrer F. Kraut’s, dies: “Die Genossenschaft besteht in diesem Jahr 1957 zehn Jahre. Nur die Männer, die diese Genossenschaft gründeten, die geplant und die in jahrelanger Arbeit an den einzelnen Baustellen mit Hacke und Schippe, Lot u. Kelle, Säge u. Hammer gestanden, vermögen zu ermessen, wieviel Arbeitskraft sie eingesetzt und mit wieviel Mühe sie das gute Werk begonnen und durchgeführt haben. Es war ein kleiner Kreis von zwölf Personen, der sich am 13. Mai 1947 im Bezirksamt Kassel-Oberzwehren zusammenfand, um über die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft zu verhandeln. Nach eingehender Beratung wurde die Errichtung einer Genossenschaft unter der Bezeichnung : “Wohnungs- u. Siedlungsbau-Genossenschaft e.G.m.b.H. Kassel-Süd“ beschlossen. Die Satzungen [sic! / Mehrere, waren wohl bereits vorhanden, h.g.] wurden von der Versammlung festgelegt, angenommen und von den Beitretenden unterschrieben. Am 26. Nov. 1947 wurde die Genossenschaft in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Kassel eingetragen. Der Bau- und die Betreuung von Kleinwohnungen erfolgte in eigenem Namen. Der Gegenstand des Unternehmens ist auf den Geschäftsbereich des Stadtbezirks Kassel-Süd beschränkt. Der Eintritt bei dem Verband Süd-West-Deutscher Wohnungsunternehmen wird beschlossen. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit wird beim Regierungspräsidenten beantragt und auch im selben Jahr genehmigt . . . Am 31. Dec. 1948 waren 20 Mitglieder, und am 31. Dec. 1951 waren 100 Mitglieder zu verzeichnen [A.a.o., Festschrift, p. 22 sq.]“. Das Gemeinnützigkeitsgesetz stand in engem Zusammenhang mit dem am 15. Nov. 1940 von Hitler verkündeten “Erlass zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaus nach dem Krieg.“ Mit dem Erlass sollte ein deutliches Defizit [der] NS-Sozialpolitik behoben werden, das seit 1933 häufig Anlass zu Klagen gegeben hatte. Während der öffentlich geförderte Wohnungsbau 1928 noch 18,4 Prozent der gesamten öffentlichen Investitionen ausgemacht hatte, so war er nach 1933 rasch auf einen Anteil von weniger als 2 Prozent abgesunken.“ [A.a.o., ... Heimstätte..., 2008, p. 70]. Außer dem Kompensationseffekt durch Kassation jüdischer Häuser, verstärkt ab 1938, mit wachsender Versorgung der Parteigenossen, wurden Hausbesitzer ab 1941 zur Kriegsfinanzierung mit einer Sondersteuer belegt [n.: G. Aly, Hitlers Volksstaat,p.80]. Ein vereinheitlichtes Grundsteuerrecht existiert in Dtschland. seit dem 1936/1.4.1938, nach “Einheitswert“, mit den Gemeinden als „Steuergläubiger“; befreit, Grundbesitz öffentl. Hand, Kirchen, Schulen, Krankenhäuser.

Sich Berufen auf Gründung & "Satzungen", 1947, hätte zu einer 25-Jahr-Feier 1972 führen können, die aber bereits am 6./ 7. Juli 1957, wie die Festschrift terminierte, stattfand, wohl doch unter Bezug auf den ersten Gründungstermin der Siedlergemeinschaft, 1932 & damit der Reihe anderer "Doppelfeiern" & "Parallellaktionen", wg. Neu- [& Wiedergründung] nach 1945 zuzurechnen.

Benachbarte Areale wurde 1958-'66 & später, durch später liquidierte gewerkschaftliche Baugesellschaft / Bank, "Neue Heimat" mit Plattenbauten oder spez. Häusern versehen, erschlossen. Angesiedelt wurden, nach Fertigstellung der Plattensiedlung, ostpreussische, sudetendtsch. & Übersiedler aus der DDR <, damalig, "Republikflüchtige", wie Rußlanddeutsche. Galt der Stadtteil für eine Problemzone, bemüht sich seit ca. 2005 deren Verwaltung durch "Neugestaltung" & Veränderung an Bepflanzung, mit Sprachregelung einer Umwidmung zum Wohnpark, mit stark verbesserter Verkehrsanbindung, um Zivilisierung. Im regionalen Prozess städtischer Planungen, entstand nach dem Jahrtausendwechsel, auf einem zu Bauland definierten feuchten Friedhofserweiterungs-gelände eine Einzelhauswohnanlage, auf ca. 500m² großen Parzellen, ca. 30 Wohneinheiten, flankiert von einem Teil, Beuys'schen Stadtverschönerungsprojekt – 7000 Eichen – . Mit Hilfe von Eva Beuys und Sohn Wenzel nehmen wir die Spur seines Monumentalwerkes „7000 Eichen“ auf. Am 16. März 1982 griff er für die Kasseler „documenta“ zum Spaten, setzte vor dem Museum Fridericianum eigenhändig den ersten Baum. Damit bestimmte Beuys die Stadt als den Ort, wo „das symbolische Zupflanzen der Erde“ beginnen sollte. Anfangs war es nicht mehr als ein Zeichen des Möglichen. Die Adresse gilt sonst als gebautes Zeugnis sozialdemokratischer Geschmacksverirrung. In Bonn regierte die Betonriege um Kanzler Helmut Schmidt. In Kassel eierten die Amtsverweser um Oberbürgermeister Hans Eichel (heute Finanzminister) herum, sie hielten in der autogerechten Metropole höchstens 60 weitere Straßenbäume für machbar, wenn überhaupt. Die SPD-Fraktion führte den Spitznamen „IG Blech“. Es passt irgendwie: Beuys Eiche wächst auf einem 10 000-Volt-Kabel, das in keiner Karte verzeichnet war. Zwanzig Jahre später reckt sich der Ur-Baum inmitten der City neun Meter hoch. Mit elf Metern Kronendurchmesser stattliches Symbol der „Sozialen Skulptur“, die Beuys unter dem Titel „Stadtverwaltung anstelle von Stadtverwaltung“ in Szene setzte, um das Trägheitsgesetz der Bürokratie auszuhebeln. . . Heute gibt es auf dem Kasseler „Kulturstadtplan“ viele Punkte: seine Bäume! Sie stehen samt Stele vor Ausgleichsamt und Verwaltungsgericht, hainartig im Bossental, in hoher Verdichtung am Fußweg Ochsenallee. Durch Süsterfeld und Waldau ziehen sich grüne Bänder. [Tagesspiegel, Joseph und die 7000 Eichen / 09.06.2002]

Wie München die "Hauptstadt der Bewegung", Nürnberg die "Stadt der Parteitage", Frankfurt / Main "Stadt des Handwerks", Hamburg die "Stadt für Freizeitgestaltung", Stuttgart die "Stadt der Auslandsdeutschen" und Goslar d. "Stadt des Bauerntums" ist, so wurde Kassel zur "Stadt d. Reichskriegertage" bestimmt. [p.28, Brosch'., Großdeutscher Kriegertag, 1939 in Kassel, v. 2.-5. Juni] Das Rüstungszentrum Kassel, war bereits 1935, '36, '37,[1938 ausgefallen]& ab 1939, regelmäßig Ort der Zusammenkünfte der WKI.-Veteranen. Das Grußwort Reichskriegertageführers Reinhard forderte: ... " Dank der Tatkraft unseres Führers marschieren zum erstenmal in unseren Reihen die Kameraden aus der Ostmark, dem Sudetengau u. dem Memelgebiets. Der erste Großdeutsche Reichskriegertag wird uns allen die Kraft geben, weiter wie bisher innerhalb des NS-Reichskriegerbundes unsere Pflicht für Führer und Volk zu erfüllen." [p.7] Das Kapitel "Aus der Geschichte einer stolzen Garnison" [p.28], schließt : ... " So hallt denn heute der Marschtritt der alten Soldaten Großdeutschlands über Kassels Straßen; die hes-

sischen Kameraden halten Tritt auf dem Marsch in das tausendjährige Reich.“[p.37]. . . “Der Sieger von vielen Schlachten Generalfeldmarschall v. Hindenburg, leitet von Wilhelmshöhe die Demobilisierung und entläßt die ruhmbedeckten Regimenter in die Heimat.“[p.42]. Verlegung nach Kolberg ab Jan. 1919, bleibt sicher lokalen Rücksichten halber, unerwähnt. [Kap. Wilhelmshöhe als Schauplatz d. Geschichte, p.42.]
“ Der V.Harlan-Film Kolberg ... wurde am 30. Januar 1945, dem 12. Jahrestag der nationalsozialistischen „Machtübernahme“, gleichzeitig in Berlin und in der umkämpften Atlantikfestung La Rochelle (U-Boot-Hafen) uraufgeführt . . . Um die Belagerung Kolbergs 1807 als histor. Beispiel für einen erfolgreichen Endkampf zu deuten, wurde e. Rahmenhandlung (zu Beginn und am Ende d. Films) in das Jahr 1813 gelegt. Darin überzeugt Gneisenau den preussischen König Friedrich Wilhelm III. durch d. Schilderung der Rettung Kolbergs davon, sein Volk zum Kampf ggn. Napoleon im Sinne d. Einheit von Volk und Armee aufzufordern.“

[<http://www.filmhauer.net/kolberg-1945-veit-harlan-p-84.html?gclid=COmf5onJza8CFYcXzQodFQqmbg>].

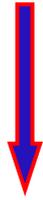
Am während des NS besonders zelebrierten Tag von Sedan [1. Sept. 1870], hatte sich Napoleon III., Bismarck kriegsgefangen gegeben, aber nicht gewagt, Verantwortung für Friedensverhandlungen zu übernehmen & reiste am 2. September nach dem ihm angewiesenen Aufenthalt, Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel, ab und begab sich nach Abschluss des Präliminarfriedens und nach s. Absetzung durch die Nationalversammlung am 1. März zu seiner Familie nach Chislehurst in England, wo er am 9. Jan. 1873 an den Folgen einer Operation starb.[http://www.deutsche-schutzgebiete.de/napoleon_3.htm]. Nah d. Schloßberg, das am “12. Mai 1938 in einer erhebenden soldatischen Feier seiner Zweckbestimmung übergebene Generalkommando IX.“, [Abb., p. 45 d. Brosch.], mit Dichterwort in der Halle : “Wer auf die deutsche Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört.“ Davor wird aus der Rede des kommandierenden Generals IX. Armeekorps Dollmann bei der Übergabe zitiert : “ So solle dieses Gebäude in die Zukunft hineinragen als steingewordener Ausdruck unserer Zeit, als Zeuge der politischen Macht und des Schaffensdranges des Dritten Reichs.“ Der Fluch hielt wohl bis zur Renovierung, 2011, in dem das Hauptportal zum Seitenflügel verlegt wurde, von den Eingang flankierenden zwei Rossebändigerplastiken weg: jetzt Sitz des Bundesarbeitsgerichts & von der Härte praktizierter “NS-Ideologie“ zur “Reinheit agierter Rechtsbestimmungen“ : symbolisiert von e. aktuellen “Kunst am Bau-Darstellung“, wie weiter unten. P. 52 berichtete: der “Reichsbund Deutsche Seegeltung“ habe seine M o d e l l f l o t t e zum Reichskriegertag geschickt, mit [Abb.] deren Besichtigung durch den Führer. Am Schluß offiz. Teils, Werbung d. Ztschrft. des Reichkriegerbundes, von einem Textelement kaum abgesetzt. Pp. 55-86, 2. Hälfte d. Broschüre, verweisen auf Ausflugsziele der näheren & weiteren Umgebung, nicht aber auf die ‘Kasseler Garnisonkirche’ [Abb., wie w. u., 3w.-p. chr. presche], im Gegensatz zur Potsdamer, die Juni 1968 gesprengt, bereits 1956 aufgegeben, ohne Tendenz zur Restauration – wohl Prioritäten halber - läßt aber d. Externsteine nicht unerwähnt & das Ehrenmal des Gaus Kurhessen den “Heiligenberg“. Die Faltkarte, zeigt Wege zur : “Gartenstadt Braselsberg“ [ab 1904, 1936 eingemeindet.], “Riedwiesensiedlung [“Die Riedwiesensiedlung umfasst heute ca. 100 Gebäude, die allesamt zw. 1923 u. 1938 errichtet wurden“

<http://www.erbbau-genossenschaft-kassel.de/page/entwicl.htm>]“ & der “Süsterfeld Siedlung“.

KS, 1939, unter NS-Fahnen : <http://www.presche-chr.de/christian/Kassel1939.htm>].

Firmiert Kassel inzw. als : “Documenta -Stadt“, wurden in den vergangenen Jahren mehrere Kunstwerke ansonsten stolz & weltläufig sich darstellender Stadt, jetzt im 5jährig. Turnus, seit 1955 stattfindender > documenta < widerrechtlich, handstreichartig & ohne polit. Mandat, aus dem Stadtbild beseitigt, unter populistischer Argumentation & kunstfeindlich, wie bereits in den 50.-Jahren & qua Verwaltungsdirektive. Prozesse, mit Vergleichen endend, aber nicht Repetitionen Beamtenhandels präventiv.

Umfassend & angemessen zum Komplex der "Stadtrandsiedlung" informiert :



Wenn auch auf "preussisch", der historische Kontext ist umfassend klargelegt :

http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/stadtrand_evo.html

Verordnung über die Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart des Gebietes "Stadtrandsiedlung Marienfelde I, II und III" im Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Ortsteil Marienfelde vom 5. Juni 2001 [Quelle: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 57. Jahrgang Nr. 21 16. Juni 2001]

Auf Grund des § 172 Abs.1 Satz 1 Nr.1 des Baugesetzbuches(BauGB) in der Fassung vom 27.August 1997 (BGBl. I S.2141, 1998 I S. 137) in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578) wird verordnet:

§ 1 Geltungsbereich

Die Verordnung gilt für die Grundstücke Kronstadter Weg 10/62, 13/59, Klausenburger Pfad 1/23, 6/20, Schäßburger Weg 1/11, 4/10, Preßburger Pfad 1/11, 6/8, Hermannstadter Weg 1/41, 6/42, Bistritzer Pfad 1/13, 2/14, Flurstück 111 sowie Wippraer Weg 5/31, 26/28, Reinstedter Weg 16/22, Tilkeroder Weg 5/75, 6/78, Pansfelder Weg 1/51, 2/52, Wettelroder Weg 2/52, 5/53, Meisdorfer Pfad 2/28, 17/31, Friesdorfer Pfad 1/19, 2/20, Hermeroder Weg 1/43, 18/36 und Flurstück 861/1 im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Marienfelde (sog. Stadtrandsiedlung) Marienfelde I, II und III). Die Verordnung gilt für das durch eine durchbrochene Linie eingegrenzte Gebiet, das in der beiliegenden Karte im M 1:5000 bezeichnet ist. Die Innenkante dieser Linie bildet die Gebietsgrenze. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2 Gegenstand der Verordnung

Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt bedürfen in dem in § 1 bezeichneten Gebiet der Rückbau, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen der Genehmigung. Die Genehmigung zum Rückbau, zur Änderung oder Nutzungsänderung darf nur versagt werden, wenn die bauliche Anlage allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild, die Stadtgestalt oder das Landschaftsbild prägt oder sonst von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung ist. Die Genehmigung zur Errichtung der baulichen Anlage darf nur versagt werden, wenn die städtebauliche Gestalt des Gebietes durch die beabsichtigte bauliche Anlage beeinträchtigt wird.

§ 3 Verletzung von Vorschriften

Die Verletzung der im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) geregelten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung beim Zustandekommen dieser Verordnung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres, bei Mängeln der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren, seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Abteilung Bauwesen, geltend gemacht werden. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen (§ 215 Abs.1 des Baugesetzbuches; §32 Abs.2 AGBauGB). Dies gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt wurden.

§ 4 Zuständigkeit

Die Genehmigung wird durch das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin erteilt.

§ 5 Ordnungswidrigkeiten

Wer eine bauliche Anlage in den durch die Verordnung bezeichneten Gebieten ohne die nach ihr erforderliche Genehmigung rückbaut oder ändert, handelt gemäß § 213 Abs.1 Nr.4 BauGB ordnungswidrig und kann gemäß § 213 Abs.2 BauGB mit einer Geldbuße belegt werden.

§ 6 Ausnahmen

§ 2 ist nicht auf Grundstücke anzuwenden, die den in §26 Nr. 2 BauGB bezeichneten Zwecken dienen, und nicht auf die in §26 Nr.3 BauGB bezeichneten Grundstücke Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin unter-

richtet die Bedarfsträger dieser Grundstücke von dieser Verordnung. Beabsichtigt ein Bedarfsträger dieser Grundstücke ein Vorhaben im Sinne von § 2, hat er dies dem Bezirksamt mitzuteilen.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 5. Juni 2001 / Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
H a p e l (Bezirksbürgermeister) L a w r e n z (Bezirksstadtrat)

Begründung der Berliner Information - nur i. p. reproduziert

http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/stadtrand_begruendung.html

...

3. Historischer Kontext

Die Siedlungs- und Wohnungsbaugeschichte hat Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen wirtschaftlicher Rezession die besondere Form der Erwerbslosen- und Kurzarbeitersiedlungen hervorgebracht. Die Weltwirtschaftskrise 1929/1930 löste die ökonomische Krise in Deutschland mit dem Bankenkraus im Sommer 1931 aus.

Das Ausmaß der Krise drückte sich unter anderem in mehr als 6 Mio. Arbeitslosen 1932 aus. Die Not der schnell gestiegenen Zahl der Arbeitslosen konnte durch das Unterstützungssystem nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1927 nicht kompensiert werden, sodass viele der Arbeitslosen Wohlfahrtsempfänger der Gemeinden wurden und die kommunalen Haushalte zusätzlich stark belasteten. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wuchs auch die Wohnungsnot (Zahlungsunfähigkeit arbeitsloser Mieter). Gleichzeitig war der Wohnungsbau von öffentlichen Finanzmitteln abhängig, die immer weniger zur Verfügung standen. Bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise bestand ein Fehlbedarf von 700.000 Wohnungen, welcher sich rasch auf 1 Mio. erhöhte. Obdachlosigkeit sowie gesundheitsgefährdende und entwürdigende Wohnverhältnisse waren die Folge.

Als Folge setzte die Bewegung des „wildes Siedelns“ ein, d.h. ohne Baugenehmigung, zum Teil ohne Zustimmung oder sogar gegen erklärtes Verbot des Grundstückseigentümers wurde Parzellen gebildet und bebaut. Auch das untersagte dauerhafte Bewohnen von Lauben zählte zum „wildes Siedeln“. Für Berlin (1939) wurden 70.000 bis 80.000 Parzellen, die ungenehmigt als Dauerwohnort genutzt wurde, geschätzt.

Die Kommunen empfanden die wildes Siedlungen aus städtebaulichen Gründen als „großes Ärgernis“, da sie ohne Plan entstanden und damit der zukünftigen Stadtentwicklung entgegenstanden sowie spätere Infrastrukturansprüche befürchtet wurden. Schwerwiegende Folgen wurden auch in hygienischer, wirtschaftlicher und teilweise kultureller Hinsicht konstatiert.

Bei aller negativen Einschätzung wurde aber auch betont, wie wertvoll die hohe Motivation und Eigeninitiative der erwerbslosen „wildes Siedler“ war.

Die Dramatik der Situation löste vielfältige Diskussionen in den Kommunen und in der Gesellschaft aus. Sowohl von konservativer Seite (geprägt durch einen Großstadthass) als auch von Personen und Organisationen, die wohnungsreformerische Vorstellungen verfolgten (geprägt durch landwirtschaftliche Werte und eine Verbundenheit zur Natur), fanden sich in der Idee, das wilde Siedeln in sogenannte Stadtrandsiedlungen zu lenken, wieder. Die Kommune hofften auf eine Abnahme von Wohlfahrtsempfängern und auf eine wiedereinsetzende staatliche Förderung des Wohnungsbaus. Darüber hinaus versprechen sie sich Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung.

Die Diskussion auf Regierungsebene fand ihren Niederschlag in der 3. Notverordnung des Brüning'schen Kabinetts vom 6. Oktober 1931. Im vierten Teil, Kapitel II dieser Verordnung wurde die Kleinsiedlung in der Umgebung von Städten (später aufgrund ihrer Lage am Stadtrand Stadtrandsiedlungen genannt) zusammen mit der ländlichen Siedlung und der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose behandelt.

Der §1 des II Kapitels nennt die Zielsetzung dieser Siedlungen und Kleingärten: „...Sesshaftmachung der Bevölkerung auf dem Lande zu fördern, um die Erwerbslosigkeit zu vermindern und Erwerbslosen den Lebensunterhalt zu erleichtern,...“. Desweiteren wurden folgende Eckpunkte festgelegt: finanzielle Förderung durch das Reich, zentrale Organisation durch den Reichskommissar, Nutzung von Siedlungsland öffentlich-rechtlicher Körperschaften, persönliche Eignung und Selbsthilfe der Siedler, Möglichkeit der Eigentumbildung in Siedlerhand, Grundsätzlich Regelungen sollten erfolgen und erfolgten durch Verordnungen, Richtlinien und Schreiben.

Dieses Kleinsiedeln als spezifische Form des Eigentumswohnens für die ärmeren Bevölkerungsschichten entstand nur in den 30er Jahren. In früherer und späterer Zeit wurde diesen Bevölkerungsschichten die staatlich geförderten Mietwohnungen angeboten. Kleinsiedeln war neben der Genossenschaftsbewegung die zweite „Selbsthilfebewegung von unten“. Gleichzeitig stellen in vielfältiger Hinsicht die Kleinhäuser mit ihrer Ausstattung einen Rückschritt gegenüber den sozialreformerischen Errungenschaften der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts dar.

Die am 10. Nov. 1931 erlassenen „Richtlinien für vorstädtische Kleinsiedlungen und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose“ bildeten die Grundlage für die praktische Umsetzung dieses in der 3. Notverordnung formulierten Siedlungsmodells. Hinsichtlich der Bauvorschriften für die Siedlungen wurde eine Art „Generaldispens“ von baupolizeilichen Vorschriften erteilt. Das Antrags- und Genehmigungsverfahren war stark zentralisiert. Die Anträge der Kommunen sollten über die Landesbehörden an den Reichskommissar gestellt werden, der über die Genehmigung der Pläne und die Bewilligung des Darlehens entschied.

Bei der Mittelvergabe sollten Groß-Berlin sowie andere Großstädte bevorzugt werden. Die auf der Grundlage der o. g. Richtlinien finanzierten und errichteten Siedlerstellen wurden reichsweit als 1. Bauabschnitt bezeichnet. Bereits 1931 wurden in Berlin 1.800 Siedlerstellen vergeben. Hierzu gehörten die 134 Parzellen von Marienfelde I, der ersten Stadtrandsiedlung in Berlin.

Mit der Trägerschaft der Siedlungsvorhaben sollten aufgrund der Richtlinien Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände betraut werden. Diese konnten wiederum die Trägerschaft an Wohnungsfürsorgegesellschaften, gemeinnützige Baugesellschaften und –genossenschaften oder ähnliche Träger übertragen. Der Grund für die enge Verknüpfung des Siedlungsvorhabens mit der jeweiligen Gebietskörperschaft lag auf der Hand, da es natürlich eng mit Fragen des Städtebaus, des Verkehrs, der Fürsorge und der sozialen Infrastruktur verbunden war.

Die Durchführung des Siedlungsprogrammes erfolgte mit Selbsthilfe der Siedler. Im allgemeinen wurden auch Bauunternehmen bei der Errichtung der Siedlungen beteiligt, allerdings in unterschiedlichem Umfang.

Die Zahl der Kleinhäuser des 1. Bauabschnittes waren am Bedarf gemessen viel zu gering. Auf der Grundlage neuer Richtlinien vom 1. Juli 1932 wurde der 2. Bauabschnitt reichsweit gefördert. Hierzu gehörte auch der Siedlungsbereich von Marienfelde II (178 von 800 geförderten Siedlerstellen in Berlin). Die Änderungen in den Richtlinien zum 2. Bauabschnitt beinhalten insbesondere Fragen der Finanzierung sowie eine Dezentralisierung des Genehmigungsverfahrens.

Als im Januar 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, war der 2. Bauabschnitt noch nicht abgeschlossen. Als populäre Maßnahme zur Beschäftigung von Arbeitslosen wurde sie im Februar 1933 von den Nationalsozialisten aufgegriffen und als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme weitergeführt. Bis 1935 wurden insgesamt vier weitere Bauabschnitte auf der Grundlage der 3. Notverordnung von 1931 aufgelegt und durchgeführt. Die Rechtsgrundlage für den 3. Bauabschnitt, zu dem auch der Siedlungsbereich von Marienfelde III zählt, war die am 20. Februar 1933 erlassene Richtlinie.

Einerseits wurde die Kontinuität der Fortentwicklung der Stadtrandsiedlung festgeschrieben, gleichzeitig erfolgte die von den Nationalsozialisten gewünschte Umstellung des Siedlungsprogrammes von einer nunmehr scharf kritisierten Wohlfahrtsmaßnahme für Erwerbslose zu einer Wirtschaftsmaßnahme mit dem Ziel der Lenkung des Arbeitskräftepotentials. Folglich wurden Kurzarbeiter eingebunden und gefördert. Zwei Jahre später wurden die Stadtrandsiedlungen bevorzugt für Vollbeschäftigte errichtet.

4. Städtebauliche Aspekte der Kleinsiedlungen

Die o.g. Richtlinien vom 10. November 1931 nennen eine Reihe von Bedingungen, die die Standorte der Siedlungen erfüllen sollten: günstige Lage zu Arbeitsstätten in Hinblick auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage, Möglichkeit der Vergrößerung der Wirtschaftsfläche, Ausnutzung bestehender Verkehrswege zur Anbindung der Siedlung, geringe Folgekosten für soziale Infrastruktur, nach Möglichkeit Gelände aus öffentlich-rechtlichem Besitz. Da die Belastung für die Siedler möglichst gering gehalten werden sollte, kamen in der Regel nur Böden in Betracht, die aufgrund ihrer Lage und der städtischen Planungen einen möglichst geringen Wert besaßen.

Der Siedlungsgrundriss wurde durch mehrere Vorgaben geprägt: Festsetzung der Parzellengröße (600 bis 5.000m²), ausschließlich Einzel- und Doppelhäuser, Überschaubarkeit der Siedlung, technische Anforderungen u. a. Folglich entstanden Siedlungen in offener Bauweise (meist mit traufständigen Häusern) mit großen Gärten. Aus Kosten- und Organisationsgründen erfolgte eine Typisierung der Häuser, welche zu der gewünschten Einheitlichkeit der Siedlung führte.

Giebelständige Häuser wirken sich anders auf den Straßenraum aus als traufständige. Giebelständige Häuser erinnern eher an dörfliche Strukturen, während die gleichförmige Wiederholung und Reihung von traufständigen Doppel- bzw. Einzelhäusern eher städtischen Bauformen entspricht. Die Grundstücke wiesen typische Merkmale von Nebenerwerbsstellen auf (schmale Grundstücksbreiten und große Grundstückstiefen). Die langgestreckten Proportion der Parzellen ermöglichte entlang der Straße eine relativ geschlossene Bauflucht, große rückwärtige Grundstücke und ein günstiges Verhältnis zu notwendigen Erschließungsflächen.

In der Regel war die Parzelle 1.000m² groß, wobei meist rings um die Siedlung Zupachtland zur Verfügung gestellt wurde. Die Siedler sollten nun für den Eigenbedarf produzieren. Es zeigte sich jedoch, dass die Siedlerstellen nicht dazu ausreichten, eine geförderte Familie existenzfähig zu machen. Die Anlage und Einrichtung der Gärten erfolgte nach Gartenbepflanzungs- und Nutzungsplänen der Träger und war für die Siedler weitestgehend verbindlich.

Die Einbeziehung von Sozialeinrichtungen wurde nicht ausgeschlossen. Die Belastung für die einzelnen Siedler wurde jedoch begrenzt. Gemeinschaftseinrichtungen waren für die Kleinsiedlungen nicht vorgesehen. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass das Einstreuen von Häusern für Geschäfte und Kleingewerbe nicht nur aus wirt-

schaftlichen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen sehr erwünscht sei. Ebenso wichtig waren öffentliche Bereiche, wie Straßenerweiterungen und Plätze, die die Entwicklung des Gemeinschaftsgefühls fördern sollten.

5. Bauform, Baustoffe und Grundrissgestaltung

Die Regierung legte im Dezember 1931 Entwurfsvorgaben vor: freistehendes Einzel- oder Doppelhaus, Steildach und Mindestraumprogramm. Die Höchstkosten für ein Haus wurden festgelegt. Einzel- und Doppelhäuser ermöglichten bessere Besonnungsmöglichkeiten, geringere Feuergefahr und Unabhängigkeit vom Nachbarn. Aus Kostengründen entschied man sich meist für das Doppelhaus. Die Häuser (Massivhäuser für eine 4-6 köpfige Familie) sollten ein Provisorium darstellen sondern, wenn auch bescheiden, einen Neuanfang des Siedlers mit dem eigenen Haus auf eigenem Boden sein. Aus diesem Grund wurde die traditionelle Bauweise gewählt. Gleichzeitig war das Steildach günstiger als ein Flachdach und bot den Vorteil der Ausbaufähigkeit.

Die angestrebte Hausform, welche historische Bezüge zu Landarbeiterhäusern hat und Ausdruck einer bodenständigen, vorindustriellen Lebensweise war, unterstreicht auch die großstadtkritischen und agrarkonservativen Zielsetzungen. Den Kleinhäusern lagen Typen zugrunde. Ein wesentliches Merkmal des Kleinsiedlungshauses war die Kombination von Wohnen und Wirtschaften (Gartennutzung und Tierhaltung).

Zur Vermeidung unnötiger Transportkosten und zur besseren Einfügung in die örtliche Umgebung wurde von Regierungsseite die Verwendung ortsüblicher Baustoffe und Bauweisen empfohlen.

Bei der Diskussion um den Grundriss stand die Frage nach dem Minimum im Vordergrund. Auf die Errungenschaften für den sozialen Mitwohnungsbau der 20er Jahre des 20. Jhdts., auf das Badezimmer wurde verzichtet und die Toilette wurde räumlich ausgegliedert. Am auffälligsten war ein fehlender Hauswasseranschluss. Darüber hinaus setzte sich die Wohnküche gegenüber Stube und Küche durch, da sie flexibel nutzbar war. Die Wohnküche sollte raumsparend Wohn-, häusliche Wirtschafts- und Badezimmerfunktion übernehmen. Auch dies steht der funktionalen Reformbewegung der 20er Jahre entgegen. Die Schlafräume sollten nur dem Schlafen dienen und keine weitere Aufenthaltsqualität haben.

Trotz der Reduzierung der Wohnansprüche auf ein Minimum wurden die Vorteile des Kleinsiedelns gegenüber überfüllten Gründerzeitwohnungen zum Zeitpunkt der Errichtung von Stadtrandsiedlungen hervorgehoben.

Des Weiteren mussten die Häuser über einen Vorraum, einen Stall für Kleintiere und einen Kellerraum verfügen. Die Gebäude wurde ohne Vollunterkellerung errichtet. Die Anordnung der Neben- oder Wirtschaftsräume variierte nach zwei Grundsätzen. Entweder wurden diese direkt an das Wohnhaus angebaut bzw. integriert oder sie entstanden als Gebäude unabhängig vom Haupthaus. Der im Anbau befindliche Stall bzw. der mindestens außen liegende Stalleingang wurde aus hygienischen Gründen favorisiert. Häufig waren Hauseingänge, Wirtschaftsraum und Hoffläche räumlich (rückwärtig) eng verbunden, wie auch bei kleinbäuerlichen Häusern typisch, und kam somit den Bedürfnissen und Zwecken der Bewohner entgegen. Hierdurch wurde auch ein halböffentlicher Raum geschaffen, der eine Verlagerung häuslicher Tätigkeiten in den Hof ermöglichte.

Aus Kostengründen war die äußere Gestalt der Häuser durch Schlichtheit und Einfachheit sowie durch eine landverbundene Wohn- und Arbeitsweise geprägt. Teilweise war die Fassade durch die Verwendung unterschiedlicher Materialien gestaltet.

6. Entstehung der Siedlung

Die oben beschriebene Wohnungsnot sowie das „wilde Siedeln“, insbesondere das Dauerwohnen im Kleingärten, ist auch für den Bezirk Tempelhof dokumentiert. (vgl. Verwaltungsbericht, 1. April 1932 bis 31. März 1936, Der Bürgermeister des Verwaltungsbezirks Tempelhof der Stadt Berlin).

...

Die Besonderheit der Siedlung in Bezug auf ihre städtebauliche Art wurde festgestellt. Der Erlass einer Rechtsverordnung auf der Grundlage des § 172 BauGB ist folglich trotz baulicher Veränderungen begründet. Durch die Erhaltungsverordnung soll die städtebauliche Eigenart der Stadtrandsiedlung aufgrund ihrer städtebaulichen Gestalt geschützt werden. Die wesentlichen Schutzgüter werden im folgenden stichwortartig aufgelistet:

Charakter einer Kleinsiedlung

ursprüngliche Straßen- und Wegeführung einschließlich Straßeneinteilung,

ursprüngliche Siedlungsform, -grundriss und ursprüngliche Grundstückszuschnitte,

Siedlungssymmetrie,

Wohnnutzung sowie andere Nutzungen, durch welche die städtebauliche Gestalt der Siedlung nicht beeinträchtigt wird, gärtnerisch angelegte Grundstücke mit hohem Obstbaumbestand,

Charakter von Kleinhäusern, ursprüngliche Gebäudeanordnung, -stellung und -proportion,

das durch die oben beschriebenen Merkmale geprägte Orts- und Siedlungsbild,

Eingeschossigkeit,

gestalterisch untergeordnete Anbauten,

rote Dachlandschaft mit Schornsteinen,
das Erscheinungsbild der aus Finanzknappheit entwickelten Kleinhaustypen mit ihren typischen Gestaltungselementen und –merkmalen,
einfache, senkrecht gegliederte straßenseitige Einfriedungen.

§ 10 Rechtsgrundlagen

§ 172 Abs.1 Nr.1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137) in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578).

§ 11 Haushaltmäßige Auswirkungen

Einnahmen entstehen nach der Gebührenordnung für Genehmigungen nach § 713 BauGB. Das Entstehen von Ansprüchen auf Übernahme von Grundstücken nach §173 Abs.2 BauGB soll abgewendet werden, soweit dies rechtlich zulässig ist.

Berlin Tempelhof-Schöneberg, 2001
Hapel, (Bezirksbürgermeister)

Für Berliner Organisationsbedingungen stellt die "Fiskalische Ausplünderung" [Martin Friedensberger, B., 2008, p. 318 / 319], klar: ..."Das enteignete Grundstück Prinz-Handjery-Str. 29/30 in Zehlendorf etwa wurde auf Vorschlag der Liegenschaftsgruppe nicht zum Verkauf freigegeben, sondern sollte für den Bau von einfachen Siedlungshäusern für Reichsbedienstete genutzt werden. Während im gesamten Reich ca. 90 enteignete Grundstücke mit 260 Wohnungen der Beamtenwohnungsfürsorge zur Verfügung gestellt worden waren, meldete ORgR. Bötcher im Juli 1943 im Rahmen einer Umfrage bei den Oberfinanzpräsidenten, dass in Berlin etwa 2000 Wohngrundstücke aus eingezogenem und verfallenem Vermögen registriert seien, von denen etwa 50 für Zwecke der Beamtenwohnungsfürsorge in Anspruch genommen worden seien . . . Überdies hatten sich Post, Reichsbahn und Wehrmacht bitter / darüber beschwert, dass ihre Angehörigen sich nicht aus dem Kontingent der Beamtenwohnungsfürsorge bedienen durften."

Neben dem "Reichsbeamtentum" entstand nach 1871 ein erstarkendes Landesbeamtentum. Der demokratische Wandel nach 1918 versagte auch an Teilen des Beamtentums – besonders der militär. Sektor / Freikorps / Reichswehr tradierte rechtsradikale Einstellungen. Nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. Apr. 1933 wurden rassistisch oder politisch missliebige Beamte aus dem Dienst entfernt.

Nach d. Verfassungen der DDR, 1949, 1968, 1974, wie 1952 initiiertes Verwaltungsreform war das Berufsbeamtentum abgeschafft – anscheinend ein Motiv auch perrenierender Repression.

>„Unkündbarkeit“ [von Beamten, h.g.] darf aber nicht missverstanden oder überinterpretiert werden: Sie bedeutet lediglich, dass der unkündbare Arbeitnehmer nur noch außerordentlich, also aus einem wichtigen Grund, gekündigt werden kann. Hauptbeispielfälle hierfür sind strafbare Handlungen, Tätlichkeiten, unentschuldigtes Fehlen, schwerwiegende, z. B. ausländerfeindliche Beleidigungen, sexuelle Belästigungen, Konkurrenzaktivitäten, sonstige erhebliche Pflichtverletzungen.< [<http://www.dbb.de/themen/ themenartikel/u/ unkundbarkeit.html>].

Eig. Kündigung.

Pfarrer Kraut'sche Auflistung / Festschrift [Beilage -Leporello / evang. Kirchengemeinde, ohne Datum] benennt unter "sozialer Zusammensetzung": > 146 Beamte <. Wie die 3.39 % bezogen auf eine Gesamtanwohnerzahl v. 4305, zu den Sonderkonditionen des Kassler Kleinsiedlerprojekts Süsterfeld gelangten, ist aus vorhandener Literatur nicht zu beantworten & nicht zu klären. Hätte es sich bei dabei, um solche unter Maßnahmen wg. Berufsbeamtentumsrechtsregelungen seitens des NS exmittierte oder benachteiligte gehandelt – dies nicht zu Erwähnen, kann kein Motiv zu erkennen sein.

Anhand : **der Festschrift anlässlich der Feier d. fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Stadtrandsiedlung Kassel-Süsterfeld: am 6. u. 7. Juli 1957,** [hrsg. v. d. Siedlergemeinschaft Kassel-Süsterfeld], 1957 / 36 pp., läßt sich weiterhin Aussage zum Bewußtsein der Anwohner treffen, unter Bezug auf die Reproduktion der Nichtwahrnehmung perrenierender Residuen im Übergang des NS zur "Nachkriegsgestaltung" der Bundesrepublik, mit Sozialkontrollintention, regionalen calvinistischen Protestantismus, der wie in der Ed. benannt in Form des CVJM-Straßenbauprojekts bereits in der Erstellungsphase intervenierte.

Die Festschrift entstand anscheinend in alleiniger Autorschaft des Gemeindepfarrers. Erst 1983 nahm sich ein - damals Gesamthochschulprojekt - der architektonischen Bewertung an. Aus der Gruppe der Anwohner liegen ausser der Information zum Zusammenhalt – weitere Informationen nicht vor, subj. wurden > Interviews < nicht angestrengt.

Süddeutsche Ztg. / Umstrittene Entscheidung in Norderstedt / **Hobbygärtner beschließen Ausländerquote**

09.12.2011, 12:26 / Von Jens Schneider, Hamburg / **Ein Viertel Türken oder Araber, ein Viertel Osteuropäer, der Rest andere Nationalitäten: Ein Kleingartenverein in Norderstedt bei Hamburg hat entschieden, die Zahl der ausländischstämmigen Mitglieder zu begrenzen. Höchstens neun von 73 Parzellen dürfen an "Bewerber mit Migrationshintergrund" verpachtet werden.**

Mit so einem Bekenntnis fangen diese Art Geschichten eigentlich immer an. Man habe ja nichts gegen Ausländer, aber hier bei uns ... Heute sagen manche: Nichts gegen Migranten, aber - und meinen die gleichen Mensch



In der Anlage des Kleingartenvereins "Harksheide - Kringelkrugweg" in Norderstedt dürfen nur noch 12,6 Prozent - also höchstens neun der 73 Parzellen - an Interessierte mit ausländischen Wurzeln vermietet werden. (© dpa)

Auch vom Kleingartenverein Harksheide-Kringelkrugweg in Norderstedt liest man das. Norderstedt ist eine Stadt am Nordrand Hamburgs, eine Speckgürtel-Gemeinde mit 75.000 Einwohnern. In einer guten halben Stunde ist man von dort mit der U-Bahn am Jungfernstieg im Zentrum Hamburgs.

Sorgfältig vorbereiteter Beschluss / Norderstedt macht selten Schlagzeilen, und die Überschriften dieser Tage sind nicht das, was sich ein Oberbürgermeister wünscht. Auch der Kleingartenverein Kringelkrugweg mag sie wohl nicht. So ist der Vorstand nicht zu erreichen, um zu erklären, wie es zu der umstrittenen Entscheidung kam.

Ende Oktober haben die Schrebergärtner beschlossen, die Zahl der Migranten in ihrem Verein zu begrenzen. Höchstens neun der 73 Parzellen sollen künftig noch an "Bewerber mit Migrationshintergrund" verpachtet werden. Der Beschluss war sorgfältig vorbereitet. Die Ausländerquote von maximal 12,6 Prozent entspricht dem Ausländeranteil in Schleswig-Holstein. Die Quote wurde

aufgeschlüsselt, so sollte nur ein Viertel an Türken oder Araber gehen, ein weiteres an Osteuropäer, der Rest an andere Nationalitäten.

Die Befürworter der Begrenzung hätte die Sache offenbar gern intern gehalten. Doch ein Foto des Sitzungsprotokolls wurde Norderstedts Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote zugespielt, und der reagierte ungehalten. Er schrieb dem Verein, dass der Beschluss gegen das Grundgesetz verstoße und er ihn "entschieden missbilligt". In seinem Brief wies er darauf hin, dass ein Großteil der Norderstedter Bürger willkürlich ausgeschlossen würde. Grote warnte, die Stadt könne dem Verein die Pachtverträge kündigen. Sie ist Eigentümer der Flächen.

In Gesprächen erfuhr das Rathaus, dass es für den Beschluss keinen konkreten Auslöser gab. Man habe mit den Migranten im Verein eigentlich keine Probleme, hieß es. "Es steckt wohl keine rechtsextreme Haltung dahinter, aber das ist eine ausländerfeindliche Tendenz, die wir als Stadt nicht dulden", sagt der Sprecher der schleswig-holsteinischen Stadt, Hauke Borchardt.

Das Rathaus bietet dem Verein die Hilfe der Integrationsbeauftragten an und erwartet eine formelle Distanzierung per Mitgliederbeschluss. Der Vorstand des Kleingärtnervereins hat nun eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.

Der Freiwilligkeitsbegriff, mit dessen repressiver Mystifizierung nicht nur der Zeit aufsteigenden NS-Fascismus, ist mit einer Formulierung des "Werberats der deutschen Wirtschaft" treffend zum Ausdruck gebracht. Seltener zitiert, denn erfordert, dsgl. auch die klerikalischen Formen freiwilliger Aktivitäten betreffend, letztlich auch "Subbotniks" eröffnet die Definition Heinrich Hunkes einen adäquateren Blick: . . .

In Anlehnung an Heinrich Hunke definiert Hundhausen Werbung als eine Form der öffentlichen Unterrichtung, die die Menschen zwingt, etwas freiwillig zu tun. ¹⁹³

"Werbung ist eine der Urformen des Wirkens. Die andere ist Zwang. Und zwar ist Werbung jede Beeinflussung eines anderen, die ihn 'zwingt', freiwillig etwas zu tun, zu handeln oder auch zu erleiden." (Die neue Wirtschaftswerbung, a. a. O., S. 11.)

PEER HEINELT / 'PR-Päpste'. Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl u. Franz Ronneberger / Rosa-Luxemburg-Stfg., Mskr. 37 / Zugl.: Marburg, Univ., Diss., 2002 / Dietz, Berlin 2003. [\[pdf. / dwld.\]](#)

Notwendigkeit analytischer Description erscheint an diesen aktuellen Berichten zu spez. Problemen: "Am **11. Januar 2012** berichtete die TAZ / Stockholmer Korrespondent, unter dem Titel: "Die SS als Freiheitskämpfer", Estland wolle Angehörige der Freiwilligen Waffen-SS-Division als Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus ehren, wozu die Mehrheit zur Verabschiedung entspr. Gesetzes für März sicher schiene . . . Im dualistisch-polaren Diskurs & diametral: veröffentlichte die "Jüdische Allgemeine", 16. Febr. 2012 die Information: ... "GHETTO-RENTEN / Keine Nachzahlung / Nach dem Urteil des Bundessozialgerichts / 16.02.2012 – von [Martin Krauss](#)  **NEUANTRÄGE** / In der Pressemitteilung des BSG heißt es: »Für Nachzahlungen aufgrund von Überprüfungsbescheiden zu sog. Ghetto-Renten ehemaliger Zwangsarbeiter gelten keine Sonderregeln.« Im Jahr 2009 hatte dasselbe Gericht eine deutliche Verbesserung beschlossen: Bis dahin waren nämlich viele Anträge ehemaliger Ghetto-Arbeiter von der deutschen Rentenversicherung abgelehnt worden **weil bestimmte Charakteristika wie »Freiwilligkeit« fehlten**" . . .

Nahmen sich die Anwohner wahr: ..." Am Anfang waren wir Aussätzige, man nannte unseren Siedlungsteil das ‚Negerdörfchen‘. Die Häuser [Fachwerk & Holzhäuser, h.g.] waren erst schwarz gestrichen und in 1936 haben wir sie weiß gestrichen" [v.s., p.5 / . . . nicht unter Angabe: zu den Olympischen Spielen] ... nach Ausgrenzungs- & Diskriminierungsbegriff vorurteiliger Immanenz, der nichts weiter denn eigene, internalisierte Wertungskonflikte mitreproduzierte, war der Konflikt anscheinend wie freiwillig, zu bereinigen. Einfachen Zuordnungen entspricht die hypertrophe Formalistik fa-

scistoider Strukturierungen des Alltags : "schwarz-weiß" - o/1 - Gegensätzen unter Wertungsmystifikationen nach, unter projizieren. Das Vorwort zur Festschrift/25^a, produzierte der damalige SPD-Kasseler Oberbürgermeister Lauritzen, späterer Bundesminister, für den eine Reiter-SA-Mitgliedschaft, Rechtswahrbund & NS Volkswohlfahrt nachzuweisen ist. Ein etwas unsicherer Beleg verweist auf e. kassierte SS-Stammrolle.

Lauritzen, Lau., Dr. / 20. 01.1910 / SPD / 6,7, 8 / Reiter-SA / Rechtswahrer / Volkswohlfrt. / MdB.

Lauritzen, Lau., Dr. / 20. 01.1910 / SPD / 6,7, 8 / Reiter-SA / Rechtswahrer / Volkswohlfrt. / Bundesrat

Lauritzen, Lau., Dr. / 20. 01.1910 / SPD / 6,7, 8 / Reiter-SA / Rechtswahrer / Volkswohlfrt. / MdL., Hessen

Registrierbucheintrag / Laut ZM oo41 : SS-Stammrolle - Frankreich / zugehörig. Akte kassiert /

Bundesarchiv – ehem. Außenarchiv Hoppegarten, Bestände des Potsdamer Zentralarchivs ehem. DDR

Der Bericht [p. 9 - 27] der "**25-Jhr. Stadtrandsiedlung Kassel-Süsterfeld / Festschrift**". Die mit Werbung gespickte Edition erzählt auch zur allgemeine Geschichte der Stadt mit Gründung Kloster Oberkaufungens dem Hausbesitz Heinrich's II., im Jahr 1008, zugehörig [Nach : a.a.O., p.10].

3w.-p.: "Das Stift Kaufungen - historischer Mittelpunkt der Gemeinde Kaufungen, [<http://www.kaufungen.eu/index.phtml?sNavID=529.64&La=1>], ergänzt aktuell : . . . " Über dem alten Ortskern von Oberkaufungen erhebt sich die mächtige Stiftskirche zum Heiligen Kreuz. Sie wurde von Kaiserin Kunigunde erbaut und am 13. Juli 1025, ein Jahr nach dem Tode ihres Gemahles, Kaiser Heinrich II., geweiht. Am gleichen Tage trat Kunigunde als Nonne in das 1017 von ihr gestiftete Benediktinerinnen-Kloster Kaufungen ein... Der geplante Umbau der Basilika in eine gotische Hallenkirche blieb unvollendet. So finden sich romanische und gotische Bauelemente nebeneinander. Bemerkenswert ist das mächtige Westwerk mit der ehemaligen Eingangshalle, darüber die **1938** wieder freigelegte Kaiserempore mit 2 überaus schlanken Säulen. An der Hinterwand der Kaiserempore fand die ältere Orgel mit klassizistischem Prospekt Aufstellung. "... gibt aber keine weiteren Informationen zur Forschung / Grabung, 1938. Auch : "Histor. Ortslex., <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/ol/id/633015020> . Aber auch hier fehlen erläuternden Angaben z. Grabung 1938; möglicherweise durch d. SS-Ahnenerbe initiiert. Pfarrer Friedrich Kraut wurde zum Ehrenmitglied der Siedlergemeinschaft mit Ukd. ernannt.

Widmung damaligen OB' **Lauritz Lauritzen**. folgt eine Art Vorwort des 1. Vors. der Siedlergemeinschaft K. Prior. Antiquarisch gekauftem Expl. waren 2 hektographierte & von K. Prior paraphierte Seiten beigelebt, Konzept dessen Festredetexts & dsgl. ein ebenso mit Werbung überfrachteter **Le-porello**: "Evangelische Kirchengemeinde Kassel-Süsterfeld", mit Einwohnerstatistik v. 1. Juli 1961. Danach wurden in 1119 Wohnungen, darin 1287 Haushalte, 2109 männl. & 2196 weibl., gesamt : 4305 Anwohner aufgeführt, darunter 474 Schulkinder. Sozialer Kategorisierung nach waren 1369, Arbeiter; 349, Angst.; 146, Beamte, 253, Rentner. 79,1 % oder 3405, gehörten der evang. Konfession, 12,2 % oder 525, der röm.-kathol. an; an Sonstigen wurden aufgeführt [Freikirchen, Sekten, Bekenntnislose], 375 oder 8,7 %. Außer Hinweisen auf die Heilige Schrift, reproduzierte das Faltblatt linguistische Paradigmen zur Orts- & Flurnamensetymologie. Die Eröffnungsrede (Mscr.) weist auf OB Lauritzen hin, erwähnt d. "Kraut'sche Chronik", ermahnt zu Ordnung & Sauberkeit & reduziert die Vorgeschichte auf die Sätze : "Aus zunächst kleinen Anfängen wurde eine schöne, freundliche Stadtrandsiedlung . . . Wenn in der Vergangenheit auch nicht alles fadengerade verlief, das Verhältnis zwischen einzelnen Nachbarn auch mal vorübergehend getrübt war, so dürfen wir doch **heute** feststellen, daß wir zu einer guten Gemeinschaft zusammengewachsen sind . . . ". Prägungen der guten Gemeinschaft durch das Volksgemeinschaftsideologem des NS, fern jeder Fragestellung. Malte Thießen schreibt in "Schöne Zeiten" / Erinnerungen an die >> Volksgemeinschaft << nach 1945 : " Nach verbalen Entgleisungen der Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann, brach in deutschen Feuilletons und Boulevardblättern die Frage auf, warum >> das, was gut war << am Nationalsozialismus >>

das sind Familien, das ist Zusammenhalt << - , bis heute attraktiv bleibe. [In: Volksgemeinschaft / Neue Forschungen zur Gesellschaft des NS / Hrg. v. F. Bajohr und M. Wildt, Ffm., 2009]. Im Kontext des 25jahr.-Jubiläums scheint der aktuelle Ansatz mit aufklärerischer Intention weit zukünftig, sehr unbewußt & mehr beabsichtigt, alle Erinnerung an die 12 Jahre deutsche Militärdiktatur, wie allgem. nicht anders, auszublenzen – mittels einfachem Übergehen aller möglichen Fragestellungen. Meinungsdominanz der Verschwörung aller Beschweigenden, wieder in "Schlüsselrollen", gewährleisteten ein Übriges, konsente Auffassungen konform zu gestalten. Anderen Gruppen hingegen blieb die tödl. Präsenz des Faschismus bedrohlich vor Augen & gegen eine perrenierende, autoritäre Repression parat.

In der Quellemedition : " Wir sind nicht am Ende , sondern in der Mitte eines großen Krieges/ Eine Denkschrift aus dem Zivilkabinett der Regierung Dönitz vom 16. Mai 1945", Dokumentation / stellt M. Buddrus , Anm. 4 pp. 604 sqq. - **Jahrgang 44 (1996), Heft 4**

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_4.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

klar :

⁴ Dönitz, der eine offizielle Auflösung der NSDAP nicht befahl und sich nur zögernd von Einrichtungen und Symbolen des NS-Staates zu trennen vermochte, hob am 9.5. 1945 in einer Ansprache vor dem Offizierskorps in Flensburg hervor: „Wir haben die eifrigsten Wächter zu sein über das Schönste und Beste, was uns der Nationalsozialismus gegeben hat, die Geschlossenheit unserer Volksgemeinschaft . . . Mögen wir auch manche Form des Nationalsozialismus abschaffen, oder mögen andere Formen vom Gegner abgeschafft werden, so ist doch der beste Inhalt des Nationalsozialismus, die Gemeinschaft unseres Volkes, unter allen Umständen zu wahren“, in: Ebenda, S.284.

Hier findet sich auch der Eintritt in die > Kollektivschuldargumentation <, von bes. den protestant. Kirchen bereitwillig weitergetragen, erübrigte sich dadurch jede Auseinandersetzung mit der eignen Rolle & der, der Deutschen Christen :

⁶ Zit. nach Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz, S.135f. Für die letzte deutsche Reichsregierung sei das Fehlen „jedes deutlichen Ansatzes zu einer Distanzierung von der Vergangenheit“ symptomatisch gewesen. Lediglich Albert Speer hätte begriffen, „daß die Absetzung von der Vergangenheit eine unbedingte Notwendigkeit für die zukünftige Entwicklung in Deutschland“ sei, und betont, daß die „bisherige Führung des deutschen Volkes“ eine „Gesamtschuld an dem Schicksal“ trage, „das dem deutschen Volk nun bevorstehe“, zit. nach Steinert, Regierung Dönitz, S.286f.

Zum **Volksgemeinschaftsbegriff**, einem zentralen Sachlagwort des NS, gibt das Vokabular des NS, [Cornelia Schmitz-Bernings, Berlin, 1998 / 2000], diese Definition, nach Zitaten aus ns Quellen : " Aus Blutsgemeinschaft, Schicksalsgemeinschaft, nationalsozialistischer Glaubensgemeinschaft hervorgegangene Lebensgemeinschaft, in der Klassen, Parteien, Standesgegensätze und individuelle Interessen zugunsten des gemeinsamen Nutzens aller Volksgenossen aufgehoben sein sollen [A.a.O., p.654] Der nach Angabe des Dt. Wörterbuchs auf Friedrich Schleiermacher [1768-1934] zurückgehende Begriff spiele im Sprachgebrauch des 19. Jhdts. Keine herausragende Rolle [p.655] ... Der ns Sprachgebrauch schließe an die antidemokratische Verwendungstradition des Ausdrucks Volksgemeinschaft an. VG bezeichne die angestrebte Gleichschaltung nach innen, um nach Außen Geschlossenheit und Schlagkraft zu gewinnen [p.656] . . . die Sozialgemeinschaft solidarischer Arbeiter der Stirn und Faust, die keine Interessengegensätze kennt und die sich insbesondere in der Betriebsgemeinschaft aus Betriebsführer und Gefolgschaft verkörpere . . . Goebbels : „Was ist ns Volksgemeinschaft ? NS Volksgemeinschaft ist die erzielte Verständigung der Volksgenossen untereinander, mithin d. Ertrag sozialistischen Denk-

ens [p.656] . . . Die Verwirklichung der wahren Volksgemeinschaft, wie sie dem Führer Adolf Hitler als Ideal vorschwebte, konnte – mit der Betriebsgemeinschaft beginnend und auf ihr aufbauend – zur Durchführung gelangen [p. 658, 'Ehrenbuch der Arbeit', 1934, 137 f.] . . . Im alltäglichen Sprachgebrauch wurde Volksgemeinschaft als Bezeichnung für ‚solidarisches Verhalten‘ interpretiert : „Im großen und ganzen liegt die vaterländische Einstellung der Gesamtbevölkerung auf einer Linie, was aber die Volksgemeinschaft anbelangt, so läßt diese noch zu wünschen übrig [Monatsbericht d. Gendarmerie-Station Aufseß, 15.7.1937. In : Bayern in der NS-Zeit, 1977, 1o3]. „Von einer Volksgemeinschaft kann keine Rede sein. Jeder denkt an seinen eigenen Vorteil, so daß die Wehrhaftigkeit voll und ganz ausscheidet. Den Bauern ihr Vaterland ist nur der eigene Hof, sie verstricken sich hierbei im Drahtverhau einer kleinlichen Enge, so daß sie das Große übersehen und nicht würdigen. Es fehle bestimmt an Aufklärung und weltanschaulicher Schulung [ebda., p. 145, Monatsber., 26.1.1941]. Besonders in Arbeitervierteln habe die Bevölkerung zahlreiche Beweise vorbildlicher Hilfsbereitschaft und wirklicher Volksgemeinschaft geliefert [A.a.O., p. 659 / MADR , (Nr. 3o4) , 3o.7.1942, Bd. 11, 4o18 / MADR = Meldungen aus dem Reich 1938 – 1945, Die geh. Lageberichte des SD der SS, 17 Bde., Herrsching 1984 / MF–Ausg., Orig._Qu., Barch., B.].“ Ob zutreffend, dass der NS, agitatorisch, anders motivierten Organisationsformen > solidarischen Handels < mit seinen ideologischen Paradigmen überformte – oder wie sehr diese Einfluß nehmen konnten – erforderte mit einigen weiteren Trennschärfe entbehrenden Fragestellungen, genauere Untersuchungen. M.Thießen [in: Volksgemeinschaft, Bajohr/ Wildt, 2oo9], zitiert, p. 18o sq., aus einem Projekt, Befragungen Hamburger Zeitzeugen : „Also ich [Harald F., geb. 1926] meine es ist so, und die Menschen haben viel mehr zusammengehalten. Das heißt, das waren wirklich Menschen, also die sich gegenseitig geholfen haben. Auch in diesen Fällen liegt das Motiv für die Deutung der > VG < nicht allein in der Vergangenheit, sondern ebenso in der Gegenwart. [A.a.O., p. 181] . Zum Schluß s. Aufsatzes formulierte M. Thießen ein Desiderat: “ Umso wichtiger sei daher, eine wissenschaftliche Erforschung d. NS-Volksgemeinschaft, die auf ideologische Kontinuitäten und Brüche hinweist, aber auch auf reale soziale Ungleichheiten, sei es im Betrieb, im Bunker oder im BDM, sowie auf Exklusi/ons- und Distinktionsmechanismen. Eine Forschung also, die die ebenso verbreitete wie vereinfachende Vorstellung von der alles integrierenden und homogenisierenden > VG < differenziert. [p. 186/187]

Drei, aus gesamt 61 Belegen zum Begriff : > Volksgemeinschaft < / Nürnberger Prozess, lauten :

Aus dem Plädoyer DR. OTTO FREIHERR VON LÜDINGHAUSEN, VERTEIDIGER DES ANGEKLAGTEN VON NEURATH: [Nürnbrgr. Prozeß,184. Tag. Di. 23. Juli 1946. S. 24422 (vgl. NP Bd. 19, S. 242)]

. . . Fast gleichzeitig mit der Gründung des Stahlhelms in Norddeutschland war im südlichen Deutschland die Deutsche Arbeiterpartei gegründet worden, in welcher letzterer Hitler im Laufe des Jahres 1919 als siebentes Mitglied eintrat und deren Führung er alsbald an sich riß. Beide beruhten auf dem kriegerischen Erleben von Millionen Soldaten und der im Kriege zur höchsten Blüte gebrachten Kameradschaft, beide hatten den nationalen Gedanken, die Wiedererrichtung eines neuen nationalen Staates auf ihre Fahnen geschrieben. Während sich aber der Stahlhelm in der Hauptsache mit der Pflege der nationalen und soldatischen Tradition unter seinen bald nach Hunderttausenden zählenden Mitgliedern begnügte und keine parteipolitischen Ziele erstrebte, steckte die Deutsche Arbeiterpartei unter Hitlers Führung alsbald ihre Ziele sehr viel weiter, indem sie sich zum politischen Träger und Verschmelzung des nationalen Gedankens mit den in der Zeit liegenden sozialen Gedanken und ihrer Probleme eine innere Erneuerung des Volksganzen herbeizuführen. Dieses Ziel fußte auf der Überzeugung, daß einmal durch den Zusammenbruch Deutschlands sich allmählich eine völlige Änderung der sozialen Struktur des deutschen Volkes vollzog und zum anderen, daß eine Wiederaufrichtung des Reiches nur dann möglich wäre, wenn eine zu dieser erforderlichen, eine wirkliche einheitliche Volksgemeinschaft, auf nationaler und sozialer Basis geschaffen würde. Nach Hitlers Überzeugung war das aber nur möglich, wenn der Sozialismus auf die Volksgemeinschaft, die Volksgemeinschaft auf den Sozialismus begründet, beide miteinander zu einer Einheit verschmolzen wurden. So gab er der Deutschen Arbeiterpartei, indem er gleichzeitig ihren Namen in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei änderte, das genügend bekannte Programm. Dieses Programm war national in seiner Forderung nach Beseitigung der Fesseln des Versailler Vertrags und der Schaffung eines neuen ein-

igen Deutschen Reiches, sozial in seinen Forderungen, die unter besonderer Betonung des Wertes der Arbeit vor allem die Abschaffung eines arbeits- und mühelosen Einkommens, die Verstaatlichung gewisser Betriebe und der Erdschätze, sowie die Brechung der sogenannten Zinsknechtschaft enthielten. So wie dieses Programm aufgestellt war, leuchtete aus ihm unverkennbar der in Millionen von Deutschen schlummernde Wunsch und Wille nach einer Wiedergeburt Deutschlands aus aller Not zu einer neuen nationalen und sozialen Freiheit. Und eines muß ich zu diesem Programm hier mit aller Schärfe und Bestimmtheit ein für allemal vor der ganzen Welt feststellen. Es ist nicht wahr, daß der vielberedete Punkt 2 dieses Programms, in dem die Beseitigung des Versailler Vertrags verlangt wird, die Androhung von Gewalt zur Erreichung dieses Zieles enthält oder vorsieht. Die gegenteilige Behauptung der Anklage entbehrt jeder Berechtigung. Nirgends ist in diesem Programm von Gewalt auch nur mit einem Wort die Rede.

Oder will die Anklage vielleicht in der Bezugnahme auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine Gewaltandrohung erblicken? [Der Nürnberger Prozeß: 184. Tag. Di., 23. Juli 1946. S 24450 (vgl. NP Bd. 19, S. 251-252)]

Der Nürnbrgr. Prozeß: Anklage, S.289 /290 (vgl. NP Bd. 1, S. 33)], hat diese Zusammenfassung :
“ C. Grundsätze und ihre Anwendung in dem gemeinsamen Plan oder der Verschwörung.“, diese Definition zum Begriff der > VG < :

“Um andere Personen für die Teilnahme an dem gemeinsamen Plan und der Verschwörung zu gewinnen, und um d. Nazi-Verschwörern ein Höchstmaß von Kontrolle über die deutsche Volksgemeinschaft zu sichern, wurden bestimmte Grundsätze aufgestellt, verbreitet und ausgenutzt, unter ihnen folgende:

1. daß Personen von sogenanntem »deutschen Blute« (entsprechend den genauen Angaben der Nazi-Verschwörer) einer »Herrenrasse« zugehörten und demgemäß das Recht hätten, andere Rassen und Völker zu unterjochen, zu beherrschen oder auszurotten;

2. daß das deutsche Volk nach dem Führerprinzip regiert werden solle, demzufolge alle Macht beim Führer läge, von welchem die Unterführer ihre Autorität in hierarchischer Ordnung erlangten, wobei jeder Unterführer seinem unmittelbaren Vorgesetzten bedingungslosen Gehorsam schulde, in seinem eigenen Kreis der Rechtsprechung jedoch absolute Macht habe; und daß die Macht der Führerschaft unbegrenzt sei und sich auf alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens erstreckte;

3. daß Krieg eine edle und notwendige Beschäftigung für die Deutschen sei;

4. daß die Führerschaft der NSDAP als der einzige Träger der vorgenannten und anderer Lehrsätze der Nazi-Partei berechtigt sei, den inneren Aufbau, die Politik und Gebräuche des deutschen Staates zu lenken, die Tätigkeiten aller Einzelpersonen innerhalb des Staates zu überwachen und alle Gegner zu vernichten . . .

Was hier für Bayern ausgeführt wird, erstreckte sich auf das gesamte Reich. Dies beweist das Dokument SA-148, die sogenannte Preußische Studentenrechtsverordnung. Klar geht hier hervor das Ziel, die Erziehung der Studenten zur Einordnung in die Volksgemeinschaft und die Erziehung zur Wehrhaftigkeit.

Diese Verordnung ist die Grundlage für die Verfügung über die Bildung des SA-Hochschulamtes, Dokument SA-156.

Auf Grund dieser Verfügung, die in dieser Form für sämtliche Hochschulen des Reiches galt, wurde sämtlichen Studenten – soweit sie körperlich nicht beeinträchtigt waren – der SA-Dienst als Pflicht auferlegt. Wichtig ist, daß die Anmeldung nicht möglich war beim SA-Hochschulamt, sondern nur bei den örtlichen SA-Stürmen. [D. Nürnberger Prozeß: 208. Tag. Mi. 21. August 1946. S. 27692 (vgl. NP Bd. 21, S. 452)]

In der Aussage ALFRED ROSENBERG's, Sa. 31. August 1946, derart geäußert :

... Der Sowjetankläger hat unter anderem erklärt, die »ganze sogenannte ideologische Tätigkeit« sei »eine Vorbereitung für Verbrechen« gewesen. Dazu möchte ich erklären. Der Nationalsozialismus vertrat den Gedanken einer Überwindung des volkzerzetzenden Klassenkampfes und der Einheit aller Stände in einer großen *Volksgemeinschaft*. Er stellte zum Beispiel durch den Arbeitsdienst die Ehre der Handarbeit an der Muttererde wieder her und richtete die Augen aller Deutschen auf die Notwendigkeit eines starken Bauerntums. Er bildete im Winterhilfswerk eine Kameradschaft der ganzen Nation für alle in Not geratenen Volksgenossen, ohne Rücksicht auf frühere Parteizugehörigkeit. Er baute Mütterheime, Jugendherbergen, Gemeinschaftshäuser in den Fabriken und führte Millionen an noch ungekannte Schätze der Kunst heran. Dem allen diente auch ich.

[Digit. Bibl./ Der Nürnbrgr. Prozeß: 216. Tag. S. 29154 (vgl. NP Bd. 22, S. 436)]

Kraut's statistische Angaben ermöglichen keinen Schluß zur Altersverteilung. Auf die Darstellung des Festprogramms am Wochenende des 6. & 7. Juli 1957, mit Platzkonzert, Fahnenübergabe & Volkstänzen der DGB-Jugendgruppe; Sonntag dann früh um 7⁰⁰ der Weckruf der freien Turnerschaft, mit anschließendem Choralblasen des CVJM-Posaunenchor & Fest-Gottesdienst Pf. Krauts & folgendem

Festzug, die Festansprache mit Begrüßung des Vertreters des Dtschn. Siedlerbundes, anschließend, Tanz in froher Feststimmung, wie auch der Sonnabend bereits auszuklingen hatte.

Es folgt Auflistung den > Gefallenen und Vermißten d. Siedlung Süsterfeld z. Gedenken / 1939 — 1945 / 1941 bis 1945 Gefallene, zwei letzte Einträge, 1947 & '48 <, 33 Personen, 12 als vermißt. Angaben von 1957 zugrundegelegt, um 21,3 % - gerade über 1/5. Weiter führt die Broschüre allgemein, 61 von 1932-1935 verstorbene Siedler an. Folgende Description nennt vulgär-soziographische Paradigmen, nach denen anscheinend die 1983 Edition ausführlich, auch ohne Quellennangaben zitierte. Pfarrer Kraut's sehr bemühter Bericht beschränkte sich im wesentlichen auf Angaben bis 1932 : " Die Gärten konnten immer besser ausgenutzt werden, und in den Ställen mehrte sich die Kleintierzucht, da waren Hühner und Kaninchen, Ziegen und Schweine. Es war alles da, was zu einer ländlichen Stadtrandsiedlung gehörte. Und aus den Arbeitslosen, die in engen Wohnungen lebten, sind die fröhlich schaffenden Siedler geworden." ... formulierte er [a.a.O., p. 17], ein protestantisches Wunder. Bei Besehen realen Environments eröffnen sich dem kritischen Blick vor allem aber : enge Verhältnisse, heute im Wesentlichen ohne Kleintierzucht.

Für die Zeit nach 1933 wird Abbrand der hölzernen evang. Kirche am 16. März 1934, erwähnt, mit Wiedererichtung aus Stein & Einweihungsfeier am 7. April, Glockenweihe, den 4. August 1935.

Der Diskurs springt folgend einige Male alternierend in die 50-Jahre & zurück. Erhellend berichtet die Kraut'sche Festschrift, zu den Eigenheimsiedlern, die 1934/35 Einzug gehalten hätten, 31 Familien mit 110 Familienmitgliedern, davon waren 32 Männer, 31 Frauen und 47 Kinder. Die Eigenheimsiedler hätten sich bald tätig in die Siedlergemeinschaft von 1932 eingefügt. Insbesondere hätten sie die Nöte und Sorgen während der Kriegs- und Nachkriegsjahre mitgetragen. In dieser gegenseitigen Hilfe seien beide Siedlungen in kurzer Zeit eine Gemeinschaft geworden. "[A.a.O., 21]. Die noch folgenden Ausführungen behandeln die 50.-Jahre. Nach der 1983er -Ed., die "zweite Erweiterung".

Die Organisation des Siedlerbundes hatte ihren Ursprung im Sächsischen Siedlerbund Dresden, der 1933 in Deutscher Siedlerbund, Sitz Dresden, umbenannt worden ist. Ab 1935 war der Dt. Siedlerbund mit Sitz in Berlin die einzige anerkannte Organisation der deutschen Kleinsiedler. Darauf führt der Deutsche Siedlerbund seine Gründung im Jahr 1935 zurück. Als Untergliederungen waren Gaue in d. damaligen Ländern eingerichtet. So auch in Baden und in Württemberg mit Geschäftsstellen in Karlsruhe und Stuttgart. Durch den Kriegsbeginn 1939 endete auch die Bautätigkeit von Kleinsiedlungen. Als Aufgabe des Deutschen Siedlerbundes blieb, die Mitglieder zu beraten und zu betreuen, obwohl dies im Verlauf des Krieges immer schwieriger wurde, weil die örtlichen Vorstände durch Einberufung in den Krieg sehr häufig wechselten.

<http://www.verband-wohneigentum.de/baden-wuerttemberg/on2556>

Dr. Lau. Lauritzen'schem Widmungstext, Siedlern und ihren Angehörigen die herzlichsten Glückwünsche aussprechend, ist weiter zu entnehmen: . . . "die Siedlung sei in schweren Krisenjahren durch großzügige Unterstützung der Stadt Kassel entstanden. Sie wäre aber ohne die unermüdliche Selbsthilfe und die uneigennützig Gemeinschaftsarbeit niemals zu diesem Kleinod geworden. Weiträumigkeit dieser Anlage und ihre Schönheit seien heute noch Vorbild für andere Städte . . . So konnten auch die schweren Zerstörungen des letzten Krieges durch gemeinsame Arbeit, an der sich auch die Frauen beteiligten, beseitigt werden und die Stadt Kassel brachte ihre Anerkennung durch den Ausbau der Straßen, die ursprünglich in Selbsthilfe erstellt worden waren, zum Ausdruck. Wie eine grüne Insel läge die Süsterfeldsiedlung in der aufblühenden Großstadt " . . . Großstadt, eine formale Bezeichnung & den NS-Planungen nach, zukünftig. "Vorbildfunktion" & Großzügigkeit : durch die Brüning'schen Notverordnungen republikweit initiiert Baumaßnahmen klärt sich die Lobhudelei : eine platte politische Lüge. Bewußtsein gerade zu diesem Zwangshaften herzustellen, hätte damaligem OB besser angestanden, unter dessen Amtsführung auch die Ansiedlung des VW-Zweigwerks, währ-

end des Direktorats ehem. NS-Wirtschaftsführers Nordhoff fällt [Zu N.: Mommsen/Krieger, 1998]. L. Lauritzens Veröffentlichungen zu städtebaulichen Themen erfolgten erst später. Auch die topographisch-verbale Mystifikation weiträumiger Vorbildlichkeit der Anlage will sich realiter einfach nicht erschließen & der offenen Frage korreliert der Verweis auf die besondere Autoritätsfixiertheit mehrerer dieser tragenden Generationen – ohne die d. Faschismus nie funktional Boden hätte gewinnen können.

Anschließend äußerte sich in der Festschrift. Der Vors. der Siedlergemeinschaft : “ Siedler sein, hieße Pionier sein“, unter Rekurs auf Aufbauarbeit & Gemeinschaftsgeist nach Beseitigung des Erbes des letzten Krieges : Schuttberge, ausgebrannte Häuser, zerstörte Versorgungsanlagen, aufgerissene Straßen. “ Es waren die Siedler und ihre Frauen, die in Gemeinschaft in 1945 mit Schaufel und Hacke alles wieder in Ordnung brachten.“ [A.a.O.,p.4] Auch hier, die Vermutung weiterwirkenden Volksgemeinschaftsideologems, jetzt der Wiederaufbauvariante, incl. sich abzeichnender “Emanzipation“ auf diesen primäreren Motivationen .

Biographische Datenangaben : http://www.spdgeschichtswerkstatt.de/wiki/Lauritz_Lauritzen - erscheinen sehr schlicht & vernachlässigen vor allem, daß > LauLau < - wie dessen “Spitzname“, zur Generation der Juristen & universitär Informierter aller Fakultäten gehörte, deren Ausbildung, Staats-examina & Dissertationen in d. Zeit des NS fielen. 1945 sqq., wurden während des NS erworbene Prädikate im wesentlichen weder aberkannt, durch Plagiatsuntersuchungen irritiert oder sonstwie “kompromittiert“. Mit ihrem weiterwirkenden, sicher auch modifizierten, informationellen Konzept, sicherten ihre Träger auch den Status veränderter Anti -NS-Aufklärung, auf fixierten & verordneten Linien aus Ministerien & Antsstuben. Auch Umwidmung von Kasernen - & Str.-Namen, mehr schlep-pend & perrenierend : das “Autoritäre Syndrom“ – im Verein mit allen theologisch-klerikalen Ausprägungen & anankastischen Formen, juristischen Komplex‘.

Die Edition >> Von der “Heimstätte zur Wohnstadt / Transformationen eines Unternehmens zwischen “Weimarer Republik“ und 21. Jhdt., H.Feußner / F. Fischer, 2008 << - der Band enthält eine verhältnismässig ausführliche Auseinandersetzung mit NS-Einflüssen. P. 125, Kap. “Gruppenselbsthilfe“, bemerkt : “1981 kündigte die Heimstätte an, den in den Notjahren Anfang der 30er Jahre praktizierten Gedanken d. Gruppenselbsthilfe in Form eines Pilotprojektes neu zu beleben, um kapitalschwächeren Familien den Erwerb eines Eigenheims zu ermöglichen.“ . . . “1981“, heißt es zuvor, “fasste die Stadt Kassel den Beschluß zur Förderung von 400 neuen Sozialwohnungen. [p.127]. Ab 1975 war Hans Eichel Kassler Oberbürgermeister, vor Übergang in die Landes- & Bundespolitik, 1987 bestätigt. Während dessen Amtszeit führte die Stadt eine kommunale Steuer ein, mittels der eine Abgabe erhoben wird für die Nutzung öffentl. Abwasserleitungssysteme *durch Regenwasser*, aus Einleitungen über privaten Grund, letztlich aus Steuermitteln erstellt & erhalten. Zwei abgewiesene Verwaltungs-gerichtsverfahren, verweilen jede billige Widerspruchsmöglichkeit . . .

Eine > Anna Eichel <, unter 1932-'35 verstorbenen d. “25 Jahre Festschrift“.

Die Edition Feußner / Fischer, 2008, befasst sich im Kap. 3 mit der Zeit von 1933 – 1945 : “ Die hessische Heimstätte i. d. Zeit des Nationalsozialismus“. Im folgenden der Top. : “Entnazifizierung und Reorganisation der Heimstätten“. Für Quellennachweise der Ed. zum NS, wurde im wesentlichen eigene Geschäftsberichte der Gesellschaft zitiert & Fach-Ztschrftn., eine lokale Zeitung, auch div. Editionen. Archivalien wurden nicht im möglichen Maß beigezogen. Der Text, verweist nicht auf HStaats-, Staats-, Landes – oder das Bundesarchiv. Das Grußwort des Hess. Min. f. Wirtschaft, Verkehr u. Landesentwicklung, Alois Rhiel, Vorsitzender d. Aufsichtsrates der Unternehmensgruppe “Nassauische Heimstätte“, schließt mit dem Statement : ... “der Anspruch des Unternehmens, brei-

ten Bevölkerungsschichten Wohnraum zu vertretbaren Preisen anzubieten ... wird ... ein wesentliches Unternehmensziel bleiben ...“ [p. (3)]. Die ‘Erwerbslosensiedlung Süsterfeld’ wird p. 45 sq. abgehandelt, unter Hinweis auf ähnliche Entstehung zuvor erstellter Stadtrandsiedlung “Erlenfeld“. Unter den Motiven zur sozialen Integration wird “Verhinderung wilden Siedelns“ nicht mehr benannt, die noch in der 1983-Ed. erwähnt wurde, auch unten folgend, themat. “Berliner Eintrag“. “Wildes Siedeln“ scheint heute vorwiegend ein Phänomen der Megametropolen Afrikas, Asien, Lateinamerikas. “ Die Pachtverträge über Siedlerstellen wurden erst nach Fertigstellung der Bauarbeiten abgeschlossen und waren mit einer Reihe von Auflagen verknüpft. Später – 1938 / 39 – erfolgt eine Umwandlung in Erbbaupachtverträge, die mit einer Überprüfung der Siedler und des Zustands der Siedlerstellen durch das Gauheimstättenwerk verbunden war. Hiermit ergab sich die Möglichkeit, auf die zumeist den großen Arbeiterparteien (SPD, KPD) nahe stehenden Siedler massiv politischen Druck auszuüben“ stellt die Ed. > von der Heimstätte zur Wohnstadt <, ohne weitere Belege, die auch thematisch bereits d. Ed. 1983. fehlten, fest, wohl unter nichterwähntem Bezug auf Pf. Kraut’s Ed.. Exaktere Informationen kämen der Tendenz korrekterer Darstellung zugute, gegen weitergetragene Verschleifungen mit den üblichen Fehlertraditionen.

“ Der mit dem Bau der Siedlung beabsichtigte soziale Aufstieg der Bewohner stellte sich nur langsam ein. Süsterfeld und Erlenfeld waren in der Kasseler Bevölkerung als “Primitivsiedlungen“ sozial stigmatisiert. Die Ablehnung durch andere, verbunden mit der abseitigen Lage, stärkte aber den Zusammenhalt der Bewohner. Heute hat sich das Erscheinungsbild der Siedlung durch Anbauten und Grundstücksteilungen stark verändert, das Gemeinschaftsgefühl jedoch ist geblieben, wie bei den Feierlichkeiten zum 65jährigen Jubiläum der Siedlung deutlich wurde.“ Auch letzere Information, nicht weiter mit einer Quellendarstellung belegt : existiert die Festschrift zum 25-jährig. Bestehen der Siedlung Süsterfeld & kommt die Ed. 1983 einer zum 50-jährig. nah, lässt sich eine Edition ca. 1987 & zum 65jährig. Jubiläum nicht nachweisen – auf eigenerfahrene Feldforschung, kein Bezug. P. 46 bildet einen Zeitungsausriß ab, Kasseler Post, v. 12.6.1943: “Segen ist der Mühe Preis!, mit Auswahlkriterien für Siedler: unter “ 4. Eignung des Mannes“ wurde gefordert: “Voraussetzungen sind Arbeitswilligkeit, Bescheidenheit, Verträglichkeit und Befähigung zu den für eine Siedlerstelle wichtigsten Arbeiten. Es ist dabei nicht nötig daß der Siedler auf dem Lande geboren ist. Ein bewährter Schrebergärtner kann unter Umständen aus seinem Stück Land mehr herauswirtschaften, als ein auf dem Lande Geborener, der mit den neuesten Errungenschaften der intensiven Gartenbearbeitung nicht vertraut ist. 5. Eignung der Frau,“ postulierte : “ Die Frau muß die Fähigkeiten besitzen, einen Haushalt ordentlich zu führen und sie vor allem muß Lust und Liebe zum Siedeln haben. Denn ein großer Teil der Lasten wird später, wenn die Häuser erst einmal fertig sind, der Hausfrau verbleiben. Hierzu gehört auch vor allem die Betreuung des Kleinviehs.“

“ Je näher die Nationalsozialisten auf den 2.WK zusteuerten, desto schwieriger gestaltete sich der Wohnungsbau . . . Nachdem 1938 mit 2.086 fertig gestellten Wohnungen die höchste Bauproduktion der NS-Zeit erreicht worden war, ging die Bautätigkeit der Hessischen Heimstätte nun stark zurück“ [A.a. O., ... Heimstätte ..., p. 69]. Großprojekte wurden aufgegeben . . .“ In den Kriegsjahren war die hessische Heimstätte vor allen für die Munitionsfabriken tätig.“ [A.a.O., p. 70].

1938 verstärkten sich Zwangsenteignungen jüdischen Hausbesitz.

Der Geschäftsbericht 1942 stellte zur Verleihung >>Gaudiplom für hervorragende Leistungen << klar : “ Am 1. Mai 1943, dem Nationalfeiertag des deutschen Volkes, wurde der Hessischen Heimstätte G. m.b.H., durch den Herrn Gauleiter des Gauess Kurhessen das “Gaudiplom für hervorragende Leistungen“ verliehen. Damit sind nunmehr auch äußerlich anerkannt worden die Leistungen d. Gesellschaft auf dem Gebiet der sozialen Betriebsgestaltung und des innerbetrieblichen Aufbaues. Ferner sind

mit dieser Auszeichnungen zugleich die Kriegleistungen der Gesellschaft gewürdigt worden. Seit Beginn des Krieges konnte die Gesellschaft 2.260 bezugsfertige Wohnungen Angehörigen der Rüstungsindustrie zur Verfügung stellen. [A. a.O., V. d. Heimstätte ... , p. 72]

Es
hat nur der
ein Recht,
in der
Volksgemeinschaft
zu leben,
der bereit ist
für die
Volksgemeinschaft
zu arbeiten.

ALFRED KOSANBERG



[323.jpg](#)

library.marshallfoundation.org

714 × 1047 - IN DER /VOIKS-
GEMEINSCHAFT / ZU

Quoted from: (no title)

2.bp.blogspot.com/_XdP6Lp2ceqY/S70foYVnrhI/AAAAAAAAAM8o/LslGt-qMlxI/s1600/francesco-de-molfetta-new-idols-front.jpg

Um der weiter ansteigenden Binnennachfrage und dem immer stärker werdenden Export gerecht zu werden, erwarb die Volkswagen GmbH unter Leitung von Heinrich Nordhoff am 5. Oktober 1957 für einen Werksneubau ein im Lohwald in Altenbauna liegendens Gelände mit den Hallen der ehemaligen Henschel Flugmotoren GmbH . . . Zur Standortentscheidung trug neben der zentralen Lage . . . in der Bundesrepublik insbesondere der günstige Preis aufgrund der Insolvenz der Henschel-Werke bei. Bei einer Arbeitslosigkeit von 4,4 % in der Region standen zudem genügend Fachkräfte zur Verfügung. ^[2] Hans-H. Becker (Hrsg.): *Die Menschen. Das Werk. Eine Zukunft. 50 Jahre Volkswagen Werk Kassel*. Siebenhaar Verlag, 2008, S. 412–427 / Wikipedia,6.4.'12.] Für einen weiteren Standortvorteil, im Vergleich mit der während des NS synthetisierten Automobilstadt Wolfsburg – kann neben Übernahme des ehem. Henschel–Produktionsareals – die motivationale Zurichtung der Bevölkerung angesehen werden, auf Kriegs- & Automobilproduktion, bereits seit einem dreiviertel Jhdt. zuvor . . . Einzugsgebiet potentieller Arbeitskräfte, war auch die inzw. mehrfach erweiterte Süsterfeldsiedlung. Als ehemaligem NS-Wirtschaftsführer verweigerten ihm [Nordhoff] die Amerikaner sogar die Einreise in die USA. . . Als Nordhoff, der maßgeblich zum Erfolg des Verkaufsschlagers VW-Käfer beitrug, Ende

1947 nach Wolfsburg kam, war für das Volkswagenwerk eine Betriebsordnung in Kraft, die eindeutige Färbungen von Robert Leys Betriebsgemeinschaftsideologie der Deutschen Arbeitsfront erkennen ließ. [p. 271, H. J. Wohlfromm, Deckname Wolf /Hitlers letzter Sieg,]. Auch wurde das Wolfsburger VW-Werk mit freiwilligen Fremdarbeitern in Lagerhaltung errichtet, Zwangsarbeit später & zur Kriegs-Produktion ausgenutzt : zu den Lebensbedingungen in einer in Eigeninitiative errichteten Arbeitslosen-Siedlung unter erheblicher Differenz. Nach Stilllegung der Henschel-LKW-Produktion, bei teilweisem Übergang an neu erstelltes VW-Zweigwerk Kassel / Baunatal in der Ära Nordhoff, rekrutierten sich sowohl Arbeitskräfte zum Bau der Produktionsstätte, wie der späteren Automobilzulieferung aus dem Siedler-Bereich.

Volkswagen Media Services

: formuliert den Zusammenhang der Entstehung des Kasseler Zweigwerkes derart : . . .

Geschichte

Ende der 50er Jahre wurde in Wolfsburg aufgrund der sich rasant entwickelnden Nachkriegswirtschaft jeder Platz für die Käferfertigung benötigt. So wurde 1957 das Volkswagen Werk in Baunatal als neuer Standort für Aggregataufbereitung gegründet. Die Fabrik liegt 10 Kilometer südlich von Kassel. **Die Stadt Baunatal entstand erst nach der Gründung des Werkes.** Die Aufbereitung von Motoren begann im Juli 1958. Bereits anderthalb Jahre später kam die Produktion von Getrieben und anderen Aggregaten hinzu. Kennzeichnend für die 60er Jahre waren die vielen Bauarbeiten, die im Werk begonnen und vollendet wurden. Die Halle 1, in der sich heute die Getriebeproduktion und Härterei befinden, wurde 1960 gebaut. Darauf folgten 1961 die Halle 4 für die Aggregataufbereitung und 1964 die Halle 2, in der das Presswerk und der Karosseriebau eingerichtet wurden. Im Jahr darauf lief die Fertigung in der neu errichteten höheren Insassensicherheit beitragen.

Umwelt und Nachhaltigkeit

Der Umweltschutz und die nachhaltige Produktion sind ein Kernelement der strategischen Entscheidungen von Volkswagen am Standort Kassel. Eine Kraftwerksmodernisierung mit Umstellung auf Gasfeuerung reduziert den Emissionsausstoß bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz – die Stadt Baunatal profitiert zudem durch die Fernwärmelieferung des Standort-Kraftwerks. Geplant ist außerdem die Installation v. insgesamt 5.580 Photovoltaik-Modulen auf dem Dach der Werkshalle Sechs, die den Standort mit umweltfreundlicher Energie versorgen. . .

In 15 Ländern Europas u. in sechs Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas betreibt d. Konzern 62 Fertigungsstätten. Fast 400.000 Beschäftigte produzieren an jedem Arbeitstag rund um den Globus rund 30.000 Fahrzeuge oder sind mit fahrzeugbezogenen Dienstleistungen befasst. Seine Fahrzeuge bietet der Volkswagen Konzern in 153 Ländern **Quelle:** https://www.volkswagen-mediaservices.com/medias_publish/ms/content/de/pressemitteilungen/2011/03/15/volkswagen_ag_werk1.standard.gid-o

Der VW-Konzern, teils im Besitz des Landes NDRS, wiederholte unter den Bedingungen d. BRD-Demokratie in den 50-Jahren erprobtes, des Porsche/Hitler-Konzepts im NS : um eine vom Reißbrett realisierte Fabrik, Wohnbedingungen der Arbeitskräfte zu erstellen, mit & ohne Lageraura. VW, inzw. weltweit größter A.-Konzern – doch nicht etwa eine Realisierung fasc. Weltherrschaftsanspruchs, mit nun friedlichen Mitteln ?

Im Rahmen der "verspäteten" Volksautomobilisierung im Zeitalter Fordistischer Produktion, ergaben sich weitere Aspekte, auch sozialer Fürsorge nach Fordistischer Art. Dazu schrieb Dr. G. Faldix, in : "Henry Ford als Wirtschaftspolitiker", 1925, außer der Darstellung Ford'scher Einstellungen zur Wertschöpfung durch Massenproduktion & angeblicher Ablehnung der nicht auf Arbeit gründenden Zinspolitik, bis in offene & verdeckte antisemitische Darstellungen [1925 stand Ford noch hinter seiner Edition "The International Jew", v. 1920, dt. 1921. Anschein während, Geschäft- & Umsatzschädigung durch Beschwerden Jüd. Organisationen, schwor er 1928 den antisemitischen Schuldzuweisungen in Manier der "Protokolle" ab, realiter behielt er die Einstellungen bei.] Autarkiebestrebungen im Vordergrund, verkündete Faldix, Ford paraphrasierend : " Wenn wir uns in kleinere Gemeinden auflösen, in denen die Lebenshaltung weniger hochgeschraubt ist und die Produkte von Feld und Garten ohne die Verteuerung zahlreicher Zwischenhändler zu haben sein werden, wird es nur wenig Armut und Unzufriedenheit geben. Alles ist nur eine Frage grösserer Plan- und Zweckmässigkeit." [p. 39] . . . " Wie Ford die grosse Masse des amerikanischen Volkes kennt, ist sie sofort

für eine Saisonarbeit in freier Luft zu haben und will ihre Zeit erst gar nicht wie die Reichen dadurch verschwenden, dass sie drei oder vier Monate an irgendeinem eleganten Sommer - oder Winterkurort verbringt, selbst wenn sie die Mittel dazu hätte.“ Faldix bezieht sich 1925 vorwiegend auf Henry Ford / Mein Leben und Werk. Die die Entschuldigung an die jüdischen Gemeinschaft polemisch gerade nicht zurücknehmende dt. Ausgabe von “Mein Leben und Werk“, erschien 1935, “Und trotzdem Vorwärts“, dt. 1930. In der dt. Edition “Mein Leben & Werk“, 1935, wird behauptet, nach Zurücknahme der Antisemitismusschrift gegenüber dem amerikanischen Publikum & bereits Jahre währende Rezeption der dt. Ausgabe “Der Internationale Jude“ durch die Nazibande :

XVII. Cap., “ Vom allem Möglichen’, p. 292: “Das von uns als “Studien über die Judenfrage“ betitelte Werk, das von *gegnerischer Seite* verschiedentlich als “Judenkampagne“, als “Angriff gegen die Juden“ und als “antisemitisches Programm“ usw. bezeichnet worden ist, **bedarf für die, die ihm folgen keiner Erläuterung**. Die ihm zugrunde liegenden Motive und Zwecke müssen durch das Werk selbst gerichtet werden. Es wurde lediglich als Beitrag zu einer Frage dargeboten, die für das Land von tiefstem Interesse ist, einer Frage, die ihrem Ursprung nach eine Rassenfrage ist und sich eher mit Einflüssen und Idealen als mit Personen befaßt. Unsere Ausführungen müssen von ehrlich denkenden Lesern beurteilt werden, die klug genug sind, sie an Hand des Lebens, so wie es sich ihnen darstellt, zu bewerten. Wenn sie sich mit ihren eigenen Beobachtungen decken, so ist unser Fall gewonnen. Es ist indes höchste Torheit, uns verurteilen zu wollen, bevor unsere Ausführungen nicht als grundlos und unbedacht erwiesen sind. In erster Linie ist in Betracht zu ziehen, ob sie wahr sind oder nicht, und dieser Punkt gerade ist es, den unsere Kritiker zu vermeiden suchen. Wer unsere Artikel gelesen hat, wird sofort einsehen, daß wir von keinerlei Vorurteil, es sei denn zugunsten der Prinzipien, die unsere Kultur geschaffen haben, getrieben sind. Es hatten sich hierzulande gewisse geregelte Einflüsse bemerkbar gemacht, die merklich auf das Niveau unserer Literatur, unserer Vergnügungen und unserer sozialen Grundsätze drückten; überall war ein Sinken der Wertmaßstäbe bemerkbar. Das hatte nichts mit der robusten Grobheit des Weißen, sagen wir mit der rohen Urwüchsigkeit Shakespearescher Charaktere zu tun, sondern war ein unangenehmer Orientalismus, der sich in alle Lebensformen eingeschlichen hatte — und zwar *in solchen Maße, daß es geboten schien, ihm entgegenzutreten*. Die Tatsache, daß alle diese Einflüsse sich auf einen Rassenurgrund zurückführen ließen, ist beachtenwert, nicht allein für uns, sondern auch für intelligente Angehörige der betreffenden Rasse. Die Tatsache, daß von ihnen selbst bereits Schritte getan worden sind, um ihren Schutz denen zu entziehen, die am deutlichsten die amerikanische Gastfreundschaft mißbrauchten, gereicht ihnen nur zur Ehre. Trotzdem ist noch Gelegenheit genug vorhanden, um die abgenutzte Idee der Rassenüberlegenheit, die sich auf eine alles untergrabende Kriegführung auf ökonomischem und intellektuellem Gebiet stützt, abzuschütteln. Unser Buch will über die Juden in Amerika durchaus nicht das letzte Wort gesagt haben. Es will nur den starken Druck mildern, den sie gerade heute auf das Land ausüben. Wenn das geändert wird, läßt sich auch anders darüber reden. Zur Zeit liegt die ganze Frage ausschließlich in den Händen der Juden selbst. Sind sie so klug, wie sie vorgeben, so werden sie alles daransetzen, die Juden zu Amerikanern und nicht die Amerikaner zu Juden zu machen.

Faldix schreibt zum Antisemitismus Fords :...“auch mit seiner Judengegnerschaft kann es nicht so schlimm sein, da er die offizielle Vertretung seiner Gesellschaft auch Juden gibt wie S. Levin in Düsseldorf.“... [p. 64] Diese & weitere Argumentationsmuster noch aktuell & selten als Vorurteile rezipiert.

Im Zug der Kritik Ford, setzt Faldix den Wahlspruch des Haus Krupp gegen : “ Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein; dann bringt Arbeit Segen, dann ist Arbeit Gebet“. [Faldix, a.a.O., p. 54]

Gegebenheiten nach, Aufbaus einer vorwiegend in Eigenarbeit erstellten Arbeitslosensiedlung, incl. mikroautarker Subsistenzwirtschaft – sollen hier, Nähe zur Schrebergartenbewegung wegen, auch weitere dunkle Seiten nicht unerwähnt bleiben, gründend in konservativer, historischer Drift.

...“Die einseitige Hervorhebung der - zweifelos vorhandenen und peinlichen – Verschrobenheiten der Völkischen gäbe ein schiefes Bild. Tatsächlich hätten die Völkischen Bleibenderes geleistet als etwa die Nationalrevolutionäre, die nach dem Ersten WK. faszinierend sein mochten und zukunftsweisend zu sein schienen, es aber nicht gewesen seien. Völkische hingegen gäbe es heute noch, zumal in Österreich. Der Erzvater der Völkischen sei Friedrich Ludwig Jahn, der mit Rauschebart und altdeutschem Gehabe schon Metternich abstieß und damit schon gewisse Absonderlichkeiten der Völkischen aufweise. Jahn hatte jedoch Breitenwirkung, und zwar einerseits durch die von ihm gegründete Turnerbewegung [eine Hochburg der Völkischen], die ja auch Positives bewirkte, zum anderen durch Schriften, in denen er den Begriff des “Volkstums“ prägte. Die Völkischen stünden in der Tradition der Freiheitskriege und der Paulskirche, Jahn und seine Gefährten wären als ‘Jacobiner’ verfolgt worden, und die Worte des 70-jährigen Jahn in der Paulskirche seien auch heute noch herzbewegend : “Deutschlands Einheit war der Traum meines erwachenden Lebens, war das Morgenrot meiner Jugend, der Sonnenschein der Manneskraft und ist jetzt der Abendstern, der mich zur Ruhe geleitet ...“ Hier solle jeder Spott über den Rauschebart enden. Wenn es überhaupt zu einer Erweckung eines gesamtdeutschen Nationalgefühls kam [was man je nach Standort begrüßen oder ablehnen könne], dann ist das in erster Linie den Völkischen zuzuschreiben. Im Nationalitätenkampf des alten Österreich, hätten sie in der Bewahrung des Deutschtums eine politische Leistung vollbracht, desgleichen beim Schutz des Grenz-, Streu- und Auslandsdeutschtums im Südosten und anderwärts. Das erkläre auch, daß es sie in Österreich immer noch gäbe [obwohl sie durch manche Zöpfe manchen störten und oft recht eng seien]. Aber auch manche Wissenschaft hätten sie befruchtet, man denke nur an die Gebrüder Grimm, die ebenfalls zu den Ahnherren der Völkischen zählten. Germanistik und Indogermanistik, Sprach-, Stammes- und Dialektforschung, Mythologie und Volkskunde hätten ihnen einiges zu verdanken.“ [1971] — Schreiben an die Reaktion, “W.O.“, v. 27.5.1968 / [A.a.O., nach Armin Mohler, 1999, p. 136, sq., anfangs formal modifiziert.]“

“Die Nationalsozialisten berufen sich in der Hauptsache auf zeitlich ferngerückte Vertreter der ‘Deutschen Bewegung’ [R. Wagner, Fichte, Jahn], während Zeitgenossen [Spengler, Moeller v.d. Bruck] meist abgelehnt werden: da bei ihnen das Trennende deutlicher sichtbar wird.“ [Nach : A.Mohler, Die konservative Revolution in Dtschld. 1818-1932/Ein Hdbuch., Anm. 1., p.3]. Gerade werden die Gebrüder Grimm in Kassel mit einem Museumsneubau geehrt, wie verwaltungsgemäß vorwiegend konservative Einflüsse Durchsetzungsvermögen beweisen.

Friedrich Ludwig Jahn wurde am 11. August 1778 in einem Dorf in der Mark Brandenburg geboren. Als Sohn eines evangelischen Pastors genießt er viele Freiheiten. Die Mutter lehrt ihn lesen, der Vater Latein . . . 1810 gründet Jahn den „Deutschen Bund“, den Vorläufer der Burschenschaften . . . In dieser Zeit entsteht auch seine Schrift „Deutsches Volkstum“. Das Büchlein wird nach 1815 gewissermaßen Pflichtlektüre in den Burschenschaften . . . Jahn setzt durch, dass das Buch in Berlin und an anderen Universitäten bekannt gemacht wird. Es enthält 48 Paragraphen. Hier ein Beispiel: „Jeder Bursch müsse sich ‚deutsch ausbilden für Volk und Vaterland, leiblich und geistig‘ (§ 14). Sport solle in erster Linie der vormilitärischen Jugenderziehung dienen, er wendet sich ausschließlich an das männliche Geschlecht, die sportliche Betätigung solle der militärischen Grundausbildung nützlich sein. Turnen zur „Verbesserung der Geschicklichkeit“: bestimmte leichtathletische Übungen dienen

zur Förderung der Schnelligkeit, aber auch Mannschaftssport wurden dem oben genannten Ziel untergeordnet. Denkt nur mal daran, welche Bedeutung das Tauziehen damals hatte. Aber schon bald wurde der Selbstzweck des Sportes erkannt und Sport wegen des persönlichen Spaßes betrieben. . .

Unter Beobachtung

Sein politisches Engagement macht ihn bei der Obrigkeit so verdächtig, dass er 1819 verhaftet wird. Erst 1825 kommt er wieder frei, steht aber weitere Jahre unter Polizeiaufsicht. 1840 wird Jahn durch Friedrich Wilhelm den IV. amnestiert. Im gleichen Jahr erhält er die Auszeichnung das „Eiserne Kreuz“. 1848 wird er in die Nationalversammlung der Paulskirche in Frankfurt am Main gewählt. Er blieb dort Abgeordneter bis zu ihrer Auflösung.

http://www.wasistwas.de/sport-kultur/beruehmte_personen/artikel/link//a7725e4909/article/turnvater-jahn-frisch-fromm-froehlich-frei.html



<http://www.google.de/imgres?q=turnerkreuz+eimsbüttel&hl=de&biw=1013&bih=696&gbv=2&tbn=isch&tbnid=2RIM64it5Lj45M:&imgrefurl=http://www.zeit.de/sport/2010-11/etv-eims-buettel-tu> / Die Turnerhakenkreuze bleiben hängen
"Die Kreuze sind untrennbarer Teil der Geschichte dieses Hauses" / **Zeit-online, 16.11.2012** :

Hakenkreuze sind in Deutschland verboten. Man darf sie, außer in Kunst, Forschung und Lehre, nicht verbreiten oder öffentlich verwenden. Wer sich nicht daran hält, kann im Gefängnis landen. Selbst Waldrodungen und -pflanzungen, die nur aus der Luft als Hakenkreuz zu erkennen sind, sind schon entfernt worden.

Im bürgerlichen Hamburger Stadtteil Eimsbüttel jedoch kann jeder Fußgänger bis heute einem Hakenkreuz begegnen. Genauer: einem Vorläufer des Hakenkreuzes. An der Außenwand der Turnhalle des Eimsbütteler Turnvereins (ETV) sind vier Kreuze als Relief angebracht, darunter zwei sogenannte Turnerkreuze, das eine rechtsherum drehend, das andere linksherum. Sie bestehen aus vier im rechten Winkel aufeinander fußende "F"s, die für Friedrich Ludwig Jahns Parole "frisch, fromm, fröhlich, frei" stehen (im Original: "frisch, frei, fröhlich, fromm"). Die Verwandtschaft mit dem Zeichen der Nationalsozialisten sticht sofort ins Auge.

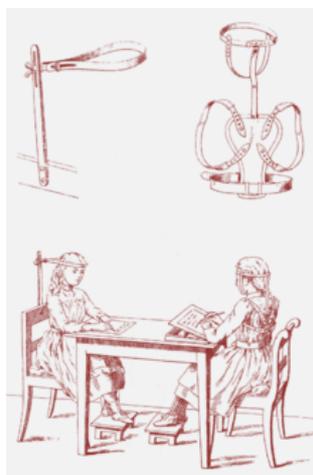
"Nazi-Symbole sind das nicht", behauptet Jürgen Bischoff, "aber harmlos sind sie auch nicht". Bischoff ist Journalist und Teil der Expertenkommission, die der ETV damit beauftragt hatte, die Vereinsgeschichte in der NS-Zeit zu untersuchen. Und die im Oktober ihre Ergebnisse in einem Buch. [[Sven Fritz, ... daß der alte Geist im ETV noch lebt, Hrsg.: ETV, Hamburg 2010](#)] präsentiert hat. / Ebda. Alle institutionellerseits vorgetragene Argumente zur Verteidigung der Aggressivität & Kampf Mann ggn. Mann, einer immer lokal oder national definierten Gruppe ggn. eine andere & dies fördernder Sportarten scheinen aus diesem Fundus nationalistisch/rassistischer Argumentation zu zehren.

Daniel Gottlob Moritz Schreber, Orthopäde, Erzieher, * 15.10.1808 Leipzig, † 10.11.1861 Leipzig, . . . Nach dem Abitur an der Leipziger Thomas-Schule 1826 nahm S. ein Medizinstudium an der Univ. Leipzig auf, wo er u. a. Vorlesungen bei seinem späteren Schwiegervater Wilhelm Andreas Haase, bei Christian Friedrich Schwägrichen und bei Ernst Heinrich Weber besuchte. Nach dem Studienabschluß 1831 war er an mehreren Krankenhäusern als Assistent tätig und wurde 1833 bei Weber zum Dr. med. promoviert. Im selben Jahr begleitete S. als Leibarzt einen russ. Adligen auf Bäderreisen durch Deutschland und Rußland, bis er sich im Herbst 1836 als praktischer Arzt in Leipzig niederließ. Zusätzlich arbeitete er als Privatdozent für Innere Medizin und Heilmittellehre an der dortigen Universität. 1844 wurde er Besitzer und ärztlicher Direktor der von Ernst August Carus (1797–1854) in Leipzig gegründeten orthopädischen und heilgymnastischen Anstalt. [Carus stand in Korrespondenz mit Hegel, h.g.] Um sich verstärkt seinen Plänen zur Reform des Erziehungs- und Schulwesens widmen zu können,

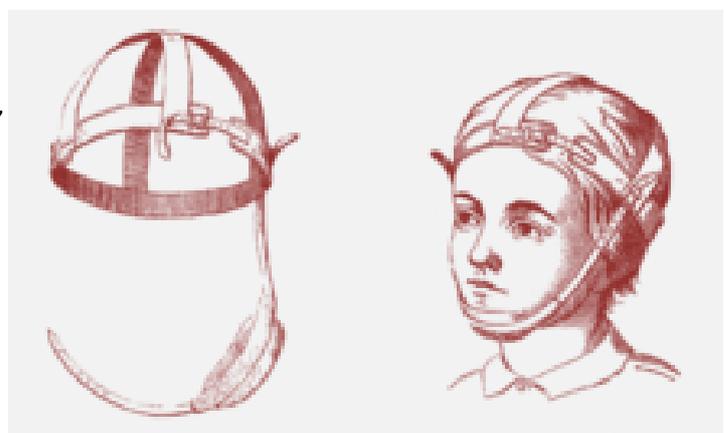
verkaufte S. seine Klinik zwei Jahre vor seinem Tod an seinen Nachfolger Carl Hermann Schildbach (1824–88). In der Tradition Friedrich Ludwig Jahns (1778–1852) und Ernst Wilhelm Bernhard Eiselens (1792–1846) engagierte er sich für die Verbreitung des Turnens und gründete u. a. 1845 mit Friedrich Karl Biedermann (1812–1901) den ersten Leipziger Turnverein (Vors. 1846–51, Ehrenmitgl. seit 1856). Seit 1840 Mitglied der Kommunalgarde, gehörte er 1846-51 auch dem Leipziger Magistrat als Vertreter des von Biedermann geführten gemäßigt liberalen Flügels an.

Bereits zu Lebzeiten erlangte S. als Arzt, Orthopäde und Verfasser pädagogischer Schriften Anerkennung. . . Sein breit gefächertes Schrifttum behandelt Themen der allgemeinen Gesundheitsvorsorge als Diätetik- und Hygiene-Erziehung, orthopädische Fragen der Behandlung vornehmlich wirbelsäulengeschädigter Kinder und Jugendlicher sowie Probleme elterlicher Erziehung, Schulerziehung und Lehrerausbildung. Hinzu kamen Schriften über die Bedeutung des Turnens im Rahmen einer auf Volksgesundheit angelegten Erziehung und Förderung junger Menschen. Sein weit verbreiteter Ratgeber „Aerztliche Zimmergymnastik“ (1855) erreichte 31 Auflgn. (1907). Zentrales Werk ist das Buch „Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit“ (1858, 31891), in dem er sein med.-orthopädisches Erfahrungswissen mit den im Zuge der Aufklärung entstandenen vornehmlich philanthropisch geprägten geistig-moralischen Erziehungsvorstellungen verbindet. Die heute noch verbreitete Ansicht, bei Schreber handele es sich um den Begründer der Schrebergärten, Schrebervereine, bzw. d. Dt. Schreberjugend, ist unzutreffend. Vielmehr wurde ein von dem Schuldirektor Ernst Innozenz Hauschild (1808–66) 1864 gegründeter pädagogischer Verein nach *Schreber benannt*, vermutlich in Anerkennung seines Engagements für Kinderspiele und –spielplätze. Weitere Popularität erlangte Schreber durch die Autobiographie seines Sohns Paul, mit der sich Sigmund Freud (1856–1939) beschäftigte (Psychoanalyt. Bemerkungen über e. autobiogr. Beschriebenen Fall v. Paranoia [Dementia paranoides], 1911). [nach : Rethschulte, Clemens, „Schreber, Daniel Gottlob Moritz“, in: NDB. 23 (2007), S. 525-526 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118610678.html>].“

“ Der Begriff der Gesundheit schloss in dieser Zeit auch den Gedanken an „gesunde Triebabfuhr“ mit ein, weshalb Schreber unter anderem mit mechanischen Geräten zur Verhinderung der Masturbation experimentierte. Überdies empfahl er Axthauen und Sägebewegungen, in schwierigen Fällen abendliche kalte Sitzbäder, Kaltwasserklistiere und das Abreiben der Schamgegend mit kaltem Wasser. Um gesunde Körper zu formen, konstruierte Schreber außerdem zahlreiche Apparaturen: etwa orthopädische Kinnbänder, um Fehlbissen vorzubeugen, Schulterriemen die das Kind im Bett in Rückenlage hielten und „Geradhalter“ für aufrechtes Sitzen [Wikipediaeintrag Schreber, 6.4.12 / :].“



/Abb. Wikipedia, dsgl.,
Ed. : " Schreber...", ' 73



Schreibers Sohn's Autobiographie eröffnet die Sicht auf einen „frühen“ Fall von Mobbing, harte Psychiatisierung incl., auch Zweifel evozierend an der korrekten Interpretation, aber unter „Diagnose nach Standart“, S.Freuds. Der psychiatrisch hospitalisierte, später rehabilitierte Daniel Paul Schreber, Landgerichtsdirektor in Chemnitz, war erfolgloser Kandidat der Nationalliberalen Partei bei den Reichstagswahlen, 28. Okt. 1884, Sohn des Orthopäden, „Volkerziehers“ & Namensgebers d. „Schrebergärten“. Dargestellt sein mag eine, auch mit Methoden akustischen > Mobbing < geführte Intrige um die Besetzung einer Planstelle, mit clandestiner Verursachung einer Demarche der Justizverwaltung, auch gegensätzlich dem Diskurs staatl.- psychiatrischer Immanenz, zu plausibilisieren.

“Der bisherige Betrieb des Turnens leidet im Allgemeinen an an planloser Vielheit der Übungsformen. Es muß System hineinkommen. [D.G.M. Schreber, Das Pangymnasikon, Lpzg., 1860, p.2-4/Vorwort, p. 7 : Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken, Hrg. & eingeleitet v. Samuel M. Weber, 1973]“. In seinen “Denkwürdigkeiten...” berichtete Schreber : IX. [Schädigung der körperlichen Integrität durch Wunder] “Seit den ersten Anfängen meiner Verbindung mit Gott bis auf den heutigen Tag, ist mein Körper unausgesetzt der Gegenstand göttlicher Wunder gewesen [A.a.O., p.186] . . . “Wie alles andere an meinem Körper, wird nämlich auch das Ausleerungsbedürfnis durch Wunder hervorgerufen; es geschieht dies, indem der Kot in den Därmen vorwärts (manchmal auch wieder rückwärts) gedrängt wird und wenn in-/folge bereits geschehener Ausleerungen genügendes Material nicht mehr vorhanden ist, wenigstens die noch vorhandenen geringen Reste des Darminhalts auf meine Gesäßöffnung geschmiert werden. Es handelt sich dabei um ein Wunder des oberen/[p.248] Gottes, das an jedem Tage mindestens mehrere Dutzend von Malen wiederholt wird. Damit verbindet sich die für Menschen geradezu unbegreifliche und nur aus der völligen Unbekanntschaft Gottes mit dem lebenden Menschen als Organismus erklärliche Vorstellung, daß das >> Sch... << gewissermaßen das letzte sei, d. h. mit dem Anwandern des Sch...dranges das Ziel der Zerstörung des Verstandes erreicht und die Möglichkeit eines endgültigen Rückzuges der Strahlen gegeben sei. [a.a.O., p. 248] . . . “ Wenn ich dann im Falle eines Bedürfnisses wirklich ausleere, — wozu ich mich, da ich den Abtritt fast stets besetzt finde, in der Regel eines Eimers bediene — so ist dies jedesmal mit einer überaus kräftigen Entwicklung der Seelenwollust verbunden. Die Befreiung von dem Druck, der durch den in den Därmen vorhandenen Kot verursacht wird, hat nämlich für die Wollustnerven ein intensives Wohlbehagen zur Folge; das Gleiche ist auch beim /249 / beim Pissen der Fall. Aus diesem Grunde sind noch stets und ohne jede Ausnahmen beim Ausleeren und Pissen, alle Strahlen vereinigt gewesen; aus eben diesem Grunde sucht man auch stets, wenn ich mich zu diesen natürlichen Funktionen anschicke, den Ausleerungs- und Pißdrang, wenn auch meist vergeblich, wieder zurückzuwundern [p. 248, sq.]. . . “Gott ist vornherein nur Nerv, nicht Körper, demnach etwas der menschlichen Seele verwandtes. Die Gottesnerven sind jedoch nicht, wie im menschlichen Körper nur in beschränkter Zahl vorhanden, sondern unendlich und ewig. Sie besitzen die Eigenschaften, die den menschlichen Nerven innewohnen in einer alle menschlichen Begriffe übersteigenden Potenz. Sie haben namentlich die Fähigkeit, sich umzusetzen in alle möglichen Dinge der erschaffenen Welt; in dieser Funktion heißen sie Strahlen; hierin liegt das Wesen göttlichen Schaffens“ . . . “ In dem ersten Jahre meines Aufenthaltes auf dem Sonnenstein aber[By June 1894, with his wife's consent and collaboration, Schreber was transferred by Flechsig to Sonnenstein - www.enotes.com > Social Sciences, h.g.] waren die Wunder so bedrohlicher Natur, daß ich fast unaufhörlich für mein Leben, meine Gesundheit oder meinen Verstand fürchten mußte [a.a.O., p. 72]. “ / **siehe : Anhang**

Hypertrophe, vor allem autoritäre Formen, repressive Ansprüche an regelhaftes “Verhalten“ durchzusetzen, erhalten sich um so länger & mehr, je bildungsferner dies praktizierende Schichten.

Vier Schrebergärten für den Film

Gedreht wurde der TATORT in insgesamt vier Schrebergartenkolonien, die im Film als eine einzige gezeigt werden. Die Macher von "Erntedank e.V." brauchten offene Blickverbindungen und Durchsichtigkeit, um deutlich zu machen, dass die Menschen in den Kolonien zu einer Gemeinschaft gehören und in ihren Gärten wie auf dem Präsentierteller sitzen. Um dies umzusetzen wurden sogar Hecken tiefer geschnitten und ein riesiger Knöterich, der über einem Gartentor rankte, abgenommen.

Viele Leichen in Schrebergärten

Um diesen TATORT real zu gestalten beschäftigte sich Drehbuchautorin und Regisseurin Angelina Maccarone beim Schreiben sehr intensiv mit dem Thema Rechtsmedizin. "Bei auffallend vielen Berichten über reale Leichenfunde ist der Schrebergarten das favorisierte Versteck." erzählte die Regisseurin im Interview.

Optik: Kräftige Farben

Das Film-Team von "Erntedank e.V." arbeitete mit sehr kräftigen, bunten Farben und mit viel Sonnenlicht. Die Folge erscheint insgesamt eher hell und freundlich. Deshalb wurde nicht nur in den Schrebergärten, sondern auch in den LKA-Büros mit viel Aufwand in kräftigem Rot gestrichen. Die Nachtszenen in der Gartenkolonie wurden ebenfalls sehr bewusst in ein sehr eigenes, intensives rot-oranges Licht getaucht.



Charlotte Lindholm im Schrebergarten, Bild: NDR/Christine Schroeder

<http://www.tatort-fundus.de/web/folgen/chrono/2000-bis-2009/2008/693-erntedank-ev/hintergrundfakten.html/>

Darunter weitere Informationen / [layout modifiziert]

Erntedank e.V.

☞ DATEN

693. TATORT

Arbeitstitel: Erntedank; Tod im Schrebergarten

Drehbuch:	Idee:	Regie:
Angelina Maccarone	Maria Furtwängler	Angelina Maccarone
Erstsendung:	Produktions-sender:	Quote:
30.03.2008	Norddeutscher Rundfunk	9,07 Mio. / 26,0 % MA
Sendelänge:	Bildformat:	Drehtermin:
	16:9	05.10.2007 - 18.10.2007 / 01.11.2007 - 16.11.2007
Drehort:	Produktionsfirma:	Redaktion:
Hannover und Umgebung	Studio Hamburg	Doris J. Heinze



Du hattest die Wahl zwischen der grausamen Inquisition und der Galileischen Wahrheit. Du quältest den großen Galilei, von dessen Erkenntnissen du heute profitierst, am Ende seines Lebens durch Erniedrigung zu Tode, und du hast die Inquisitionsmethoden im zwanzigsten Jahrhundert wieder zur Blüte gebracht.“ [p. W.Reich, Rede an den kleinen Mann, Ffm., ^{1.engl.}1948 ; 1984, ^{14.-16.tsd.}1987 68/69]... “ Du hattest die Wahl zwischen Nietzsches Aufschwung zum Übermenschen und Hitlers Erniedrigung zum Untermenschen. Du schriest Ejaja und wähltest den Untermenschen . . . Du hattest die Wahl zwischen Freuds Erhellung des sexuellen Kerns deiner seelischen Krankheit und seiner Kulturanpassungstheorie. Du wähltest die Anpassung an die Kultur . . . “ . . . “Du hattest die Wahl zwischen Marxens Erkenntnis der Produktivität deiner lebendigen Arbeitskraft, die allein die Werte der Güter schafft, und dem Staatsgedanken, Du vergaßest das Lebendige in deiner Arbeit und du wähltest den Staatsgedanken. In der französischen Revolution hattest du die Wahl zwischen dem grausamen Robbespierre und dem großen Danton. Du wähltest die Grausamkeit und schicktest die Größe und Güte auf die Guillotine. Du hattest die Wahl zwischen Göring, Himmler und Liebknecht, Landau, Mühsam in Deutschland. Du machtest Himmler zu deinem Polizeichef und du ermordetest deine großen Freunde. Du hattest die Wahl zwischen Julius Streicher und Walter Rathenau. Du ermordetest Rathenau.“ . . . / [69]. ...“Du willst Führung und Ratschlag, kleiner Mann. Du hattest Führung und Ratschlag durch die Jahrtausende, guten wie bösen. Es lag nicht an den bösen Ratschlägen, sondern an deiner Kleinlichkeit, dass du noch immer im Elend bist. Ich könnte dir gute Ratschläge geben, doch du wärst nicht imstande, so wie du denkst und bist, sie auch in Tat zum Wohle aller umzusetzen“.. . [a. a.O, p. 119/120] . . . “Höre, kleiner Mann: Das Elend des menschlichen Daseins erhellt sich in jeder deiner kleinsten Missetaten. Jede deiner Kleinlichkeiten läßt die Hoffnung auf Besserung deines Loses um eine Strecke tiefer sinken. Dies ist ein Anlass zur Trauer, kleiner Mann, zu tiefer, herzerreißender Trauer. Um diese Trauer nicht spüren, machst du kleine, blöde Witze, und nennst es >> Volkshumor <<. [a.a. O., Reich, p.34] . . . “Du aber glaubst, daß du ein Mitglied des Vereins der Kriegsveteranen, des Kegelklubs oder des Ku-Klux-Klans bist. Und da du dies glaubst, handelst du, wie du eben handelst. Auch dies hat dir schon Heinrich Mann in Deutschland vor 25 Jahren, haben Upton Sinclair und Dos Passos in Amerika gesagt. Doch du hast weder Mann, noch Sinclair gekannt. Du kennst nur den König der Boxer und Al Capone. Vor die Wahl gestellt eine Bibliothek oder eine Rauferei zu besuchen, wirst du dich mit Sicherheit für die Rauferei entscheiden.“ [a.a.O., p. 33] . . . “Du hast Angst zu schwingen, du hast Angst vor Höhe und Tiefe. Das hat dir schon Nietzsche viel besser als ich gesagt. Aber Nietzsche sagte dir nicht *weshalb* du so bist. Er wollte dich zum Übermenschen erheben, um den Menschen in dir zu überwinden. Sein Übermensch wurde zu deinem > Führer Hitler < Und du bleibst der >>Untermensch <<. Ich will, daß du aufhörst Untermensch zu sein und daß du >> du selbst << wirst. > Du selbst <, sage ich ! Nicht die Meinung der Zeitung, die du liest, nicht die Meinung des bösen Nachbarn, die du hörst, sondern >> du selbst <<. [a.a.O., W.Reich, p. 32].

“Dein Paris endet in Petain und Laval, dein Wien in Hitler u. dein Rußland in Stalin und dein Amerika könnte im Regime des KKK enden ! ... *Dein Sklaventreiber bist du! Niemand anderer . . .* “ / . . . “
 Diene >> Befreier << heißen Mussolini, Napoleon, Hitler, Stalin.

Ich sage dir : *Dein Befreier kannst nur du sein!* [a.a.O. p. 16 / 17]

Für ein kürzlich gescheitertes “Kleinsiedlerprojekt“ darf d. amerikan. Finanzkrise, beginnend 2007 angesehen werden, ein Immobilienkredit-Unternehmen, vor allem durch bankseitige Aktivitäten & Spekulationen mit deckungslosen Niedrigzins-Krediten z. Immobilienerstellung. Durch Anziehen der Zinsen , eine internationale Instabilität mitverursachend. “Nach dem *Mehrheitsvotum* dieser Expertenkommission war neben der Niedrigzinspolitik und der Spekulation im Immobiliensektor ein entscheidender Faktor für Eintritt und Ausmaß der Krise auch die laxe Regulierung des Bankensektors . . . [Wikipedia / 7.5.2 : > http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_ab_2007 <] Darstellung, auch Einstieg in e. Wahrheitsfindung durch demokratische Abstimmungsentscheidungen.



Abb. Nr.112, p.86/ Süsterfeldsiedlung 1932-1982, zeigt, " Die Kulturhalle - eine ausgediente Militärbaracke, die nach d. 2.WK zunächst behelfsmäßig als Schule genutzt wurde." Mit Gaststätte, Versammlungslokal des SPD-Ortsvereins, nach Abb. eines Wandschildes. Ansicht nach : <http://www.zwangsarbeit-in-berlin.de/schoeneweide/ziele.htm>, & andere pp., handelt es sich möglicherweise um eine ehem. Zwangsarbeiter-/ allgem. Arbeitslagerbaracke, Ausführgn. in Stein & Holz. Der SPD-Ortsverein teilte dazu mit, wohl unter Bezug auf die Ed., es sei vormalig e. Baracke einer Flakstellung gewesen.> CCP < [Catalogue of Camps & Pri-sons in Germany & german occupied Countries, 1948] zeigt für die Stadt Kassel, weist der - CCP -13 Zivilarbeitslager auf, ein Zwangsarbeitslager / Außen kommando Buchenwald, ab 1942 , ein Gefängnis & ein Zuchthaus. Für den Landkreis werden 8 weitere Lager benannt. **Ein schöner kultureller Neubeginn.**



http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_image.cfm?image_id=2040

[die-nsdap-sichert-die-volksgemeinschaft-ww2shots.jpg](#)
[thelittlecorporal.wordpress.com](#)
 284 × 400 -

Die Arische Familie (o. Dat.) ist ein Druck nach einem Gemälde von Wolfgang Willrich. Die hier abgebildete Familie entspricht dem „arischen“ Ideal. Die sechs dargestellten blonden Familienmitglieder „nordischen Typs“ mit den entsprechend kräftigen Gesichtszügen und rosigen Wangen könnten durchaus der Propagandaschrift „Blut und Boden“ entstammen. Die Kleidung des Jungen im Vordergrund identifiziert ihn als Mitglied der Hitler-Jugend, während die Trachtenkleidung der anderen sie der ländlichen Bevölkerung zuordnet, die vom NS-Regime stark idealisiert wurde. Das Bild ist reich an Symbolen harter Arbeit, Fruchtbarkeit, Gesundheit und Kraft sowie der Verwurzelung mit der Heimat. Das Haus der Familie, ein Fachwerkhaus mit Reetdach, ist ein typisches Beispiel für die von den Nazis gefeierte völkische Architektur und stellt insofern einen passenden Hintergrund für dieses idyllische Familienporträt dar.

Kasseler Erklärung

des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
vom 22. Juni 1957

Die Union ist Wirklichkeit!

Der evangelische Christ kann und darf der großen Wahlentscheidung dieses Jahres am 15. September nicht ausweichen. Er muß sich ihr stellen.

Der einzige neue politische Ansatz nach 1945 ist der Weg der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union. In ihr schlossen sich erstmals evangelische und katholische Christen in Verantwortung für das öffentliche Leben zusammen. Dieser gemeinsame Weg hat sich bewährt.

Wir sind unter dem Zeichen „christlich“ angetreten. Damit haben wir keinen Monopolspruch erhoben. Wir haben uns vielmehr selbst herausgefordert, indem wir uns unter diese gemeinsame Verpflichtung gestellt haben. Das bedeutet kein Urteil über andere.

Wir Evangelischen bringen ein reiches und vielfältiges Erbe in die CDU/CSU ein: ein konservatives, ein pietistisches, ein liberales, ein christlich-soziales Erbe; nicht zuletzt den Ertrag des kirchlichen und politischen Widerstandes gegen totalitäre Gewalten.

Die katholischen und evangelischen Christen in der CDU/CSU sind sich des Wertes ihres beiderseitigen Beitrages bewußt. Darum schluß mit dem unheilvollen antirömischen Komplex! Unsere Gegner möchten gern aus der CDU/CSU eine katholische Partei machen. Diese Bemühungen sind aussichtslos.

Die Union ist Wirklichkeit!

Das wissen auch unsere politischen Gegner. Würden sie sonst versuchen, ihre Wahlparolen dieser neuen Entwicklung anzupassen?

Unser Auftrag in der CDU/CSU ist unter dem Zeichen „christlich“ jenseits von Standes- und Klassengegensätzen zu einem verpflichtenden Miteinander der bewahrenden, der freiheitlichen und der sozial-fortschrittlichen Kräfte geworden.

Das hat uns stark gemacht. Das hat uns den Weg zum Aufstieg Deutschlands gewiesen.

Gustav-Adolf Geddt, MdB, Schriftsteller, Hirsau/Calw
Dübborg Geisendorfer, MdB, Hausfrau, München
Heinrich Gerns, MdB, Volks- und Landwirt, Kihndorf/Schriewig-Heilstein
Bundestagspräsident Oberkonsultarier D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Bonn
Christian Gienke, MdB, Gartenarchitekt, Hürum
Hermann Glasing, MdB, Bauer, Wrohm/Heide
Wilhelm Goldhagen, MdB, Landwirt, Ekersnoop/Deetersen
Fritz Grantz, MdB, Kaufmann, Berlin
Pfarrer Wilhelm Grotmum, MdB, Waisenborn/Gießen
Horst Haasler, MdB, Rechtsanwalt, Medelsfeld/Harburg
Karl Hahn, MdB, Kaufmann, Bielefeld
Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, Kiel
Friedr. Hansen, Geschäftsführer, Duisburg
Dr. habil. Fritz Hellwig, MdB, Direktor des Industrieinstituts, Düsseldorf
Gustav C. Hermann, MdB, Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Carl Hesberg, MdB, Syndikus, Köln
Vizebürgermeister a. D. Hellmuth Heyne, MdB, Bremen
Landtagspräsident Dr. Werner Hofmeister, Hannover
Gustav Hüter, MdB, Referentsleiter, Neustadt/Weinstraße
Eugen Huth, MdB, Buchdrucker, Wuppertal
Dr. Wilhelm Imhoff, MdB, Diplomvolkswirt, Hamburg
Arter Jahn, MdB, Gewerkschaftsvorsitzender, Stuttgart
Landrat Dr. Walter Jansen, MdB, Schichtführer
Dr. Hedwig Jochims, MdB, Chemikerin, Heidelberg
Peterheiniich Kirchhoff, MdB, Fabrikant, Werdohl
Bürgermeister Oskar Knapp, MdB, Bauer, Elberg
Ludwig Knobloch, MdB, Landwirt, Hohenheim/Bhd.
Staatsminister Dr. Andreas Koch, Hannover
Präsident a. D. Dr. Erich Kühler, MdB, Wiesbaden
Will Kump, MdB, Sportlehrer, Deggendorf
Kapitän a. D. Johannes Kortmann, MdB, Sandhorst/Aurich
Bundesminister a. D. Waldemar Kraß, MdB, Bonn
Pfarrer Alfons Kreuzel, Döbeln, München
Ludwig Kroll, MdB, Buchhändler, Baden-Baden
Walther Köhntau, MdB, Geschäftsführer, Oberhausen
Johannes Kunze, MdB, Verwaltungsdirektor, Bethel
Ld. Regierungsdirektor a. D. Hellmut Lauffs, Düsseldorf
Landesminister Julius Van Lant, Saarbrücken
Bürgermeister Christian Leibing, MdB, Badelstetten/Ulm
Landesminister Eugen Leibfried, Stuttgart
Bürgermeister Dr. Walter Leiske, MdB, Frankfurt
Gottfried Leunig, MdB, Biophysiker, Pfalzheim
Landesminister Dr. Helmut Lenke, Kiel
Bundesminister Ernst Lemmer, Berlin
Dr. Paul Lippkuehn, MdB, Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Heinz Lindenberg, MdB, Rechtsanwalt, Bad Harzburg
Dr. Hermann Lindrath, MdB, Stadtkämmerer, Heidelberg
Assessor Peter Lorenz, MdB, Berlin
Wilhelm Lotze, MdB, Rechtsanwalt, Uelzen
Gegens Baron v. Manieuffe-Szoegge, MdB, Präsi. d. Vereinigt. Landmannsch., Koblenz
Kuno Mayer, MdB, Landwirt, Hintertiefenbach/Nahn
Friedrich Mensing, MdB, Fleischverarbeiter, Hameln
Philipp Meyer, MdB, Müllermeister, Oppelshofen
Rudolf Meyer-Bunnenberg, MdB, Kaufmann, Hannover
Dr. Siegfried Moerschel, MdB, Arzt, Salzigitter-Lebenstedt

Das ist auch der Weg zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Er gebietet uns, das Leid unserer Brüder im sowjetischen Machtbereich in diesem Geist eines neuen Verstehens und persönlicher Opfer auf uns zu nehmen.

Wir wollen uns in diesem Wahlkampf mit unseren Gegnern auf der Grundlage verantwortlicher Aufbauarbeit für Deutschland messen. Die aber spricht für die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union.

Ernst Albrecht, MdB, Prokurist, Hamburg
Oberbürgermeister a. D. Ernst Bach, Fabrikant, Sagen
Bundesminister Prof. Dr. Siegfried Balke, Bonn
Ministerpräsident a. D. Dr. Walter Bartram, MdB, Kaufmann, Boostedt/Neumünster
Friedrich Bauernissen, MdB, Landwirt, Ehninge/Draßwilsbühl
Oberregierungsrat Paul Bausen, MdB, Korntal
Reinhold F. Bender, MdB, Geschäftsführer, Mühlben
Oberst i. G. a. D. Fritz Berendsen, MdB, Kaufmann, Duisburg
Fürst Otto von Bismarck, MdB, Land- und Forstwirt, Friedrichruh/Hamburg
Hans Böcker, MdB, Stellmachermeister, Spangdünster
Paul Bock, MdB, Kaufmann, Lübeck
Ernst von Bodelschwingh, MdB, Diplomlandwirt, Weddinghofen/Westf.
Prof. Dr. Franz Böhm, MdB, Franzfurt
Landesminister Hermann Böhring, Kiel
Landtagspräsident Dr. Walter Bollhar, Kiel
Peter Wilhelm Brand, MdB, Kaufmann, Bemocheid
Wilhelm Brese, MdB, Bauer, Malfwede/Celle
Dr. Elze Bröckelchen, MdB, Hausfrau, Guxar
Walter Brookmann, MdB, Kaufmann, Kiel
Dr. Gerd Bucerius, MdB, Redaktions- und Verleger, Hamburg
Landrat i. R. Dr. Käthe von Buchka, MdB, Freiburg/Niederrhein
Oberst a. D. Alfred Bühring, MdB, Kaufmann, Schöningen
Oberkirchenrat Adolf Cillien, MdB, Hannover
Landrat Dr. Hermann Conring, MdB, Weener/Eme
Karl Diederichsen, MdB, Landwirt, Altjellingdorf/Fehmarn
Dr. Werner Dönigges, MdB, Diplombauingenieur, Neustadt/Alsbach
Dr. August Dreßbach, MdB, Hauptgeschäftsführer a. D., Gummersbach
Ministerialrat Dr. Walter Eckhardt, MdB, Steuerberater, München
Oberstleutnant Ernst Eichelbaum, Vrs. d. Verb. d. Sowjetzonenfährlg., Wuppertal
Ernst Eickbricht-Grewe, MdB, Bauer, Obendick/Glückstadt
Bundesminister Prof. Dr. Ludwig Erhard, Bonn
Vizepräsident Franz Eszel, Luxemburg (Montanunion)
Eva/Grieta Flinckenstein, MdB, Hausfrau, Bonn
Hermann Finckh, MdB, Fabrikant, Söden/Württemberg
Staatsminister a. D. Dr. Otto Fricke, Fabrikdirektor, Goslar
Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, MdB, Berlin
Friedrich Funk, MdB, Diplomlandwirt, Neuses/Unterfranken
Prof. Dr. Otto Heinrich von der Goltz, Berlin

Ernst Müller-Herrmann, MdB, Schriftsteller, Bremen
Landtagspräsident Dr. Karl Neuhaus, Stuttgart
Bürgermeister Dr. J. K. Nöthenius, Bremen
Bundesminister Prof. Dr. Theodor Oberländer, Bonn
Richard Getzel, MdB, Bauingenieur, Witten/Kuhr
Kultusminister Edu Osterloh, Kiel
Dr. Robert Pferdmeiges, MdB, Bankier, Köln
Dr. Wolfgang Pöhl, MdB, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Gisela Praetorius, MdB, Hausfrau, Düsseldorf
Prof. Dr. Dr. Martin Redeker, MdB, Kiel
Dr. Luise Rehling, MdB, Hausfrau, Hagen
Julie Rösch, MdB, Hausfrau, Tübingen
Oskar Rümmele, MdB, Bezirksleiter, Hinterzarten
Staatsminister Dr. Heinz Rudolph, Hannover
Wilmar Sabau, MdB, Diplomingenieur, Bonn
Senator Ewald Samache, Hamburg
Adolf Franz Samwer, MdB, Stadtrat, Karlsruhe
Hugo Schamberg, MdB, Bankdirektor, Hamburg
Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB, Rechtsanwalt, Wuppertal
Senator Dr. Hans Schmöljan, Berlin
Bürgermeister Hermann Schneider, MdB, Konstanz
Rudolf Schröder, MdB, Landwirt, Uehrdorf/Neussachsen
Bundesminister Dr. Gerhard Schröder, Bonn
Kultusminister a. D. Werner Schütz, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Senator Dr. C. G. Schultze-Schlutius, Hamburg
Werner Schwarz, MdB, Landwirt, Fribbenholz
Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, MdB, Frankfurt
Theodor Siebel, MdB, Fabrikant, Freudenberg
Landesminister Klaus Sieb, Kiel
Bürgermeister Dr. Kurt Sievwilg, Hamburg
Kultusminister Dr. h. c. Wilhelm Stimpfendorfer, Stuttgart
Max Spor, MdB, Kürschnermeister, Schwarzenbach
Bürgermeister Robert Stöck, MdB, Katzenrainbogen
Dr. Viktoria Steinwig, MdB, Ärztin, Bielefeld
Karl Steinhauer, MdB, Rechtsberater, Riegelberg/Saar
Prof. Dr. Hans-Erich Siser, MdB, Münster
Georg Stiller, MdB, Bäckermeister, Nürnberg
Staatssekretär Dr. Walter Strauss, Bonn
Dr. Gerhard Stollenberg, MdB, Duzent, Kiel
Staatsminister a. D. Prof. Dr. Georg Strickrodt, Darmstadt
Detlev Strüwe, MdB, Bauer, Embühren/Rendsburg
Johannes Thies, MdB, Schulrat, Verden/Aller
Senator Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Berlin
Heinrich Voss, MdB, Diakon, Hamm
Landesminister Oskar Stöbinger, Koblenz
Gerhard Wacher, MdB, Landwirtschaftsrat, Hof/Boale
Ministerialrat a. D. Gerhard Wachmann, Bankdirektor, Oldenburg
Senator Dr. Renatus Weber, Hamburg
Heinrich Wehking, MdB, Landwirt, Friedewalde
Regierungsrat a. D. Dr. Hans Weilhausen, MdB, Fabrikdirektor, Nürnberg
Emmi Welter, MdB, Hausfrau, Aachen
Hugo Wiedock, MdB, Fabrikant, Schötmar
Dr. Friedrich Winter, MdB, Rechtsanwalt, Fürth
Albert Wolf, MdB, Angestellter, Stuttgart
Senator Dr. Erich Zander, Bremen

[PDF]

[Konrad-Adenauer-Stiftung ACDP 04-001-011-1](http://www.kas.de/upload/.../CDU/.../09_EAK_Kasseler_Erklarung_1957...)

www.kas.de/upload/.../CDU/.../09_EAK_Kasseler_Erklarung_1957...

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat - [Schnellansicht](#)

Kasseler Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom **22. Juni 1957**? Die Union ist Wirklichkeit! Der evangelische Christ kann und darf der ...

Kassel, 20.-22. Juni 1957 / Zum Generalthema : "Evangelische Verantwortung heute " (Kasseler Erklärung) / Die Union lebt ! . . . " Wir Evangelischen bringen ein reiches und vielfältiges Erbe in die CDU/CSU ein: ein konservatives, ein pietistisches, ein liberales , ein christlich- soziales Erbe; nicht zuletzt den Ertrag des kirchlichen und politischen Widerstandes gegen totalitäre Gewalten. Die katholischen und evangelischen Christen in der CDU/CSU sind sich des Wertes ihres beiderseitigen Beitrages bewußt. Darum Schluß mit dem unheilvollen antirömischen Komplex! Unsere Gegner möchten gern aus der CDU/CSU eine katholische Partei machen. Diese Bemühungen sind aussichtslos.

[http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/EAK/06_EAK_DieEntschliessungen_der_Bundestagungen_von_1952-1958.pdf /darin: p. 26]

Alle Vorstandsmitglieder 1952-'97, des "Evang.-Arbeits-Kreis" : <http://www.kas.de/wf/de/71.11026/>. Die 6. Tagung v. 20.-22.06.1957, Kassel unter : "Evangelische Verantwortung heute". Folgende 7. 05. - 07. 06.1958, in Essen „Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa. Das Thema wieder in einer nationalistischeren Variante, 20.-21.10.1989, in Nürnberg, 30. Tagung, unter dem Motto: " Deutschland in Europa – Unsere Verantwortung in der Welt". Die 33. Tagung v. 25.-26.09.1992, in Wittenberg: "Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa", paraphrasiert erneut den "Europäischen Gedanken". Helmut Kohls Rede auf d. "33. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU", 26. Sept. 1992 in Wittenberg , benannte einen seltsam direkten Bezug auf M. Luther, diskriminiert & mystifiziert über die Totalitarismusgleichung sowohl eine der Folgen Luthers, Wirkungsweise, d. > 1. / 30jährig. Krieg < , durch relativierende Gleichsetzung: " Wittenberg sei für ein Zusammentreffen des Evang. Arbeitskreises der CDU/CSU besonders gut geeignet. Hier in Sachsen-Anhalt befänden wir uns im Kerngebiet der deutschen Reformation. Wittenberg sei eine der Hauptwirkungsstätten Martin Luthers gewesen. Hier habe er seinen eigenen, seinen inneren Glaubenskampf gekämpft. Sein Ziel sei keineswegs die Spaltung der Kirche gewesen. Aber im Verlauf der theologischen Auseinandersetzung habe sich herausgestellt, wie tief der Graben gewesen wäre, der sich zwischen seinem Verstehen der Schrift und der kirchlichen Praxis seiner Zeit gebildet hätte. Am Ende der Entwicklung hätten sich in Deutschland christliche Konfessionen in verschiedenen Kirchen gegenüber gestanden. Dies sein die erste Teilung des deutschen Volkes gewesen, die wohl folgenreichste in seiner Geschichte. Bis in unser Jhdt. habe die gegenseitige Ablehnung der Konfessionen das politische und geistige Klima unseres Landes schwer belastet.

Erst vor dem Hintergrund des gemeinsamen Leids“, setzte er fort, "das der Nationalsozialismus auch den Christen beider Konfessionen zufügte , und vor dem Hinergrund der gemeinsamen Bedrohung durch den nihilistischen Atheismus wäre eine Annäherung erreicht worden. Die Wurzeln der Union reichten tief in den deutschen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur hinein. Ihre Gründung sei in dem festen Willen erfolgt, in Deutschland nie wieder Diktatur und Krieg zuzulassen.

Fast alle der 35 Unterzeichner des Berliner Gründungsaufrufs vom 26. Juni 1945 seien Verfolgte des Nazi-Regimes gewesen, allein 15 von Ihnen Beteiligte, Eingeweihte und dann auch Verfolgte im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch gegen Hitler vom 20. Juli 1944 . . . Leit- und Vorbild seien uns aber auch jene evangelischen und katholischen Christen in der ehemaligen DDR, die mit großer Wahrhaftigkeit, mutig und unerschrocken die Unterstützung

des SED-Regimes verweigert hätten. Sie seien dem Grundsatz treu geblieben, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen . . . “

Der Widerstandsbehauptung widersprechen zwei Faktizitäten : sowohl in der ehem. Volkshammer der DDR war die Anzahl [selekt. empir. Untersuchung], ehem. NSDAP-Mitglieder unter Abgeordneten der “Ost- CDU “ – am höchsten, wie dsgl. unter denen der Bürgerschaften, des Berliner Senats, der Landtage & des Bundestags, &c., ehem. BRD / West. Der Behauptung allein eine Mitgliedschaft in der NSDAP sage wenig aus, stünde entgegen : ebenso wie unter NSDAP-Nichtmitgliedern fanatische Nationalsozialisten zu finden – spräche die “Nichtmitgliedschaft“, vor allem Widerstandshandlungen Ausführenden signifikant, außer wenigen bspw. KPD-Kurieren, mehr für dem NS-System gegensätzliche Einstellung, denn unter problemat. “Umkehrschluss“ die Totalitarismus-Argumentation, für SED-Mitglieder & deren affirmative Orientierungen auf Herrschaftsnähe & systemkonforme Einstellungen, wie dsgl. gefordert & behauptet.

Von allem dem kann den Teilnehmern der Kasseler Tagung 1957, nur der Bezug auf M. Luther nah gewesen sein, im Gang der Entwicklung zur Wiederaufrüstung & Einrücken alter NS-Kader in Führungspositionen. Die Teilnehmerliste, wie oben, zeigt 150 Personen : Bürgerschafts-, Landtagsmitgl., mehrheitlich aber Bundestagsabgeordnete & mehrere, ohne polit.Mandat. Unter diesen 150 Pers. wurde 2-fach “ Konrad Adenauer-Stiftung “ genannt [Nrn. 39 / 95] : Anzahl gelisteter Teilnehmer lag somit bei **148**. Von diesen wurde bei **61** eine NSDAP-Mitgliedschaft oder NSDAP-Gliederungsmitgliedschaft., darunter SA- & SS-Angehörige, anhand d. Materialien ehem. BDC/Bundesarchiv, gefunden. Eine diff. Betrachtung unter Berücksichtigung der Altkohorten / Eintrittsdaten, & weiteren Differenzierungen nach, muß hier unterbleiben. Es befinden sich darunter auch 3 Wehrmachtsoffiziere, deren polit. Organisationsstatus d. “NSDAP- Aufnahmesperre“, durch “Gleichsetzung“ mit Parteimitgliedern kompensiert wurde, rentenrechtlichen Fragen halber während des NS derart gehandhabt. Daher diesem & ideologischen Motiven nach, hier unter die NSDAP-Mitgl. gezählt. [2 Oberste, ein Vizeadmiral, Nrn. 3 & 10 / 25]. Die Zählung ergibt eine schöne “Widerstandsquote“ :

NSDAP & Gliederungen, 41,28 % , darunter ca. 11.4 % SA/SS- Mtgldr. : doch in gewissem Gegensatz behaupteten Widerstandsdefinitionen nachgeborener Gnade später Geb. Zum Tagungszeitpunkt erschien die Fragstellung einem mehrheitlich sehr völkischen Fundus ohne Belang.

- 1] **Ministerpräsident a. D. Dr. Walter Bartram, MdB, Kaufmann, Boostedt/Neumünster / 2.**
- 2] **Friedrich Bauereisen, MdB, Landwirt, Ehingen/Dinkelsbühl / 1., 2., 3. / Bay.-**
- 3] **Oberst i. G.a. D. Fritz Berendsen, MdB, Kaufmann, Duisburg / 2.,3.,5. / oo**
- 4] **Fürst Otto von Bismarck, MdB, Land- und Forstwirt, Friedrichsruh, Hamburg / 1.-4.**
- 5] **Hans Blöcker, MdB, Stellmachermeister, Neumünster / 2.-5.**
- 6] **Ernst von Bodelschwingh, MdB, Diplomlandwirt, Weddinghofen/Westf. / 2.-4.**
- 7] **Landesminister Hermann Böhrnsen, Kiel / 3.- 5.**
- 8] **Wilhelm Brese, MdB, Bauer, Marwede/Celle / 1. -5.**
- 9] **Landrat i. R.Dr. Karl von Buchka, MdB, Freiburg/Niederelbe / 2. / SA**
- 10] **Oberst a. D. Alfred Burgemeister, MdB, Kaufmann, Schöningen / 2. – 6.**
- 11] **Landrat Dr. Hermann Conring, MdB, Weser/Ems / 2.- 5.**
- 12] **Ministerialrat Dr. Walter Eckhardt, MdB, Steuerberater, München / 2.-5., BHE/CSU - SA**
- 13] **Ernst Engelbrecht-Greve, MdB, Bauer, Obendich/Glückstadt / 2.-4.**
- 14] **Hermann Finckh, MdB; Fabrikant, Süßen/Württemberg / 2.-4. & Bd.-W.**
- 15] **Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, MdB, Berlin / 2.-4. / Rschftskmmr. - NSV**
- 16] **Friedrich Funk, MdB, Diplomlandwirt, Neuses/Unterfranken / 1.-4. CSU**
- 17] **Gustav-Adolf Gedat, MdB, Schriftsteller, Hirsau/Calw / 2.-4. , CSU**

- 18] Bundestagspräsident Oberkonsistorialrat, Dr. Eugen Gerstenmaier, Bonn / 1.-5. [Kurzeit.: SA-Mtg.]
- 19] Wilhelm Goldhagen, MdB, Landwirt, Elierhoop, Uetersen / 2.-4.
- 20] Pfarrer Wilhelm Gontrum, MdB, Watzenbornf, Gießen / 2.-4.
- 21] Horst Haasler, MdB, Rechtsanwalt, Meckelfeid/Harburg / 2. [GB/ BHE]
- 22] Karl Hahn, MdB, Kaufmann, Bielefeld / 2.-5. / Gauleiter
- 23] Dr. habil. Fritz Hellwig, MdB, Direktor des Industrieinstitutes, Düsseldf. / 2. & 3.
- 24] Dr. Karl Hesberg, MdB, Syndikus, Köln / 2.-5.
- 25] Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye, MdB, Bremen / 2. & 3.
- 26] Gustav Hülser, MdL, Referatsleiter, Neustadt/Weinstraße
- 27] Dr. Wilhelm Imhoff, MdB, Diplomvolkswirt, Hamburg / 4.- 8.
- 28] Ludwig Knobloch, MdB, Landwirt, Ilbesheim/Rhld. / 2.-4.
- 29] Bundesminister a. D. Waldemar Kraft, MdB, Bonn / 2. & 3. [GB-BHE] / **SS** / **RSH-Mitarb.**
- 30] Pfarrer Alfons Kreuzel, Dozent, München / MdL – NSDAP, vor 1933
- 31] Walter Kühntau, MdB, Geschäftsführer, Oberhausen / 2. & 3.
- 32] Landesminister Julius von Lautz, Saarbrücken /
- 33] Landesminister Dr. Helmut Lemke, Kiel / 3.-9. / SA , §-Wahrer, NSBO
- 34] Dr. Paul Leverkuehn, MdB, Rechtsanwalt, Hamburg / 2. & 3.
- 35] Dr. Heinz Lindenberg, MdB, Rechtsanwalt, Bad Harzburg / 2. & 3. / **SS**
- 36] Dr. Hermann Lindrath, MdB, Stadtkämmerer, Heidelberg / 2. & 3. / **SA**
- 37] Assessor Peter Lorenz, MdA, Berlin / später 8. – XI. MdB
- 38] Hugo Mayer, MdB, Landwirt, Hintertiefenbach / Nahe / 1. & 2.
- 39] Philipp Meyer, MdB, Müllermeister, Oppertshofen / CSU / 2.-4. / OG.-Ltr., Kr-Bauernfhr.
- 40] Landtagspräsidentpr. Karl Neinhaus, Stuttgart / 2. WBL / 1. & 2. Ltgs.Präs.
- 41] Bürgermeister Dr. J. E. Noltenius, Bremen / 5. & 6.
- 42] Bundesminister Prof. Dr. Theodor Oberländer, Bonn / 2.-4. / **RSH-Agent**
- 43] Dr. Wolfgang Pohle, MdB, Rechtsanwalt, Düsseldorf / 2., 5. & 6.
- 44] Prof. D.Dr. Martin Redeker, MdL, Kiel / 4. & 5.
- 45] Oskar Rümmele, MdB, Bezirksleiter, Hinterzarten / 1. & 2.
- 46] Adolf Franz Samwer , MdB, Stadtrat, Karlsruhe / 2.
- 47] Staatsminister a. D.Dr. Otto Schmidt, MdL; Rechtsanwalt, Wpprtl.
- 48] Rudolf Schrader, MdB, Landwirt, Uehrde/Niedersachsen / 2.
- 49] Bundesminister Dr. Gerhard Schröder, Bonn / 1.- 8.
- 50] Senator Dr. C. G.Schultze-Schlutius, Hamburg / 4. & 5. – **Feld-SS** , §-Wahrer
- 51] O.-kirchnrätin. Dr. ElisabethSchwarzhaupt, MdB 2.-5./ Ffm., Dt.Chr. / §.-W. NSV, Frauenwerk, R'Lftschbd.
- 52] Landesminister Klaus Sieh, Kiel / 4.
- 53] Bürgermeister Robert Stauch, MdB, Katzenelnbogen / 1. - 4.
- 54] Karl Steinhauer, MdB, Rechtsberater, Riegelsberg, Saar / 19./2o 8.19o2
- 55] Johannes Thiess, MdB, Schulrat, Verden/Aller / 2 - NSLB
- 56] Heinrich Voss, MdB, Diakon, Hamm / 2.
- 57] Senator Or. Renatus Weber, Hamburg / 3.
- 58] Regierungsrat a.O. Dr. Hans Wellhausen, MdB, Fabrikdirektor, Nürnberg / 1.
- 59] Hugo Wiedeck, MdB, Fabrikant, Schötmar / 2.
- 60] Dr. Friedrich Winter, MdB, Rechtsanwalt, Fürth / 2. & 4.
- 61] Senator Dr. § Erich Zander, Bremen

[fett : NSDAP-Mitgl.-Nachweis]

Mehr konservativen Mystifizierungen direkter nicht korrekter Darstellung, Verleugnung & Ausblendung, multikomplex, steht beispw. die causa "Niemöller" gegenüber, dem progressiven Widerstandsbegriff nah, unter starken Überschneidungen zur c. Grass – bzgl. ideolog. Läuterung & Konfliktverarbeitung & bde. incl. W. Jens, Spd-affin, mittels abgeleiteteren Konversionen moralisch-

en Aplombs, eigene frühe Orientierungen zu überlagern, bei W. Jens und weiteren Autoren der Gruppe '47 – in den 60-Jahren immer auch unter Vorbildfunktion demokratischer Orientierungen seitens ehemaliger NSLB-Pädagogen verbreitet : literarische Äußerungen kritischer Einstellung, zur vergangenen Diktatur präsentierend, sie "aufarbeitend". Der Komplex der Effizienz, der Relation von Produktion & Rezeption, wird üblicherweise öffentlich, nicht erörtert. [passim : Mißachtung & Tabu, K. Briegleb, 2003 / Die W. Jens'sche Intransigenz setzt sich im denunziatorischen Bericht der Vermarktung dessen Demenz, Tilman J's., 2009, fort.]

Bezug auf >politischen Widerstand< mit dem Komplex "20.July 1944" gegeben, seit nunmehr über 65-Jahren unermüdlich wiederholt : an mystifikatorischer Repressivität, nicht an Wahrheitsgehalt dadurch gewinnend. Kirchlichen Widerstand repräsentierte M.Niemöller, U-Boot-Kommandant im WKI. Bekanntestes Statement : " Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als die Nazis die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte." Paradigmatisch der Generation der "Beschweiger", eine derbe Mystifizierung.

[Motto, André Heinze: " Dissens, Resistenz und Widerstand : Warum der Nationalsozialismus nicht an innerem Widerstand scheiterte ", 2006, nach : http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Niem%C3%B6ller. A. Heinze kontrastiert durch Mittelstellung Niemöllers, zw. K. Jaspers- & H. J. Gf. Moltke – Zitat. Auch: <http://www.martin-niemoeller-stiftung.de/4/daszitat/a31>]

Ein elliptischer Syllogismus / contradictio in eo, Tendenz, klerikaler Dialektik" - denn : fand ein Protest zu Verhaftungen polit. Gruppen nicht statt & stattdessen "Beschweigen" auch gerade wegen der Nähe zum NS – wurde auch die eigene Verhaftung gleichgültig für alle Formen des Protestes : wer zumal, sollte Adressat eines dualistisch & kompromißunfähigen Protestes sein ? : die im wesentlichen bis zur Stalingrader Offensive der Roten Armee geschlossene deutsche Volksgemeinschaft ? Die passive Innere Emigration ? Post rem aber als Exculpation & Protest gegen den NS-Antisemitismus zu formulieren - geradezu angetan : "während des NS dachte Niemöller weiterhin im wesentlichen betont national-konservativ. So erschien 1934 sein Erinnerungsbuch *Vom U-Boot zur Kanzel*. Trotzdem geriet er zunehmend in die Illegalität. Höhepunkt dieser Entwicklung war ein Empfang von Kirchenführern in der Berliner Reichskanzlei, Januar 1934. Dabei kam es zu einer direkten Konfrontation zwischen Hitler und Niemöller. Während Hitler den Kirchenkampf durch die Bekennende Kirche als Kampf gegen den deutschen Staat betrachtete, versuchte Niemöller vergeblich deutlich zu machen, dass es nur um die Freiheit und Reinheit der Verkündigung auch aus politischer Verantwortung, aus „Sorge um das Dritte Reich“ gehe. Niemöllers Vorträge und Predigten galten zunehmend als oppositionell.“ Nach KL-Aufenthalt & Befreiung: pauschalisierende Vorortung im Widerstand, 50- & 60-Jahre Einstellungen entsprechend, verankert & codiert, durch die metafiktionale "Stunde NULL" & "Neubeginn", fortiter : "Schlußstrich-Befehl" & Polemik gegen "Rückwärtsgewandtheit" : den Blick blockiert, für Vergangenes, dabei dies "Diskurselement" gegen Rückwärtsgewandtheit bereits zum NS-Repertoire zählte.. Subj. besteht die Auffassung, "Theologien" seien ohne Wissenschaftliche Qualität, da jedem Erkenntnisgewinn fremd und Feind, dabei aggressive Tendenzen immanent, unter Verleugnen dies & "Abwehrneurosen" geradezu seriell generierend. [Wiclif : Hus : Luther : G. Bruno vers. G.Galilei / S.Freud / Watson-Krick]. "1954 wandte sich Niemöller radikal pazifistischen Positionen zu, um derentwillen er auch nicht die Zusammenarbeit mit Kommunisten scheute. In Zeiten von ABC-Waffen schien ihm Krieg nicht nur absurd, sondern christlich unverantwortbar zu sein. 1958 war er einer der prominenten Teilnehmer der Kampagne Kampf dem Atomtod. So war in seinen Augen die Ableistung von Militärdienst mit christlichem Glauben unvereinbar. Viele seiner folgenden Reisen sollten seine Versöhnungsbereitschaft dokumentieren und dem Frieden dienen. Während schärfster politischer Konflikte besuchte er 1952 auf *Einladung des russisch-orthodoxen Patriarchen*, Moskau. 1957 wurde er zum Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft und 1958 wurde er auch zum Präsidenten der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) gewählt und war – nach deren Zusammenschluss (IdK, 1968) und „Verband der

Kriegsdienstverweigerer“ (VK, 1974) – ab 1974 Präsident der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK). 1959 attackierte er die Ausbildung zum Soldaten als „die Hohe Schule für Berufsverbrecher“. Während des Vietnamkrieges reiste er 1967 nach Nordvietnam.“ . . . [Modifiziert & nach Wikipedia-Eintrag, 14.5.12] . . . “ Zugleich gelang es, durch die Bejahung der Westbindung den traditionellen Nationalismus im konservativen Protestantismus zu überwinden und eine »tory democracy« zu schaffen, die im protestantisch geprägten deutschen Konservatismus immer gefehlt hatte.“ www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM05_98/HPM_05_98_5.pdf].

Anhand der marginalen aber gewichtigen Informationen zu den Mitgliedern des “Evang. Arbeitskreis in der CDU “ löst sich die Fragestellung zur agitatorischen Relevanz der Fehler der Festschrift Pf. Kraut’s, &c., wie zum Einfluß stadtteilspez. Wohnbereichs ehem. Arbeitslosensiedlung Süsterfeld.“ Alle Spekulationen zum mögliche Taktieren & Disziplinieren im Westen, in dem die “Evangelischen Studetengemeinden“ Marxismusseminare abhielten, wie zum Vorgehen kooperierender Pfarrer der ehem. “DDR“, möglich, dort antikomunistische Tendenzen verstärkend, unterbleiben.

Die o.g. Evang.-Arbeitskreis / CDU-Tagung, relativ hochrangig besetzt, ereignete sich am 22. Juni 1957. Die “ 25-Jahrfeier Süsterfeld“, mit Broschürensaur, 14 Tage danach, im folgenden Monat, am 6. & 7. Juli 1957

Zehn Jahre darauf, 1966 gründete sich gegen progressive Entwicklungen und die beginnende antiautoritäre Revolte & als Reaktion auf die Ost-Denkschrift der EKD, die “Evangelische Notgemeinschaft in Dtlnd. e.V.“. Zweck des Vereins sei die Besinnung auf den Auftrag der Kirche, der in der rechten Verkündung des Evangeliums bestünde. Daraus ergäbe sich notwendigkeit auch die Treue im Umkreis der irdischen Pflichten zur Familie, zum Nächsten, zu Volk und Vaterland.“

Als geistige Mentoren gelten “Geistliche des Umkreis ehemaliger “Deutscher Christen“, in der evang. Vertriebenenarbeit aktiv, mit Nähe z. NPD; der rechte Rand des Protestantismus .

[Nach : Mecklenburg, 1996, p. 381 sq.]

1.] Unser Stadtteil ... / SPD-Ortsverein Kassel-Süsterfeld-Helleböhn, (Hrsg.) & Autor / OBr, 40 S. / nach 1970 &

2.] Stadtteilzeitung für Süsterfeld-Helleböhn Nr.5, März 2012 / “rund ums rote sofa“ [pp.1-11&12, davon 4 pp. Werbung oder 33,33 %]

1.] “ In der Zeit 1944 – 1945 wurden die Frauen von den Nationalsozialisten getäuscht und mußten für Ihre damaligen Fehlentscheidungen teuer bezahlen. Nach 1945 halfen viele Frauen mit beim Wiederaufbau unseres Landes. Die Leistungen der Frauen wurden jedoch nicht von allen politischen Kräften anerkannt. Die Konservativen wollten die Rechte der Frauen nur auf den engen familiären Bereich beschränken. Wir sozialdemokratischen Frauen finden uns mit dieser Rolle jedoch nicht ab. Die Gleichberechtigung der Frau ist seit der Gründung der BRD verfassungsrechtlich verankert. Leider wissen viele Frauen mit diesen Rechten nichts anzufangen . . . [p. 9]

Worin nun die eigentliche Täuschung der Nationalsozialisten “der Frauen des Ortsvereins Süsterfeld & aller anderen “ bestand & welche Fehlentscheidungen daher wie teuer bezahlt

werden mußten : dazu schweigt aber die Darstellung.

Die Formulierungen entsprechen dem Exkulpationsstandart [nationaler] Eigengruppe[n] nach 1945 auf der Basis der Abwehr eigenverantwortlicher & reflexunabhängiger Entscheidungsfähigkeit, wozu aber nicht die restriktive Interpretation gerade aus der bes. betroffenen ges. Gruppe der Juristen vernachlässigt werden kann : oftmals alle motivational / codierend – konditionierenden anthropologischen Gegebenheiten schlicht ignorierend, zugunsten eines enggeführten & wesentlich formalisierten Diskurs ausschließlicher Gesetzestreue & theologischer Ehre auch.

In der SPD-Schrift „Unser Stadtteil“, findet sich ein weiterer Bezug auf den >NS<, p. 26, „Chronik von Süsterfeld / Helleböhn“ : ... „Die erste Siedlung in Süsterfeld entstand im Jahre 1932 als Stadtrandsiedlung. Die Häuser der ersten 108 Familien wurden in Selbsthilfe gebaut. Einmal zu Bauland geworden, konnte es nicht ausbleiben, dass in dieser ausgezeichneten Wohnlage weitere Häuser gebaut wurden. So entstanden in den Jahren 1933 bis 1935 die Häuser im Marbachsweg und dem vorderen Glockenbruchweg als Eigenheime für 31 Familien. Im Jahre 1947 wurde die Wohnungs- u. Siedlungsbaugenossenschaft eGmbH. Kassel-Süd gegründet, die den Wohnungsbau in Süsterfeld weiterführte. In einer weiteren Baugenossenschaft „Selbsthilfe“ fanden sich 1954 besonders Flüchtlinge und Ausgebombte zusammen. Nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatten [sic], wurde die „Selbsthilfe“ 1957 wieder aufgelöst“ . . .

Warum Gründung einer zweiten Ges. für „Fluchtlinge und Ausgebombte“ erfordert war, wird ebenso wenig erläutert, wie die anscheinend bzgl. 1932 im Nachhinein aufgewertete Qualifizierung zur „ausgezeichneten Wohnlage“, erklärt. Zwischen Besiedlungsphasen von 1932 & '33 sqq. zu unterscheiden erscheint nur unter formal, historisierendem Aspekt angemessen erklärbar – dürfen die NS-Restriktionen im wesentlichen auch für Forcierung zuvor bereits bestehender autoritärerer Strömungen angesehen werden & eben nicht nur im Offizierskorps & wenig Eigenständiges brachte die extrem autoritär-restriktive, ideologische Deformation hervor.

Dass Wahlwerbungserwägungen eine Rolle spielten bei den wertungsdeformierten Darstellungen – stünde doch widersprüchlich immer behaupteten Traditionen politischer Orientierungen durchschnittlichen regionalen „Wählerverhaltens“, wie einer gerechten Interessenvertretung gerade weniger privilegierter Gruppen.

Ohne Quellenbezüge erwähnt die Darstellung auch nicht mal mehr die karge Kritik, kontroll-restriktiver Selektivität des NS, obwohl um 1968 ein erster schwererer Paradigmenwechsel der Wahrnehmung & Kritik am NS sich durchzusetzen begonnen hatte, bestand schließlich auch die Situation schon lange nicht mehr. In Zeiten der „Vollbeschäftigung“ vor der computertechnologischen Arbeitsverwaltung, wurde Bezug auf das anfängliche Gründungs-Attribut „Erwebslosensiedlung“ mit indirektem Verweis auf die Brüningschen Verordnungen, für diskriminierend wahrgenommen.

Die definitorisch-ethymologischen Bezüge zur Stadtregionenbezeichnung scheinen verkürzt der Kraut'schen Schrift, 1957, entnommen. Dort noch reproduzierte Str.-Bezeichnungen 1./ 2./ 3./ 4./ 5.- Süsterfeldweg & wohl noch aus dem NS, erfuhren inzw. eine Umwidmung in [ehem.1.:] Süsterfeldweg / [2.:] Eifelweg / [3.:] Sol-lingweg / [4.:] Spessartweg / [5.:] Kellerwaldweg.

Unverändert aber die Lage hinterm Bahndamm d. Nord-Süd-Transversale Hamburg / Frankfurt / München. Die Darstellung „ausgezeichnete Wohnlage“ d. 1970 / SPD-Broschüre erscheint hier für eine ebenso fromme Lüge, wie im Vorwort L. Lauritzens der Ed. 1957, 13 Jahre zuvor, dessen Darstellung nicht korrekt abbilden konnte .

Fasste die Krautsche Broschüre die nur 25 % oder 9 von 36 pp., Werbung, noch am Ende

zusammen, verteilten die anderen & ca. 1970-Schrift ihre Productsmanagements-Einschübe über den gesamten Text – lokale & ortsansässige Einzelhändler, Grossisten, Handwerker, städt. Einrichtungen, Sparkasse, Bank & Coca-Cola.

Die Adressenliste, Ende d. Broschüre enthält vor allem die Angaben zu den evang. & kath. Pfarrern, Ärzten, Apothekern, Lehrern, der Polizei, zum Leiter des Spielmannszuges & dem Fußball- & Sportverein.

Angaben z. "Wohngeld", p. 38 – verbreiten eine sehr einfache Relation einer "tragbaren Miete in DM" bei bestimmten bereinigten monatlichen Familieneinkommen. Für das "bereinigte Familieneinkommen" wird die Summe des familialen Jahreseinkommens, abzügl. "im Gesetz festgelegter Beträge" definiert. Die 40 Seiten bestehen zu 35 % aus Annoncen. Im Vorwort stellte der damalige SPD-Bürgermeister Branner fest: "Zu den jüngsten Teilen unserer Stadt gehört Helleböhn als erste Neubausiedlung, mit der Kassel über seinen Vorkriegsbereich hinausgewachsen ist. Längst haben sich die Bürger, die hier moderne Wohnungen gefunden haben, mit den seit langem ansässigen Bewohnern des Süsterfelds zu einer neuen Gemeinschaft zusammengefunden. Trotzdem gilt es, dieses Gemeinschaftsleben weiter zu fördern und zu vertiefen".

Wie die Stadt nicht als ein Zustand, sondern nur als ein ständiger ein Prozess begriffen werden kann, so ist die Pflege mitbürgerlicher Verantwortung und Initiative eine permanente Aufgabe. Als einen Beitrag zu ihrer Erfüllung in Bereich des SPD-Ortsvereins Süsterfeld-Helleböhn begrüße ich diese Informationschrift, die sowohl die alten wie die neuen Bewohner nicht nur über die besonderen Probleme ihres Stadteils informiert, sondern sie ebenso auf die vielfältigen Möglichkeiten der aktiven Beteiligung am bürgerlichen Gemeinschaftsleben wie des Mitwirkens an einer fortschrittlichen Kommunalpolitik hinweist. Die Überzeugung dass es dabei auf jeden einzelnen ankommt, möge diese kleine Broschüre allen ihren Lesern vermitteln."

Wurde anhand Definition auf die zeitliche Distanz von d. Erstellung 1932 bis 1947 [15 Jahre] hingewiesen & zwischen seit langem ansässigen Siedlern [1932] und solchen aus späteren Besiedlungen [1933 -1935, sowie nach 1945] unterschieden, erschließt sich doch nicht so recht der appellative Aufruf zwischen alten & neuen Bewohnern eine "neue Gemeinschaft" zu konstatierend & fördern. Die gezwungene artifizielle Differenzation, kann nicht den Krampf verbergen, aus Umgehen der Auskünfte für die Zeit 1933 – '45 durch mikrosoziologische Analyse. & die "modernen Wohnungen" im Stadteil Helleböhn erschienen bereits bei Erstellung im wesentlichen für: "Plattenbau / West", umgeben von einem Puffer von Bungalows, aus "nicht-sozialem Wohnungsbau" erstellt, am westlichen Rand.

Die appellativ, klientelbezogen erscheinen sollenden & so dargestellten Informationen standen demnach mehr für die diskursive Bekräftigung verwaltungsmäßiger Standards, wenn die "fortschrittliche Kommunalpolitik" ihre Aufgabe vorwiegend in Desinformation & Mystifikation derer sieht, deren Interessen zu vertreten vorgegeben wird: wie sollen die Verwalteten sich daran denn beteiligen?

2.] Die "Stadteilzeitung f. Süsterfeld-Helleböhn", Nr. 5, > Rund ums rote Sofa < teilte März 2012 wieder mal eine Vereinsgründung "Förderverein Freundeskreis Olof-Palme-Haus", mit, als eine dessen erste Aufgabe eine Anregung aus dem Ortsbeirat zur Gestaltung der 1100-Jahrfeier [d. Stadt Kassel] im Stadteil aufgegriffen werden solle, einen Beitrag zu den vielfältigen Beziehungen unseres Stadteils nach Nordeuropa und Skandinavien zu entwickeln."

Etwas auf nordischem Hintergrund wieder somit . . .

Zum dsgl. der territorialen engeren Region zuzuordnen möglichen Stadtteil "Holzgartensiedlung" wird hierin [p.6] & im Jahr > 2012 < dargestellt & behauptet :

... "Um 1933 wurden die Grundstücke schließlich als Bauland an Kriegsbeschädigte verkauft, wobei Mitglieder der Genossenschaft das Vorkaufsrecht hatten. Alle Grundstückseigentümer gaben von ihrem gekauften Grund die Hälfte der heutigen Straßenbreite ab, sie versahen die Straße selbst mit einer Schotterdecke. In ihrer heutigen Form entstand die Siedlung . . . nach 1945 " . . .

Was Wunder & wie anders. Nur eine, möglicherweise auch unter erzwungener Freiwilligkeit im NS – keine Behauptung wurde mit Quellen belegt – im Sinn der Volksgemeinschaft geschehene Handlung zum Vorteil kommunaler Angelegenheiten, immer noch für vorbildhaft darzustellen weist doch auf einen gewissen Mangel an Information & Reflektion zum NS hin, auch wenn hier, höherer sozialer Organisation wahrscheinlich wegen, die Straßen in Eigenarbeit & nicht mittels Zuarbeit des CVJM entstanden.

Eine letzte geschlossene Erschließung entfernter angrenzenden Territoriums fand mit der Bebauung eines als > dokumenta urbana < bezeichneten Areals 1982, mit gleichzeitiger Kunstausstellung dokumenta 7 [19. Juni / 28. Sept. 1982] statt, die auch J.Beuy's Projekt "Stadtverwaltung / 7.000 Eichen" hervorbrachte – im Übergang der Realisierung zu Planungen ökologischen Bauens holistischer Konzeption. Langsam & gemächlich gehen auch Veränderungen vorstatten, unter verwaltungsmäßiger Organisation.

Von den Parteien - "CDU" / "FDP" / "Die Grünen" / "Die Linke" / "Piraten" / anderen ökolog. Organisationen und Rechtsradikalen, lagen zum Stadtteil Informationsbroschüren nicht vor.

lerchenmüller / simon : im vorfeld des massenmords ...
germanistik und nachbarfächer im II.WK / p. 54 :

Gottgläubig nannten sich alle Nationalsozialisten, wenn sie aus der Kirche ausgetreten, oder kirchlich nicht gebunden waren; sie wollten keine Atheisten sein.

Erg. / p. 29 : "Deutsche Christen" & andere

D. Spiegel / 03.09.1973 / **PSYCHIATRIE** / **Der Dutt, der keiner war** / Die "Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken", 1903 veröffentlicht, haben ihrem Autor Daniel Paul Schreber den Ruhm des "meistzitierten Patienten der Psychiatrie" gebracht. Jetzt wurden sie wiederaufgelegt - doppelt.

Als er ein solider Ehemann von 51 war, überkam ihn beim morgendlichen Dösen im Bett eine Empfindung, die er "bei vollem Bewußtsein mit Entrüstung zurückgewiesen haben" würde: "Es war die Vorstellung, daß es doch eigentlich recht schön sein müsse, ein Weib zu sein, das dem Beischlaf unterliege." Wenig später wurde der Doktor Daniel Paul Schreber, soeben erst zum Senatspräsidenten beim Königlichen Oberlandesgericht Dresden ernannt, ins Irrenhaus eingeliefert. Diagnose: "Dementia paranoides".

Der bislang so sittenstrenge Richter fürchtete, an "Hirnerweichung" zu leiden und "in Kürze sterben zu müssen". Er glaubte in seinem Verfolgungswahn, der Penis sei ihm mit der "Nervensonde" abgedreht worden; er versuchte, sich in der Badewanne zu ersaufen, glitt allmählich immer tiefer in mystische Weiten und redete mit Gott in dessen "Grundsprache", einem "etwas altertümlichen, aber kraftvollen Deutsch".

Neun Jahre lang, von 1893 bis 1902, war Schreber vorwiegend in der sächsischen Landesheilanstalt Schloß Sonnenstein hospitalisiert -- umflattert von "sprechenden Vögeln", vollgepackt mit "Strahlen" und "weiblichen Wollustnerven". Er fühlte sich bedroht von millimeter-"kleinen Männern", die ihm das Rückenmark auszupumpen versuchten, vor allem aber verfolgt von Gott, der ihn, Schreber, "blödsinnig" machen, entmannen und befruchten wollte.

Aber dieser Patient, der aus dem Fenster schreiend die Sonne als Hure verfluchte und sich danach sehnte, "immer das in geschlechtlicher Umarmung mit mir selbst daliegende Weib zu spielen", war auch, nach ärztlicher Aussage, ein guter Schach- und vorzüglicher Klavierspieler, "im Verkehr liebenswürdig", dazu "über Tagesereignisse genau orientiert". Er war, und nicht nur nach eigener Einschätzung, ein "Mensch von ungewöhnlich scharfem Verstand und scharfer Beobachtungsgabe" und hat dies treffend bewiesen:

In den letzten Jahren seines Anstaltsaufenthalts führte der Jurist einen Prozeß gegen seine Entmündigung und gewann. Zur selben Zeit schrieb er die Geschichte seines Wahns, genauer: eine bizarre Kosmologie von kunstvoller Phantastik - "ein klassisches Buch", so der deutsche Psychoanalytiker Franz Baumeyer, "dem auch später - an weiteren Selbstdarstellungen Geisteskranker - nichts Ebenbürtiges an die Seite gestellt worden ist".

Die "Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken" veröffentlicht 1903 in einer einzigen Auflage, die zum größten Teil von der entsetzten Familie Schreber sogleich aufgekauft wurde, haben Schreber den Ruhm des "meistzitierten Patienten der Psychiatrie" gebracht: Seit Sigmund Freud dem Werk 1911 seine "Psychoanalytischen Bemerkungen über einen autobiographisch beschriebenen Fall von Paranoia" widmete, gilt es den Psychiatern als großes Lehr- und Rätselbuch.

Und das allgemeine Lesepublikum darf von nun an miträtseln. Denn 70 Jahre nach ihrer Erstveröffentlichung werden die "Denkwürdigkeiten" jetzt wiederaufgelegt, und zwar gleich doppelt - bei Ullstein wie auch im Wiesbadener Focus-Verlag, der zum "Fall Schreber" demnächst noch einen weiteren Band nachliefern will. Außerdem erscheint 1974 bei Rowohlt die deutsche Ausgabe der Schreber-Studie "Soul Murder" (Seelenmord), die der amerikanische Psychiater Morton Schatzman Anfang des Jahres in New York veröffentlicht hat*.

Dieses neue Interesse an einem alten "Nervenkranken", bekundet zu einer Zeit, in der sich die Papierflut psychoanalytischer und psychiatrischer Veröffentlichungen ohnehin kaum noch überblicken läßt, ist nur allzu verständlich. Gerade am "Fall Schreber" nämlich ist abzulesen, wie radikal sich die Theorien über Psychose, Schizophrenie und Paranoia verändert haben und weiter verändern -

von der klinischen Psychopathologie, die in der Geisteskrankheit ein geheimnisvolles organisches Leiden sieht, bis hin zu einer gegenwärtig sich neu orientierenden Schizophrenie-Forschung, die den Wahn vor allem als historisch-erkenntnistheoretisches, anthropologisches und soziales Problem begreift.

Zur Zeit, als der "Geisterseher" Schreber im Irrenhaus zu Sonnenstein brüllte und Grimassen schnitt, herrschte in der deutschen Psychiatrie der große Emil Kraepelin, und zwar mit der Auffassung, die wirre Welt der Verrückten sei "prinzipiell nicht einfühlbar".

Bald darauf jedoch hat Sigmund Freud sich sehr wohl ins dunkle Wahnsystem der "Denkwürdigkeiten" einzufühlen vermocht und mit seinen "Bemerkungen" bewiesen, daß der psychotische Mensch durchaus verstanden werden kann: Er erriet aus Schrebers verworrener Philosophie das Geheimnis der Schreberschen Krankheit: Die Ursache des psychotischen Schubs war ein "Vorstoß homosexueller Libido", Schrebers Sträuben gegen diese Regung hatte den Ausbruch herbeigeführt. Schreber, so deutete Freud, habe in seinem Kampf gegen Gott "weibliches Sexualgefühl" bekundet: "Er fühlte sich als Gottes Weib" - mit diesem Gott aber, der "den lebenden Menschen nicht kennt", war laut Freud Schrebers leiblicher Vater gemeint: "Wir befinden uns auf dem wohlvertrauten Boden des Vaterkomplexes."

Freud hat Schreber nie gesehen. In seiner Abhandlung, versichert er, habe er "nichts anderes verwertet, als was aus dem Text der "Denkwürdigkeiten" selbst hervorgeht". Wenn ihm Näheres über Schreber und dessen Familie bekannt war, so hat er dies verschwiegen - etwa die Tatsache, daß Schrebers älterer Bruder gleichfalls verrückt gewesen war und sich 1877 totgeschossen hatte.

Eines aber wußte er: Der Vater des "Nervenkranken", Dr. Daniel Gottlob Moritz Schreber (1808 bis 1861), war "kein unbedeutender Mensch"; er war Hausfreund als Erzieher und Führer zu Familienglück, Volksgesundheit und Menschenveredelung für Väter und Mütter des deutschen Volkes".

Ein gesunder Geist sollte im gesunden Körper wohnen so forderte es der Erzieher Schreber und lehrte, daß "die edlen Keime der menschlichen Natur ... fast von selbst hervorsprossen, wenn die unedlen (das Unkraut) rechtzeitig verfolgt und ausgerottet werden": Bereits in frühester Kindheit sollte "jedem unerlaubten Begehren - sei dieses nun ein dem Kinde selbst nachteiliges oder nicht - eine unbedingte Verweigerung entgegengesetzt werden". Jugendliche Sexualität war zu unterdrücken. Gegen "jene gefährlichen stillen Verirrungen" des Onanierens empfahl Schreber senior Bäder vorm Schlafengehen, vor allem aber Gebete zum "liebenden Allvater".

Erstaunlicherweise hat Freud diese psychoanalytisch so entlarvenden Schriften des Turn-Vaters Schreber nicht zur Kenntnis genommen und mit dem Wahnsystem des Sohnes nicht in Verbindung gebracht. Das hat erst, angeregt von den Schreber-Forschungen Franz Baumeyers, ein halbes Jahrhundert später der amerikanische Psychoanalytiker William Niederland getan. Niederland hat die "Denkwürdigkeiten" mit "bestimmten "Schlüsselerlebnissen" in der Kindheitsentwicklung des Kranken in Beziehung" gesetzt und entdeckt, wie deutlich sich doch bei den vom Sohn beschriebenen "göttlichen Wundern" Vaters Hand verriet - etwa bei jenen Folterungsmaschinen, die den "Nervenkranken" so quälten. Schließlich war Vater Moritz Schreber, der Orthopäde, ja auch der berühmte Erfinder vieler mechanischer Apparate, die Kopf- und Körperhaltung des deutschen Kindes korrigieren sollten, etwa des "Schreberschen Geradehalters" und eines helmartigen "Kopfhalters" - in den "Denkwürdigkeiten" kehren beide, nebst manch anderem väterlichen Gerät, wieder: als "Engbrüstigkeitswunder" und als "Kopfzusammenschnürungsmaschine".

Niederland scheint es klar, daß der kleine Schreber, "als er ins dritte oder vierte Lebensjahr eintrat, bereits einem erheblichen Grad von Traumatisierung ausgesetzt gewesen war" - durch die Manipulationen eines Vaters, "dessen Sadismus nur leicht unter einem Schleier von ärztlichen, reformatorischen, religiösen und philanthropischen Ideen verborgen gewesen sein kann".

"Die vorzeitige Störung der libidinösen Regungen im allgemeinen und die Intensivierung der homosexuellen Libido im besonderen, die eigentümliche Mischung von brutal erzwungener, dann wieder lustvoll getönter Passivität" - all dies, meint Niederland, sei das Werk des alten Schreber gewesen, eines Mannes, der übrigens in den letzten zwei Jahren seines Lebens selber unter "Zwangsvorstellungen mit Mordtrieb" litt, nachdem ihm bei der täglichen Turnübung eine schwere Eisenleiter auf den Kopf gefallen war.

Dieser Mann also war, auch wenn es der Sohn nie hätte wahrhaben wollen, der Gott der "Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken". So jedenfalls sieht es Niederland, und der amerikanische Psychiater Schatzman, der in seiner Studie "Soul Murder" Niederlands Entdeckungen verwertet, stimmt

mit seinem Kollegen völlig überein, allerdings nicht ohne einen Vorwurf: Niederland, schreibt Schatzman, habe "nicht erkannt, daß seine Funde nach radikal neuen Hypothesen verlangen".

Es sind die Hypothesen einer neuen Anthropologie, die den Menschen nicht isoliert, sondern im sozialen Kontext erfassen möchte und die nicht nur die Vererbungs-Theorien der medizinisch-klinischen Psychiatrie in Frage stellt.

"Was wir Paranoia nennen", meint Schatzman, "mag durchaus "vererbt" sein, aber nicht in den Genen, sondern durch Lehren, die von Generation zu Generation die Ängste vor bestimmten Denkmöglichkeiten weitertragen." Und die Psychoanalyse, so gibt er zu verstehen, trage zu diesen Ängsten noch bei - etwa mit ihrer Lehre vom Kastrationskomplex als einem menscheitsgeschichtlichen Ur-Erbe, obwohl dieser Komplex doch nur die in der Familie des 19. Jahrhunderts "bestehende Machtstruktur zugleich reflektiert und bewahrt" habe: "der Vater hoch oben, Frau und Kinder tief unter ihm".

Hoch thronend über dem totalitär kommandierten Haushalt, verehrt wie ein Gott - so lebte der alte Dr. Moritz Schreber den Satz des Freudo-Marxisten Wilhelm Reich vor, daß "der autoritäre Staat einen Repräsentanten in jeder Familie" habe: "den Vater" als "des Staats wertvollstes Werkzeug". Und dieser Vater Schreber war noch besonders wertvoll: Er beeindruckte ja nicht nur seine eigenen Kinder mit bleibenden Verhaltensmustern, er war der "Hausfreund" der ganzen Nation. Als er 1861 starb, rief ihm ein Dr. Pulitzer nach: "Künftige Generationen werden ernten, was er gesät."

Schatzman: "Ich bin nicht allein in der Erkenntnis, daß möglicherweise ein Zusammenhang zwischen dem mikrosozialen Despotismus in der Familie Schreber und dem makro-sozialen Despotismus Nazi-Deutschlands besteht."

Als der Senatspräsident Daniel Paul Schreber 1902 aus der Anstalt Sonnenstein entlassen worden war, kehrte er zu seiner Frau zurück und lebte zufrieden fünf Jahre lang. 1907 wurde er erneut ins Irrenhaus eingeliefert. Er starb in der Anstalt Leipzig-Dösen im Jahr 1911 - wenige Monate bevor Freud ihm mit seinen "Psychoanalytischen Bemerkungen" den Nachruhm sicherte.

* Daniel Paul Schreber: "Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken". Herausgegeben und eingeleitet von Samuel M. Weber. Verlag Ullstein, Frankfurt; 496 Seiten; 9,80 Mark.

"Der Fall Schreber 1: Bürgerliche Wahnwelt um Neunzehnhundert". Mit Aufsätzen von Franz Baumeyer. Hrg. von Peter Heiligenthal und Reinhard Volk. Focus-Verlag, Wiesbaden; 388 Seiten; 22 Mark.

Morton Schatzman: "Soul Murder. Persecution in the Family. Vrlg. Random House, New York; 196 Seiten; \$ 6,95

DER SPIEGEL 36/1973

Wie viele Novellierungen überkommene **Rechtsvorschriften notdürftig nur korrigieren können & während des NS verabschiedete auch weiterbestehen [Btm§§, Sprengstoffrecht, &c.], bestehen auch noch §§-Verweise, auf solche aus der Zeit vor & nach WKI.:**

" § 29 des Reichssiedlungsgesetzes " - Suche zeigte am 14.4.12 - ca. 18.500 Ergebnisse

<http://www.buzer.de/gesetz/3482/a102818.htm> :

Zweites Wohnungsbaugesetz

(Wohnungsbau- und Familienheimgesetz - II. WoBauG)§ 96 II.

WoBauG(Gesetz)Vergünstigungen für Kleinsiedlungen ⁽¹⁾

Auf Kleinsiedlungen,

1. 1. deren Bau nach diesem Gesetz öffentlich gefördert wird oder
2. 2. bei denen die sachlichen Voraussetzungen für die Bewilligung öffentlicher Mittel vorliegen und die von der zuständigen Bewilligungsbehörde als Kleinsiedlung anerkannt worden sind,

ist § 29 des Reichssiedlungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

(1) Red. Anm.:

Außer Kraft am 1. Januar 2002 durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376) . Zur weiteren Anwendung s. Artikel 2 des Gesetzes vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376) i.V.m. [§ 48 WoFG](#).

[§ 95 II. WoBauG \(weggefallen\)](#)

[§ 97 II. WoBauG \(weggefallen\)](#)

Direkter Link zu diesem Dokument: http://www.lexsoft.de/lexisnexis/justizportal_nrw.cgi?xid=139813,114

Reichssiedlungsgesetz (RSiedIG)

k.a.Abk.; G. v. 11.08.1919 RGBl. S. 1429; zuletzt geändert durch Artikel 8 Abs. 2 G. v. 29.07.2009 BGBl. I S. 2355; Geltung ab 01.01.1964

FNA: 2331-1; 2 Verwaltung 23 Raumordnung, Bodenverteilung, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Heimstättenwesen, Wohnraumbewirtschaftung, Kleingartenwesen, Grundstückverkehrsrecht (außer land- und forstwirtschaftlichem Grundstückverkehrsrecht) 233 Wohnungsbau-, Siedlungs- und Heimstättenwesen 2331 Siedlungswesen

[Änderungen / Synopse](#) | [15 Gesetze verweisen aus 36 Artikeln auf RSiedIG](#) / [Schlußbestimmungen](#)

[<<](#) [>>](#)

§ 29 / [1 Gesetz verweist aus 1 Artikel auf § 29](#)

(1) Alle Geschäfte und Verhandlungen, die zur Durchführung von Siedlungsverfahren im Sinne dieses Gesetzes dienen, sind, soweit sie nicht im Wege des ordentlichen Rechtsstreits vorgenommen werden, von allen Gebühren und Steuern des Reichs, der Bundesstaaten und sonstigen öffentlichen Körperschaften befreit. Die Befreiung erstreckt sich insbesondere auch auf Umsatz- und Wertzuwachssteuern jeder Art, auf letztere insbesondere auch dann, wenn sie von dem Erwerbe von Land oder Inventar durch das gemeinnützige Siedlungsunternehmen erhoben werden.

(2) Die Gebühren- und Steuerfreiheit ist durch die zuständigen Behörden ohne weitere Nachprüfung zuzugestehen, wenn das gemeinnützige Siedlungsunternehmen (§ 1) versichert, daß ein Siedlungsverfahren im Sinne des [Reichssiedlungsgesetzes](#) vorliegt und daß der Antrag

oder die Handlung zur Durchführung eines solchen Verfahrens erfolgt. Die Versicherung unterliegt nicht der Nachprüfung durch die Finanzbehörden.



Die Geschichte der Pickelhaube :

<http://www.grenadiere-koenigshoven.de/historie/pickelhaube/index.html>

... "Der Helm bot gegen die hauptsächlich eingesetzten Waffen in diesem ersten modernen Krieg [WKI.] praktisch keinen Schutz mehr. Eine Untersuchung ergab, dass der weitaus größte Teil der schweren Kopfverletzungen nicht durch Infanteriemunition, sondern durch kleine bis kleinste Artilleriesplitter hervorgerufen worden war. Es wurde daher ein Stahlschutzhelm entwickelt, der ab 1916 an die Truppe ausgegeben wurde. Der alte Lederhelm wurde nach und nach von der Front zurückgezogen und verschwand in den Depots. Nach 1918 wurde er aus militärischen u. politischen Gründen endgültig in der Armee abgeschafft. Bei der Polizei, so z.B. in Bayern, wurde der Helm teilweise noch bis in die Dreißiger Jahre getragen. "



Weiches Haus / Gabr. Obermaier. Aluauuss / Eian. Abb.

Renovierter Bau, Haupteingang. [http://www.bsg.bund.de/cdn_108/DE/Home/homepage_node.html?_nnn=true] Den früheren Haupt-, jetzt Seiteneingang, flankieren 2 "Rossebändiger Plastiken" - Joseph Wackerles.

Materialien, "Wehrkreiskommando, : <http://startext.net-build.de:8080/barch/MidosaseARCH/RH539-31141/index.htm?kid=titelblatt> & <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Wehrkreise/WK9-R.htm>

<http://zweiter-weltkrieg-lexikon.de/index.php/Drittes-Reich/Politische-Organisationen/Nationalsozialistischer-Reichskriegerbund-NS-RKB.html>

[Verantwortlich f. d. 3w-p. erscheint die RA-Kanzeli Sören Siebert / Berlin & Potsdam Babelsberg.]

hat den Eintrag

Nationalsozialistischer Reichskriegerbund (NS-RKB)



Reichskriegerführer
Wilhelm Reinhard

Als Dachverband deutscher Kriegervereine gegründet, ging der NS-RKB aus dem im Jahre 1900 gegr. Deutschen Kriegerbund hervor. 1938 übernahm er als "NS-Reichskriegerbund Kyffhäuser e.V." die Alleinvertretung aller ehemaligen Soldaten.

Die Geschichte der Kriegervereine reicht bis ins Jahr 1768 zurück, als ehemalige Füsiliere Friedrich d. Großen einen Kriegerbund gründeten. Zweck der Kriegervereine war, ihren verstorbenen Mitgliedern und ehemaligen Soldaten ein ehrenvolles Grabgeleit zu geben.

Im März des Jahres 1943 löste Adolf Hitler den Kriegerbund nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad auf.



Aufbau des NS-RKB : Reichskriegerführer / Gaukriegerverbände / Kreiskriegerverbände / Kriegerkameradschaften

"Reichskriegerführer W. Reinhard" zeichnete direkt nach Abb. Hitlers & Ehrenführers, Reichsstatthalters F.v X.R. v. Epp, das Grußwort d. Broschüre "Großdeutscher Reichskriegertag 1939", ab, deren Umschlag.-Abb. ein verkleinertes Doppelporträt des Plakats [wie oben] in kreisrundem Rahmen repetierte, darüber ein NS Emblem, "Adler mit Eisernem- & Hakenkreuz im E.-Laubkranz" .

Mitgliedszeichen in Stoff / € 18,00 . -

Mitgliedsnadel - 25 Jahre, "guter Zustand" am 22. o4. 12 für € 38,00 . - angeboten,

"40 Jahre", f. € 45,00 . - / [Div. Militariahändler / "Reichskriegerbund"]

Weitere "Orden & Ehrenzeichen" Reichskrieger- / Khyffhäuserbund, ab 1813 -

sogen. Befreiungskriegen. Vide et.: <http://www.ehrenzeichen-orden.de/c/deutsche-staaten>



Germany, WW II & **GERMAN REICHKRIEGER-BD. MEDAL WITH DEVICE**. GENUINE GERMAN THIS MEDAL IS IN EXCELLENT CONDITION, SWORD & WREATH ON RIBBON GIVEN F. COMBAT SER-

Ohne Vollständigkeitsanspruch – werden einige regionale Projekte benannt, mit Quellenhinweisen.

Die Form, reichsweit existent, nutzenmaximistisch-fordistischer Effizienz nach, nur noch von den Lagerhierarchien übertroffen.

Bekanntestes NS-Bauprojekt, neben dem Westwall war die architektonische Umgestaltung Berlins zur "Hauptstadt Germania". Ähnlich der Paris nach dem 1848-Aufstand: breite Alleen, überdimensionierte Großbauten – auch in Konkurrenz zum amerikan. Kapitol. Sichtbar ist die Verrückung der Siegestsäule zum heutigen Ort. Frankfurt [1925-1930], gab der Architekt Ernst May "neue Impulse für die städtebauliche Entwicklung . . . Rund 12.000 Wohnungen werden in kürzester Zeit, vor allem an der Peripherie der Stadt in zusammenhängenden Siedlungen [z.Teil heute unter Denkmalschutz], nach den Ideen der Gartenstadt und d. Prinzipien der späteren »Charta von Athen« gebaut: Römerstadt, Westhausen, Praunheim, Höhenblick, Miquelallee, Bornheimer Hang, Riederwald, Riedhof West [Heimatsiedlung], Riedhof Ost, Bruchfeldstrasse [Niederrad], Hellerhofsiedlung und andere . . . [1933 - 1945] Nach Weggang Ernst May versucht Oberbaurat Wolfg. Bangert, einer seiner Nachfolger im Amt, über die entwicklungshemmenden Stadt- und Landesgrenzen hinweg, eine übergeordnete Landesplanung für das Verdichtungsgebiet Rhein-Main zu betreiben, allerdings ohne Erfolg.

Adolf Hitler meidet die liberale Handelstadt [in der doch das "Institut z. Erforschung der Judenfrage" entstand, h.g.], die »Judenstadt«, wie er sie bezeichnet. Seine Anordnung, Frankfurt habe als »Stadt des Deutschen Handwerks« zu gelten, läßt die beabsichtigte Umorientierung ahnen. Frankfurt bleibt zwar von der Megalomanie nationalsozialistischer Stadtumgestaltung verschont, aber die gesamte jüdische Einwohnerschaft, die größte jüdische Gemeinde Dtlnds. mit etwa 260.000 Mitgl. wird vernichtet. Am Ende des Krieges wird Ffm. durch mehrere Luftangriffe zerstört. Einer der schwersten ist der vom 22. März 1944, dem 112. Todestag Johann Wolfgang Goethes." [P. 24 sq., Stadtgestalt Ffm. / Speers Beiträge zur Stadtentwicklung am Main 1964-1995/ Hrg. v. J. Juckel u. D. Praeckel, DVA, 1996 _ Albert Speer, Architekt, Sohn A. Speer's, h.g.].

Am 12.Juli 1940 hatte d. Reichstatthalter in Thüringen F.Sauckel an den Reichsarbeitsminister aus Weimar nach Berlin, geschrieben [Abschrft. n.text, layout modifiziert]:

Betr.: Neugestaltung deutscher Städte. / Auf den Erlass vom 21.6.1939 – IV 1 Nr. 1238/6/39 - II - : Auf den Erlass vom 21. Juni vor Js. Erlaube ich mir wegen der Ausführung des Führererlasses vom 7. Juni 1939 von Jhnen zu erlassenden Durchführungsbestimmungen beiliegenden Entwurf zu übersenden. Dieser Entwurf stellt das Ergebnis einer eingehenden Besprechung mit allen in Frage kommenden Dienststellen dar. Er lehnt sich eng an die bisher veröffentlichten Durchführungsverordnungen an.

Die in Weimar durchzuführenden städtebaulichen Maßnahmen erstrecken sich auf den gesamten Bereich des Stadtkreises Weimar, ja sie greifen darüber hinaus sogar in Teile des Landkreises Weimar ein. Von städtebaulichen Maßnahmen werden zunächst folgende Orte des Landkreis Weimar berührt: 1.) Gelmeroda 2.) Taubach 3.) Mellingen 4.) Töbsdorf 5.) Ulla 6.) Obergrunstedt 7.) Niedergrunstedt 8.) Gaberndorf

Jch behalte mit vor, darüber hinaus die Ortschaften Großenkromsdorf, Kleinkromsdorf und Denstedt im weiteren Verlauf der Planung noch mit in den Kreis der betroffenen Gemeinden des Landkreises einzubeziehen.

Eine Unterteilung des Stadtkreises in verschiedene räumlich begrenzte Bereiche ist bei der Größe des Stadtgebietes (z.Zt. nur 70.000 Einwohner) und bei den umfassend zu treffenden Maßnahmen nicht möglich. Es muß daher das gesamte obengenannte Gebiet als Bereich erklärt werden.

Wegen der im Einzelnen beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen geben ich ihnen nachstehend einen ersten kurzen Überblick. Es kommen in Frage: 1.) die mit dem Platz Adolf Hitlers zusammenhängende Gestaltung des anschließenden Stadtgebietes, nämlich Bau eines Polizeipräsidiums, der Gauleitung der NSV, des Gauverlagsgebäudes, eines weiteren Baues der Gauleitung, Gebäude der Gaufrauenschaft, Verlegung des Städt. Krankenhauses, Umgestaltung des Baues der Orts-

krankenkasse sowie Beseitigung des in der Nähe der Halle der Volksgemeinschaft gelegenen Städt. Elektrizitätswerks. 2.) Umgestaltung des Stadtviertels am Brühl entlang der Ilm, >> Altstadtsanierung<< Beseitigung der sämtlichen dort befindlichen Bauten und Errichtung eines zentralen Regierungsgebäudes. 3.) Bau einer neuen Gauwirtschaftskammer gegenüber dem zentralen Regierungsgebäude. 4.) Bau des vom Führer genehmigten Generalkommandos für das XV. Armeekorps an dem vom Führer bestimmten Platz über der Ilm, in der Nähe der neu erbauten Nordbrücke sowie der damit zusammenhängenden größeren Wohnungsbauten.

5.) Errichtung des vom Führer bereits gebilligten großen Seeprojekts in Verbindung mit der Reichsautobahn zwischen dem seit der ersten Nachkriegszeit eingemeindeten Vorort Oberweimar und den einzugemeindenden Vororten Taubach und Mellingen mit den dazugehörigen Bauprojekten, wie Bau eines Seehotels, eines großen Strandbades, eines von der Fritz-Sauckel-Stiftung "Leistung der Schaffenden" geplanten Arbeitererholungsheimes, eines Schwimmbades, Stadions und einer großen Umgehungsstrasse.

6.) Gestaltung der Zufahrten der beiden Reichsautobahnen (Reichsautobahn Weimar – Berlin und d. Reichsautobahn Dresden – Kassel und d. Reichstraßen u. Gestaltung der Hauptdurchgangstraßen durch Weimar bzw. der Hauptachse sowie Lösung verschiedener Verkehrsprobleme.

7.) Durchführung der von der Reichsbahn geplanten Nord – Süd – Strecke. Diese Angelegenheit läuft z. Zt. noch unter >> Geheim <<.

8.) Erweiterung des Wohnungsbaugesbietes und Gestaltung des Wohnungsbauprogramms (Bau von 15.000 neuen Wohnungen in einem 5 Jahresprogramm, davon allerdingst für sofort benötigte 2 000).

9.) Verlegung des Berkaer Bahnhofs aus der Stadt.

10.) Erweiterung der Siedlung Otto Eberhardt Gartenstadt in dem eingemeindeten Vorort Schöndorf von 500 Wohnungen auf 2.000 sowie Bau von 80 Gauwohnungen daselbst.

11.) Dazu kommt ferner der Bau der Landeshandwerkerschule, 3 großer neuer Schulen mit Turnhallen, mehrerer größere Kindergärten, Hallenschwimmbad, eines städt. Krankenhauses, Hitlerjugendheime, eines Viehhofes, Schlachthoferweiterungen etc.

Jch bemerke dabei ausdrücklich, daß die wertvollen historischen Stätten der Stadt Weimar und der Stadtkern selbstverständlich erhalten bleiben und durch geeignete Maßnahmen wieder in ihrer alten Gestalt zur Geltung kommen.

Wunschgemäß füge ich in der Anlage kartenmäßige Unterlagen und einen Plan bei, in dem die Gebiete, in denen Maßnahmen durchzuführen sind, farbig umgenzt sind.

Sollten Bedenken bestehen, das ganze hier genannte Gebiet zu einem Bereich zu erklären, so bitte ich mir vorher nochmals Gelegenheit zur Äußerung bzw. Rücksprache zu geben. Im Fall irgendwelcher Unklarheiten würde ich eine Besprechung der beiderseitigen Sachbearbeiter an Ort und Stelle für zweckmäßig halten.

gez. S a u c k e l / Reichstatthalter und Gauleiter
Quelle: Christiane Wolf, GAUFÖREN Zentren d. Macht, Anhg., Dokumente – Weimar, pp. 332-335 / B., 1999

Stadtkosmetik im Zeichen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Sanierung der >> Altstädte <<. Die ersten städtebaulichen Eingriffe und Baumaßnahmen der Nationalsozialisten waren auf das engste an das politische und staatliche Installieren des Regimes gebunden und wurden dort durchgeführt, wo mit ihnen wirksam öffentlich agiert werden konnte. Zunächst ging es vorrangig darum, die hohen Arbeitslosenzahlen künstlich durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu senken, um so über die anhaltende Konjunkturlaute hinwegzutäuschen. 1932 hatte die mit 44,4 Prozent bezifferte Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht, am stärksten betroffen war der Bausektor – zwei Drittel der

Bauarbeiter waren arbeitslos und von den organisierten, sogar 90,8 %¹. Entsprechend dieser Gewichtung fanden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor allem Anwendung im Bausektor und in den großen Städten. Durch Sofortprogramme (> Papen-Programm < und > Reinhardt-Programm <) wurden von der >> Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G << bauliche Maßnahmen im Bereich des Straßen- und Wasserswegeystems, des Ausbaus der Versorgungsbetriebe, des Baues vorstädtischer Kleinsiedlungen, der Schaffung von Behelfswohnungen und d. Altstadtsanierung bezuschußt.² Am aufwendigsten propagandistisch vermarktet wurden die Maßnahmen der Stadtverschönerung respektive >> Stadtgesundung << und die Altbausanierung, obwohl für beide – im Gegensatz bspw. zum Straßenbau – nur geringe Zuschüsse gewährt wurden. Die >> Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G << verzeichnete Ende 1933 für die Altstadtsanierung eine Mittelbereitstellung von 5 Mio. RM, während der Straßenbau mit über 100 Mio. RM gefördert wurde.³ ... An die Programme der Weimarer Republik bspw. zur Altstadtsanierung oder >> Stadtgesundung << wurde nur formal angeschlossen. [a.a.O., Chr. Wolf, Gauforen, p. 25] / [¹ Joachim Petsch, Baukunst und Stadplanung im III.R., M./ Wien, 1976, 63ff. — ² Folkert Lüken-Isberner, Das Programm der (Alt-)Stadtsanierung im NS, in dsslbn. / Arbeitsgruppe Stadtbaugeschichte (Hrg.): Stadt und Raum 1933 – 1949. Schriftenreihe des FB Stadtplanung u. Landschaftsgestaltung d. Ges. Hochschule Kassel Bd. 17, Ks. 1991, p. 27 und ders.: Stadtgesundung als Politikfeld 1933 bis 1943 – zur Herausbildung des ersten Städtebauprogramms auf Reichsebene. In: Klaus M. Schmals (Hrg.): Vor 50 Jahren . . . auch die Raumplanung hat eine Geschichte. Dortmunder Beiträge zu Raumplanung 80. Dortmund 1997, p. 133-146 — ³ Folkert Lüken-Isberner: Stadt und Raum 1933 – 1949, Ks. 1991, p. 27 / Am. Chr. Wolf]. Ergänzend zu bemerken wäre, schafften die “Brüningschen Notverordnungen” Voraussetzungen während der Weimarer Republik zur Finanzierung eines Teils der Baumaßnahmen – der NS okkupierte die Deutungshoheit mit Darstellung falscher Authentizität durch Um- & Zuschreibung auch d. modifizierung juristisch-politischer Bedingungen, dsgl. bei der staatl. Durchführung des “Fordisierungsprogramms” der Automobilisierung: “Vom Luxusgut zur Massenware“: Dr. Friedrich von Gottl-Ottilienfeld: *Fordismus? Von Frederik W. Taylor zu Henry Ford.* Jena 1925. Gustav Fischer. “Erst recht groß wäre es, wie dieser Umschwung als ein geistiger, einer in d. Gesinnung einsetzen würde, und von der Führerschaft her! Eine Führerschaft, die sich ja rein nur durch Tat und Gesinnung emporhebt aus dem Nichts. Das hält im Grunde scharf die Linie der „braven Vertikalen“ des Zusammenlebens ein, ohne daß eine böse Horizontale die wirtschaftlichen und andere Zusammenhänge wahllos durchschneidet, unvermeidlich auch lebensnotwendig dabei. Kein dumpfer Auftrieb von unten her, kein Aufstand der Enterbten dazwischen, nicht einmal jener „Krawall mit Aufseherflucht“, als den der Führerpessimismus eines Walter Rathenau unsere Umwälzung gekennzeichnet hat. Diesen Umschwung zu entfesseln, hätte nur eine Art Diktatur einzugreifen: die Diktatur d. technischen Vernunft! Der Umschwung selber, wie gesagt, wäre wahrhaft einer der Gesinnung, und nicht bloß Forderung dieser, oder gar nur Forderung bloßer Formen; ein Aufschwung vielmehr jener tatfrohen Gesinnung, über der sich das Miteinander zum Füreinander adelt, gemeinschaftsbejahend.“ [Prof. d. Techn. Hochschule B., Gottl-Ottilienfeld., Fordismus - Über Industrie und technische Vernunft.¹⁻³ 1926/ darin: Fordismus? Von F. W. Taylor zu H. Ford / p. 39.] Die Diktatur > Technokratischer Vernunft <: mehr andauernd.

Glossar, pt. :

Brüningsche "Notverordnungen": Trotz der öffentlich demonstrierten Sorglosigkeit von Solmssen und Wassermann entstand für das deutsche Bank- und Finanzwesen eine zunehmend gefährliche Situation. Hinzu kam, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter dem Druck der Gewerkschaften nicht bereit war, einen weiteren sozialen Abbau zu tolerieren, was zum Sturz der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung, der "großen Koalition" unter Hermann Müller, führte. Das daraufhin gebildete Reichskabinett unter dem Zentrumsminister Heinrich Brüning versuchte, nunmehr den Weg einer verstärkten staatlich geförderten Kapitalbildungspolitik zu Lasten der Sozialausgaben zu gehen. Das war auch seitens des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Anfang Dezember 1929 gefordert worden. Dadurch wollte man die anstehende kommerzielle Verschuldung wenigstens verlangsamten und der Beunruhigung der internationalen Gläubiger, die bereits zu ersten vorzeitigen Kreditkündigungen übergegangen waren, entgegenwirken. Brüning will - seinen Erinnerungen folgend - schon zu dieser Zeit einen negativen Wirtschaftstrend gesehen haben. Er bestätigt, dass ihn als einziger Berater Werner Kehl vom Vorstand der DeDi-Bank darin unterstützt habe, während alle anderen für den Herbst 1930 eine "glänzende Wirtschaftsentwicklung" prophezeit hätten. Doch Brüning schreckte im Sommer 1930, als er mit seinem Konzept weiterhin auf den Widerstand des Reichstages stieß und für seine Pläne nicht die

erforderliche Parlamentsmehrheit erreichte, nicht davor zurück, die parlamentarische Demokratie einzuschränken und den entscheidenden Schritt zur autoritären Regierungsführung zu gehen. Gestützt auf den Artikel 48 der Reichsverfassung löste er das widerspenstige Parlament auf und setzte sein sozialfeindliches Wirtschafts- und Finanzprogramm auf dem Wege der Notverordnung durch. [Gesamt. E. Czichon : <http://www.dkp-online.de/uz/4042/s1501.htm/> v. e. : aus E. Carlebach: Hitler war kein Betriebsunfall, a.a.O., 3w.-Adr.]

Papen-Progr.: "Bei mehr als fünf Millionen Beschäftigungslosen im Jahr 1932 – in den ersten drei Monaten wurden in Deutschland sogar über sechs Millionen gezählt – hing von der Arbeitsbeschaffung die Zukunft der Regierung ab. Der schneidige Herrenreiter Papen, der zwar viel von Pferden verstand, aber die einfachsten wirtschaftlichen Fachausdrücke nicht auseinanderzuhalten wußte, schien deshalb vielen als d. denkbar ungeeigneteste Nachfolger des am 30. Mai 1932 zurückgetretenen Heinrich Brüning. Aber während der Vorgänger auf eine aktive Beschäftigungspolitik verzichtet hatte, leitete Papen umfassende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ein. Entgegen den Forderungen der

Gewerkschaften wurde durch die Verordnungen vom 4. und 5. September 1932 die Arbeitslosigkeit nicht mit einer direkten Beschäftigungspolitik des Staates bekämpft. Statt dessen sah das Regierungsprogramm finanzielle Erleichterungen für die Unternehmer vor. Herzstück der Papenschen Wirtschaftspolitik war das sogenannte Steuergutscheinsystem. In der Notverordnung "zur Belebung der Wirtschaft" vom 4. September 1932 wurde bestimmt, daß für die vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. Sept. 1933 entrichteten Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuern Steuergutscheine in Höhe von 40 Prozent der eingezahlten Summe, für die Beförderungsteuer in voller Höhe durch die Finanzämter ausgegeben werden sollten. Die Gesamtsumme dieser Steuerrückvergütung schätzten die Wirtschaftsexperten im September 1932 auf etwa 1,5 Milliarden RM, im Vergleich dazu wirkte der geplante Reichshaushalt 1932/33 mit gut sechs Milliarden Umfang beinahe mickrig. Steuergutscheine gab es unter bestimmten Umständen auch für Neueinstellungen in einem Unternehmen.

[Aus : 12. 04.12 / : http://www.astridbrand.homepage.t-online.de/Beitrage_zur_Sozialgeschichte/a_papen/a_papen.html]

Reinhardt-Programm : Der Spiegel, 29.01.2008 / DER TOTALITÄRE STAAT / ÖKONOMIE DES GRAUENS / Von Adam Tooze, Die Arbeitslosigkeit sank, der Konsum stieg. Sogar im Ausland wurden die Nazis dafür gelobt. Doch von Anfang an waren Rassismus, massive Aufrüstung und eine rigide Zwangswirtschaft die Grundlage für Hitlers Wirtschaftspolitik. Die Zahl klang verheißungsvoll. Schon ein Jahr nach Adolf Hitlers Machtantritt meldeten die Statistiker, die Arbeitslosigkeit habe sich von sechs Mio. auf weniger als vier Millionen reduziert. Deutsche Familien, so schien es, konnten dank des neuen Regimes wieder normal leben. Männer und auch viele Frauen fanden Arbeit. Die Regierung sorgte für Ausbildungschancen. Zum ersten Mal hatten alle männlichen Jugendlichen die Aussicht, zu Facharbeitern aufzusteigen. Und selbst um das kleine Glück daheim schien sich der "Führer" zu sorgen: Frischvermählte erhielten zinslose Darlehen für die Wohnungseinrichtung. Mochten die Daten der Arbeitslosenstatistik auch nicht ganz der Wahrheit entsprechen, an den elementaren Tatsachen war nicht zu zweifeln: 1936 war in Nazi-Deutschland die Vollbeschäftigung erreicht. Und im Jahr darauf, 1937, gab es ernsthaft-en Arbeitskräftemangel. Schon im Mai 1932 hatte Parteitheoretiker Gregor Strasser im Reichstag versprochen, die "große antikapitalistische Sehnsucht" des deutschen Volkes mit einem riesigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zu stillen. Mit Siedlungsprojekten und der Erschließung landwirtschaftlicher Böden wollte Strasser zudem das Problem der Verstädterung und der Ernährung Deutschlands aus heimischem Boden sichern. In seiner ersten Radioansprache am 1. Februar 1933 versprach auch Hitler einen "umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit". Als die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 an die Macht kamen, konnten sie noch auf Finanzmittel zurückgreifen, die in der Endphase der Weimarer Republik von der Regierung Kurt von Schleicher per Kredit für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beschafft worden waren. Die Gelder wurden nun beschleunigt ausgegeben, und sie reichten, um auf lokaler Ebene einiges in Bewegung zu setzen. Aus Ostpreußen meldete Gauleiter Erich Koch im August 1933, in seinem Einflussgebiet gebe es keine Arbeitslosen mehr. Um das zu erreichen, war man allerdings in der Wahl der Methoden nicht zimperlich. Zur Not sperrte man Betroffene einfach in Arbeitslager oder deklarierte die ersten "wildern" Konzentrationslager als förderungswürdige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Im Juni, nachdem Hjalmar Schacht Präsident der Reichsbank geworden war, floss auch im ganzen Land das Geld. Eine Milliarde Reichsmark gab es für das sogenannte Reinhardt-Programm, benannt nach Fritz Reinhardt, dem nationalsozialistischen Staatssekretär im Finanzministerium. Mit diesen Mitteln sollte finanziert werden, was Gregor Strasser 1932 gefordert hatte: Siedlungsprojekte, Straßen- und Wohnungsbau. Ein Großprogramm zum Bau von Autobahnen folgte binnen Wochen, und um die Baukonjunktur über den Winter nicht absacken zu lassen, wurde ein zweites Reinhardt-Programm aufgelegt, diesmal über 800 Mio. RM. Am 21. März 1934 inszenierte Hitler eine Begehung des Autobahnabschnitts München-Salzburg. Der sorgfältig choreografierte Festakt sollte den Deutschen demonstrieren, wie nachdrücklich ihre Regierung das Land veränderte. Tausend Arbeiter standen an der Baustelle Spalier, darunter viele ehemals Arbeitslose. Hitlers Rede wurde im Radio landesweit übertragen. Und die Propaganda, so schien es vielen, log nicht.

[Gesamter Artikel : <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecialgeschichte/d-55573709.html>

Architektur (Baukunst) / [http://www.lexikon-drittes-reich.de/Architektur_\(Baukunst\)](http://www.lexikon-drittes-reich.de/Architektur_(Baukunst)) (Baukunst), von den Nationalsozialisten und v. a. von Hitler besonders geförderte Kunst, die durch Monumentalbauwerke d. "Größe der Absichten" d. nationalsozialistischen Bewegung vermitteln sollte. Funktionalismus und Weltoffenheit der modernen Architektur galten nationalsozialistischen Kunsttheoretikern als "Ausländerei", Flachdächer als "orientalisch", Beton, Glas und Kunststoff als "rassisch entartet" (Schultze-Naumburg). Der Einfluss nationaler oder regionaler Traditionen in der Architektur blieb nach 1933 dennoch zweitrangig, beschränkte sich (z. B. mit **Fachwerk**) auf Wohn- und Gemeinschaftshäuser. Vorbild für Hitler und seine Architekten (bis 1934 v. a. **Troost**, danach **Speer**) war das "Schönheitsideal der antiken Völker und Staaten", die überdimensionierte Massigkeit antiker Kultbauten. Eine klassizistisch ausgerichtete **Ästhetik** galt als "zeitlos", sie wurde um stilistische Anleihen beim mittelalterlichen Burgenbau ergänzt und als "germanische Tektonik" bezeichnet. In der Monumentalarchitektur des Dritten Reiches dominierten lastende, streng geometrische Formen und horizontale wie vertikale Symmetrie. In bewusstem Gegensatz zur alltäglichen, zweckbestimmten Architektur sollten politische Sakralbauten einem "Gemeinschaftsgeist" verpflichtet sein, wie man ihn in den frühen deutschen Dombauten verkörpert sah. Da Hitler die Architektur als Herrschaftsmittel verstand, kam es 1934-40 zu einem Bauboom von "historischer Einmaligkeit". Die Neubauten sollten als "nationale Weihstätten" besonders auf die Massen wirken, den Rahmen für Versammlungen und Aufmärsche schaffen. Sie wurden mit Säulen, Türmen und Tribünen ausgestattet, dekoriert mit Staatsinsignien, Fahnen und Farben und bei Veranstaltungen kunstvoll angestrahlt und ausgeleuchtet. Der Schwerpunkt lag zunächst auf den "Bauten der Bewegung": Beim Königsplatz in München entstanden erste Großbauten, es folgte die Ausgestaltung des Nürnberger Reichsparteitagsgeländes, konzipiert als "Dokument stilbildender Art" auf 30 km Fläche. Höhepunkt waren die Planungen für d. Reichshauptstadt Berlin, die zu einem repräsentativen Zentrum ausgebaut werden sollte, denn "nur das Vorhandensein eines solchen mit dem magischen Zauber eines Mekka oder Rom kann auf die Dauer d. Bewegung Kraft geben" (Hitler). Entwürfe von 1937 sahen für die geplante Zehn-Millionen-Metropole u. a. eine Prachtallee als "längste Geschäftsstraße der Welt" und eine "Große Volkshalle" mit 300 m hoher Backsteinkuppel vor. Noch 1944 wurden die Pläne überarbeitet, man wollte das kriegszerstörte Berlin als "Germania" zur Hauptstadt eines von Deutschland beherrschten Europas wiederaufbauen.

Bis in die 40er Jahre entstanden zahlreiche Großbauten ohne wirtschaftlichen und sozialen Nutzen, die durch Dimension und Ballung Staatsgewalt zum "Erlebnis" machen und Kritiker einschüchtern sollten: "Nichts ist mehr geeignet, den kleinen Nörgler zum Schweigen zu bringen, als die ewige Sprache der Kunst" (Hitler). Die klassizistische Architektur symbolisierte wie das Natursteinmaterial (besonders Granit und Kalkstein) Dauerhaftigkeit und Standfestigkeit des Systems. Langfristig geplant war eine "Vereinheitlichung" des Städtebaus durch Mittelpunkte mit politischen Kultbauten und Aufmarschplätzen. Verteilt über d. Land u. eroberte Gebiete sollten wie mittelalterliche Wachstationen auf Bergen und Hügeln Kasernen und Ordensburgen der SS entstehen (z. T. tatsächlich gebaut). Im Zweiten Weltkrieg zeichneten sich durch die Planung von Totenburgen und -denkmälern die Anfänge einer gigantischen Friedhofsarchitektur ab.

Im nichtstaatlichen Bereich (beeinflusst durch das Amt "Schönheit der Arbeit" der DAF) wirkten die Grundsätze der nationalsozialistischen Architektur auch auf den Bau von Industrieanlagen: Man konstruierte Fabriken aus Natur- und Backstein, Verwaltungsgebäude erhielten Säulenhallen. Der private Wohnungsbau verlor dagegen nach 1933 stark an Bedeutung, die öffentlichen Mittel lagen weit unter dem Niveau der Weimarer Zeit, der Standard ging zurück durch billigste Bauweisen, Serienproduktion, Einsparungen bei Komfort und Ausstattung. Staatlich propagierte Klein- und Werksiedlungen sollten zudem die Arbeiter enger an die "Betriebsgemeinschaft" binden und waren daher betont schlicht gehalten.



Dt. Wanderverein / Kassel – homepageemblematik : **Fachwerkreihe / Ausschnitt** / [echt. histor.], vertritt auf seiner 3w.p, außer einem Butzenscheibendiskurs nach > Fachwerkromantik<, die unreflektierten, unkritischen Auffassungen zum damaligen Durchwandern, v. N nach S, d. BRD, ehem. NSDAP-Mitglieds K. Carstens, im histor. Abriß unter den "Schirmherren" zitiert.

notstandsargumentation d. 50-Jahre. Demgemäß liegt eine wissenschaftliche Aufarbeitung der eigenen Geschichte während des NS nicht vor, erübrigt sich offensichtlich, da wie auf die 3w.-p. benennt . . . "die West-Alliierten die Wandervereine nicht als NS-Organisationen einstufen, unter Rekurs auf die Formalien. ... " 'Vereinsaktive' hätten direkt nach dem Krieg wieder "Vereine in Leben rufen können" . . . Das erscheint aber ohne Nachweisqualität für alle Vorgänge während der Zeit der "Gleichschaltung", mit oder auch ohne Übernahme von NS- Ideologemen oder auch nur Teilaspekten, des "Volksgemeinschaftsgedanken", eine diffuse Ausflucht. Auch hier fehlen alle Angaben zu Widerstandshandlungen oder Verfolgung

durch die NS-Behörden, wohl dann aus Bescheidenheit unterlassenen. Wikipedia : [Wanderverein, 29.4.12] wiederholt die Darstellung der 3w.-p. zu NSDAP-Mitgliedschaften für Leitungsfunktionäre ohne Belege & stellt fest : . . .“ Nach der Machtübernahme durch die [Nationalsozialisten](#) wurde auch die damals 259.000 Mitglieder zählende Organisation der Wanderer gleichgeschaltet. Der sogenannte Reichsführer d. Wanderer, [Ferdinand Werner](#), verfügte bereits im Juli 1933  den Ausschluss aller [Nichtarier](#) und [Marxisten](#) aus den Mitgliedsvereinen. Als Vorsitzende der Untergliederungen durften nur noch NSDAP-Mitglieder fungieren, die Jugendgruppen waren in d. [Hitlerjugend](#) bzw. d. [Bund Deutscher Mädel](#) zu überführen. “

 **§§ / Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, vom 7. April 1933 verursachte Exmittierungen aus Universitäten jüd. Professoren, bereits gleichzeitig für April 1933 .**

Im Erinnerungssammelband *Die Blaue Blume des Wandervogels* [Gegr., Berlin, Steglitz, 1896 / dort, gleichzeitig auch : “Ksrl. Kadettenanstalt“.), verteidigte Werner Helwig als Zeitzeuge und prominentes Mitglied des Nerother Wandervogels die Bewegung gegen den Vorwurf, dem Nationalsozialismus Vorreiterdienste geleistet zu haben, indem er noch für die Zeit der Weimarer Republik befand: „Abirrungen nach Extrem-Rechts kamen nicht häufiger vor als nach Extrem-Links.“ Wo Einzelne sich in parteipolitischen Engagements versucht hätten, seien sie meist sehr schnell kaltgestellt worden. Der Nationalsozialismus hingegen habe alles in sich aufgesogen, „was irgend den Charakter von Bewegung hatte. [...] Die Träger der adaptierten Bewegung wurden ausgerottet, bevor sie sich als Fermente auswirken konnten. Die Formen, die sie mitgebracht hatten, blieben gleichsam sinnentleert übrig ...“ ^[46] / ^[46] Werner Helwig: *Die Blaue Blume des Wandervogels*. Heidenheim a. d. Brenz 1980, S. 316f.] Nach: wikipedia, Wandervogel, 29.4.12. “Wie die Anhänger des Wandervogels begeisterten sich auch d. jungen Bergsteiger für die Volksmusik ihrer Heimat “... [p.117, Berg Heil, Alpenvereine & Bergsteigen, 1918 -1945 / 2011].Die kritische Edition zur Wandervereinsgeschichte, fehlt & der 3w-p.-Präsentation nach, folgt der Vereins anscheinend konservativen Wertvorstellungen. Für alle “NS-Zwangsmitgliedschaften für Manager“, darf im wesentlichen behauptet werden: aus SS / SA & anderen Gliederungen d. NSDAP war ohne wesentlichere “Restriktion“ : > auszutreten < möglich, dsgl. exmittierte die NSDAP zahlreiche Mitglieder, nichtgezahlter Beiträge wg., ohne sofortige KL-Einweisung in Folge. Stellenbesetzung, immerhin in einem “Privaten Verein“ & keiner staatlichen Organisation, mit NS-konformem Personal ergab sich wohl automatisch : anzuraten wäre hier exakte Darstellung unter Belegen aller Widerstandshandlungen mit Quellen.“ **Das Jahr 1933 / „Gleichschaltung“ d. „Volksgemeinschaft“:** Der Einparteiensstaat beruht jedoch nicht allein auf Unterdrückung und Gewalt, er kann sich auf e. wachsende Zustimmung breiter Schichten des Volkes stützen. Vor 1933 hatte d. NSDAP vor allem bei den vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten ihre Wähler gefunden: Kleinbauern, Einzelhändler, Handwerker und Angestellte . . . / > http://www.chroniknet.de/indx_de.0.html?article=534&year=1933 <

Der Mai - 1945 folgenden “Verleugnungs- & Konversionslinie“ gibt der Fall G.Grass ein Gesicht & treffende Paradigmen zum SPD-Einzugsbereich, mit der insitierenden, formal-rhetorischen & pauschalen Behauptung : kein SPD Genosse wäre jemals Mitglied einer fasc. Partei gewesen, den 50-Jahre Kampf [Alte BRD/West] begleitend, der im “Marsch durch die Institutionen“, Umbenennung mit Generationensprung erfahrend, seine politische Höhe erklimm in der rot/grünen G. Schröder [II.] / J. Fischer dominierten Politik & Eroberung der “Kommandohöhen der Bourgeoisie“ – als alleiniger Verursacher des Fascismus signifiziert : unter Verkennen der wahren soziographischen Bedingungen - besonders der Rolle der Reichswehr. “Auch unter Mißbrauch des Genocid-Begriffs beider Rechtfertigung der NATO-Angriffs ggn. d. ehem. Jugoslawien“ [nach : p. 131 / U. Sander, Von Arisierung bis Zwangsarbeit, Köln, 2012]

Wohnen und Design 1939: / Wohnungsnot bleibt größtes Problem / Als ideale Wohnumwelt gilt 1939 das »Haus nach Maß«, eine Verknüpfung individueller Vorlieben mit modernsten technischen Errungenschaften. Dazu erklärt der deutsche Architekt Fritz Breuhaus de Groot: »Haus und Wohnung sollen keine Wohnmaschine, keine Wohnwerkstätte in technischer Mode sein, sondern ein persönliches ... den Lebensgewohnheiten des Bewohners angepaßtes Heim.« Während die Designer im westlichen Ausland bei der Gestaltung von Wohnlandschaften auch Ausgefallenes propagieren, gelten im Deutschen Reich andere Kriterien: Natürliche Gestaltung, landschaftliche Gebundenheit und volkmäßiges Erscheinungsbild sind die Maßstäbe des Kunsthandwerks. Während für Repräsentativbauten viel Geld da ist, geht der Wohnungsbau fast leer aus. So erhält Berlin 1939 für Neubauten 300 Millionen Steine, wobei allerdings nur 60 Millionen dem Wohnungsbau zugutekommen. 95 % aller bei der Stadt Berlin eingehenden Wohnungsanträge werden abgelehnt. Nur 14 671 Wohnungen kommen 1939 hinzu, 1936 waren es immerhin noch 24 038 . Bezeichnend für die Lage auf dem Lande ist eine Untersuchung im Bezirk Gör-litz: 70% der Landarbeiterwohnungen waren unbewohnbar. Zwar ist das Kündigungsrecht verbessert worden (20. 4.), wobei diese Vergünstigung nicht für Juden gilt, aber die Mieten verschlingen regelmäßig oft bis zu einem Drittel des Einkommens einer normalen Arbeiterfamilie. 1939 werden im alten Reichsgebiet 206 229 Wohnungen neu gebaut, der geringste Zuwachs seit 1933 (1178 038). 20,335 Mio. Privathaushalte verteilen sich 1939 auf über 18,325 Millionen Wohnungen, darunter sind 26,7% Neuwohnungen (nach 1918 erbaut) und 47,3% Kleinwohnungen mit max. drei Wohnräumen. Zwar wurden seit 1933 insgesamt 95 867 sog. Kleinsiedlerstellen bewilligt, doch die v. Staat bewilligten 161,37 Milliarden RM an Darlehen deckten gerade 26% der Gesamtkosten.
http://www.chroniknet.de/tml1_de.0.html?article=1656

Frankfurt / "Goldstein-Siedlung"



http://www.google.de/imgres?imgurl=http://thomasmayerarchive.de/images/308/009AA19980602A0011/jpg/009AA19980602A0011,Architektur,Architekten,Gehry,-Frank,Siedlung-Goldstein,Siedlung-Goldstein.jpg&imgrefurl=http://thomasmayerarchive.de/details.php?Image_id%3D27879%26I%3Ddeutsch&h=336&w=512&sz=38&tbnid=hCITUNZiVX5VZM:&tbnh=90&tbnw=137&prev=/search%3Fq%3Dfrankfurt%2Bgoldstein%26tbn%3Disch%26tbo%3Du&zoom=1&q=frankfurt+goldstein&docid=2v97eQc67-tlVM&hl=de&sa=X&ei=422VT8_eB_JHptQa1-L28BA&ved=0CE0Q9QEWBA&dur=606

Aktueller Zustand / dwld. des icons, mit langer adresse : am 23.4.12



<http://frankfurt-interaktiv.de/frankfurt/stadtteile/schwanheim.html>

Goldstein-Siedlung

Der Name der Siedlung geht auf eine im 13. Jh. erstmals erwähnte Wasserburg zurück, die sich im Besitz des Frankfurter Patriziergeschlechts zum Goldstein befand, aber bereits 1552 zerstört wurde. Die Goldstein-Siedlung entstand aus dem seinerzeit beispielhaften Projekt "Zur Milderung der Arbeitslosigkeit durch Errichtung von Kleinsiedlerstellen". Dafür hatte die Stadt Frankfurt 1932 Reichsmittel erhalten und stellte das freie Gelände zwischen Niederrad und Schwanheim zur Verfügung.

Um die 400 arbeitslose Siedler mit ihren Familien kamen so zu einem bescheidenen Eigenheim im Grünen. Die Siedlung Goldstein hat heute rund 11.000 Einwohner und damit mehr als das eigentliche Schwanheim.



Offenbar unter gewisser Gleichförmigkeit – die protestantischen Aktivitäten in den Kleinsiedler-Anlagen : ob Straßenbau 1932 oder kulturell-künstlerisches Engagement . . . [Gegr. 1976]. Auffällig alle 3w- & andere durchschnittliche Darstellungen vermeiden immer noch, historische Bezüge herzustellen zur Okkupation der Siedler-“bewegungen“ während der NS-Zeit. Sowohl auffällige Widerstandsbewegungen und auch Formen der Verfolgung wären doch erwähnens- & mitteilenswert.

FRANKFURTER RUNDSCHAU /25|11|2008 / **WOHNVIERTEL-PROBLEMQUARTIER / Eingezäunte Wiese** / Heruntergekommene Siedlungen sind häufig Gründe, weshalb Konflikte aufbrechen, sich Gewalt entlädt. Zum sozialen Konfliktmanagement gehört deshalb auch die Verschönerungskur. *Von Jutta Ochs*



Ein Haus in der "Engelsruhe". Die städtische Wohnungsgesellschaft ABG baut in dem Viertel 235 neue Sozialwohnungen.

Foto: dpa / **Gesamter Text** : 3w.-p., unten

Da ist eine riesige Grünfläche in der Engelsruhe zwischen Teutonen- und Markomannenweg. Sie überzieht den Cimbernweg, der sich erst 200 Meter weiter als Asphaltstraße fortsetzen darf. Eine mit viel Holz errichtete Kindertagesstätte steht idyllisch direkt an dieser Wiese - für die Kinder aber ist sie verbotene Zone. Das Areal gehört dem Bund und der behält sie den Bewohnern sein-er Wohnungen vor. Das signalisiert er mit Zaun und Warnschildern: "Privateigentum."

Es ist noch längst nicht alles heil und schön im Unterliederbacher Viertel mit seinen 3500 Bewohnern. Und eine in die Jahre gekommene Punkerin reagiert an der Bushaltestelle gereizt, wenn man sie fragt nach ihrem Wohlbefinden im Quartier, das sich im Programm "Soziale Stadt" gerade erneuert. "Reden Sie doch nicht immer davon. Uns geht es gut!"

Mit diesem Programm, das sowohl der Bund als auch die Stadt auflegen und fördern, sollen Bezirke, die zu kippen drohen, in denen Verwahrlosung und latente und offene Gewalt Einzug gehalten haben, wieder ins gesellschaftliche Lot gebracht werden. Durch Quartiersmanager, durch Treffpunkte, durch gemeinsame Arbeit von Kirche und Vereinen und immer auch durch bauliche Verschönerung.

In d. Engelsruhe ist schon optisch vieles gelungen. Architektonisch anspruchsvoller Wohnungsbau ist dort gewachsen und breitet sich mehr und mehr aus. Doch gibt es Bewohner, die das Etikett soziale Stadt als Stigma empfinden. "Wir sind doch kein Getto! Begleitet von gemischten Gefühlen gibt und gab es diese Programme unter anderem im Gallus ebenso wie in Fechenheim, Im Mainfeld in Nieder-rad, Im Heisenrath in Goldstein, Am Bügel in Bonames, der Atzelberg in Seckbach ist eine weitere Station./ <http://www.fr-online.de/rhein-main/wohnviertel---problemquartier-eingezaeunte-wiese,1472796,3403632.html>

Kennzeichnend für die Hauszinssteuerära ist gerade im Hinblick auf den Vergleich mit den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“ die starke Berücksichtigung der gemeinnützigen Bauherren und der Trend zum Bau in größeren Mietshäusern, bei denen man freilich aus den Fehlern der sogenannten Mietskasernen bereits gelernt hatte. Als neuer Standard etablierte sich in den zwanziger Jahren die Zeilenbauweise, die den neueren Erkenntnissen der Wohnungshygiene Rechnung trug und die Hinterhöfe und Rückgebäude mit ihren schlecht belichteten und belüfteten Wohnungen vermied. Gleichzeitig verkörperte der Zeilenbau eine quasi demokratische Architektur²⁷⁾, weil alle Wohnungen eine annähernd gleich gute Lage erhielten und eine soziale Hierarchisierung der Wohnungen und ihrer Bewohner vermieden wurde. Bei den Architekten des „Neuen Bauens“ trat der Wille zum Experiment hinzu: So sollten Ernst Mays Trabantensiedlungen in Frankfurt eine adäquate Architektur für die Bedürfnisse der industrialisierten Gesellschaft bieten, Bruno Taut experimentierte mit Flachdächern, Farbeffekten und geometrischer Rhythmisierung langgezogener Fassadenfronten in Berlin, und die Stuttgarter Weißenhof-Siedlung führte als gebaute Ausstellung vor, dass rationell-moderne Bauweisen auch neue Formen wie den Wohnkubus hervorbringen konnten. Diese hervorsteckenden Zeugnisse des „internationalen Stils“ wurden von den Nationalsozialisten als „undeutsch“ und „heimatfremd“ diffamiert. Sie leiteten zumindest intentional eine „Revision der Moderne“²⁸⁾ ein, die allerdings auf der praktischen Ebene nicht konsequent zu Ende geführt und im Krieg auch konzeptionell zurückgenommen wurde. Die nachfolgende Darstellung soll abgesehen von ihrem materiellen Scheitern²⁹⁾ auch die logischen Inkonsistenzen, praktischen Umsetzungsprobleme und Ersatzstrategien nationalsozialistischer Wohnungspolitik deutlich machen.

p. 849/ Dr. Ulrike Haerendel /Speyer/
Wohnungspolitik im NS.

²⁷⁾ Vgl. Bärnreuther, Revision der Moderne unterm Hakenkreuz.
²⁸⁾ Dazu vor allem Führer, Anspruch und Realität.

[PDF\] Wohnungspolitik im Nationalsozialismus](http://www.z-sozialreform.de/ccm/cms-service/stream/asset/?asset_id...) www.z-sozialreform.de/ccm/cms-service/stream/asset/?asset_id...Dateifor mat: PDF/Adobe Acrobat - [Schnellansicht](#)
Wohnungspolitik im Nationalsozialismus. Von Dr. **Ulrike Haerendel**, Speyer.

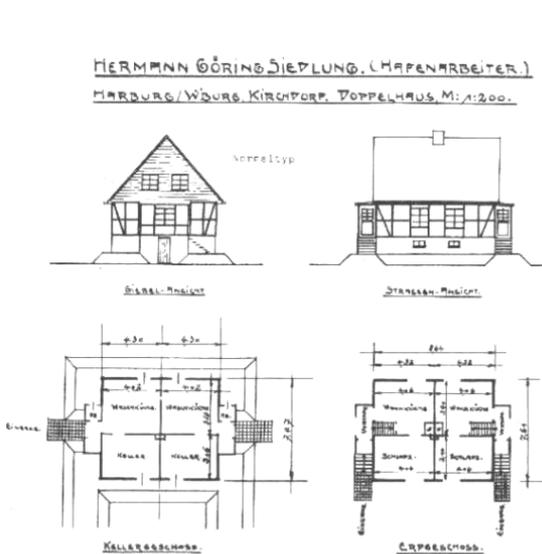
Hamburg – Harburg / Hermann Göring-Siedlung

Hermann-Göring-Siedlung / Kirchdorf wurde schon Anfang der 30er Jahre wegen seiner Hafennähe als Siedlungsgebiet interessant, um unstete Hamburger Hafenarbeiter sesshaft und für die Hafenbetriebe verfügbar zu machen. Die Planungen für diese Hafensiedlung begannen schon 1932. Ein Jahr später war der soziale Grundgedanke von den Nationalsozialisten vereinnahmt, und die Rede war nur noch von "Volksgenossen" und "Volksgemeinschaft". Die Siedlung, für die Hitlers Reichsmarschall Hermann Göring später die Patenschaft übernahm, sollte gewissermaßen eine Keimzelle des nationalsozialistischen Staates werden. Für die Siedlung wurden in Kirchdorf große Flächen Acker- und Weideland benötigt, das den Bauern Stück für Stück abgekauft wurde. Nach der Gleichschaltung wurden Bauern, die sich bis dahin geweigert hatten, zu verkaufen, schlichtweg enteignet.

Für die "Hermann-Göring-Siedlung" übernahm die Hafenbetriebsgesellschaft die Siedlungsplanung. Während der Oberbürgermeister versuchte, sich für das Siedlungsrecht Wilhelmsburger Arbeiter einzusetzen, war der Hafenbetriebsgesellschaft daran gelegen, nur nazitreue "Volksgenossen" aus der Hafenarbeiterschaft - die da allerdings dünn gesät waren - als Siedler aufzunehmen . . .

Text, nach :

<http://bildungsserver.hamburg.de/wilhelmsburg-im-nationalsozialismus/2364558/nationalsozialistischer-alltag-in-wilhelmsburg.html>



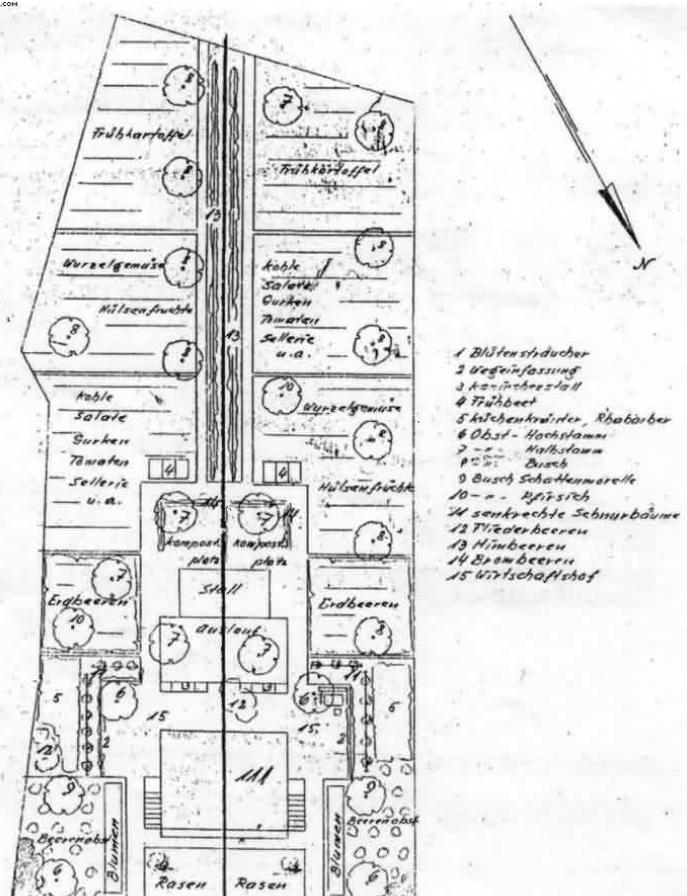
In den ersten Jahren konnten die Siedler alle Arten von Gartengeräten, Pflanzen und Tieren über den Verein kaufen - auch auf Ratenzahlung.

Diese Preisliste ist aus dem Jahre 1938

Bestellsattell

des Siedleramwärters

Anzahl	Bezeichnung des Wirtschaftsgutes	Preis
1	Spaten aus einem Stück geschmiedet u. Stiel	3.00 RM
1	Sandschaukel mit Stiel	0.91 RM
1	Rebenscherer	0.90 RM
1	Bast	0.13 RM
1	Sonnenmischel aus Spezialstahl	0.80 RM
1	Kartoffelhacke mit Stiel, Größe 160 mm	0.79 RM
1	Wegenschaukel mit Stiel, Größe 80 mm	0.67 RM
1	Kultivator mit Stiel, 5 Zinken	1.92 RM
1	Bügelhacke mit Stiel, 3 Zinken	1.13 RM
1	Hacke mit Stiel, 12 Zinken	1.20 RM
1	g" - " 6 Zinken	0.77 RM
1	Düngeforker mit Stiel	0.56 RM
1	Becken mit Stiel	1.77 RM
1	Zinkeimer, groß 30 cm (Lieferungsmöglichkeit noch fraglich)	0.80 RM
1	ovale Eisekanne, Inhalt 18 Liter	1.00 RM
1	runde Eisekanne, " "	2.37 RM
1	Kartoffelkorb aus Drahtgeflecht, 30 Pfund	0.68 RM
1	Beil, 800 g	0.74 RM
1	Axt mit langem Stiel, 1500 g	0.47 RM
1	Maisel	0.55 RM
1	Kastensauger mit Rückstrahler und Hartstahlkante, Gr. 90 cm, Tragkraft 450 Pfund	0.95 RM
1	Kastenzug, Größe 110 cm	27.00 RM
1	Schleppkarre	18.70 RM
1	Spatenhaken	2.00 RM
1	Senne mit Baum, Ring, Ambos und Hammer	6.00 RM
1	Schraubstock	3.35 RM
1	Kneifzange	0.91 RM
1	Mauerkelle	1.48 RM
1	Schweißel	0.93 RM
1	terreine Hackspitze, Bolker	3.63 RM
1	Hammer, 400 g	0.67 RM
1	Schlichtobel, Gr. 40	2.75 RM
1	Doppelhobel, Gr. 40	3.25 RM
1	Drahtschere	0.60 RM
1	Bügelzahn, Gr. 90 cm	1.65 RM
1	Füttertrichter ohne Stiel	0.54 RM
1	Häufler, Gr. 2	1.60 RM
1	Häufler, Gr. 4	2.70 RM
1	Stiel hierzu	0.48 RM
1	Holzkarre	1.00 RM
1	Fuchschwanz	0.64 RM
1	versinkte Krampen	0.69 RM
1	Binderdraht	0.00 RM



Empfehlung des Deutschen Siedlerbundes zur Gartenbestellung (1938)

Neu-Heidelberg

Geschichte : Am Anfang stand der Siedlungsgedanke..... Die Baugenossenschaft Neu Heidelberg wurde am 29. Juni 1918 gegründet, in einer Zeit, die von Krieg und Not geprägt war. Voraus gegangen waren katastrophale Wohnverhältnisse für Mieter mittleren Einkommens. Diese Situation spitzte sich nach Ende des Ersten Weltkriegs durch die heimkehrenden Soldaten weiter zu. Als Folge der Gartenstadtbewegung zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde nach dem Weltkrieg auch in Heidelberg eine Gartenstadt-Genossenschaft gegründet, die jedoch über die Aufstellung eines Statuts nicht hinaus kam. Sie diente allerdings als Ideenträger zur Gründung unserer Genossenschaft.

Viel Harmonie bei der Baugenossenschaft Neu Heidelberg /RNZ 05.07.2011 (pop)/ Ihrer langen Zugehörigkeit zur großen Genossenschaftsfamilie ist sich d. 1918 ins Leben gerufene Baugenossenschaft Neu Heidelberg nicht einfach bewusst. Vielmehr ist sie über diese engen Bande ausgesprochen glücklich, unterstrich nun Aufsichtsratsvorsitzen-der Reiner Nimis b. d. Vertreterversammlung im Pfaffengrunder Gesellschaftshaus. Angesichts v. Banken- u. Finanzkrisen könne man letztendlich nur froh sein, dass "wir uns für ein anderes Geschäftsmodell entschieden". Und selbst die Banken in Genossenschaftsform seien "weniger betroffen", hielt Nimis überdies fest. Zuvor pries er den vom Geschäftsführenden Vorstandsmitglied R. Hornig präsentierten Jahresbericht 2010 als "tolle Übersicht über alles, was uns im letzten Geschäftsjahr bewegt hat". Als generelles Ziel gab Nimis die "Sicherung des Wierterlebens unserer Genossenschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten" aus.

<http://www.neu-hd.de/informationen>

Zur Gründungsversammlung des Badischen Baubundes entsandte die Ortskrankenkasse Heidelberg den damaligen Arbeitersekretär Christian Stock. Er rief danach einen Kreis von Freunden der baugenossenschaftlichen Idee zusammen, um die Neugründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft in Heidelberg zu erörtern. Hierbei wurde beschlossen, eine gemeinnützige Baugenossenschaft zu gründen, die den sozialen und kulturellen Verhältnissen der minderbemittelten Bevölkerung Rechnung trage. Zur Verwirklichung dieser Idee wurde unter Vorsitz von Christian Stock ein Ausschuss gewählt, dem Persönlichkeiten verschiedener Institutionen und Bevölkerungskreise angehörten.

Am 16. Juli 1918 wurde die Genossenschaft ins Genossenschaftsregister eingetragen und begann mit 69 Mitgliedern ihre Arbeit. Als wichtigste Aufgabe betrachtete man den Bau einer halbländlichen Kleinsiedlung in der Umgebung Heidelbergs. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt Heidelberg sowie deren Hilfe bei der Grundstücksbeschaffung konnte man bereits im Jahr 1919 mit dem Bau von 103 Wohnungen im Gewinn Pfaffengrund beginnen. Nach einem Plan von Oberbaurat Schmieder entstand die heute unter Denkmalschutz stehende Siedlung Pfaffengrund.

Parallel dazu entstanden in Handschuhsheim die Siedlung Pfädelsäcker und in Kirchheim die Siedlung "Am Brenner". Auch hier kam Hilfe von der Stadt Heidelberg bei der Grundstücksbeschaffung, allerdings gestaltete sich die Kapitalbeschaffung und die Beschaffung der nötigen Baustoffe schwierig.

Ab 1926 wurde vom Grundsatz, halbländliche Kleinsiedlungen zu erstellen, abgewichen. Man wollte in die Wohnungszustände in der Stadt eingreifen und musste hierzu, da keine Erbbauverträge zu bekommen waren, Grundstücke mit Eigenmitteln erwerben. So entstanden in Neuenheim und in der Weststadt in verschiedenen Wohnanlagen insgesamt 136 Wohnungen, die heute zu den attraktivsten Wohnungen unserer Genossenschaft in besten Wohnlagen gehören.

Die Bauleistung von über 600 Wohnungen in den ersten 10 Jahren des Bestehens scheint aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung der Zeitumstände fast unglaublich. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 und die Übernahme der Verwaltung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 brachten die Tätigkeit der Genossenschaft zum Erliegen. Ihr Weiterbestehen verdankt sie allein der Tatsache, dass sie die größte Genossenschaft Heidelbergs war und im Zuge der Gleichschaltung die kleineren aufzunehmen hatte. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches begann mit der Währungsreform 1948 die zweite große Bauphase in der Geschichte der Genossenschaft. / © Baugenossenschaft Neu Heidelberg eG | [Impressum](#)

[Rüdiger Stutz - Jena](#)

<http://www.jena.de/fm/41/ZwischenSiedlungsboomundWohnungsnot...>

Rüdiger Stutz. Das Jenaer Stadtbauamt zwischen Siedlungsboom und Wohnungsnot 1931 bis 1942. Mit der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur ... :

Vergleich der Baukosten, monatlichen Belastung der Siedler und Zeitdauer der Abzahlungen²⁶

Kleinsiedlung der Konzern-Unternehmen	Baukosten in RM	monatliche Belastung der Siedler in RM	Durchschnittsmiete der früheren Wohnung in RM	Abzahlungsdauer der Siedlerstelle in Jahren
Krupp Grusonwerk A.G., Magdeburg	2600	25	-	25
Waggonfabrik Talbot G.m.b.H., Aachen	2500	15	30,- bis 40,-	38
I.G. Farben A.G., Wolfen	4000	20	-	46
Siemens-Werke, Berlin	3250	12,- bis 17,- bzw. 15,- bis 20,-	29,- bzw. 34,-	40
Hirsch Kupfer- u. Messingwerke A.G., Finow (M.)	3550	16	-	40
I.G. Farben A.G., Ludwigshafen u. Oppau	4000	23,3	30	22
AEG, Berlin	4350	20	-	45
Osram G.m.b.H., Berlin	5900	32,5	34	36
Carl Zeiss, Jena	6000	25,- bis 35,-	37,- bis 52,-	25

Die Jenaer Siedlung hatte auf Anregung des Stiftungsbetriebes Carl Zeiss den Namen „Grenzland“ erhalten, womit auf die territorialen Verluste des Deutschen Reiches infolge des Versailler Friedensvertrages angespielt wurde.²⁷ Gewiss entsprach diese Namensgebung dem verbreiteten Geist dieser revisionistischen Zeitperiode. Der in jeder Hinsicht überstürzte Baubeginn glich allerdings auch einem Zugeständnis an den Vorsitzenden des nationalsozialistischen Betriebsausschusses, Max Zieler, der als Mitglied der Nationalsozialistischen Betriebszellen-

Organisation (NSBO) vehement die Aufnahme eines großen Siedlungsprojektes vom Unternehmensvorstand gefordert hatte. „Betriebsführer“ August Kotthaus nahm in seiner Ansprache aus Anlass der Grundsteinlegung am 24. Juni 1933 jedenfalls ausdrücklich auf „unseren Herrn Zieler“ Bezug. (Abb. A8P_444) Ihm sei es in Berlin gelungen, ergiebige Finanzierungsquellen zum Sprudeln zu bringen. Dank seiner „Findigkeit“ habe das Unternehmen seine ursprünglich nur auf 40 Wohnungen ausgelegten Siedlungspläne bedeutend erweitern können, so dass im ersten Bauabschnitt bereits 130 Häuser übergeben werden konnten. Kotthaus ergriff die Gunst dieser feierlichen Stunde, um die beim anwesenden Kreisleiter der Jenaer NSDAP und anderen Parteichargen ausgeprägten Vorbehalte gegen das Zeiss-Unternehmen zu zerstreuen. Die neue Siedlung verkörpere „eine weithin sichtbare erste Tat des nationalsozialistischen Geistes“ der Zeissianer. Durch sie werde ihm ein bleibendes Denkmal gesetzt. Zugleich verdeutliche die Siedlung „eine stolze und freudige Bejahung des neuen Staates“ durch das Unternehmen. Damit glaubte Kotthaus die „wahren“ Haltung der leitenden Zeiss-Beamten treffend zu beschreiben. Denn diese wurden seit Langem von lokalen NS-Führern argwöhnisch beurteilt.²⁸



Sandersdorf liegt **westlich der Stadt Bitterfeld-Wolfen** und wurde im Jahr 1373 zum ersten Mal in den Urkunden des Klosters Brehna erwähnt. Von den Eindrücken einer über 800 Jahre alten Siedlung ist nichts mehr übriggeblieben. Sandersdorf liegt an der Bundesstraße 183 und nahe der BAB 9 Nürnberg-Berlin.

Historisches aus der Stadt Sandersdorf-Brehna / Die Siedlung Klaus Peter Synnatzschke / Einleitung / Das Gelände, auf dem ab **1934** die "Vorstädtische Kleinsiedlung in Sandersdorf" entsteht, wurde vom Tagebau "Deutsche Grube" (1878 – 1934) ausgekohlt und anschließend verfüllt [1, S.126] (Bilder 1-3). Vor der bergbaulichen Nutzung gehörten große Teile dieses Geländes zum ehemaligen Rittergut Zscherndorf. Für das Kippengelände werden 1933 geologische Formation und Bodenbeschaffenheit bewertet. Die unteren Schichten sind Sand und Kies, die oberen Ton und Mutterboden. Letzterer ist leichter Ackerboden der Klasse V, gut geeignet für gärtnerische Nutzung. Das Grundwasser steht ca. 25 m unter der Geländeoberfläche. [2] /

<http://www.sandersdorf-brehna.de/index.php?id=111294000476>

Gerhild Krebs

„Dorf im Warndt“

Zum Schützenhaus, Siedlerstraße, Forststraße, Tulpenstraße, Blumenstraße, Rosenstraße, Nelkenstraße, Gartenstraße, Friedrich-Ebert-Straße, Karlstraße, Brunnenstraße, Bertholdstraße und Albert-Schweitzer-Straße, Großrosseln

Baugeschichte

„Dorf im Warndt“ heißt es zwar bis heute, aber die als nationalsozialistische Mustersiedlung bezeichnete Gründung südlich von Ludweiler auf dem Großrosseler Bann, deren erster Spatenstich am 24. November 1936 erfolgte, wurde als Teil des künftigen nationalsozialistischen Saarbrückens geplant. Es sollte eine Stadtrandsiedlung Saarbrückens mit insgesamt 400 sogenannten Kleinsiedlerstellen werden, dazu eine Gaststätte, ein Café, eine Papierwarenhandlung, eine Bäckerei, eine Gemischtwarenhandlung und ein Friseurladen – und eine Schule als Geschenk des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB). Georg Laub und Hermann Stolpe vom Saarbrücker Stadtbauamt (unter dessen Leiter Walther Kruspe) planten die Siedlung. Auftraggeber war das gäuleigene pfälzische Reichsheimstättenamt. Die Stadt Saarbrücken erwarb die Grundstücke, die meiste Arbeit verrichteten die ausgelosten Siedler des ersten Bauabschnitts selbst. Es wurden 122 sogenan-

nte Siedlerstellen, d.h. Einzelhäuser, und fünf sogenannte Volkswohnhäuser, d.h. Häuser mit mehreren Wohnungen errichtet. Am 1. Juli 1938 war der erste Bauabschnitt von „Dorf im Warndt“ fertig (Zum Schützenhaus, Siedler-, Forst-, Tulpen-, Blumen-, Rosen-, Nelken-, Gartenstraße und heutige Friedrich-Ebert-Straße). Mit Hilfe der unbezahlten Eigenarbeit, eines Reichsdarlehens und je eines Arbeitgeberdarlehens der Völklinger Hütte und der Saarbergwerke AG schuf man das nötige Eigenkapital zum Baubeginn der weiteren Häuser im zweiten Bauabschnitt. Vom zweiten Bauabschnitt wurden bis zum 1. Juli 1939 einige Volkswohnhäuser errichtet und 1943 weitere Häuserzeilen mit Siedlerstellen begonnen (Karl-, Brunnen-, Berthold- und Albert-Schweitzer-Straße). Der Grundstein für die nach Hans Schemm benannte Schule wurde am 13. März 1938 gelegt. Ihre Planung oblag der NSLB-Bauabteilung in Bayreuth; sie wurde wegen des Krieges jedoch nur im Rohbau erstellt. 1957–1959 wurde der Festsaal („Weihehalle“) der halbfertigen Schule als katholische Kirche und Kindergarten umgestaltet.

Regionalhistorischer Kontext

Die zeitgenössische Ideologie sprach von einer Stadtrandsiedlung. In Wirklichkeit waren es keine Saarbrücker Familien, sondern Arbeiterfamilien der nahen Gruben und der Völklinger Hütte, die hier untergebracht wurden. „Dorf im Warndt“ sollte Mitglieder der jeweiligen Stammebelegschaften der nahen Industriebetriebe durch Besitz von Haus und Grundstück an die Betriebe binden. Das nationalsozialistische Konzept war nicht neu, sondern eine direkte, aber unausgesprochene Fortsetzung patriarchalischer Sozialfürsorge der Arbeitgeber des 19. Jahrhunderts an der Saar. Die Siedlerstellen und Volkswohnungen waren klein, vollkommen gleichförmig in der Gestaltung, und die Häuser mit Gärten zur minimalen Selbstversorgung versehen – wie die Prämienhäuser der preußischen Bergverwaltung bis 1918. Die nationalsozialistische Verwaltung nahm mit dem Bau von „Dorf im Warndt“ insbesondere dem Völklinger Hüttenbesitzer Hermann Röchling einen Teil der kostspieligen betrieblichen Sozialmaßnahmen ab. Die Lage der Siedlung „Dorf im Warndt“ direkt an der Grenze in einem von zwei Seiten von Frankreich umschlossenen Winkel des Saarlandes verrät eine propagandistische außenpolitische Absicht: „Dorf im Warndt“ sollte für das grenznahe Frankreich ein Vorbild für nationalsozialistische Sozialpolitik und lebendiges Beispiel für Hitlers Friedens- und Aufbauwillen sein. Es wurde aber wegen des von ihm begonnenen Krieges nicht mehr fertiggestellt. Daß die nationalsozialistische Mustersiedlung ausgerechnet im Warndt entstand, wo z.B. im nahen Lauterbach bis 1934 eine Hochburg der Kommunisten gewesen war, belegt ein zweites, auf innenpolitische Wirkung berechnetes Ziel: Die nationalsozialistische Regierung wollte den Warndt mit der Wohnraumschaffung politisch befrieden, um die vielfach nur äußerlich „braun“ gewordenen Arbeiter für sich zu gewinnen. Dies gelang jedoch nicht. In zahlreichen Aktionen und Demonstrationen revoltierten während des sogenannten Grenzgängerstreiks der Warndtbergleute (Januar–Februar 1937) die rund 6000 saarländischen Grenzgänger, die in lothringischen Gruben in Spittel (L'Hôpital) und Kleinrosseln (Petite-Rosselle) arbeiteten. Anlaß des Streiks war der von der Reichsbank verfügte Zwang zum Umtausch des in Franken ausgezahlten Lohnes zum amtlich festgesetzten Wechselkurs in Deutschland. Das entsprach einer realen Lohnkürzung um fast 30%. Die Anweisung der Regierung war Teil der Kriegsvorbereitung, da man auf diese Weise Devisen sparen und die notwendigen Importe für die Rüstungsproduktion sichern wollte. Der politische Kontext der Devisenverordnung wurde auch jenseits der Grenze von der Arbeiterbewegung Lothringens erkannt und in Flugblättern der Gewerkschaft CGT so interpretiert: „Mit diesen erpreßten Millionensummen werden Erze französischer Kapitalisten nach Deutschland verfrachtet, um später als tod- und verberbspeiende Granaten und Flugzeugsbomben lothringische Wirtschaft und Kultur zu zerstören“ (zitiert nach Paul, S. 150–151). Die Grenzgänger wurden ab Ende Februar 1937 von der Gestapo verfolgt und viele drakonisch bestraft. Fast 1000 Bergleute aus dem Warndt wurden im März verurteilt, davon 800 zu Gefängnisstrafen von jeweils sechs Wochen und Geldstrafen in beträchtlicher Höhe verurteilt. Als angebliche Rädelsführer verhaftete man 21 Bergleute, davon wurden acht zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt. Trotz einer zugesagten Ausgleichszahlung für die Grenzgänger war die Reaktion des Gauleiters Bürckel insgesamt so hart, daß es zu einem politischen Tauziehen zwischen dem NS-Staat und den Warndtbergleuten kam. Die Regierung arbeitete mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche und löste damit bis zum August 1938 weitere Unruhen im Warndt aus. Von Anfang 1937 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unterstanden alle Arbeiter im Warndt einer verschärften Überwachung, was wiederum die Arbeit des deutschen Widerstandes

im Reich sehr behinderte – bis 1937 war der Warndt ein beliebter grüner Grenzübergang für Kurierre gewesen. Der planende Architekt der Siedlung, Georg Laub (geboren 1906 in Altshausen/Württemberg, gestorben 1986 in Stuttgart) war zweimal im Stadtbauamt der Stadt Saarbrücken tätig (Herbst 1936 bis Frühjahr 1937 und 12. Oktober 1940 bis 22. Dezember 1942). Georg Laub war 1934–1938 Leiter der Planungsabteilung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gewesen, plante ab Mitte Mai 1938 im Auftrag Josef Bürckels (Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich) den Aufbau neuer Siedlungen in der Ostmark u. war gleichzeitig Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft Saarpfälzische Heimstätte GmbH in Neustadt/Weinstraße, für die er Haus- und Siedlungstypen entwarf. 1943 zum Wehrdienst eingezogen und bis 1948 in Kriegsgefangenschaft setzte Laub seine Karriere 1949 in der Baurechtsabteilung der Stadt Stuttgart fort, als deren Amtsleiter er 1970 pensioniert wurde. Als Schüler von Paul Bonatz, Paul Schmitthenner und Heinz Wetzel (Technische Hochschule Stuttgart) folgte Laub in seiner Arbeit dem „Heimatstil“ der sogenannten Stuttgarter Schule, die sich schon in den 1920er Jahren gegen den internationalen Stil des Modernen Bauens abgrenzte. Die Vertreter der Stuttgarter Schule waren um ein vermeintlich „deutsches“ Bauen bemüht und benutzten traditionelle Bauformen und Materialien, was in die nationalsozialistische Ideologie paßte und daher stilbildend für den nationalsozialistischen Wohnungsbau wurde. Im Saarland wurden unter anderem in Saarbrücken auf dem St. Arnualer Wackenbergl(Lucas-Cranach- und Grünewald-Straße) sowie in Sitterswald und Dudweiler einzelne Straßen oder ganze Siedlungen im Stil der Stuttgarter Schule angelegt. Obwohl die Planung und Durchführung der Siedlung „Dorf im Warndt“ im Dienst der nationalsozialistischen Ideologie gestanden hatte, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von diesem Zusammenhang völlig abstrahiert, man betrachtete nur noch die rein architektonischen Aspekte und sah die Siedlung nun als Vorbild für die Planung ländlicher Siedlungen in Deutschland.

Quellen und weiterführende Literatur

Cohen, Jean/Frank, Hartmut (Hg.), Les relations franco-allemandes 1940–1950 et leurs effets sur l'architecture et la forme urbaine. Projet de recherche commun 1986–1989/Deutsch-französische Beziehungen 1940–1950 und ihre Auswirkungen auf Architektur und Stadtgestalt. Gemeinsames Forschungsprojekt 1986–1989, Abschlußbericht, unveröffentlichtes Manuskript, 3 Bde., Bd. III, Teilband 1, S. 21–39, Teilband 2, S. 662–663.

Paul, Gerhard, Verweigerung und Protest in der „Volksgemeinschaft“. Der Frankenholzer Schulstreik und die Grenzgängerdemonstrationen im Warndt 1937, in: Zehn statt Tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar. Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, Saarbrücken 1988, S. 146–158, besonders S. 150–151.

Weihsmann, Helmut, Bauen unterm Hakenkreuz, Wien 1998, S. 780, 785; Anmerkung: Weihsmanns Aufzählung von nationalsozialistischen Bauten an der Saar ist nicht vollständig und teilweise zeitlich falsch, da er hiesige Bauten vor 1935 mit einbezieht, obwohl das Saarland erst ab 1935 zum nationalsozialistischen Deutschland gehörte.

<http://www.memotransfront.uni-saarland.de/dorfimwarndt.shtml>

&

<http://www.memotransfront.uni-saarland.de/>

Die Entwicklung zur Vierjahresplan-Ausstellung / Der Werberat d. Deutschen Wirtschaft: Ausstellungspolitik im Nationalsozialismus

Der 1934 gegründete Werberat der Deutschen Wirtschaft ¹ hatte die Funktion, Qualität und Quantität der im Deutschen Reich geplanten Ausstellungen und Messen zu überwachen. Als Kontrollinstanz war ihm vor allem daran gelegen, die stetig wachsende Zahl der Ausstellungen einzuschränken, denn durch die regelrechte Überfütterung des Marktes mit Ausstellungen hatte sich eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit ausgebreitet, die die Qualität der Ausstellungen und somit die Existenz des gesamten Ausstellungsgewerbes bedrohte

Ein offizieller Name für die Ausstellung war mit 'Große Ausstellung Düsseldorf 1937 für Städtebau, Siedlung, Gartengestaltung, Kunsthandwerk und Gewerbe', auch bald gefunden. ³³ Am 12. Juni 1935 konnte unter dem Namen "Große Ausstellung Düsseldorf - Schlageterstadt 1937 für Städtebau, Siedlung, Gartengestaltung, Kunsthandwerk und Gewerbe e.V." endlich der Ausstellungsverein gegründet werden. ³⁴ Hauptträgerin war die Stadt Düsseldorf. Als erster Vorsitzender wurde Generaldirektor Dr. h.c. Ernst Poensgen "spiritus rector der Gesolei", ³⁵ bestimmt. Seine Vertreter waren Oberbürgermeister Wagenführ und d. Kreisleiter d. NSDAP, Karl Walter. Diese Herren gehörten dem engeren, Bürgermeister Dr. Thelemann, Stadtrat Meyer, Stadtrat Ebel, Akademiedirektor Professor Peter Grund und der städtische Gartendirektor Tapp dem erweiterten Vorstand an. ³⁶ Für das Zusammenwirken des Vereins mit der Stadt Düsseldorf gab es keinen schriftlichen Vertrag.

Durch Ausstellungen wie die 'Schaffendes Volk' sollte bewiesen werden, dass das "neue Deutschland" großartigere Leistungen vollbringen konnte als alle Gesellschaftssysteme zuvor. Sicherlich spielte gerade in Düsseldorf die immer noch wache Erinnerung an die Gesolei eine Rolle, die elf Jahre zuvor schwer zu überbietende Maßstäbe gesetzt hatte. Durch den Vergleich des letztendlich gültigen Ausstellungsprogramms der Reichsausstellung mit dem Programm der Gesolei wird offensichtlich, wie sehr man sich an der erfolgreichen Struktur der Ausstellung von 1926 anlehnte:

Parallelen zwischen den beiden Düsseldorfer Ausstellungen gab es schon beim Namen des Ausstellungsvereins - 'Große Ausstellung Düsseldorf-Schlageterstadt 1937 für Städtebau, Siedlung und Gartengestaltung, Kunsthandwerk und Gewerbe' bzw. 'Große Ausstellung Düsseldorf 1926 für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen'. Der Tag der Eröffnung war identisch, beide ließen die ersten Besucher an einem 8. Mai, jeweils ein Samstag, auf das Ausstellungsgelände. Natürlich waren in beiden Ausstellungen die populären Grundzutaten jeder erfolgreichen Großveranstaltung zu finden: Feuerwerk, Ausstellungsbahn, Wasserspiele, Springbrunnen bzw. Leuchtfontäne, großer Festplatz, Vergnügungspark, Lotterie etc. Auch in den Bauten ergaben sich gewisse Parallelen.

1. Schäffer 1938:37 / 32. StAD iv 565, Protokoll vom 17.11.1934 [StAD = Stadtarchiv – Düsseldorf] / 33. StAD iv 565, Protokoll vom 6.11.1934 / 34. StAD xviii 1704; StAD xviii 1705, Brief von OB Wagenführ vom 7.6.1935 / 35. Hüttenberger 1989:533 / 36. Maiwald 1939:4

Außer genannten Aktivitäten der Ausstellungsüberwachung unternahm der "Werberat ..." in Zusammenarbeit mit weiteren NS-Ministerien außer d. >PROMI< & Stellen, wie d. OKW, vielfältige Aktivitäten zur Verbreitung des NS-Ideologems. Dessen langjähriger, multifunktionaler Direktor Prof. H.Hunke, legte nach 3 Monaten im 2. NDRS.-Landtag [GP/BHE] keinen Widerspruch gegen d. Aufforderung zur Mandatniederlegung ein. Zuvor, Mtgl. des NS-Reichstag's finden sich Redebeiträge oder andere Nachweise f. Aktivitäten nicht.

Der zeitlichen Eingrenzung und Erstellenszeitpunkt wegen, auf die Quellenangabe beschränkt :

Aufarbeitung historischer Erfahrung mit Gruppenselbsthilfe im Wohnungsbau fuer untere Einkommensschichten. Auswertung der Erfahrungen fuer die aktuelle Selbsthilfedebatte. Arbeitsplan: Aufarbeitung der zeitgenoessischen Debatte um die Stadtrandsiedlung fuer Erwerbslose (vorstaedtische Kleinsiedlung), synoptische Auswertung der Erfahrungen, Erfolgsbedingungen und baulich-raeumlichen Ergebnisse des Reichsprogramms vorstaedtische Kleinsiedlung, Fallstudie Duesseldorf zur vorstaedtischen Kleinsiedlung in der Kommunalpolitik, zu den subjektiven Erfahrungen der Selbsthelfer und den langfristigen Entwicklungen der Siedlungen. Durchfuehrung: Auswertung zeitgenoessischer Fachzeitschriften und Lokalpresse, Archivarbeit, qualitative Interviews, Experteninterviews, Plananalysen. Ergebnisse: Teilweise Revision der bisherigen wissenschaftlichen Einschaeztungen dieser Phase in der Wohnungspolitik, Kleinsiedlungen als "zweiten Ast" der Wohnungselbsthilfe-tradition (neben Genossenschaften), umfassende Darstellung und Bewertung der Durchfuehrung und Ergebnisse des Programms, Erarbeitung einer 1. Stufe einer umfassenderen Analyse d. Wohnform Kleinsiedlung. TH Aachen, Lehrstuhl f. Planungstheorie (Ausfuehrende Stelle, Herausgeber); Stiftung Volkswagenwerk, Hannover (Förderer, Projektleitung); **Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot im Grosstadtraum - Selbsthilfeprojekte in historischer Sicht. Die Stadtrandsiedlung fuer Erwerbslose 1931/32. Abschlussbericht** / Betker, Frank (Mitarbeiter); Harlander, Tilman; Hater, Katrin; Meiers, Franz; Aachen (Deutschland, Bundesrepublik) / Selbstverlag / 1985, ca.560 S.

Düsseldorf / Die Wilhelm-Gustloff-Siedlung: Eine Reichsheimstätten-Mustersiedlung

[<http://www.schaffendesvolk.sellerie.de/7svheimstaetten04.html>]]

Hatte das bunte Blumenmeer in der Gartenschau mit seinen 1.000.000 Blüten neben den Hallen schon einen starken Kontrast zwischen Technik und Natur dargestellt, so konnte dieser nur noch durch den Gegensatz von Modernität und Volkstümlichkeit übertroffen werden, der durch die Hallen der Industrie und die Heimstätten-siedlung gebildet wurde.

Wenn man über die Oskar-Körner-Straße die Wilhelm-Gustloff-Siedlung ¹ (heute Nordparksiedlung) betrat, so stand man inmitten einer dörflichen Idylle, die nichts mit der angrenzenden Industrieschau gemein zu haben schien. Vierzehn kleine Einzelhäuser umstanden friedlich einen Dorfanger, auf welchem sich die unvermeidlich 'deutsche Linde' befand, darunter der kleine Brunnen mit der Figur von Wilhelm Goebel. Eine beschauliche kleine Welt mit spielenden Kindern am Brunnen, grasendem Kleinvieh auf der Kleewiese und arbeitenden Kleinsiedlern in den Gärten. Die Mustersiedlung, die die vorbildliche, richtungsweisende Unterbringung von Arbeitern und eine Möglichkeit der Selbstversorgung darstellen sollte, war von der Stadt Düsseldorf in Auftrag gegeben worden. Man hatte die provinzielle Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen, die Rheinische Gauheimstätte, beauftragt, die Trägerschaft, Finanzierung und Durchführung der Wohnheimstätten-siedlung zu übernehmen. Die Leistungen der Stadt beschränkten sich auf die Bereitstellung des Geländes in Erbpacht und die Übernahme der Aufschließungskosten. Um hohe Kosten zu vermeiden - der Düsseldorfer Boden war nicht billig - wurde sowohl die Zahl der Siedlungshäuser auf 14 begrenzt, als auch gefordert, dass die Wohnfläche so gering wie möglich ausfallen sollte. Jede Siedlerstelle erhielt außerdem eine direkt an das Haus angrenzende Fläche von 800-1.000 qm zur landwirtschaftlichen Nutzung, was dem Minimum der gesetzlichen Bestimmungen nicht genügte. ² Der Lageplan wurde von Peter Grund in Zusammenarbeit mit dem Architekten Hanns Bökels entworfen. ³ Das Gelände lag am nördlichen Zipfel des Ausstellungsgeländes und hatte eine Gesamtfläche von 1,7 ha. Dreizehn Wohnhäuser und ein Schulungsheim des Deutschen Siedlerbundes, außer dem in Erlangen das einzige im Reichsgebiet, ⁴ wurden um einen Anger gruppiert. Die Siedlerschule hatte man als Blickfang in die Kleinsiedlung integriert. Zunächst wollte man zu diesem Zweck ein Geschäftshaus bauen, doch nicht genauere bezeichnete Hindernisse - wahrscheinlich hatte sich kein Pächter finden lassen, der gewillt war, in der abgelegenen Kleinsiedlung seine wirtschaftliche Existenz zu riskieren - hatten diesen Plan scheitern lassen. ⁵ Die 14 von den Architekten Hanns Bökels und Hans Maria Schneider entworfenen Gebäude der Wilhelm-Gustloff-Siedlung hatten die "traditionellen Bauten der niederrheinischen Landschaft zum Vorbild", also Einzelhäuser in einfacher klarer Form und möglichst rechteckiger Grundfläche. Es gab drei verschiedene Haustypen, Typ 1, 2 (beide von Hanns Bökels) und 6 (Hans-Maria Schneider), dazu die Version 1a als eine Verkleinerung von Typ 1. Als weitere Hausform stand in zentraler Position die Siedlerschule, ein etwas großzügiger aufgeteiltes Haus, das während der Ausstellung vom BDM genutzt wurde. Hier gab es im Erdgeschoss sechs Räume, u.a. einen Lehrsaal, der mit dem angrenzenden Aufenthaltsraum verbunden war, außerdem eine Küche und einen Waschkraum. Im Obergeschoss befand sich ein Schlafsaal für 12 Personen sowie zwei weitere Kammern und mehrere Waschgelegenheiten. ⁶ Das gesamte Gebäude war unterkellert und hatte selbstverständlich einen Luftschutzraum. Während der Ausstellung wurde das Schulgebäude dem weiblichen Arbeitsdienst überlassen, der ein Musterlager und praktische Arbeiten zeigte. ⁷ Dazu gehörten die von den Mädchen aus alten Flickenselbstgewebten Kissenbezüge auf den "derben Kiefernbanken", die "sorgsam zum Ton der Fenstervorhänge" abgestimmt waren. ⁸ Als Ergänzung gab es in direkter Nachbarschaft zu der Siedlung ein weiteres spartanisch eingerichtetes Arbeitslager für Männer, von der Sorte, wie es in jedem Gau zu finden war. **Es bezog elektrischen Strom aus der danebenliegenden 42 m hohen Windkraftanlage, die sich selbst auf die Windrichtung einrichtete und das größte bisher gezeigte Windkraftwerk zur Erzeugung von Strom (5 kW) war.** ⁹

Die Aufteilung der Siedlungshäuser war möglichst praktisch und platzsparend. An die Wohnräume schlossen sich direkt die notwendigen Wirtschaftsräume an, genauso wie ein Fahrrad- und Geräteraum, die vermeiden sollten, dass die Siedler später Schuppen errichteten, die die einheitliche Gestaltung der Siedlung zerstören würden.

¹⁰ Die eineinhalbgeschossigen Häuser hatten im Untergeschoss je eine Wohnküche, ein Elternschlafzimmer, eine Wirtschaftsküche, die die Verbindung mit dem Keller und dem Garten herstellte, einen Abort, sowie Ställe für Kleintiere. Unter dem Dach befanden sich je zwei oder drei getrennte Kammern für den männlichen und weiblichen Nachwuchs und ein Trockenboden. Bei den Schlafzimmern der Kinder wurde darauf geachtet, dass genügend Betten für Kinderreiche aufgestellt werden konnten. ¹¹ Eine exemplarische Heimstätte enthielt im Erdgeschoss eine Wohnküche von 14,86 qm, ein Elternschlafzimmer von 12,94 qm sowie die erforderlichen Wirtschaftsräume mit 7,20 qm. Im Obergeschoss gab es zwei oder drei Kammern mit einer Gesamtnutzfläche von 24,89 qm. ¹² Allgemein schwankte die Quadratmeterzahl dieser Kleinstwohnungen zwischen etwa 48 und 65 qm reiner Wohnfläche für etwa 5-9 Personen.

Die äußere Gestaltung war der traditionellen Bauweise des Niederrheins angepasst: Das Backsteinmauerwerk wurde weiß geschliffen, alles sichtbare Holz, mit Ausnahme der lackierten Fenster und Türen, war lediglich mit dunklen Schutzmitteln behandelt; das Satteldach war mit ebenfalls dunklen Dachziegeln gedeckt.¹³ Jedes Haus erhielt weiterhin ein keramisches Hauszeichen, welches Symbole der Arbeit und der Fruchtbarkeit zeigte.¹⁴ Die Häuser waren durch eine 1,10 m hohe weißgeschliffene Mauer miteinander verbunden, die mit Dachziegeln gedeckt waren, wie sie auch für die Häuser benutzt wurden. Die Inneneinrichtung entsprach den Mindestanforderungen. Die drei Musterhäuser - während der Ausstellungszeit frei zugänglich und daher unbewohnt - waren unter Mitwirkung des Deutschen Siedlerbundes und der Abteilung "Heim und Herd" der Düsseldorfer Frauenschaft vollständig eingerichtet.¹⁵ Die Kosten der Zimmereinrichtungen hielten sich in den vorgeschriebenen Preisgrenzen von RM 300-400. Zwei Häuser erhielten eine besondere Innenausstattung, die das Gauheimstättenamt hatte entwerfen lassen. Das dritte Haus wurde mit Möbeln der Möbelindustrie bestückt, alle Stücke trugen das Gütezeichen für Siedlungshausrat des Reichsheimstättenamtes. Es waren meist einfache, auf Rahmen und Füllung gearbeitete Stühle, Tische und Schränke aus deutschen Hölzern, von denen sich jedes einzelne "nach Maßstab und seiner ganzen sonstigen Art in Raum und Haus einfügt(e)"¹⁶ : Alles war also gemäß der finanziellen Möglichkeiten der Bewohner äußerst bescheiden, platz- und materialsparend und von geringer Qualität. Verzierungen wurden aus Kostengründen auf das Notwendigste begrenzt, wodurch die Möbel nicht sachlicher wurden, sondern plumper. In einem Elternschlafzimmer aus Ruster gab es ein Ehebett und einen Schrank mit Drechselstollen, deren Form auch vom Sims und den Sockelleisten aufgenommen wurde.¹⁷ Weitere Besonderheiten in der Farb- und Formgebung konnte man in einer Wohnküche aus Lärchenholz finden, die durch auffallend breite Rahmenhölzer am Schrank einen "eigenartigen Charakter" erhielt.¹⁸

Durch die Enge der Häuser musste man improvisieren, wobei einige praktische Möbelstücke halfen. Da gab es ein Kleinkinderbett, deren Vorderwand herausnehmbar war, um auch als Sofabank genutzt werden zu können.¹⁹ Weitere praktische Einzelheiten waren aufklappbare Platten an den Seiten der Kinderhochbetten, eine Eckbank und ein Tisch von 1,20 m Durchmesser für acht (!) Personen.²⁰ Weitere Ausstellungsstücke in den Hallen 7 (Holz-Handwerk) und Halle 8 (Serienmöbelindustrie) stellten in pädagogischer Absicht Musterbeispiele besonders meisterhaft gearbeiteter Möbelstücke, wie einen Wohnküchentisch mit gespreizten Beinen, ein Esszimmer aus Eschenholz mit mattgrünen Bezügen oder ein Kirschbaum-Kinderbett auf Rollen,²¹ tadelnswerten Stücke gegenüber und ergänzten so die Exponate der Wilhelm-Gustloff-Siedlung. In der Wirtschaftsküche, wo gröbere Arbeiten aus dem Garten verrichtet werden sollten, befand sich eine Spüle und ein Wasch- und Futterkochkessel. In den Dachkammern der Kinder waren in die Dachschräge bis zu vier Hochbetten eingebaut, die durch eine "freundliche, farbliche Behandlung" in blau und rot ihren "kasernenmäßigen Charakter" verloren.²²

Die Gärten wurden von dem Gauheimstättenamt für die beste Ausnutzung hergerichtet, wobei die Hauptfläche für den Anbau von Gemüse zur Verfügung stehen sollte. Beerensträucher und Obstbäume wurden am Haus oder am Ende des Gartens gepflanzt.²³ Lediglich der Garten der Siedlerschule wurde als Wohngarten eingerichtet.²⁴ Der Bau der Siedlerstätten an dieser Stelle war trotz sehr schlechter Bodenverhältnisse von dem Reichsheimstättenamt, das für die Bodenprüfung hinsichtlich der gartenwirtschaftlichen Ordnung zuständig war,²⁵ zugelassen worden. Zwar war auch der Ausstellungsleitung schon vor der Planung dieser Siedlung bekannt, dass der Sandboden nicht sehr ertragreich sein könne, trotzdem wurden hier Gärten errichtet, die den Besitzern ihren Lebensunterhalt sichern sollten und somit auch die Zahlungsfähigkeit für die Abtragung der Hypotheken. Mit dem Bau begann man erst Ende Januar 1937,²⁶ so dass die Siedler erst knappe ein bis zwei Wochen vor der Ausstellungseröffnung einziehen konnten.²⁷

Die neuen Kleinsiedler, die für Gemüseanbau und Kleintierhaltung häufig nicht das nötige Fachwissen besaßen, wurden vom Deutschen Siedlerbund betreut, der auch dafür sorgte, dass die Anlage instand gehalten wurden. Aus jeweils 25 Siedlern wurde ein "tüchtiger Mann" ausgewählt, der eine besondere Schulung erhielt, und die Aufgabe hatte, seine 'Kameraden' zu unterweisen. Für die Ausbildung dieser sogenannten Kreisgruppenlehrwarte waren die Siedlerschulen zuständig.²⁸ In einem Garten war ein Kleintierzoo eingerichtet, der an praktischen Beispielen Probleme der Zucht und Haltung von Federvieh und Vierbeinern lösen sollte. Hier wurden in Abständen von vier bis sechs Wochen wechselnde Sonderschauen eingerichtet, zum Beispiel zur Pflege und Wollgewinnung bei Angorakaninchen oder zur eine Seidenraupen- und Bienenzucht.²⁹

Der Anger der Siedlung mit seiner Kleewiese und dem Brunnen unter der 'deutschen Linde' unterstrich den dörflichen Charakter der Siedlung, die besonders durch die alle Häuser verbindende Mauer einen sehr einheitlichen Eindruck machte. Mit einem gewachsenen Dorf hatte diese Siedlung allerdings wenig gemein, da wohl kein deutsches Dorf jemals über freistehende Einzelhäuser inmitten einer relativ großen Grünfläche verfügt hatte. Auf dem gesamten Gelände wurden "lustige" Schilder aufgestellt, die die freudigen Stimmungen der neuen Siedler heraufbeschwören sollten. Mit Bauernweisheiten wie "Hat der Siedler reichlich Futter/ und in Pacht genügend Land/ kann er Schwein und Schaf sich halten/ und auch einen Bienenstand", wurde eine heile Welt beschworen, die hinter den Mauern der Wilhelm-Gustloff-Siedlung nicht bestand. Es wurde versucht, eine ländliche

Lebensweise zu vermitteln, obwohl diese hier nicht existierte.³⁰

Die Kosten eines Musterhauses betragen 6.000 RM, zusammengesetzt aus 5.100 RM reiner Baukosten, 350 RM für die Außenanlagen wie Einzäunungen der Gärten etc., 300 RM für die Nebenkosten wie Hausanschlüsse und Zwischenzinsen und 250 RM für das Inventar wie Kleinvieh, Garteneinrichtungen und -geräte. Die Finanzierung der "gut durchdachten" und "für erstaunlich geringe Mittel"³¹ errichteten Kleinsthäuser sollte durch 600 RM Eigenkapital, ein Werksdarlehen von 800 RM, Reichsdarlehen und Reichszusatzdarlehen von insgesamt 1.900 RM und eine Hypothek von 2.700 RM aufgebracht werden. Die jährliche Belastung setzte sich aus den Zinsen und der Tilgung der ersten Hypothek (162 RM), den Zinsen und der Tilgung der Reichsdarlehen (95 RM), dem Erbbauzins (25 RM), den Zinsen und Tilgung der Werksdarlehen (18 RM) und den Betriebs und Unterhaltskosten (60 RM) zusammen, insgesamt 360 Mark pro Jahr.³²

Die Siedler, die für die Häuser in Frage kamen, waren durch das Gauheimstättenamt ausgesucht worden.³³

Nach Maßgabe der Gauheimstättenämter der NSDAP sollten unter den Bewerbern nur "Frontkämpfer und Kämpfer für die nationale Erhebung", "Opfer der nationalen Arbeit" und "kinderreiche Familien, soweit rassisch wertvoll", ausgewählt werden.³⁴ Trotz dieser scharfen Regelung glaubte man weitere Vorkehrung zu treffen zu müssen: Die Siedlerstellen gingen erst nach drei Jahren in den Besitz der neuen Bewohner über, sofern sie sich in der Zwischenzeit bewährt hatten. Die Übertragung einer Siedlerstelle war "ein Vorzug (...), den nur die besten schaffenden Volksgenossen genießen" sollten.³⁵

-
1. Wilhelm Gustloff war Schweriner und Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz, bis er am 4.2.1936 ermordet wurde; Adressbuch 1937
 2. Ein Erlass vom 12.2.1935 legte fest, dass nur Vollbeschäftigte Kleinsiedlerstellen erhalten können und die Größe der Gärten mindestens 1.000 qm betragen muss; Peltz-Dreckmann:134. Durch die Vergabe der Siedlerstellen ausschließlich an Vollbeschäftigte sollte vermieden werden, dass potentielle Arbeitskraft für die Rüstung an falscher Stelle festgesetzt wurde und dann nicht mehr zur Verfügung stand.
 3. Schmitt 1937:401
 4. BSW 1937 (b):253
 5. Overhues 1937:129
 6. Overhues 1937:129
 7. Overhues 1937:130. In direkter Nachbarschaft zur WGS befand sich ein weiteres Musterarbeitslager, das spartanisch eingerichtet war und den elektrischen Strom aus dem danebenliegenden 42 m hohen Windkraftwerk bezog, es richtete sich selbst auf die Windrichtung ein und war das bisher größte gezeigte Windkraftwerk zur Erzeugung von Strom (5 kW) DT vom 6.5.1937
 8. Behme 1937, S, 324
 9. DT vom 6.5.1937
 10. Schmitt 1937:404, Schmalhorst 1937:127
 11. Schmalhorst 19(b):103. Tatsächlich hatte der Herzog von Windsor bei einem Besuch der Siedlung kaum glauben können, dass in einem solchen Haus neun Schlafstellen untergebracht waren; Schmitt 1937:404
 12. Bücher 1937:430; K.Tr. (Die Wohnung) 8.1937:170
 13. Schmitt 1937:404
 14. Schmitt 1937:404
 15. Behme 1937 (b):324
 16. Behme 1937 (b):324
 17. Behme 1937 (b):324
 18. Behme 1937 (b):324
 19. Behme 1937 (b):324
 20. Behme 1937 (a):16
 21. Behme 1937 (b):324
 22. Schmitt 1937:404
 23. Schmitt 1937:404
 24. Overhues 1937:129
 25. Büttner 1937:55
 26. Overhues 1937:129
 27. Der deutsche Heimstätteniedler 7.1937:187
 28. Schmalhorst 1937:103
 29. Overhues 1937:128
 30. Miller-Lane 1986, S. 190
 31. Beucker 1937, S, 591
 32. Völkische Wacht 1937:219
 33. Nach Angabe von Schmalhorst sah das "Siedlungswerk unseres Führers" vor, dass "nur die Besten unseres Volkes und vor allen Dingen Stammarbeiter angesiedelt werden, die voll in der Arbeit stehen und möglichst noch vom Betriebsführer ein Werksdarlehen erhalten, um das fehlende Eigenkapital zu ersetzen.", StAD NL Ebel 51, Brief Schmalhorsts an Florian vom 26.6.1937
 34. Richtlinien des Reichsarbeitsministers vom 12.7.1935, zit. in Peltz-Dreckmann 1978:139
 35. RLZ vom 8.5.1937, Muster einer Heimstätteniedlung

Die Schlagetersiedlung [<http://www.schaffendesvolk.sellerie.de/8svschlageter.html>]

Die Planung

Etwa einen Kilometer südlich der Wilhelm-Gustloff-Siedlung befand sich die Schlagetersiedlung. Trotz des Anspruchs, alle Bevölkerungsschichten in einer Siedlung zu vereinigen, hatte man eine klare räumliche Trennung vorgenommen. Dabei scheint vor allem die Profilierung der städtischen Leistung ein Grund gewesen zu sein. Während die staatlichen Kleinheimstätten eher als Pflicht betrachtet wurden, konnte man in der städtischen Siedlung mit der Kür glänzen. Um Verwechslungen auszuschließen, musste es eine räumliche Trennung geben. Der Plan der Schlagetersiedlung (heute Golzheimer Siedlung oder Rheinparksiedlung), die im südlichen Teil des Ausstellungsgeländes am Rhein entstehen sollte, zeigt 84 Häuser.¹ Die Siedlungsfläche wird hier durch zwölf Straßen in sechs verschiedenförmige Parzellen geteilt, die aus jeweils zehn oder mehr Grundstücken bestehen. Die Häuser liegen alle parallel zur jeweils angrenzenden Straße, sind aber in unregelmäßiger Folge an den Straßenrand vorgerückt bzw. davon zurückgenommen, womit die "den Siedlungen der Nachkriegszeit eigene Eintönigkeit und Schematisierung"² vermieden wird. Die jeweils ersten Häuser am Straßeneingang stehen vorgerückt in der Nähe der Straße und bilden so eine Art Tor. Einige der dem Baumbestand angepassten und daher ungleichmäßig und etwas verwinkelt laufenden Straßen treffen sich an einem Platz und bilden dort den 'Dorfanger', den zentralen Punkt der Siedlung, auf welchem die unverzichtbare 'Dorflinde' steht. Hier befindet sich eines der wenigen zweigeschossigen Gebäude der Siedlung, ein Geschäftshaus mit drei Läden und einer Gaststätte. Gegenüber diesem Gebäude, auf der anderen Seite des Angers, steht das Atelierhaus, dahinter das Gemeinschaftshaus der Künstler.

Von den 84 auf dem Plan verzeichneten Bauten wurden das Geschäftshaus, das Künstlergemeinschaftshaus, das Atelierhaus, zehn weitere Künstlerhäuser sowie acht Musterhäuser durch die Stadt errichtet. Um das Stadtsäckel zu schonen, wurde die Bebauung der restlichen Grundstücke an private Bauherren vergeben. Die Baukosten lagen zwischen 7.000 und 50.000 RM, die Anliegerkosten waren nach der Größe der Häuser bzw. den Baukosten gestaffelt und lagen zwischen 2.500 und 5.600 RM. Die Erbpacht richtete sich nach Lage und Größe der Grundstücke und betrug zwischen 0,20 und 0,50 RM pro Jahr und Quadratmeter.

Die Gestaltungsgrundsätze

Um trotz der großen Zahl von beteiligten Bauherren und Architekten die angestrebte Einheitlichkeit in der Gestaltung zu garantieren, war die Aufsicht über die Planung und Ausführung der Bauten in die Hand Peter Grund gelegt worden, dem Verantwortlichen für die künstlerische Seite der Ausstellung. Als im Herbst 1935 die ersten Nachfragen bezüglich der Häuser an die Ausstellungsleitung gerichtet wurden, standen weder für den Erwerb der Grundstücke noch für die Ausführung der Bauten Bedingungen fest. Sicher war zu diesem Zeitpunkt nur, dass die Grundstücke nicht verkauft, sondern unter Erbpacht vergeben werden sollten, damit die Grundstücke immer als Ganzes erhalten blieben. Da man außer der etwas vagen Vorstellung, dass die 'Ausstellungsstadt' in "bodenständiger, der Landschaft angepasster Bauweise" zu errichten sei³ und ihr Erscheinungsbild den "niederrheinischen Charakter"⁴ widerspiegeln müsse, keinerlei Richtlinien besaß, wurde Grund damit beauftragt, diese festzulegen. Die Grundstücke teilte er straßenweise in Preisgruppen auf, die den jeweiligen Preisrahmen für das Haus angaben. Diese Preisstaffelung entsprach den Vorgaben, die schon entwickelt worden waren, als man noch geplant hatte, alle Häuser durch die Stadt errichten zu lassen. Letztendlich konnte man auch diese Aufteilung in Zonen mit Häusern gleicher Preisklasse nicht einhalten und beschränkte sich auf die Errichtung je eines Musterhauses in jeder Zone.

Die Architekten

Die Auswahl der Architekten oblag den Bauherren. Um sicherzustellen, dass nur 'regimetreue', in ihrer 'Baugesinnung' einwandfreie Architekten für die Planung der Schlagetersiedlung ausgesucht werden,⁵ wurden diese in einer sogenannten "Architektenwahl"⁶ von Peter Grund festgelegt. Eine Gemeinschaft von 20 Architekten machte sich bereits Anfang 1936 an die Arbeit.⁷ Wahrscheinlich aufgrund der aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Vergabe der Grundstücke musste man aber dann auf dieses Verfahren verzichten. Lediglich für die stadtsseitig zu errichtenden Häuser - die Musterhäuser und die Künstlersiedlung - suchte der Akademiedirektor die Architekten aus, die Architekten der Privathäuser wurden von den Bauherren bestimmt. Der Ausstellungsleitung blieb danach nur noch ein Einspruchsrecht für die äußere Gestaltung der nichtstädtischen Häuser.⁸

Insgesamt planten 56 Architekten je ein oder mehrere Häuser der Schlageterstadt. Einige dieser Architekten gehörten schon 1937 zu jenem profilierten Kreis "der besten Architekten Deutschlands", so Albert Speer, der die Architektur des Naziregimes in erheblichem Maße mitbestimmte.⁹ Dazu gehörte beispielsweise Helmut Hentrich, der bei Hans Poelzig studiert hatte, einem Architekten, der "unkonventionelle Bauformen fand" und eher modern

baute.¹⁰ Durch Reisen ins Ausland und Besuche bei Frank Lloyd Wright und Richard Neutra war Hentrich zwar mit dem Neuen Bauen vertraut, dennoch passte er sich den Forderungen der nationalsozialistischen Ideale an und praktizierte bis zum Kriegsende eine bodenständige Bauweise, um danach wieder zu den Formen des 'International Style' zurückzukehren. In Düsseldorf plante er z.B. 1955 das Dreischeidenhaus.¹¹ Auch Roskotten und Wach gehörten schon während des 'Dritten Reiches' zu dem erlesenen Kreis der begehrtesten Architekten, was sich auch nach dem Kriege nicht ändern sollte.

Wo es der Zeitgeist verlangte, wussten sich diese Architekten einer traditionellen Bauweise anzupassen, z.B. bei der Planung von im offiziellen Auftrag zu errichtenden Privathäusern oder auch bei der Errichtung der HJ-Heime.¹² In anderen Bereichen, vor allem im Industriebau, war eine Modifizierung des Baustils nicht notwendig und somit bedeutete hier weder 1933 noch 1945 ein Bruch in ihrem Schaffen. Vielmehr ist die Kontinuität ihrer Arbeiten von der Weimarer Zeit über das 'Dritte Reich' bis hin zum Wiederaufbau nach dem Krieg ungebrochen. Die Architektelite des 'Dritten Reiches' behielt z.B. als Planer für den Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte auch nach 1945 ihre bestimmende Position.

Eine Ausnahme stellte der Architekt Brink dar, der sich nach dem Krieg deutlich gegen das Naziregime stellte. Er war Mitbegründer des Düsseldorfer Architekten rings und ging in dessen Namen mit einem mehrseitigen Dokument gegen die Wiederaufbauvorschläge des verantwortlichen Architekten Tamms an. Die Mitglieder des Architekten rings forderten, dass Tamms' 'neue' Pläne zur Fortsetzung einer axialen Stadtplanung eingestellt werden und verlangten statt dessen einen Neuaufbau, der den "lebendige(n) Menschen mit all seinen Bedürfnissen" berücksichtige.¹³

Die Ausstellungsleitung sah es für die Architekten offensichtlich als besonders erstrebenswert an, ein Haus in der Schlagetersiedlung bauen zu dürfen. Daher erwartete sie, dass die Planer zumindest bei den stadtseitig zu errichtenden Häusern für ein geringes Honorar oder sogar kostenlos arbeiten würden - schließlich handele es sich um ein gemeinnütziges und prestigeträchtiges Projekt. Diese Ansicht wurde aber von den Architekten nicht geteilt. Besonders Ingo Beucker, Hanns Hübbes und Hans Junghanns, der bereits als ehrenamtlicher Sachverständigengutachter arbeitete, lehnten jede Kürzung des normalen Architektenhonorars ab.¹⁴

Die Finanzierung der Privathäuser

Die Finanzierung sollte - soweit wie möglich - durch das Eigenkapital der Bauherren erfolgen, der Rest würde durch zwei Hypotheken gedeckt werden. Die erste Hypothek konnte vor Baubeginn bei der Düsseldorfer Stadtsparkasse angefordert werden, während die zweite erst bei der Fertigstellung des Rohbaus von der Stadt ausbezahlt werden sollte.¹⁵ Die Belastung belief sich bei der ersten Hypothek auf 5-9% und bei der zweiten auf 5 oder 6%.¹⁶

Das Bewerbungsverfahren

Ab März 1936 konnten den Bewerbern um die Grundstücke Fragebogen zugesandt werden, die die Ausstellungsleitung über die Wünsche und die finanzielle Lage der zukünftigen Bauherren aufklären sollten. Der Bewerber, der verheiratet sein musste, da Grundstücke nur an Familien abgegeben wurden,¹⁷ hatte neben den persönlichen Angaben wie Name, Wohnort und Beruf die gewünschte Grundstücksparzelle, die veranschlagten Baukosten und die Art der Finanzierung anzugeben.

Den freien Platz für weitere Bemerkungen nutzten einige der Bewerber, um sich mit ihrer jahrelangen Parteimitgliedschaft zu brüsten. Im allgemeinen kann davon ausgegangen werden, dass nur parteitreue Personen, bevorzugt 'Alte Kämpfer', ein Grundstück erhielten. Insbesondere hatten Angehörige der Stadtverwaltung gute Chancen, ein Grundstück in der Schlagetersiedlung zu erhalten. Der nationalsozialistische Filz in Düsseldorf wurde offensichtlich als herauskam, dass einige Funktionäre der Gauleitung die Stadt gedrängt hatten, ihnen unter äußerst günstigen Bedingungen zu einem Eigenheim zu verhelfen: Den Kaufpreis (zwischen 18.000 und 28.000 RM) sollte die Stadt zu sehr preiswerten Bedingungen zur Verfügung stellen. Wagenführ hatte eingewilligt und man hatte bereits mit dem Bau begonnen, als der Regierungspräsident von der Sache erfuhr. Der Bau der zwölf teilweise gänzlich ohne Eigenkapital errichteten Häuser wurde eingestellt, als Wagenführ im April '37, kurz vor der Ausstellungseröffnung, vom Regierungspräsidenten beurlaubt wurde und fast handstreichmäßig sein Nachfolger, Otto Liederley,¹⁸ zunächst kommissarisch, zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Liederley war nicht Mitglied der Gauclique und daher dem Projekt nicht wohlgesonnen. Er stoppte nicht nur den Bau der Häuser durch die Verweigerung der zweiten Hypothek, sondern wandte sich ebenfalls an den Regierungspräsidenten, der dem Reichsministerium des Inneren mit der Bemerkung Bericht erstattete, dass die Zusagen mit den Vorschriften über eine "pflégliche Behandlung des Gemeindevermögens der deutschen Gemeindeordnung" kaum zu vereinbaren seien, zumal es sich "nicht um Kleinsiedlungshäuser handele, sondern um tatsächliche Eigenheime". Zwar wurde das Verfahren als unrechtmäßig anerkannt, um das Ansehen der Partei durch stillgelegte Baustellen aber nicht zu gefährden, und "um die Handwerker nicht in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen", wurde die zweite Hypothek trotzdem gewährt.¹⁹ Der Leiter des Gaupropagandaamtes Brouwers war einer der neuen Eigenheimbesitzer. Sein Haus stand in der Schlageterstadt auf Grundstück 46.

Auch der Gauleiter selbst baute ein Haus in der Schlageterstadt. Auf dem exponierten Grundstück 93, mit direktem Blick auf den Rhein, ließ er sich für 50.000 RM ein luxuriöses Domizil errichten, was natürlich der Düsseldorfer Bevölkerung nicht verborgen blieb. Ein Flugblatt fragte: "Florian, woher hast du die 50.000 Mark?", woraufhin Florian für die Ergreifung des Autors eine Belohnung von 5.000 RM aussetzte. Kurz darauf erschien das nächste Flugblatt: "Florian, woher hast du die 55.000 RM?".²⁰

Professor Grund baute ebenfalls in der Schlagetersiedlung, in direkter Nachbarschaft zum Gauleiter, mit dem gleichen freien Blick über den Rhein und seine vielbeschworene "weite rheinische Landschaft". Arnold Emunds, ein weiteres Mitglied der Ausstellungsleitung und Nachfolger Grunds in der Oberaufsicht über den Bau der Schlageterstadt, baute nicht nur ein Musterhaus, sondern auch sein Privathaus, welches im Gegensatz zu dem Musterhaus pünktlich zur Ausstellungseröffnung fertiggestellt wurde. Man kann davon ausgehen, dass sich etwa 200 - 250 Personen im regulären Verfahren um die Grundstücke beworben hatten;²¹ im Januar 1936, vor der Bekanntgabe der Baubedingungen, galten laut Grund bereits 40 Häuser als "finanziell gesichert".²²

Die Baubedingungen

Noch im März wurden die folgenden Baubedingungen veröffentlicht:

"BAUBEDINGUNGEN

I. Baugrundstücke

Die Baugrundstücke sind und bleiben Eigentum der Stadt Düsseldorf. Ein Verkauf findet nicht statt. Die Grundstücke sind zwischen 400 und 700 qm groß.

II. Häuser

Es dürfen auf den Grundstücken nur Einfamilienhäuser gebaut werden, die ausschließlich vom Bauherren und seiner Familie bewohnt werden dürfen. Vermietung ist nicht statthaft. Für jedes Grundstück ist nach Lageplan eine bestimmte Bauart und ein bestimmter Preisrahmen vorgesehen. Die Preisrahmen sind folgende:

- a) Häuser von etwa 7.500 RM reinen Gebäudekosten
- b) Häuser von etwa 9.000 "
- c) Häuser von etwa 14.000 "
- d) Häuser von etwa 15.500 "
- e) Häuser von etwa 20.000 "
- f) Häuser von etwa 40.000 "

III: Erbbauzins

Für das Erbbaurecht ist jährlich ein Erbbauzins zu zahlen, der nach der Lage des Grundstücks sowie der Art und Größe des auf ihm zu errichtenden Hauses gestaffelt ist. Der Erbbauzins beträgt im Falle

- II a) 20 Pfg/qm und Jahr*
- II b) 25 Pfg/qm und Jahr*
- II c) 30 Pfg/qm und Jahr*
- II d) 30 Pfg/qm und Jahr*
- II e) 40 Pfg/qm und Jahr*
- II f) 50 Pfg/qm und Jahr*

IV Anliegerkosten

Außer den reinen Gebäudekosten hat der Bauherr noch die sogenannten Anliegerkosten zu tragen. Darin sind eingeschlossen Straßenfreilegung, Straßenbau, Kanalbau, Straßenbeleuchtung, Anschlüsse für Gas, Wasser, Elektrizität und Kanalanschluß zum Haus. Diese Anliegerkosten sind als feste Beträge an die Stadt zu bezahlen und betragen bei einem Haus zu

- II a) 2500 RM je Grundstück*
- II b) 2500 RM je Grundstück*
- II c) 3500 RM je Grundstück*
- II d) 4000 RM je Grundstück*
- II e) 4600 RM je Grundstück*
- II f) 5600 RM je Grundstück*

V. Gestaltung der Häuser

Die Häuser sollen sich im Charakter, also in der Größe, Abmessung, im Aufbau und der Materialverwendung, den Musterhäusern anpassen, welche von den einzelnen Typen durch die Ausstellungsleitung errichtet werden. Jeder

Bauplan ist der Ausstellungsleitung zur Begutachtung und zur Genehmigung einzureichen. Die baupolizeiliche Genehmigung wird hiervon nicht berührt und ist jeweils gesondert einzuholen. Ein Planexemplar des endgültig von der Ausstellungsleitung und der Bauleitung genehmigten Projektes verbleibt der Ausstellungsleitung.

Die von dem Bauherren zu beauftragenden Architekten müssen der Ausstellungsleitung genehm sein. Pläne der Musterhäuser sowie Baubeschreibungen, welche die äußere Gestaltung und Verwendung von Material usw. erkennen lassen, liegen im Ausstellungsbüro auf.

Die Ausführung der Häuser erfolgt durch private Unternehmer auf Kosten der Bauherren. Den Unternehmer kann der Bauherr selbst wählen. Die Ausführung unterliegt der sachverständigen Aufsicht durch die künstlerische Oberleitung der Ausstellung. Anordnungen der Oberleitung muß stattgegeben werden.

VI. Gartengestaltung

Außer den Gebäudekosten sowie den Anliegerkosten hat der Bauherr auch die Kosten der Gartengestaltung zu tragen. Die Gartengestaltung, die Einfriedung des Grundstücks usw., erfolgt ebenfalls nach einem einheitlichen Plan unter der Aufsicht des von der Ausstellungsleitung dafür gewonnenen Gartengestalters und des Gartenamtes der Stadt Düsseldorf. Mustergärten werden bei den Musterhäusern angelegt. Die Entwürfe für Gärten und Einfriedung sind der Ausstellungsleitung zur Genehmigung einzureichen. Die von den Bauherren mit der Anfertigung der Entwürfe zu beauftragenden Gartengestalter müssen der Ausstellungsleitung genehm sein.

Der vorhandene Baumbestand wird nach dem Gesamtplan behandelt; ohne Genehmigung des städtischen Gartenamtes dürfen Bäume nicht gefällt werden. Die stehenden Bäume sind vor Beschädigung zu schützen.

Die Ausführung der Einfriedung und der Gärten erfolgt durch Privatgärtner auf Kosten der Bauherren. Die Auswahl der Privatgärtner ist Sache der Bauherren.

VII. Finanzierung

Die Finanzierung der einzelnen Häuser und der Anliegerkosten erfolgt durch den Bauherren selbst. Die gesamten notwendigen Mittel müssen vor Beginn der Bauarbeiten nachgewiesen und sichergestellt sein [sic!], daß aus ihnen unter Aufsicht der Ausstellungsleitung laufend die Baurechnung usw. bezahlt werden können.

Weitere Auskunft und Beratung wird durch die Ausstellungsleitung erteilt.

VIII. Fertigstellung der Häuser

Sämtliche Häuser müssen bis spätestens 1.12.1936 bezugsfertig sein. Der Bauherr hat dafür zu sorgen, daß die notwendigerweise im Herbst zu pflanzenden Bäume und Sträucher und sonstigen Pflanzen spätestens im November 1936 gepflanzt werden können. Bis zum 1.4.1937 müssen sämtliche Gärten und Einfriedungen einschließlich der vorgesehenen Pflanzung fertiggestellt sein. Auf unbedingte Einhaltung dieser Fristen ist zu achten.

IX. Zugang zu den Häusern

Die Häuser liegen innerhalb der Ausstellung und müssen während der Ausstellungszeit bewohnt sein. Die Bewohner erhalten für sich, ihre im Haushalt dauernd lebenden Angehörigen, sowie für das Hauspersonal, kostenlose Ausweise zum freien Betreten des Ausstellungsgeländes.

X. Auskünfte und Beratung

Das Bau- und Beratungsbüro der Ausstellungsleitung, Düsseldorf, Uerdingerstraße, erteilt alle gewünschten Auskünfte. Dort liegen:

- a. Lageplan der Gesamtausstellung mit eingeteilten Grundstücken*
- b. ein Modell der Gesamtausstellung mit eingeteilten Grundstücken*
- c. Modelle der einzelnen Musterhäuser*
- d. Pläne der einzelnen Musterhäuser*
- e. Kostenanschläge der einzelnen Musterhäuser*
- f. Baubeschreibungen der einzelnen Musterhäuser*

XI. Erbbauverträge

Zum Abschluß der Erbbauverträge werden die Bewerber durch die Ausstellungsleitung an die städtische Liegenschaftsverwaltung Amt 63 - Mühlenstraße verwiesen.

XII. Rechtsansprüche

Rechtsansprüche aus dieser Zusammenstellung der Baubedingungen können nicht geltend gemacht werden."²³

Auswirkungen der Baubedingungen

Die Baubedingungen dienten vor allem dazu, die gestalterische Freiheit der Bauherren zu reglementieren. Dies hatte den sicherlich nicht verwerflichen Zweck, für die Ausstellung die Errichtung einer in allen Belangen repräsentative Mustersiedlung zu gewährleisten. Die Finanzierung dabei auf private Bauherren abzuwälzen konnte nur gelingen, weil in Deutschland dringend Wohnraum benötigt wurde und es selbst bei diesen unvorteilhaften Bedingungen willige Bauherren gab.

In einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit haben aber wohl gerade die hohen Baukosten einen Großteil der Interessenten abgeschreckt, denn Ende März hieß es, dass "aufgrund der Ergebnisse bei der Bewerbung um die Siedlungshäuser" die Bestimmung gelockert werden sollten. Man zog in Erwägung, mehr preiswerten Wohnraum in Form von Häusern zu 7.500 RM/Haus zuzulassen und wollte auch eine größere Anzahl von Haustypen im nieder-rheinischen Stil erlauben.²⁴ Notfalls hätte man sogar die Errichtung von Reihenhäusern akzeptiert.²⁵ So weit ging die Ausstellungsleitung letzten Endes zwar nicht, aber von der Beschränkung auf Haustypen sah man schließlich doch ab. Statt dessen wurden Richtlinien festgelegt, deren Einhaltung durch die künstlerische Oberleitung überwacht wurde.

Der einheitliche Stil in der Bauweise - die "Größe der niederrheinischen Landschaft und die klaren Formen ihrer alten Bauten mußten in der Siedlung anklingen"²⁶ - sollte durch die "moderne Verwendung" der "bodenständigen Materialien des Niederrheins" erreicht werden, und dadurch, dass "die Weite der Landschaft in den Straßen und Plätzen aufgefangen wird".²⁷

Luftschutzkeller

Weitere Baubedingungen wurden baupolizeilich festgelegt. In dem Bauschein, der die gesetzlichen Baubedingungen festlegte, wurde den Düsseldorfer Bauherren 1936 nahegelegt, in den Kellern des Hauses einen Luftschutzraum einzuplanen. Bereits der Oberbürgermeister hatte vorgeschlagen, dass die Errichtung eines solchen Kellerraumes in der Schlagetersiedlung zur Auflage gemacht werden solle, was allerdings nicht geschah. Statt dessen wurden die Luftschutzkeller auf freiwilliger Basis gebaut, was zur Folge hatte, dass nur wenige der Häuser Schutzvorrichtungen besaßen. Die Schutzraumbestimmungen wurden maschinenschriftlich in den Bauschein eingetragen. Dort wurde empfohlen, "im Kellergeschoß einen Schutzraum nach den Bestimmungen des Abschnittes VI der vorläufigen Ortsanweisung für den Luftschutz der Zivilbevölkerung" einzurichten. In einem Merkblatt des Polizeiamtes der Stadt Düsseldorf für die Luftschutzmaßnahmen in Wohngebäuden war u.a. festgelegt, dass der Schutzraum mindestens 36 cbm Luftinhalt besitzen musste und über eine Gasschleuse von mindestens 6 qm Grundfläche und 12 cbm Luftraum verfügen musste. Weiterhin sollte ein Notausstieg mit den Mindestmaßen 50 cm x 70 cm vorhanden sein, sowie eine Notabortanlage für je 20 Personen. Zur Stabilisierung und Sicherung des mindestens 1,75 m hohen Raums mussten die 25 - 64 cm dicken Wände aus Beton oder Mauerwerk bestehen, es durften keine Gasleitungen durch den Raum oder die umgebenden Mauern führen, der Boden oberhalb des Schutzraums hatte aus schwer brennbarem Belag, wie Linoleum, Steinholz oder Korkestrich, zu bestehen und die Räume sollten zur besseren Abdichtung durch 10 cm hohe Türschwellen voneinander getrennt sein.²⁸ In dem Musterhaus 46 (GS 20) wurde exemplarisch ein Luftschutzkeller mit einer 3 qm großen Gasschleuse und einem Schutzraum für 6 Personen gezeigt. Dieser wurde ergänzt durch mehrere Luftschutzanlagen der verschiedenen Bauindustrien: Die Halle Stahl und Eisen zeigte eine acht Räume umfassende Anlage, die die Verwendung von Stahl demonstrieren sollte, und die Halle Bauwesen bewies, dass auch aus eisenarmen Materialien wie Beton, Ziegeln und Stahlbeton einfache, aber dem Luftschutzgesetz vom 26. Juni 1935 entsprechende Räume hergestellt werden konnten.²⁹

Die Schulung der Architekten

Die Einbeziehung der etwas pathetisch anmutenden "Weite der Landschaft" - was immer Grund darunter verstanden haben mag - musste durch seinen Bebauungsplan geschehen. Die Verwendung der heimischen Materialien und die Orientierung an der niederrheinischen Bauweise hingegen war die Aufgabe der Architekten. Diesen war daher auferlegt, unter besonderer Berücksichtigung des vorhandenen Baumbestandes - knorrigen Apfelbäume, dichte Fliederbüsche und hohe Kastanienbäume³⁰ - eineinhalbgeschossige Einfamilienwohnhäuser aus dem typisch niederrheinischen, geschlammten Backsteinmauerwerk zu entwerfen.³¹ Besonderer Wert wurde auf die Dachform gelegt: Das vorgeschriebene 'niederrheinische' Satteldach musste eine Neigung zwischen 40° und 45° haben und sollte frei sein von schweren Aufbauten, die die klare Form zerstören würden.³² Große Fenster und Türen sollten garantieren, dass die Einheit von Haus und Garten gesichert war und der Wohnraum ausreichend mit Licht versorgt wurde.

Die Grundrissform und die innere Gestaltung des Hauses konnte sich frei nach den Wünschen der Bauherren richten, alle äußeren Merkmale hingegen hatten streng den Vorstellungen der Ausstellungsleitung zu entsprechen.³³ Dies bezog sich auf jedes nur erdenkliche Detail: Die Methode der Schlämmung war vorgegeben und sollte sich nach den Angaben von Prof. Schmitthener aus Stuttgart richten,³⁴ die blaugrauen Dachziegel kamen von einer Firma aus Kleve und waren für alle Architekten verpflichtend,³⁵ die Regenfallrinnen mussten gusseisern sein,³⁶ die Sockel der Häuser durften nicht aus Bruchstein bestehen, sondern ausnahmslos aus Klinkern,

³⁷ und selbst die Farbe, mit welcher außen sichtbares Holz wie Fensterrahmen oder Balkenteile geschützt werden sollte, war vorgeschrieben.³⁸ Alle äußerlichen Veränderungen waren entweder nicht erlaubt oder zumindest genehmigungsbedürftig. Eine farbige Gestaltung der Regenrinnen war genauso verboten wie das Aufstellen von Fahnenmasten oder das Anbringen einer Antenne. Statt dessen gab es je Häuserblock eine Gemeinschaftsantenne. Auch die hölzernen Hausnummern waren verpflichtend und mussten bei der Ausstellungsleitung für 5 RM erworben werden.³⁹ Eine Beleuchtung der Hausnummern war verboten.⁴⁰ Um die einzelnen Grundstücke voneinander abzugrenzen und gleichzeitig die Häuser zu der vielbeschworenen Gemeinschaft zu verbinden, mussten die Grundstücke zur Straße hin durch eine 1,20 m hohe, geschlammte Backsteinmauer eingegrenzt werden, die wie die Häuser mit grauen Dachpfannen im 40°Winkel abgedeckt wurde. Bewerber, die bereit waren, zu den gegebenen Bedingungen zu bauen, konnten ab Juni 1936 die Erbbauverträge unterzeichnen.

Erbbauverträge

In den Erbbauverträgen wurden im wesentlichen die Bestimmungen festgehalten, die schon in den Baubedingungen zu finden waren. Einige Erweiterungen dienten weiteren Reglementierungen, so wurde festgelegt, dass die Gärten auch nach der Ausstellung ihr Aussehen behalten mussten oder dass alle Häuser bei der Provinzial-Feuerversicherungsgesellschaft der Rheinprovinz versichert werden müssen.⁴¹ Die Versicherungssumme sollte nur mit Zustimmung der Stadt und zur Wiederherstellung des Hauses ausgezahlt werden dürfen. Sogar das Verhalten der Bewohner während der Ausstellungszeit wurde geregelt, indem sie dazu verpflichtet wurden, während der Öffnungszeiten Ordnung und Sauberkeit zu halten und weder "Hauswäsche im Garten oder auf dem Balkon" aufzuhängen, noch "Teppiche zu klopfen".⁴² Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen stand es der Stadt frei, nach der Zahlung einer Entschädigung in Höhe eines Drittels des Hauswertes von dem Vertrag zurückzutreten. Das Vorkaufsrecht am Ende der 99jährigen Erbbauzeit im Jahre 2.035 lag ebenfalls bei der Stadt, auch hier lag die Entschädigung mit zwei Dritteln des Wertes weit unter dem Marktpreis.

Auffällig ist, dass es keine Vorschrift gab, die die Architekten und Bauherren dazu veranlassen konnte, "alle Baustoffe, die aus dem Ausland kommen oder zu dringlicheren Zwecken benötigt werden", auszuschalten, obwohl genau dies einige Meter weiter in den Hallen propagiert werden sollte.⁴³ Gerade die Bauindustrie als "größte Verbraucherin industrieller Erzeugnisse"⁴⁴ besaß die Möglichkeit, die neuen Werkstoffe schnell zu etablieren. Die Präsentation von Wandbelägen, Rohren, Schalterklappen und anderem Baumaterial aus den neuen Rohstoffen in den Siedlungsbauten, wäre eine notwendige Konsequenz gewesen, nachdem die Ausstellung zur Vierjahresplanschau mutiert war. Durch die Verkündung des Vierjahresplans nur wenige Monate vor der Eröffnung der Ausstellung konnte entgegen anders lautender Bekundungen der Ausstellungsleitung eine Realisierung der Forderungen jedoch nicht gelingen.

-
1. Im Allgemeinen wird in der Literatur die Anzahl der Häuser mit 97 beziffert. Diese Zahl stimmte aber nicht mit der Realität überein, sondern entsprach der Häuseranzahl, die noch im Februar 1936 veranschlagt worden war, StAD xviii 1704, Protokoll vom 8.2.1936.
 2. Grund 1937 (e). Gemeint sind Siedlungen wie Dammerstock in Karlsruhe nach dem Entwurf von Gropius, oder Ramersdorf, wo zwar die Straßenführung aufgelockert ist, die Häuser jedoch wie Perlen aufgereiht nebeneinander stehen.
 3. Weingarten 1937 (a):353
 4. Grund 1937 (a):341
 5. StAD iv 566
 6. Beucker 1937:590
 7. Grund in RLZ (c) vom 15.1.1936
 8. Beucker 1937:590
 9. Durth 1988:138
 10. Durth 1988:57
 11. Durth 1988:306
 12. Vgl. Kier 1994:40 ff
 13. Der Düsseldorfer Architektenring wurde am 27.10.1950 gegründet. Namensgebung evtl. in Anlehnung an die Berliner "Ring-Architekten, die 1927/28 bei der Berliner Weissenhofsiedlung wagten, sich gegen die traditionelle Bonatz- Schmitthenner-Gruppe (sg. "Block", meist ältere Baumeister, Stuttgarter Schule) zu stellen, (Teut 19) Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Lehmbruck, Benninghof, Pfau, Plücken, Schweflinghaus, Stelmacyk und Weil, Durth 1988:290
 14. StAD xviii 1785, o.D.
 15. Der Oberbürgermeister hatte mit der Sparkasse verhandelt und so konnten die Hypotheken von 5% auf 0,75% Zinsen verringert werden, StAD vii 1978, Protokoll vom 21.4.1936
 16. StAD iv 18218, o.D.
 17. Eine alleinstehende Frau, die sich im April um ein Grundstück bewarb, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass sie ledig sei. Als sie daraufhin der AL mitteilte, dass sie das Haus mit ihren Geschwistern und deren Kindern beziehen wolle, erhielt sie im Mai '36 die Nachricht, dass nun alle Grundstücke vergeben seien, StAD xviii 1780, Protokoll vom 14.5.1936
 18. Liederley stellte sich nicht nur in diesem Fall gegen den Gauleiter, sondern versuchte während seiner kurzen Amtszeit die Struktur der Stadtverwaltung generell zu ändern, indem er das Personal neu ordnete. Florian versuchte von Anfang an, Liederley aus dessen Amt zu heben, was allerdings nicht gelang, da der neue Oberbürgermeister durch die Anti-Florian-Koalition gedeckt wurde. Nach

- siebenmonatiger Amtszeit starb Liederley überraschend in der Nacht vom 12. auf den 13.11.1937 an den Folgen einer Blinddarmoperation. In der Presse war die Rede von einer "tückischen Krankheit", vgl. Mitteilungen für die Stadtverwaltung vom Dezember 1937
19. Hüttenberger 1989:500
 20. Baumöller 1989:116
 21. Die Bewerber erhielten Eingangsnummern, die in der Reihenfolge der Bewerbung verteilt worden waren. Anhand der noch vorhandenen Nummern der letztendlichen Bauherren kann man die Zahl der Bewerber in etwa abschätzen.
 22. StAD iv 566, Protokoll vom 13.1.1936
 23. StAD vii 1978, Protokoll vom 19.2.1936. Wie die Differenz der Erbpachtpreise dieser Version der Baubedingungen zu der endgültigen Höhe der Erbpacht zeigt, wurde die hier vorliegende Fassung später noch modifiziert. Die endgültige Fassung lag der Verfasserin jedoch nicht vor.
 24. Alwin Seifert hatte zwischenzeitlich die Meinung geäußert, dass es ohnehin nicht mehr als zehn verschiedenen Haustypen und -gärten im niederrheinischen Stil gebe, StAD xviii 1705, September 1935
 25. Weitere Erleichterung sollte das Entfallen des Verbotes zur Untervermietung schaffen. Kurioserweise war wohl auch ein Baugesuch für ein zweistöckiges bayerisches Haus eingereicht worden, welches jedoch einstimmig abgelehnt wurde, StAD xviii 1704, Protokoll vom 28.3.1936
 26. Grund 1937 (a):75
 27. Grund 1937 (a):76
 28. StAD xviii 1786, o.D.
 29. Wiendieck 1937:164; vgl. auch Bauindustrie 34.1937:568-573
 30. J.P. 1937:171. Die vorhandenen Bäume galten als besonders wichtig, da andere Mustersiedlungen, die auf Neuland gebaut worden waren, nicht den Reiz der gewachsenen Natur bieten konnten. Die Bedeutung des Baumbestandes wurde immer wieder deutlich gemacht, vgl. Grund (d):342. Der Oberbürgermeister hatte sogar Anfang Januar darum gebeten, dass Straße 12 um zwei Meter nach Osten verschoben werde, um so drei "schön gewachsene Birnbäume" zu schonen, StAD xviii 1785
 31. Grund 1937 (b):79
 32. Emundts 1939:97
 33. So ließ die AL verlauten: "Alle äußeren Arbeiten sind genehmigungspflichtig." StAD xviii 1780
 34. In der Baugilde 7.1936:196 heißt es: "Das Backsteinmauerwerk muß zunächst vollfugig gemauert werden, unter Vermeidung des Fugeisens. Die Fuge wird gleich beim Mauern mit der Kelle absolut zugestrichen, wobei es gar keine Rolle spielt, ob etwa etwas Mörtel über den Stein geschmiert wird. Jede fehlende Ecke eines Backsteins wird auf diese Art ebenfalls gleich mit dem Mörtel gefüllt. Es sollen also keinerlei Löcher oder Nester frei bleiben. Die Schlämme selbst besteht aus einem Teil Weißkalk und einem Teil gesiebtem Flußsand. Der Weißkalk wird mit Oel zu einer Emulsion verarbeitet. Dann setzt man den Sand zu und soviel Wasser, bis ein dickflüssiger Brei entsteht, wie so eine schöne, dicke Erbssuppe, so dick, daß er eben noch mit dem breiten Pinsel aufzustreichen geht. Je nach der Farbe des Sandes wird der Ton der Schlämme. Teile des Weißkalks können durch Schwarzkalk ersetzt werden. Der Weißkalk ist jedoch nötig, da sonst keine Emulsion entsteht. Durch das Schlämmen bleibt die Struktur des Backsteins sichtbar, aber das Mauerwerk ist genauso wie im verputzten Zustand geschützt, dies gilt auch für nicht allzuharte Backsteine. Der Preis liegt bei der Hälfte des Preises für Putz.
 35. Der blaugraue Handstrich-Hohlziegel der Firma Rütten/Kleve deckte 1 qm/19 Stück und kostete 85 RM pro 1.000 Ziegel. Die Qualität scheint nicht optimal gewesen zu sein, da sich Dachdecker beschwerten, dass sie ungleich seien und sich nicht der Dacheindeckung anpassten, StAD xviii 1785. Auch andere Architekten schienen mit der Qualität der Ziegel nicht einverstanden gewesen zu sein, so lehnte Carl Krieger es ab, die Verantwortung für die Dichtigkeit der Clever Dachziegel zu übernehmen, StAD xviii 1779
 36. StAD xviii 1785, o.D.
 37. StAD xviii 1779, o.D.
 38. StAD, xviii 1779-1792; Hausakte Grundstück 46
 39. StAD xviii 1779, Hausakte Grundstück 13
 40. StAD xviii 1779, Hausakte Grundstück 13
 41. Der Grund für diese Verpflichtung wird offensichtlich, wenn man beachtet, dass Hans Goebbels, der Bruder des Reichspropagandaministers, Generaldirektor der Provinzial-Feuer- und Lebensversicherungen war. Dieser stand zwar in gespanntem Verhältnis zu Gauleiter Florian und dessen Clique, trotzdem konnte er aber durch seine Verbindungen auf ökonomische Unterstützung vertrauen, Hüttenberger:498
 42. Erbbauvertrag, StAD iv 391
 43. Weingarten 1937 (c)
 44. Weingarten 1937 (c)

Liste der Häuser in der Schlageterstadt 1937 / Dü., bei :
http://www.schaffendesvolk.sellerie.de/3_concept03.html

Der Spiegel Nr. 43 / 20.10.1965 / **ENTSCHEIDENDE CHRISTEN / Fröhliche Askese / KIRCHE**

Sie wollten Zeugnis ablegen Wider das Böse. Sie sammelten Groschenhefte, Pin-up-Photos und allerlei Literatur, die geeignet war, sündige Gedanken zu wecken, und warfen am ersten Oktober – Sonntag alles ins Feuer.

Der Scheiterhaufen brannte am Düsseldorfer Rheinufer; drei Dutzend Passanten schauten zu. Etwa zwanzig Mitglieder des "Jugendbundes für Entschiedenenes Christentum" (EC) standen im Kreis, sangen fromme Lieder zur Klampfe und beobachteten, wie die Flammen Bücher des Es-Pe-De-Fans Günter Graß ("Die Blechtrommel"), des düsteren Albert Camus ("Der Fall"), des NS-gebrannten Erich Kästner ("Herz auf Taille"), des Erotomanciers Vladimir Nabokov ("Lolita") und der Tristesse Françoise Sagan ("In einem Monat, in einem Jahr") verzehrten.

Die frommen Feuerwerker hatten an alles gedacht. Das Düsseldorfer Ordnungsamt hatte die Demonstration genehmigt; Photographen und Reporter waren verständigt.

Die Öffentlichkeit mokierte sich über die Brandstifter; Düsseldorfs Boulevard "Mittag": "Es geht schon wieder los" Die evangelische Kirche distanzierte sich; der Konvent der evangelischen Sozialsekretäre im Rheinland monierte: "Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man bald auch Menschen."

Der Bundespfarrer der entschiedenen Jungchristen, Walter Lohrmann, 36, der erst Mitte des Jahres seine Pfarre im württembergischen Hengstfeld verließ, um sich hauptberuflich dem theologischen Drill von Jugendbund-Führern zu widmen, ist verbittert, weil er von seiner Kirche mehr brüderlichen Beistand erwartet hatte.

Zwar ist der ins Vereinsregister eingetragene EC organisatorisch von der Kirche unabhängig, doch sind fast alle seine Mitglieder auch Mitglieder der Landeskirche, und der Verein ist in den evangelischen Jugendkammern, den Spitzengremien der evangelischen Jugendverbände, vertreten.

Die aus der pietistischen Bewegung stammenden Bünde für entschiedenes Christentum sind über die ganze Welt verbreitet*. Ende vorigen Jahrhunderts wurden die ersten deutschen Ableger gegründet; 1903 schlossen sie sich zum "Deutschen Verband der Jugendbünde für entschiedenes Christentum" zusammen, und bald darauf entsandten sie die ersten "Heidenboten" in die Südsee. Rund 10 000 Mitglieder - Jahresbeitrag: zwölf Mark und "freie Opfer" - bekennen sich heute in Westdeutschland zu den "Entschiedenen Christen". Jedes "tätige Mitglied" ist per Gelübde zu einem "offenen Bekenntnis zu Jesus Christus" und zu "fröhlicher Askese" verpflichtet.

Konsequent befolgten die erweckten Düsseldorfer Gottesstreiter denn auch das Bibelwort: "Viele aber, die da vorwitzige Kunst getrieben hatten, brachten die Bücher zusammen und verbrannten sie öffentlich" (Apostelgeschichte Kapitel 19, Vers 19). So zogen, angeführt von den Diakonissen-Schwestern Brigitte und Christa, 16- bis 25jährige Jungchristen an den Rhein und verbrannten, was "ihre Phantasie zu vergiften" drohte (Lohrmann). Vier Tage nach dem Graß-Brand zertrümmerte ein Ziegelstein den Schaukasten der Jugendgruppe vor ihrem Heim in Düsseldorfs Prinz-Georg - Straße. EC-Bundespfarrer Walter Lohrmann: "Wir sind sehr betrübt."

Pfarrer Lohrmann und Schwester Brigitte haben sich inzwischen eine Taschenbuch-Ausgabe der "Blechtrommel" gekauft. Sie wollen kennenlernen, was ihre Schützlinge am Rhein verbrannten.

Der Spiegel Nr. 46 /10.11.1965 / **MAN MUSS MUT BEWEISEN - Bischof Dibelius zur Düsseldorfer Bücherverbrennung /** Der West-Berliner. Raimund le Viseur, 28, ersuchte den Berliner Bischof D. Otto Dibelius, 85, um eine Stellungnahme zu der Bücherverbrennung des Düsseldorfer "Jugendbundes für Entschiedenenes Christentum" (SPIEGEL 43/1965) im vergangenen Monat. Die Antwort des Bischofs und ehemaligen, Ratsvorsitzenden der Evangelisch-

en Kirche in Deutschland (EKD) veranlaßte le Viseur, seinen - zuvor angedrohten - Kirchenaustritt zu erklären. Dibelius schrieb:

Mein sehr geehrter Herr le Viseur!

Bei meiner Rückkehr aus dein Urlaub fand ich Ihre Briefe vom 7. und 15. Oktober vor. Ich habe geschwankt, ob ich Ihnen antworten solle. Und das aus zwei Gründen: Erstens werde ich zu diesem Düsseldorfer Vorfall in nächster Zeit öffentlich etwas sagen müssen, wodurch sich vielleicht eine persönliche Antwort auf viele Zuschriften erübrigt, und zweitens deshalb, weil ich auf Briefe, die mit dem Austritt aus der Kirche drohen, nicht zu antworten pflege. Die Evangelische Kirche nimmt von Pressionen grundsätzlich nicht Notiz.

Aber ich habe mich nun doch entschlossen, Ihnen wenigstens ein kurzes Wort zu schreiben. Der Vorfall in Düsseldorf ist meines Erachtens maßlos überschätzt worden. Diese kleine Jugendgruppe für Entschiedenes Christentum bildet in unserer evangelischen Jugendbewegung nur einen ganz kleinen Teil. Daß die jungen Leute, als sie das 19. Kapitel der Apostelgeschichte lasen, das Gefühl gehabt haben: So etwas müßte man auch jetzt wieder tun. Man muß den Mut beweisen, sich auch äußerlich frei zu machen, von allem, woran man innerlich Schaden nimmt - dafür wird jeder rechtschaffene Christenmensch Verständnis haben.

Und dann sind sie als ordnungsliebende Deutsche ganz korrekt den Weg gegangen: Zuerst zur Stadtverwaltung: Dürfen wir das, und wo dürfen wir es? Der betreffende Beamte hat ihnen dann nicht gesagt: Vor 30 Jahren, als ihr noch nicht geboren waret, haben die Nazis auch Bücher verbrannt; die ältere Generation erinnert sich noch daran und wird es in die falsche Kehle bekommen, wenn so etwas Ähnliches von der anderen Seite wiederholt wird; laßt es lieber bleiben! - hätte er so gesagt, hätten diese Jungens und Mädels von ihrem Plan bestimmt Abstand genommen. Der Beamte hat sie aber an das Rheinufer verwiesen, und dann haben diese Jugendlichen ihren Scheiterhaufen aufgerichtet - ganz ähnlich, wie es Martin Luther im Jahre 1520, auch gemacht hat, und die Studenten im Jahre 1817 auch.

Für mich ist dabei das Erstaunliche nur gewesen, wieviel ausgesprochene Schund- und Schmutzschriften diese Jugendlichen aus -ihren eigenen Häusern zusammengetragen haben! Es war ein kleiner Kreis von Zuschauern dabei, und von diesen haben einige scharfe Augen entdeckt, daß auch Bücher von literarischem Gewicht darunter gewesen sind. Die Leitung der Rheinischen Kirche hat darauf diesen Jugendlichen gesagt: Das, geht nicht an! Ihr seid viel zu jung, um den literarischen Wert eines Buches richtig einschätzen zu können!

Ich bin sehr zweifelhaft, ob dieser Bescheid richtig war.

Man muß m. E. auch Jugendlichen den Spielraum gewähren, ihrem Empfinden freien Lauf zu lassen. Aber darüber mag man verschiedener Meinung sein! Mir persönlich ist es wichtig, daß auf diese Weise ein kleines Protestzeichen gegen eine gewisse Literatur deutlich geworden ist, mit der wir heute überschwemmt werden. Auch nach meiner Meinung ist "Die Blechtrommel" von Günter Graß ein unappetitliches Buch. Für meine Kinder und Enkelkinder wünsche ich mir andere Lektüre. Das ist kein literarisches Urteil, sondern ein Urteil des sittlichen Empfindens, das nicht weiter zu diskutieren ist!

Die ganze Angelegenheit ist so unbedeutend, daß man sich nur darüber verwundern kann, was für einen breiten Raum sie in der Presse eingenommen hat. Ich darf annehmen, daß die ganze Geschichte in wenigen Wochen vergessen sein wird. Mit aufrichtiger Empfehlung Ihr ganz ergebener

gez. Dibelius

Die Korrektheit monokausaler Begründung & Argumentation – anhand numerischer Qualität den gesamten Komplex diminuierend zu "nullifizieren" & durch antizipatorisches Erwähnen die Nähe zu den NS-Bücherverbrennungen jeder Diskussion auszublenden - darf schon bezweifelt werden .

Reichskleinsiedlung

Die Regierung d. Reichskanzlers Brüning legte 1931 das Kleinsiedlungsprogramm auf, um "die Sesshaftmachung der Bevölkerung auf dem Lande zu fördern, um die Erwerbslosigkeit zu vermindern und Erwerbslosen den Lebensunterhalt zu erleichtern." Die künftigen Siedler sollten mit der Errichtung ihres eigenen Heimes beschäftigt werden und durch Gartenbau und Kleintierhaltung ihre Versorgung in der Wirtschaftskrise verbessern.

Die Nationalsozialisten übernahmen das Modell, weil es in ihre antimoderne und großstadtfeindliche Ideologie passte. In München entstanden 1932 die Siedlungen Freimann, Am Perlacher Forst und Zamdorfer Straße, 1933 bis 1937 die Siedlungen Am Hart, Neuherberg und Kaltherberg. Seit Mitte der dreißiger Jahre wandte sich die Wohnungspolitik wieder verstärkt dem Geschossbau zu, der sich rationeller und billiger bewerkstelligen ließ.

Die Mustersiedlung Ramersdorf

In Ramersdorf entstand 1934 eine Anlage, die nicht der typischen NS-Kleinsiedlung entsprach. Als "Mustersiedlung" sollte sie im Rahmen der "Deutschen Siedlungsausstellung" geeignete Wohnformen für den Mittelstand präsentieren.

Die Initiative ging von dem städtischen Wohnungsreferenten Guido Harbers aus, der Nationalsozialist, aber auch begeisterter Architekt war. Ausgerechnet von einem Paradestück der Neuen Sachlichkeit, der Stuttgarter Weißenhofsiedlung von 1927, hatte er sich zu der Idee einer gebauten Siedlungsausstellung anregen lassen. Etliche NS-Politiker lehnten die "Mustersiedlung" gerade deswegen ab.

Die nationalsozialistische Siedlungsideologie

Nach der "Machtergreifung" wurde auch das Siedlungswesen im Sinne nationalsozialistischer Ideologie ausgerichtet und zu einem Instrument der Bevölkerungspolitik gemacht. Als Siedlungsanwärter wurden nur noch "Volksgenossen" zugelassen, die "deutsche Reichsangehörige, deutschen oder artverwandten Blutes, politisch zuverlässig, rassisch einwandfrei, gesund und erbggesund sind." Die Siedlerstellen sollten nicht lediglich Wohnstätten sein, sondern die Siedlerfamilien an den NS-Staat binden und ihm hohe Nachwuchsquoten sichern.

Wohnungspolitik und "Endlösung"

Im Verteilungskampf um den zu knappen Wohnraum geriet die jüdische Bevölkerung ins Visier. Ihr stand nach NS-Ideologie kein Recht auf menschenwürdige Wohnungen zu. Nachdem man die Juden bereits um ihren Platz in Wirtschaft und Gesellschaft gebracht hatte, sollten sie seit der "Reichskristallnacht" vom November 1938 auch ihre Wohnungen für "Volksgenossen" räumen.

Nach einer Phase der "wilden Arisierungen" folgte im April 1939 die gesetzliche Grundlage für die Entmietung der Juden. In Pflegeanstalten, Stiften und "Judenhäusern" rückten die Gekündigten gezwungenermaßen auf engstem Raum zusammen. 1941 mussten die Münchner Juden zudem ihr eigenes Ghetto errichten, die "Judensiedlung Milbertshofen". Die NS-Schergen nutzten das Lager als Sammelstelle für den Transport in den Tod. Von Milbertshofen aus rollten die Deportationszüge in den Osten. Die rund 1.800 Wohnungen, die die Juden in München räumen mussten, wurden an "Abrissmieter", Fürsorgefälle und besonders "verdiente Volksgenossen" vergeben.

suchfunktion
ersetzt die
Indizierung



[220 px-Stamps of Germany \(DDR\) 1973, MiNr 1878.jpg de.wikipedia.org 220 x 357 - KZ Langerstein-Zwieberge - Wikipedia](#)



[schlei-ostsee-urlaub 1043.jpg schlei-ostsee-urlaub.de 318 x 460 - Marine-Ehrenmal in Laboe.](#)



© *helmut géwalt*
helmut géwalt
april / Juni 2012

